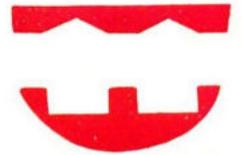


Stadtwerke Innsbruck

DIREKTION UND
KAUFMÄNNISCHE LEITUNG
BISMARCKPLATZ 1

ELEKTRIZITÄTSWERK
GASWERK
WASSERWERK
NORDKETTENBAHN
LOKALBAHN
GÄRTNEREI



Innsbrucker Stadtwerke Geschichte der Gründung 1938/39

Studie, erstellt im Auftrag der IKB

Mag.^a Dr.ⁱⁿ Sabine Pitscheider
Wissenschaftsbüro Innsbruck e. V.

Dezember 2019

Inhalt

Vorbemerkungen	1
I. Städtische Versorgungsbetriebe vor 1938	3
1. Die Licht- und Kraftwerke	3
1.1 Die Gasfabrik	3
1.2 Die Elektrizitätswerke	9
1.2.1 Das E-Werk in Mühlau	9
1.2.2 Das E-Werk an der Sill	16
<i>Exkurs 1: Der Achensee und die TIWAG</i>	20
2. Städtische Wasserversorgung	27
3. Die städtischen Licht- und Kraftwerke 1915–1938	33
3.1 Nachkriegskrise	36
3.2 Das Hochhaus am Bismarckplatz	43
3.3 Wirtschaftskrise und Sparkurs	49
3.4 Politische Verwaltung	57
3.5 Konkurrenz zwischen Gaswerk und EWI	64
II. Städtische Versorgungsbetriebe 1938–1945 – Die Stadtwerke	71
1. Der „Anschluss“	71
2. Entlassungen und Verhaftungen	75
3. Die Ausgliederung städtischer Betriebe – die Gründung der Stadtwerke	78
<i>Exkurs 2: Die Erste Tiroler Arbeiterbäckerei (ETAB)</i>	85
<i>Exkurs 3: Die Innsbrucker Verkehrsbetriebe (IVB)</i>	87
<i>Exkurs 4: Die Aktien der TIWAG</i>	88
4. Die Stadtwerke 1940 bis Mai 1945	90
4.1 „Betriebsführer“ und „Gefolgschaft“	90
4.2 Infrastruktur	98
4.2.1 Der neue Gasofen	98
4.2.2 Wasserversorgung	103
4.2.3 Stromversorgung	110
4.3 Die Stadtwerke im „Kriegseinsatz“	112
III. Die Stadtwerke 1945 bis Anfang der 1950er Jahre	124
1. Entnazifizierung	124
2. Wiederaufbau	132
3. Aus- und Eingliederungen	140
Zusammenfassende Bemerkungen	143
Abkürzungsverzeichnis	144
Bibliographie	145
Personenregister	150

Vorbemerkungen

2018/19 jährte sich die Gründung der Innsbrucker Stadtwerke (heute Innsbrucker Kommunalbetriebe, IKB) zum 80. Mal: Im Herbst 1938 und im Laufe des Jahres 1939 führte die Stadtverwaltung einige ihrer Betriebe unter dem neuen Dach zusammen. Anlässlich dieses Jubiläums beauftragte die IKB das Wissenschaftsbüro Innsbruck e. V. und die Zeithistorikerin Mag.^a Dr.ⁱⁿ Sabine Pitscheider mit der Erforschung ihrer Gründungsgeschichte.

Die Stadt Innsbruck betrieb eine Reihe von Unternehmen, von denen einige über einen eigenen Verwaltungsapparat verfügten und relativ unabhängig vom städtischen agierten, andere waren Teil der Stadtverwaltung oder kooperierten eng mit übergeordneten Stellen. Zu den eigenständigen zählten etwa die Licht- und Kraftwerke (Elektrizitätswerke, Gaswerk) oder die Molkerei, zu zweiteren das dem Stadtbauamt unterstellte Wasserwerk, die Stadtgärtnerei oder die Badehäuser, zur letzten Gruppe ist bis zur Übernahme durch den Bund beispielsweise das Arbeitsvermittlungsamts zu rechnen. Alle städtischen Unternehmungen, von der Nordkettenbahn über die Pfandleihanstalt bis zur Wäscherei, waren prinzipiell nicht auf Gewinn ausgerichtet und erfüllten gewisse soziale, wirtschaftliche oder vom Stadtrecht vorgegebene Aufgaben. Außerhalb der Stadtverwaltung, aber politisch angebunden, gründete die Stadt die Tiroler Wasserkraftwerke AG (TIWAG), mit der sie die Energieversorgung Tirols wesentlich beeinflusste und anstieß.

Die Studie konzentriert sich auf die Betriebe, welche die künftigen Kernbereiche der Stadtwerke abdeckten, also der Energie- und der Wasserversorgung. Die den Stadtwerken unterstellten oder angegliederten Betriebe, wie etwa die Innsbrucker Verkehrsbetriebe (IVB), die Erste Tiroler Arbeiterbäckerei (ETAB) oder die Nordkettenbahn sind für den betrachteten Zeitraum schon aufgearbeitet¹ und werden hier allenfalls gestreift. Eng verbunden mit den Elektrizitätswerken (E-Werk/e) war die TIWAG, worauf Exkurse eingehen.

Die Studie widmet sich in drei Kapiteln der Geschichte der Innsbrucker Versorgungsbetriebe und der Stadtwerke. Das erste beschreibt die einzelnen Betriebe wie Gaswerk oder E-Werk von ihrer Gründung bis zum März 1938, ihren Ankauf durch die Stadt und ihre wechselvolle, von Aufstieg, Niedergang, wirtschaftlicher und politischer Krise begleitete Entwicklung.

Das zweite Kapitel umfasst die Jahre 1938 bis 1945 und schildert die Vorgänge während des „Anschlusses“ mit Begeisterung auf der einen und Verhaftungen und Entlassungen auf der anderen Seite. Es untersucht die Umstände, die zur Gründung der Stadtwerke führten, von den Vorgaben des NS-Regimes bis zur Auswahl des Generaldirektors und des leitenden Personals. Kernstücke der künftigen Stadtwerke waren Unternehmen aus dem eigenständigen und dem von Ämtern verwalteten Zweigen, was die Zusammenführung kompliziert gestaltete und teils gewachsene Strukturen und Kooperationen störte. Hinzu kamen Betriebe wie die Nordkettenbahn, die Stadtgärtnerei oder die beschlagnahmte ETAB, die auf den ersten Blick nicht zu dem neu geschaffenen Komplex passten. Lediglich mit der Verwaltung beauftragt waren die Stadtwerke in der NS-Zeit mit der 1941 gegründeten IVB und der Stubaitalbahn, beides dem

¹ Sabine Pitscheider, Privat oder Stadt? Die Innsbrucker Verkehrsbetriebe und der öffentliche Personennahverkehr 1941–1950 (Veröffentlichungen des Innsbrucker Stadtarchivs NF 64), Innsbruck 2019; „Mehr als Brot!“ Die Geschichte der Ersten Tiroler Arbeiterbäckerei (ETAB), mit Beiträgen von Karl Eller und Michael Svehla (Veröffentlichungen des Innsbrucker Stadtarchivs NF 65), hg. Stadtarchiv/Stadtmuseum Innsbruck, in Druck 2019/20; Josef Nussbaumer, Die Nordkettenbahn im „Spiegelbild“ politischer und wirtschaftlicher Wechselagen. Einige wirtschafts- und sozialhistorische Chiffren, in: Roland Kubanda (Hg.), Stadtflucht 10m/sec. Innsbruck und die Nordkettenbahn Beiträge zum 75-Jahr-Jubiläum (Veröffentlichungen des Innsbrucker Stadtarchivs NF 29), Innsbruck–Wien–München–Bozen 2003, 57–74. Die politische Vergangenheit der Nordkettenbahn wird im Zuge eines Forschungsprojektes zur Verwaltungsgeschichte Innsbrucks näher beleuchtet.

Aktienrecht unterliegende Gesellschaften, die anderen rechtlichen Grundlagen folgen mussten als die Kernbetriebe der Stadtwerke. Die Aktien der TIWAG musste die Stadt auf Druck des NS-Regimes verkaufen, was die Zusammenarbeit mit den Stadtwerken erschwerte.

Die wachsende Stadt und die rege Bautätigkeit forderten von den Versorgungsbetrieben umfassende Investitionen in das Gaswerk, die marode Wasserversorgung und die Infrastruktur des E-Werkes. Die ganzen Jahre stand das Personal unter enormem Druck, sich nationalsozialistisch zu engagieren oder zumindest die geforderte Anpassung zu leisten. Mit Kriegsbeginn ergänzten Kriegsgefangene und ZwangsarbeiterInnen den durch Einziehungen zur Wehrmacht ausgedünnten Personalstand. Die ab Dezember 1943 einsetzenden Luftangriffe zerstörten große Teile der Infrastruktur und führten die Betriebe an ihre Belastungsgrenze.

Das dritte Kapitel beschreibt die Zeit ab Mai 1945, als Vertreter demokratischer Parteien die NS-Leiter ersetzten und hohe Nationalsozialisten ihre Arbeit verloren. Der Wiederaufbau der zerstörten Infrastruktur nahm Jahre in Anspruch und war begleitet von Mangel an Baumaterial und fehlenden Arbeitskräften.

Als Quellen dienten überwiegend Akten aus dem Innsbrucker Stadtarchiv, ergänzt um solche aus dem Landesarchiv und einige aus dem Archiv der IVB. Die IKB selbst verfügt über wenig relevante Aktenbestände, vor allem fehlen die für tiefere Einsichten so wichtigen Korrespondenzen, Personalunterlagen und interne Vermerke.

I. Städtische Versorgungsbetriebe vor 1938

Bis zum „Anschluss“ im März 1938 war der städtische Besitz – Grund, Häuser, Unternehmen – stetig gewachsen. Politische, soziale und wirtschaftliche Umbrüche oder wissenschaftliche Neuerungen forderten von einem Gemeinwesen wie der Stadt Innsbruck, sich um bisher vernachlässigte Aufgaben zu kümmern, bestehende anzupassen oder auszuweiten.

Als neue Energieform eroberte Gas Mitte des 19. Jahrhunderts Innsbrucks Straßen, Plätze und Haushalte. Dazu kam ab den 1890er Jahren Elektrizität, die zuerst rein der Beleuchtung diente, bevor sie nach und nach in alle Lebensbereiche vordrang. An der Wende zum 20. Jahrhundert kaufte die Stadt Innsbruck sowohl das Gas- als auch das Elektrizitätswerk, führte sie als Monopol und baute weitere Anlagen. Aus aktienrechtlichen Gründen nicht in die Lichtwerke zu integrieren war die TIWAG, deren Aktienmehrheit der Stadt Innsbruck gehörte. Das Stadtrecht verpflichtete die Innsbrucker Gemeindevertretung, die Versorgung mit Trinkwasser sicherzustellen, was umfangreiche Investitionen und Bauarbeiten nach sich zog, um die Anlagen an die stetig wachsende Bevölkerung und deren geänderte Bedürfnisse anzupassen. Einen Investitionsschub löste die wirtschaftliche Scheinblüte der 1920er Jahre aus, die Stadt kaufte den Achensee und baute das erste Kraftwerk der TIWAG in Jenbach, errichtete das Hallenbad in Innsbruck oder die Nordkettenbahn.

Die Weltwirtschaftskrise erzwang Sparmaßnahmen in allen Bereichen und die städtischen Betriebe litten unter Personalabbau, Betriebseinschränkungen und verschleppten Investitionen. Mit dem Ende der Demokratie, der neuen Verfassung und der Installierung des österreichischen Ständestaates 1934 beherrschten politische Zwänge das Tagesgeschäft der Betriebe.

1. Die Licht- und Kraftwerke

Das erste Innsbrucker E-Werk und das Gaswerk gingen auf privatwirtschaftliche Initiativen zurück und gelangten erst nach Inbetriebnahme und teils nach jahrzehntelangem Betrieb in den Besitz der Stadt Innsbruck. Große, bis heute nachwirkende Infrastrukturprojekte entstanden im 19. und zu Beginn des 20. Jahrhunderts nämlich zumeist mit privatem Kapital, das, großzügig gefördert mit Subventionen und Steuererleichterungen, die Investitionen einige Zeit mit Gewinnen zurückholte, bevor die öffentliche Hand sie „einlöste“, das heißt ankaupte. All diese privatwirtschaftlich errichteten Anlagen, seien es die Energieversorgungs- oder die Verkehrsbetriebe, bereiteten der Gemeindevertretung Probleme und Konflikte begleiteten ihre Entwicklung bis zur Übernahme durch die öffentliche Hand.

1.1 Die Gasfabrik

1857 schlug der Augsburger Techniker Ludwig August Riedinger den Bau einer Gasfabrik in Innsbruck vor, um Petroleum als Mittel der Stadtbeleuchtung abzulösen. Im März 1858 schloss die Innsbrucker Gemeindevertretung mit dem Augsburger Riedinger einen für 30 Jahre geltenden Vertrag, um „die öffentlichen Plätze und Gassen durch Gaslicht zu beleuchten“ und private Haushalte oder Gewerbebetriebe mit „Privatflammen“ zu versorgen. Vertraglich ließ Riedinger festhalten, dass nur seine Firma Röhren legen und die öffentliche Beleuchtung sichern dürfe. Die Stadt verpflichtete sich, mindestens „200 öffentliche Laternen mit einer Leuchtkraft von 15 Wachskerzen“ mit einer mittleren Brennzeit von jährlich 240.000 Stunden

zu betreiben. Dem Preis zugrunde lag die Leuchtkraft einer Normalkerze, gemeint war die einer qualitativ hochwertigen Wachskerze. Als Subvention befreite der Vertrag die Firma von der Pflicht, Gemeindeabgaben zu entrichten.

Diese Bestimmungen garantierten der Firma sichere Einnahmen und Steuererleichterungen. Im Gegenzug übernahm sie alle Kosten der Fabrik selbst (Grundkauf, Bau, Betrieb) und sagte vertraglich zu, die bisher als Anzünder beschäftigten Männer zu übernehmen und fähige Innsbrucker in der Anlage zu beschäftigen. Die Energie musste die Firma mit „Holzleuchtgas“ herstellen, das „keine nachweisbaren Spuren von schwefelhaltigen Dämpfen, von Amoniac oder Essigsäure und höchstens 1 % Kohlensäure“ enthalten und beim „Verbrennen weder Rauch noch Geruch“ verbreiten durfte.² Bedenken, welche Stoffe das Gas beim Abbrennen frei setzte, gab es durchaus, fehlten doch Erfahrungen mit dieser neuen Art der Energieversorgung. Die Stadt sicherte sich das Recht zu, nach Ablauf des Vertrages das Werk einzulösen, und zwar sollte sie dafür das 16-fache des durchschnittlichen Ertrages zahlen, der in den zehn Jahren zuvor angefallen war.³

Als sich der Bau verzögerte, weil sich der Standort am Innsbrucker Hauptbahnhof nicht verwirklichen ließ, sorgte dies für Spott. Obwohl Innsbruck als erste Stadt Tirols einen Vertrag über die Gasbeleuchtung abgeschlossen habe, müssten „wir noch in der alten gemüthlichen Öldämmerung lustwandeln“.⁴ Die Fabrik entstand schließlich auf freiem Feld an der Sill⁵ (heute nordöstlich des Hallenbades an der Amraserstraße), mit der Stadt durch die Gaswerkbrücke (heute Friedensbrücke) verbunden, und löste ab dem 20. November 1859 in ausgewählten Straßenzügen das Petroleum als Leuchtmittel ab. „Höchst komisch sehen die alten Öl-Laternen mit ihrem Todtenlicht gegen die neuen Gas-Laternen aus!“, lobten die *Innsbrucker Nachrichten* die Neuerung.⁶

Abbildung 1 zeigt die Anlage der Gasfabrik an der Sill, mit den Gasbehältern (schwarze Kreise), den Verwaltungs- und Lagergebäuden.

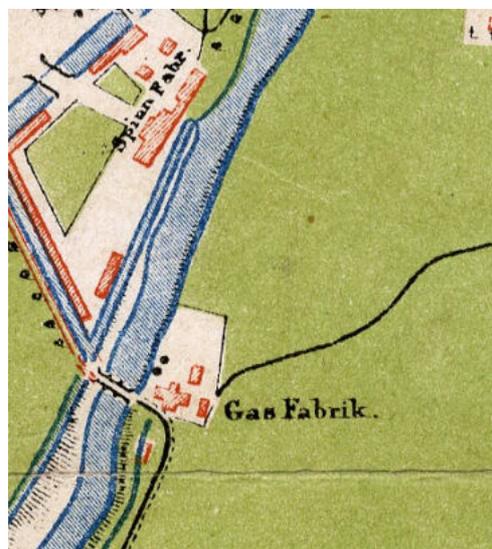


Abb. 1: Ausschnitt aus einem Innsbrucker Stadtplan, 1874. (StAI, Bi-2772).

² Vertrag auszugsweise abgedruckt in: *Innsbrucker Nachrichten*, 17.3.1858, 480 f.

³ Bürgerausschuß-Sitzung, in: *Innsbrucker Nachrichten*, 21.7.1871, 5.

⁴ Unter der Rubrik „Eingesendet“, in: *Innsbrucker Nachrichten*, 29.4.1858, 4.

⁵ Auf einem Stadtplan aus dem Jahr 1866 sind das Bürogebäude und zwei Gastürme zu erkennen. Josef Schönegger, *Innsbruck im historischen Kartenbild von den Anfängen bis 1904* (Veröffentlichungen des Innsbrucker Stadtarchivs NF Bd. 60/Veröffentlichungen des Tiroler Landesarchivs Bd. 21), Innsbruck 2018, 225.

⁶ *Innsbrucker Nachrichten*, 19.11.1859, 4.

1863 brachte Riedinger das Innsbrucker Gaswerk in die Gesellschaft für Gasindustrie in Augsburg ein, die den Vertrag mit Innsbruck übernahm.⁷ Mit dieser Gesellschaft verhandelte die Innsbrucker Gemeindevertretung 1871 eine Vergrößerung der Fabrik, die Umstellung auf Steinkohle und eine Vertragsverlängerung. Gas aus Kohle statt aus Holz zu erzeugen war billiger, weshalb die Stadt eine Preisreduktion verlangte, die Produktionsumstellung ab dem Herbst 1872 aber genehmigte.⁸ Die Verwendung von Steinkohle war nicht unumstritten, ließ sich das Gas von Schwefelsäure doch nicht komplett reinigen.⁹ Im November 1884 diskutierte das aus Gemeindemandataren gebildete städtische Komitee für Gasangelegenheiten, ob und wenn ja in welcher Weise sich die Stadt an der Gasgesellschaft beteiligen sollte. Angedacht war der Ankauf von Gesellschaftsanteilen oder überhaupt der Kauf der ganzen Fabrik oder eine Vertragsverlängerung.¹⁰ Im Juni 1885 stimmte die Stadt schließlich einer vorzeitigen Vertragsverlängerung zu, wonach die Gasfabrik bis 31. Dezember 1904 in privater Hand bleiben sollte. Die Fabrik bot günstigere Preise, verpflichtete sich, weitere Straßenzüge mit Gaslicht zu versorgen (z. B. den Rennweg bis zum Löwenhaus, die Innstraße, Teile Saggens) und kaufte die stadteigene Infrastruktur wie Leitungen und Laternen an. Im Gegenzug sicherte sich die Firma „das ausschließliche Recht, den Stadtboden innerhalb der dermaligen Stadtgrenzen zur Legung von Gasleitungen zu benützen und die Gasbeleuchtung innerhalb der Stadtgrenzen zu besorgen“. Für schädliche Begleitstoffe der Gasproduktion wie Ammoniak, Kohlensäure oder Schwefelwasserstoff legte der Vertrag Grenzwerte fest.¹¹

Zur Finanzierung der Infrastruktur gab die Gasgesellschaft Schuldscheine aus, die sie in regelmäßigen Abständen einlöste (Abb. 2).

Kundmachung.

Bei der heute in der Kanzlei des Hrn. k. k. Notar Dr. Knoll dahier vorgenommenen einundzwanzigsten Verlosung der Obligationen der hiesigen Gasfabrik wurden die Nummern

28, 31, 35, 52, 66, 78, 83, 143, 179, 189

gezogen, welche Stücke am 1. Februar 1885 in unserm Bureau gegen löschungsfähige Quittung eingelöst werden.

Aus früheren Ziehungen sind noch unbehoben:

107, 109, 110, 161, 164, 166, 167, 177, 180, 182,
183, 195, 198.

Innsbruck, den 31. Oktober 1884.

Gesellschaft für Gasindustrie in Augsburg.
Gaswerk Innsbruck.

5008 Rudolf Heinrich.

Abb. 2: Inserat in *Innsbrucker Nachrichten*, 3. November 1884, 12.

⁷ Max Söllner, 80 Jahre Gaswerk Innsbruck, in: *Amtsblatt der Gauhauptstadt Innsbruck*, 27.12.1939, 2–3, hier: 2.

⁸ Bürgerausschuß-Sitzung, in: *Innsbrucker Nachrichten*, 21.7.1871, 5.

⁹ Zur Debatte dazu siehe *Innsbrucker Nachrichten*, 19.1.1874, 4–7, und *Bote für Tirol und Vorarlberg*, 9.4.1874.

¹⁰ Comité für Gasangelegenheiten, Protokoll, 18.11.1884. Stadtarchiv Innsbruck (StAI), Coml. 1899/3, Umschlag (U) 1888 Electricitäts-Werk Firma Ganz et Comp, Zl. 18098/1888.

¹¹ Übereinkommen zwischen der Gesellschaft für Gasindustrie Augsburg und dem Gemeinderat Innsbruck, 5.6.1885. StAI, Ratsprotokolle 1884–1886, Beilage zur Sitzung am 5.6.1885. Vertrag auszugsweise abgedruckt in: *Innsbrucker Nachrichten*, 6.6.1885, 4 f.

Am 1. November 1905 übernahm die Stadt das Werk um rund 1,5 Millionen Kronen. In seinem Rechenschaftsbericht pries Bürgermeister Wilhelm Greil den 1885 geschlossenen Vertrag nachträglich „als sehr klug, da wir am Übernahmestage ein im blühenden Zustande befindliches, sehr gut geleitetes und geschickt betriebenes Werk übernehmen konnten“.¹² In der Rückschau sah dies anders aus, was wieder einmal zeigt, wie sich bestimmte Ereignisse in der Erinnerung verändern: Im Dezember 1939 bezeichnete der Direktor des Gaswerks Max Söllner die Anlagen als „sehr herabgearbeitet“, was er auf die kurze Laufzeit des Vertrages zurückführte. Das Werk sei, so meinte er auch, kostenlos an die Stadt übergegangen, was nachweislich falsch war.¹³

Allerdings war das Werk technologisch veraltet und genügte den gestiegenen Ansprüchen nicht mehr. Der Verbrauch von Kochgas war nämlich stark angestiegen, während der von Leuchtgas leicht stagnierte, weil mittlerweile Elektrizität auf dem Markt war. Die Stadt entschloss sich daher zu einem Neubau, zuerst war an einen stadtfremden Standort mit Gleisanschluss gedacht, schließlich blieb der alte Standort erhalten, aber ein neues System mit Kammeröfen wurde gebaut, das sich an das bestehende Steinkohle- und Wassergaswerk anschloss. Als Nebenprodukte der Gasproduktion mittels Steinkohle fielen Koks und Teer an, die sich verwerten ließen. Als Zugeständnis an die geänderten Zeiten ließ die Stadt „in fürsorglicher Weise“ ein „Arbeiter-Wohlfahrts-Gebäude“ mit einer Kantine, Umkleide- und Waschräumen mit Wannen- und Brausebädern einrichten.¹⁴

Abbildung 3 präsentiert die städtische Gasanstalt nach den Neubauten. Die zwei kleinen Kreise zeigen die Gasanlagen des privaten Betreibers, die drei größeren Kreise die Zubauten von 1909 (heute im Rapoldipark), die Rechtecke Verwaltungs- und Lagergebäude.

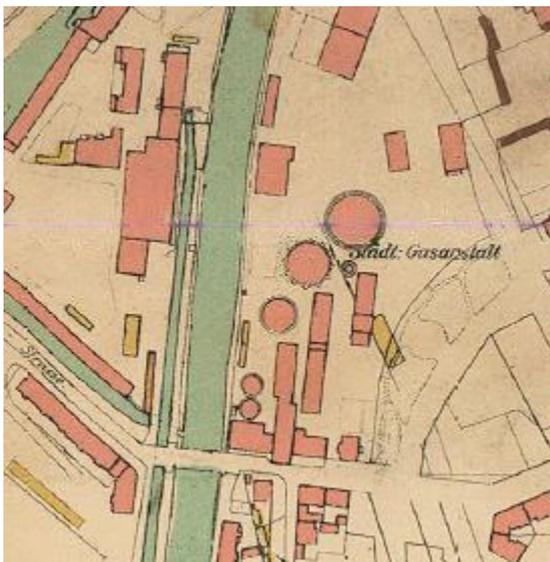


Abb. 3: Ausschnitt aus einem Innsbrucker Stadtplan, um 1910. IKB.

¹² Rechenschaftsbericht des Herrn Bürgermeisters, in: *Innsbrucker Nachrichten*, 30.12.1905, 33.

¹³ Söllner, 80 Jahre Gaswerk, 2. Die Aussagen Söllners erstaunen, war er doch schon 1909 als Ingenieur beim Gaswerk beschäftigt; sie dürften auf die geänderten politischen Verhältnisse zurückzuführen sein, weil das NS-Regime bestimmte Bereiche des täglichen Lebens in der öffentlichen Hand konzentriert sehen wollte, daher die Privatwirtschaft abwertete.

¹⁴ Das neue Gaswerk der Stadt Innsbruck, in: *Innsbrucker Nachrichten*, 18.12.1909, 6; Die Besichtigung des städtischen Gaswerkes, in: *Tiroler Anzeiger*, 18.12.1909, 1 f.

Die nun städtische Gasfabrik versuchte, ihren Kundenstamm zu erweitern und bot diverse Geräte für den Privatgebrauch sowie das Gewerbe und verkaufte den bei der Gasproduktion anfallenden Koks an Privathaushalte (Abb. 4–7).

Als sehr praktisch im Anschluß an die Küchagasleitung empfehlen:

Waschmaschine mit Gasbeheizung

in der Küche aufstellbar; einfach in der Bedienung und wirkungsvoll in der Reinigung.

Familien-Selbstkocherkessel

bei denen Gasherd und Selbstkocher vereinigt erscheinen, mit Gasersparnis bis 60%.

Die Apparate sind im Gaswerk-Stadtbureau zu besichtigen und dort verkäuflich.

1150 Städt. Gaswerk.

Abb. 4: Inserat, in: *Innsbrucker Nachrichten*, 5.6.1909, 37.

Bei herannahender Winterfaison empfehlen unsere

Gasheiz-Oefen

für Lokale, in welchen andere Oefen nicht anbringbar sind; als Ergänzung bestehender, ungenügender Heizungen; als Ergänzung von Zentralheizungen für die Uebergangszeiten; für Salon, Vorzimmer usw.

Unter einem erinnern an die bereits empfohlenen und sich bestens bewährenden

Selbstkocher-Kessel und Waschmaschinen

mit Gasbeheizung.

Städtisches Gaswerk Innsbruck.

Abb. 5: Inserat, in: *Tiroler Anzeiger*, 20. Oktober 1909, 11.

Ermäßigung der Kokspreise.

Infolge verstärkter Koksverzeugung im neuen Werke genehmigte der Verwaltungsrat der städtischen Lichtwerke folgende Kokspreis-Ermäßigungen im Koks-Kleinverkauf:

Von den Händlern in das Haus gestellt:

100 kg Koks	grob	in offenen Fuhren	jetzt K 4.50	früher K 4.70
100 "	"	Säcken	" " 4.80	" " 5.—
100 "	"	verkleinert " offenen Fuhren	" " 4.70	" " 5.10
100 "	"	" " Säcken	" " 5.—	" " 5.40

Wir erzeugen speziell für **Füll- und Dauerbrandöfen** Brechkoks von geeigneter Korngröße, dessen Verwendung als billigen Ersatz für Anthrazit oder gemischt mit solchen wir angelegentlichst empfehlen.

Nach Prüfungen der k. k. Lebensmittel-Untersuchungsanstalt ist — entgegen ausgebreiteten Gerüchten — der neue Kammerkoks dem alten Retortenkoks **absolut gleichwertig**. Der größeren Dichte des neuen Kokes steht als Vorteil entgegen längeres Anhalten im Feuer und geringere Grusbildung.

Unser Koks ist erhältlich bei allen hiesigen Kohlenhändlern mit Ausnahme der Firma Josef Engerlefer.

Preise für Koks im Großverkauf in Loko oder nach auswärts über Anfrage.

Städtisches Gaswerk.

107-21

Abb. 6: Inserat, in: *Innsbrucker Nachrichten*, 29. Jänner 1910, 29.

Städt. Gaswerk Innsbruck

Auerlicht, echtes, der Auergesellschaft in Wien, ausgiebigste, billigste und ruhigste Beleuchtung für Bureaux, Verkaufs- und Arbeitsräume, Wohnzimmer, Wirtslokale etc.

Auerlicht, hängendes, vollkommen schattenlos, sparsam im Gasverbrauch und dekorativ wirkend.

Gasbogenlampen, windsichere Aussenlampen für Auslagebeleuchtung, zugleich Reklamelampen mit verbesserter Zündung.

Beleuchtungsapparate in allen Ausführungen samt den zugehörigen Glaswaren.

Stiegenbeleuchtungen mit Auersparbrenner oder offenen Flammen, verbesserte, billige Anlage, sparsamer Gasverbrauch, bequeme Bedienung (wie elektrisches Licht).

Gasküchen zum teilweisen oder ausschliesslichen Kochen mit Gas. 5000 Gasküchen bereits eingerichtet. Gasmesser, Apparate, eventuell auch Leitungen, gegen Miete.

Selbstkocher eigenen Systems; sie ergeben 25% Gasersparnis und liefern schmack- und nahrhafte Speisen.

Bratrohre, Rost- und Spiessapparate für Gasfeuerung.

Gasbügelapparate ermöglichen in bequemster und reinlichster Art im Haushalt zu bügeln.

Gasbadeöfen liefern in ca. 12 bis 15 Minuten ein warmes Vollbad; einfachste, bequemste und schnellste Art im Hause ein Bad zu bereiten.

Gasheizöfen für Räume, in welchen andere Öfen nicht anbringbar sind, als Ergänzung bestehender, ungenügender Heizungen, in dekorativen Ausführungen.

Näheres im Gaswerk-Stadtbureau

Ecke Karl Ludwigsplatz.

Im Jahr 1909 verfügte das Gaswerk über insgesamt 43.674 installierte Flammen und 6.740 Gasküchen. Neu hinzugekommen waren Gasheizöfen, Gasbadeöfen, Gaskocher und Bügelapparate.¹⁵ Mit ihrer Produktpalette bildete das Gaswerk durchaus eine Konkurrenz zu den E-Werken, die neben Großabnehmern wie der Stubaitalbahn die städtische Bevölkerung mit ähnlichen Angeboten lockte.

1.2 Die Elektrizitätswerke

Erst ab den 1880er Jahren des 19. Jahrhunderts entstanden vorerst privat finanzierte Unternehmen, die Elektrizität für öffentliche und private Zwecke anboten, d. h. für die Beleuchtung von Plätzen, Amtsräumen, aber auch Privathaushalten. Parallel dazu bauten größere Unternehmen, um ihre Maschinen betreiben zu können, ihre eigenen E-Werke. Um das erste Innsbrucker E-Werk am Mühlauer Bach in der damals noch selbständigen Gemeinde Mühlau entspann sich ein erbitterter Streit, der erst mit dem Ankauf durch die Stadt Innsbruck endete. Das zweite, um die Jahrhundertwende projektierte städtische E-Werk an der Sill, war größer dimensioniert und auf wachsende Ansprüche ausgelegt.

1.2.1 Das E-Werk in Mühlau

Im Mai 1887 erlaubte der Innsbrucker Gemeinderat der Budapester Firma Ganz & Co Eisen gießerei und Maschinenfabrik AG, eine Anlage zur „elektrischen Beleuchtung für Privatzwecke“ am Mühlauer Bach zu errichten. Die Verhandlungen zogen sich, waren doch viele Interessen zu berücksichtigen, darunter die der Gemeinden Mühlau, Rum und Arzl, die Wasserrechte am Bach hielten und ihre Ortschaften mit Wasser daraus versorgten. Schwierig war auch die Frage zu klären, ob die notwendigen Leitungen unterirdisch oder als „Luftleitungen“ ausgeführt werden durften. Die Stadt Innsbruck bevorzugte die unterirdische Variante, vermutlich, um Proteste der Bevölkerung zu verhindern, die Firma wollte aus Kostengründen eine Kabeltrasse mit Stützen legen. Die Firma protestierte gegen die Absicht der Stadt, eine Konzession nur auf zehn Jahre zu vergeben, ließe sich doch für diese kurze Frist nicht genug Kapital aufbringen, weil es sich nicht amortisiere. Halte die Stadt an dieser Frist fest und verlängere sie nicht auf die gewünschten 30 Jahre, müsse das Projekt aufgegeben werden, drohte die Firma.¹⁶

Im August 1888 erteilte die Statthalterei der Firma die Konzession, auf dem Gemeindegebiet von Arzl die Zentrale zu errichten, das Wasser zu fassen und Leitungen in die Stadt zu legen.¹⁷ Im Oktober 1888 genehmigte schließlich der Innsbrucker Gemeinderat den Vertrag mit der Firma Ganz & Co, der eine Konzessionsdauer von 30 Jahren vorsah. Die Stadt ließ sich das Recht, das Werk jederzeit zu bestimmten Bedingungen einlösen zu können, jedoch schriftlich fixieren.¹⁸ Die ersten Strompreise bezogen sich nur auf den Verbrauch von Glühlampen, Herde, Heizungen oder Maschinen folgten erst später. Der Preis richtete sich nach der Lampenanzahl,

¹⁵ Innsbrucker Gemeinderat, 8. Sitzung am 4. März 1910, in: *Innsbrucker Nachrichten*, 5.3.1910, 7.

¹⁶ Ganz & Co Budapest an Stadtmagistrat, 5.8.1888. StAI, Coml. 1899/3, U 1888 Electricitäts-Werk Firma Ganz et Comp, Zl. 11652 Com. 1888.

¹⁷ Statthalterei an Ganz & Co Budapest, 20.8.1888. Ebd., Zl. 12551 Com. 1888.

¹⁸ Gabriela Prinoth, *Die Elektrizitätswirtschaft Nord- und Osttirols von den Anfängen bis zum Jahre 1938*, Diss. phil. Innsbruck 1983, 75 f. Die Arbeit berücksichtigt leider zu wenig bis gar nicht die vorhandenen Aktenbestände und ist daher für bestimmte Zeitabschnitte zu wenig detailliert.

Rabatte gewährte die Firma bei Mehrverbrauch.¹⁹ Am Preis und grundsätzlich an der Kalkulation über die Kosten der Anlage, den als zu gering eingeschätzten Einnahmen, den als zu hoch angesetzten Ausgaben, entzündete sich eine Debatte in der Presse. Die Firma rechne mit „für ihren Zweck eigens präparierte Ziffernzusammenstellungen“, um „das heimische Capital von einer Beteiligung abzuhalten“, sich „die Concurrenz vom Halse [zu] schaffen“ und den „enormen Preis von 4 Kreuzer per Brennstunde inclusive Lampengebühr durchführen zu können“, die Gewinne kämen den „fremden Firmen“ zugute.²⁰

Für den Bau des Werkes schloss sich die Firma Ganz & Co mit der Gesellschaft für Gasindustrie Augsburg zusammen, die das Innsbrucker Gaswerk betrieb. Die neue Firma baute auf dem Gemeindegebiet von Arzl und mit der Kraft des Wassers aus der Mühlauer Klamm die Werkanlagen (an der Schweinsbrücke, heute Rechenhofweg 1).²¹ Im August 1889 fand, obwohl die Anlage noch nicht vollständig fertig war, die feierliche Eröffnung unter Beisein von städtischen Honoratioren statt, die in dem mit „Fahnen, Wappen und Taxgewinden“ geschmückten Maschinenhaus auf „das Gedeihen der einzig schönen Stadt Innsbruck“ anstießen.²²

Der Innsbrucker Gemeinderat sah sich durch den Firmenzusammenschluss getäuscht, fürchtete eine Konzentration der Energieversorgung in einer Hand und diskutierte bald darüber, das E-Werk einzulösen oder eine zweite Konzession zu vergeben. Noch vor der Inbetriebnahme, im Juli 1889, behandelte die Gemeindevertretung das Ansuchen eines Peter Paul Heigl, der ebenfalls ein E-Werk errichten wollte.²³ Der Gemeinderat war prinzipiell bereit, ein Konkurrenzunternehmen zuzulassen, weil ein solches der Bevölkerung „billiges Licht“ verschaffe und zudem der Firma Ganz & Co zeige, „daß man mit sich nicht so umspringen lasse“. Auf einen Passus einer künftigen Konzession legte der Gemeinderat dabei besonderen Wert: Heigl müsse sich verpflichten, „niemals mit einer Beleuchtungsgesellschaft in Innsbruck“ zu fusionieren.²⁴

Am 10. Oktober 1889 erinnerte Bürgermeister Heinrich Falk namens des Gemeinderates das E-Werk an das Einlösungsrecht und verlangte, den Preis dafür zu wissen.²⁵ Mit „lebhaftem Bedauern“ könne der Buchwert der Anlage noch nicht genannt werden, ließ das E-Werk wissen, einige Arbeiten dauerten noch an und nicht alle Rechnungen seien schon beglichen. Die Stadt möge zuerst einen Gemeinderatsbeschluss fassen und ein Komitee für die Verhandlungen, „welche uns schädigen könnten“, benennen, dem „unter Vorbehalt der Geheimhaltung“ die Buchhaltung präsentiert werde. Der Brief endete mit der recht unverhohlenen Drohung, die Stadt müsse selbstverständlich extra über die Patentrechte an den Maschinen verhandeln.²⁶ In einem zweiten Schreiben verwies das E-Werk darauf, dass sie die Garantie für die „tadellose Herstellung und Function der Anlage“ nur dann übernehmen könne, „wenn wir die Arbeiten bis zur Inbetriebsetzung, ohne Beschränkung, selbst leiten“. Die Stadt verfüge nicht über die notwendigen Fachkräfte, die Anlage zu betreiben; sie möge erst abwarten, ob sie überhaupt Gewinn abwerfe, um das Gemeindevermögen zu schonen; aus demselben Grund solle sie kein

¹⁹ Bedingungen für die Lieferung von electricischem Strom aus dem Electricitätswerk Innsbruck, beiliegend einem Schreiben des EW Innsbruck an die Stadt Innsbruck, 16.11.1888. StAI, Coml. 1899/3, U 1888 Electricitäts-Werk Firma Ganz et Comp, o. Zl.

²⁰ *Innsbrucker Nachrichten*, 29.3.1889, 9–12, hier: 11.

²¹ Zu den technischen Details und der maschinellen Ausstattung siehe Stadtwerke Innsbruck, 60 Jahre Elektrizitätswerk Innsbruck, Innsbruck 1949, 9 f.

²² Das Elektrizitätswerk, in *Innsbrucker Nachrichten*, 19.8.1889, 3.

²³ Peter Paul Heigl an Innsbrucker Gemeinderat, 22.5.1889. StAI, Coml. 1899/3, U Electricische Beleuchtung 1889, Zl. 185 II/8165/1889.

²⁴ Sitzung des Gemeinderates am 10.7.1889, in: *Innsbrucker Nachrichten*, 12.7.1889, 6–8, hier: 7.

²⁵ Gemeinderat Innsbruck an Ganz & Co, 10.10.1889. StAI, Coml. 1899/3, U Electricische Beleuchtung 1889, Zl. 185 II/15404/1889.

²⁶ Electricitäts-Werk Innsbruck an Bürgermeister Falk, 24.10.1889. Ebd., Zl. 185 II/16682/1889.

Konkurrenzunternehmen zulassen. Wenn die Stadt „geneigt wäre, einige Bedingungen des Vertrages, welche für unser Unternehmen sehr drückend sind, ohne der Gemeinde einen effektiven Vorteil zu bringen“ abzuändern, könnten die Preise gesenkt werden. Als ungefähren Preis der gesamten Anlage nannte Betriebsdirektor Rudolf Heinrich die Summe von 300.000 Gulden.²⁷

Die beiden Briefe empörten die Stadt, hinterließen sie doch den Eindruck, die Firma ignoriere das Einlösungsrecht, einen Vorwurf, den diese ebenso empört zurückwies. Es liege noch immer kein Gemeinderatsbeschluss mit einem dezidierten Ankaufswunsch vor, der Buchwert könne, wie schon mehrmals betont, noch nicht genannt werden, mit rechtlichen Schritten zu drohen, löse das Problem nicht. Das Werk sei „der Stadtgemeinde gegenüber zu jedem billigen Entgegenkommen bereit, allein“ müsse es diese „begrifflich finden, daß wir in dieser uns noch nicht klaren Sache nicht überhastet vorgehen“.²⁸

Die Atmosphäre war damit kurz nach Inbetriebnahme und noch vor vollständiger Fertigstellung des Werkes gründlich vergiftet, was die nachfolgenden Ereignisse und die schwierige Kooperation bis zur Übernahme durch die Stadt 1897 erklärt. Der Innsbrucker Gemeinderat beschloss jedenfalls am 5. Dezember 1889, Einlösungsverhandlungen zu beginnen und nominierte dafür ein Komitee.²⁹ Das Komitee beriet Mitte Jänner 1890 über den Buchwert des Unternehmens: Die bestehende Anlage mit 300 PS beliefe 2.000 Lampen und sei 300.000 Gulden wert, für einen Ausbau fielen kostspielige Investitionen an. Angesichts der unkalulierbaren Kosten verzichtete das Komitee auf das Einlösungsrecht. Die Firma Ganz & Co benützte den Termin, um einige Passagen des Vertrages nachzuverhandeln. Sie wollte eine längere Konzessionsdauer, keine weitere Konkurrenz und den Verzicht der Stadt auf das Einlösungsrecht; dafür wollte sie die jährliche anfallende Gebühr an die Stadt erhöhen und Rabatte einräumen.³⁰

Einige Jahre blieb es ruhig, bis die Stadt Innsbruck im Jänner 1894 bei der Statthalterei darum ansuchte, selbst ein Kraftwerk am Mühlauer Bach bauen zu dürfen.³¹ Im März 1894 ließ die Statthalterei wissen, dass die Elektrizitätsanlage der Stadt oberhalb des bestehenden Werkes geplant war.³² Zur mündlichen Verhandlung im April 1894 trafen Vertreter der Stadt Innsbruck, der Gemeinden Rum, Mühlau und Arzl, Private mit Wasserrechten am Bach mit Vertretern des privaten E-Werkes am Mühlauer Bach aufeinander. Die Gemeinde Mühlau plädierte dafür, die Stromversorgung in die öffentliche Hand zu übernehmen und nicht weiter der „privaten Speculation zu überlassen“. Das private E-Werk rechtfertigte die hohen Preise damit, dass zu wenige Haushalte angeschlossen seien, steige die Zahl, sinke der Bezugspreis. Die Stadt Innsbruck hätte ein eigenes Werk gründen können, mittlerweile „hat aber die Privatspeculation ein solches Werk mit großem Aufwand an Zeit und Geld ins Leben gerufen“, ein neues der Stadt bringe die „Privaten, die unbekümmert um die die Erfolge große Opfer gebracht haben, um diese ihre Auslagen und um die Erfolge, die sie sich für ihre Mühewaltung und Geldauslagen mit Recht versprechen konnten“. Die geplanten Betriebsanlagen oberhalb des eigenen Werkes störten den Betrieb in unzulässiger Weise, wofür die Stadt Entschädigungen leisten müsse. Die Privatfirma beantragte die Ablehnung des städtischen Gesuches, auch weil sie ihr Werk bachabwärts

²⁷ Electricitäts-Werk Innsbruck an Bürgermeister Falk, o. D. (Oktober/November 1889). Ebd.

²⁸ Electricitäts-Werk Innsbruck an Bürgermeister Falk, 11.11.1889. Ebd., Zl. 185 II/17382/1889.

²⁹ Bürgermeister Falk an E-Werk Innsbruck, 21.12.1889. Ebd., Zl. 185 II/19623/1889.

³⁰ Protokoll, 16.1.1890. Ebd., U Elektrizitätswerk der Firma Ganz & Ko Mühlau event. Erwerbung durch die Stadt, Zl. 2055/490/1890.

³¹ Statthalterei an Stadtmagistrat, 27.2.1894. StAI, Coml. 1899/3, U Electricitäts Werk Bau am Wurmbach, Zl. 1574/4495/1894. Die Statthalterei verwies auf die Bezirkshauptmannschaft Innsbruck als zuständige Instanz, woraufhin die Stadt am 3. März 1894 ein neuerliches Gesuch einreichte.

³² Statthalterei, Kundmachung, 10.3.1894. Ebd., U Verwaltungs-Gerichtshofs-Acten betreffend Streit mit dem Electricitäts-Werk, Zl. ad 83/1897.

vergrößern wolle. Die Vertreter des Gemeinderates argumentierten, der bisher hohe Preis hemme die Entwicklung der Stadt, das bestehende Werk sei zu wenig leistungsfähig, um den steigenden Strombedarf zu decken.³³ Im Mai 1894 genehmigte die Bezirkshauptmannschaft das Vorhaben der Stadt.³⁴

War dieses Verfahren problemlos abzuwickeln, entspann sich um die Wasserkraft unterhalb des bestehenden E-Werkes ein jahrelanger erbitterter Streit. Im Juli 1894 beantragte die Stadt zusätzlich eine Konzession, um die Wasserkraft unterhalb des bestehenden Werkes auszunutzen, was das private E-Werk noch direkter angriff, hatte dieses doch schon im September 1893 darum angesucht. Und es betraf die Gemeinde Mühlau, die selbst die Wasserkraft bis hinunter zur Rauchmühle nutzen wollte und deren Ansuchen aus dem Jänner 1893 datierte.³⁵ Sowohl Mühlau als auch die Firma protestierten. Die Firma erklärte sich bezüglich der Preisgestaltung aber verhandlungsbereit. Das Unternehmen sei mit „einem gewissen Risiko“ gestartet, habe „bis heute einen nennenswerten Nutzen nicht gebracht“, weshalb von einer „Übervortheilung der Consumenten gewiss nicht die Rede“ sein könne. Die hohen Preise seien anfangs gerechtfertigt gewesen, man habe abwarten wollen, ob das Produkt Strom überhaupt genug Nachfrage generiere. Nun, da die Firma eine „bescheidene Verzinsung“ erziele und die „erste thatsächlich Verlust bringende Periode überstanden“ sei, könnten die Preise gesenkt werden, ein Vorhaben, das ohnehin geplant gewesen sei und nicht mit der drohenden Konkurrenz zusammenhänge. Billigerer Strom könne „leichter und natürlicher erreicht“ werden, „als durch Gründung eigener Werke“. Die Firma bot an, die Straßenbeleuchtung der Innenstadt zu übernehmen und die notwendigen Installationen zu finanzieren, wofür die Stadt nicht mehr als wie bisher für die Gasbeleuchtung bezahlen müsse. Weiters lockte sie mit einem 25%igen Rabatt auf den Grundpreis für die elektrische Beleuchtung städtischer Amtsräume und des Theaters, mit einem geringeren Rabatt für Private, mit der Auflassung der Grundgebühr und „bei steigender Entwicklung“ mit weiteren Vergünstigungen. Dafür wollte die Firma das Monopol, Kabel in den Straßen und Plätzen der Stadt zu legen und den Verzicht der Stadt auf Einlösung in den nächsten zehn Jahren. Wolle die Stadt nicht auf die angebotenen Begünstigungen eingehen, stehe es ihr frei, das Werk und alle Patentrechte zum „Eigenkostenpreise“ zu erwerben.³⁶ Dass die Firma Ganz & Co erst im Juli 1894 auf den Konzessionswunsch der Stadt reagierte, zeigt, dass sich die Stadtführung vorab gar nicht mehr mit der Firma zu einigen versucht hatte und dass nicht nur kein schlechtes, sondern überhaupt kein Gesprächsklima existierte.

Die Bezirkshauptmannschaft wies die Proteste des E-Werkes und der Gemeinde Mühlau zurück und setzte einen Verhandlungstermin zur Frage, welches der drei eingereichten Projekte das volkswirtschaftlich sinnvollste sei, an.³⁷ Die zweitägigen Verhandlungen Anfang September 1894 offenbarten, wie sehr sich die Beteiligten misstrauten. Die Gemeinde Mühlau sah sich generell übervorteilt, weil sie aus „ihrem“ Bach den geringsten Nutzen zog, ihr nur mehr der Name bliebe. Die Stadt könne sich nicht „ohne bestimmten Zweck die Wasserkraft auf unbestimmte Zeit sichern“, wohingegen Mühlau sofort bauen wolle. Die Gemeinde, beliebt als Ausflugsort, bei Industrie und Gewerbe, benötige Strom für einen Aufschwung. Innsbruck brauche

³³ Protocoll, 17.4.1894. Ebd.

³⁴ Bezirkshauptmannschaft an Stadtmagistrat, 30.5.1894. Ebd., Mp. 1894 Elektrizitäts Werk, Zl. 1574/9137/1894.

³⁵ Statthalterei, Kundmachung, 11.7.1894. Ebd., U Verwaltungs-Gerichtshofs-Acten betreffend Streit mit dem Electricitäts-Werk, Zl. ad 83/1897.

³⁶ Generaldirektion der Gesellschaft für Gasindustrie Augsburg/Generaldirektion Ganz & Co Budapest/Leobersdorf an Stadtmagistrat, 24.7.1894. Ebd., Mp. 1894 Elektrizitäts Werk, Zl. 1574/14454/1894.

³⁷ Statthalterei an Bezirkshauptmannschaft, 29.7.1894. Ebd., U Verwaltungs-Gerichtshofs-Acten betreffend Streit mit dem Electricitäts-Werk, Zl. ad 83/1897.

allein für die Beleuchtung mindestens 800 PS, das Projekt oberhalb des bestehenden Werkes liefere höchstens 500, das untere maximal 130, genüge also den Ansprüchen der Stadt ohnehin nicht. „Man sieht hieraus wieder die Überstürzung und Planlosigkeit des im letzten Augenblicke (9. Juli 1894) über unberufene Anregung vorgelegten Projektes“, folgerte die Gemeinde. Man habe die Stadt, die einen äußerst schlechten Vertrag mit der privaten Firma geschlossen habe, immer unterstützt, auch bei der Verhandlung im April, zum Dank sei ihr diese nun in den Rücken gefallen. Die Gemeinde beantragte, das Ansuchen der Stadt zurückzuweisen und endlich Verhandlungen über das schon länger vorliegende eigene Projekt und das des E-Werkes zu beginnen.

Das E-Werk konzentrierte sich darauf, das Sachverständigengutachten anzugreifen, und unterstellte den Fachleuten, von den Wünschen Innsbrucks einseitig beeinflusst zu sein. Die Frist von drei Jahren, die sich die Stadt ausbedungen habe, lasse „unzweideutig durchblicken“, dass sie vermutlich das Ende des Gasvertrages (Dezember 1904) abwarten wolle, bevor sie ihr Werk baue. Das E-Werk verwehrte sich dagegen, dass sich aus der geringen Zahl von 3.200 angeschlossenen Glühlampen mangelndes Vertrauen der Bevölkerung und zu hohe Preise ableiten ließen. Andere Umstände seien dafür verantwortlich:

„Und hier müssen wir, so Leid es uns thut, das persönliche Gebiet betreten. Es ist noch in aller Erinnerung, daß unser Werk kaum fertig gestellt war, als sich eine gewaltige Agitation zur Errichtung eines Konkurrenzwerkess mit Dampftrieb Geltung verschaffte. Die Faisseurs dieses Unternehmens wanderten von Haus zu Haus um Private u. Etablissements mit allen möglichen u. unmöglichen Versprechungen abzuhalten, sich electr. Licht u. Kraft bei uns zu holen.“

Interessierte hätten sich von dem vagen Versprechen, die Stadt verfüge bald über ein eigenes Werk, von einem Vertragsabschluss abhalten lassen. Bezüglich Mühlau gehe ein Verweis auf die Bedürfnisse der Industrie (Baur & Söhne, Weyrer & Söhne, Rauchmühle)³⁸ fehl, verfügte diese doch über eigene Elektrizitätswerke. Angesichts der Umstände sei anzunehmen, „daß nur eine tolle, von sachkundiger Seite ausgehende Agitation die Leitung der Stadtgemeinde Innsbruck zu ihrem jetzigen Vorgehen veranlaßt hat“.³⁹ In einer schriftlichen Eingabe formulierte das E-Werk noch schärfer. Ein „Kesseltreiben“ von „unberufener und sachkundiger Seite“ sei im Gange, was ein „völlig unbefangenes Urteil“ verhindere. Die Gutachter verließen sich auf Hörensagen, wenn sie die zu hohen Preise beklagten: „Seit wann gründen sich unbefangene Gutachter auf ‚on dit‘ [= man sagt] und auf ‚Äußerungen der Gegner‘?“ Das Verfahren sei unsauber, weil die Stadt Innsbruck erst, als die Verhandlung über eine Konzessionsvergabe an die Gemeinde Mühlau oder das E-Werk schon im Laufen gewesen sei, ihrerseits einen Antrag eingebracht habe. Dieser Antrag hätte als verspätet zurückgewiesen werden müssen. Das E-Werk drohte, „zwar mit allem Anstande, aber doch mit aller Energie und allem Nachdruck sich zur Verteidigung seines guten Rechtes aller gesetzlich erlaubten Mittel“ bedienen und durch alle Instanzen klagen, sollte es die Konzession nicht erhalten.⁴⁰ Der Innsbrucker Bürgermeister wies die Verdächtigungen, es handle sich um ein Kesseltreiben und die Gutachter agierten befangen als „Produkt einer krankhaften Fantasie“ zurück.⁴¹

³⁸ Die Rauchmühle eröffnete ihr erstes E-Werk unter der heutigen Adresse Kirchg. 23 im Jahr 1888.

³⁹ Bezirkshauptmannschaft, Protokoll, 3./4.9.1894. StAI, Coml. 1899/3, U Verwaltungs-Gerichtshofs-Acten betreffend Streit mit dem Electricitäts-Werk, Zl. ad 83/1897.

⁴⁰ E-Werk Innsbruck, Äußerung, 3.9.1894. Ebd.

⁴¹ Vertreter der Stadt Innsbruck, Protokoll, aufgenommen bei der k. k. Bezirkshauptmannschaft, 29.10.1894. Ebd.

Die Gutachter antworteten zuerst auf die Eingabe der Gemeinde Mühlau. Die Innsbrucker Pläne umfassten je ein Werk ober- und unterhalb des bestehenden, zugleich werde mit dem E-Werk verhandelt, weshalb eingedenk der Komplexität eine dreijährige Frist angemessen sei. Errichte die Gemeinde ein eigenes E-Werk und gebe den Unternehmen günstigen Strom ab, so profitierten davon allein diese, denn die gesamte Bevölkerung müsse für eventuelle Verluste aufkommen. Zudem brauche Mühlau nicht so viel Strom wie behauptet. Vom E-Werk fühlten sich die Gutachter in einer „noch nie vorgekommene[n] Form“ angegriffen und missverstanden. Sie blieben bei dem Vorwurf, dem Werk sei es nicht gelungen, ihre PS auszunutzen, weil zu wenige Häuser angeschlossen seien. Bei günstigeren Preisen hätte die Mühlauer Industrie Strom aus dem Werk beziehen können, statt ihre eigenen zu bauen. Heftig kritisierten die Gutachter die Preisgestaltung, den Installations- und Anschlussstarif, der allerdings nur Private traf, zahlten doch viele Firmen dafür überhaupt nichts. Bei allem Verständnis für die anfänglich hohen Preise, seien die derzeitigen „so exorbitant“, dass sich der Eindruck aufdränge, es gehe der Firma nicht um die Einführung elektrischen Stroms, sondern mehr um den Schutz der mit ihr eng verbundenen Gasgesellschaft. Erhalte das E-Werk eine Konzession zur Erweiterung seiner Anlagen, so käme dies „der Schaffung eines schädlichen Mangels“ gleich.⁴²

Nachdem eine gütliche Einigung zwischen den drei Interessenten nicht zu erreichen war, entschied die Bezirkshauptmannschaft den Streit zugunsten der Stadt Innsbruck und vergab die Konzession zur Nutzung des Unterlaufes für 70 Jahre. Die Stadt musste sich aber erstens verpflichten, der Gemeinde Mühlau den Strom zum selben Preis anzubieten wie der eigenen Bevölkerung, und zweitens für die Benützung der Straßen der Nachbargemeinde einen Rabatt zu gewähren. Als Gründe für ihre Entscheidung berief sich die Bezirkshauptmannschaft auf einen Paragraphen des Wasserrechtsgesetzes, der vorschrieb, nach der „Wichtigkeit für die Volkswirtschaft“ vorzugehen. Das Projekt des privaten Elektrizitätswerkes liefere Licht und Kraft verhältnismäßig teuer, „während der Reingewinn in wenige Hände fließen würde“; das der Gemeinde Mühlau könne billiger liefern, die Gewinne blieben in öffentlicher Hand, aber das Werk müsse eingedenk der Größe der Gemeinde klein sein; die Stadt Innsbruck hingegen könne wegen ihrer Größe und der Zahl der möglichen KonsumentInnen noch billiger liefern, eine öffentliche Beleuchtung in der Stadt käme „einer weitaus größeren Allgemeinheit zu Gute“, die Gewinne fielen an eine größere Gemeinschaft. Niedrigere Preise seien beim bestehenden E-Werk „als auf Erwerb und Gewinn ausgehenden kaufmännischen Unternehmung nicht oder wenigstens nicht in dem Maße“ zu erwarten wie von der öffentlichen Hand.⁴³

Wie angekündigt akzeptierte das E-Werk die Entscheidung nicht und legte bei der Statthalterei Rekurs ein, die Gemeinde Mühlau folgte. Die Statthalterei wies die Berufungen ab und bestätigte die Begründungen der Bezirkshauptmannschaft.⁴⁴ Die Gemeinde Mühlau und das E-Werk riefen die nächste Instanz an, das für die E-Wirtschaft zuständige Ackerbauministerium, das die Berufungen ebenfalls zurückwies.⁴⁵ Das E-Werk gab noch nicht auf und erhob im September 1895 Beschwerde beim Verwaltungsgerichtshof. Es führte unter anderem an, dass die Stadt Innsbruck „gar nicht ernstlich denkt und auch nicht ernstlich denken könne“, ihr Projekt zu verwirklichen, habe sie die nötige gewerbliche Konzession noch nicht beantragt und sich sogar eine „Überlegungs- oder Obstruktionsfrist von 3 Jahren“ ausbedungen habe, kurz, die

⁴² Bezirkshauptmannschaft, Protokoll, 3./4.9.1894. Ebd.

⁴³ Bezirkshauptmannschaft, Entscheidung, 26.2.1895. Ebd., U Elektrizitätswerk Ganz & Ko., Zl. 7764/4564/1895.

⁴⁴ Statthalterei an Bezirkshauptmannschaft, 25.5.1895. Ebd., Zl. 7764/11989/1895.

⁴⁵ Statthalterei an Bezirkshauptmannschaft, 17.9.1895. Ebd., Zl. 7764/21218/1895.

Stadt wolle nur Druck auf das Werk ausüben. Das Verhalten der Stadt verzögere den Ausbau, „worin eine volkswirtschaftliche Schädigung des concessionslustigen Publicums“ liege.⁴⁶

Während des Rechtsstreits versuchten E-Werk und Stadt Innsbruck immer wieder, doch noch eine gütliche Einigung zu erzielen. In der Gemeinderatssitzung am 5. Mai 1896 trug das Electricitäts-Comité die Vorschläge der Firma vor: Sie werde der Stadt „das Recht einräumen“, Kabel zu legen. Diese Forderung löste „Heiterkeit“ unter den Gemeinderäten aus. Die Firma bezog sich dabei auf einen Passus des Gasvertrages, wonach die Gasgesellschaft auf Dauer des Vertrages das alleinige Recht hatte, Gasrohre zu legen. Der Gemeinderat monierte, die Firma missinterpretiere den Vertrag gründlich, ließe sich doch somit das Recht ableiten, die Stadt brauche für ihr Handeln die Erlaubnis einer privaten Firma. Weiters forderte die Firma, die Stadt dürfe Energie aus dem geplanten Werk nicht an Private verkaufen, sondern nur für sich selbst verwenden oder an das private E-Werk abtreten. Nach Auslaufen des Gasvertrages solle die Firma keine Abgaben mehr an die Stadt zahlen müssen. Man „wisse nicht, soll man mehr über die Naivität oder über die Unverfrorenheit staunen, mit der das Elektrizitätswerk an die Stadt herantritt und nur Forderungen stellt“, konstatierte Gemeinderat Karl Kapferer. Die Stadt habe es satt, „sich in dieser Weise behandeln zu lassen“.⁴⁷

Der Verwaltungsgerichtshof entschied am 30. Dezember 1896, folgte den Begründungen der Vorinstanzen und wies die Beschwerde des E-Werkes ab.⁴⁸ Da der Rechtsweg ausgeschöpft war, der Firma wegen der drohenden Konkurrenz Gewinneinbrüche drohten, sie ihr Werk in Mühlau wegen der Konzessionen ober- und unterhalb davon ohnehin nicht erweitern konnte, musste sie mit dem Innsbrucker Gemeinderat über einen Verkauf verhandeln. Am 6. Juli 1897 beschloss der Gemeinderat, das E-Werk einzulösen, den Wert ermitteln sollte ein Electricitäts-Comité.⁴⁹ Die Finanzierung wollte die Stadt mittels Kredit der Innsbrucker Sparkasse stemmen, bei der sie um rund 500.000 Gulden ansuchte.⁵⁰ Wie sehr die Beziehungen zwischen dem E-Werk und der Stadtvertretung gestört waren, beweist der Umstand, dass die Firma von der Kaufabsicht aus der Zeitung erfuhr und sich darüber beim Ackerbauministerium beschwerte.⁵¹ Mitte September 1897 traf das städtische Komitee mit Vertretern des E-Werkes zusammen und errechnete den Buchwert der Anlage mit rund 446.500 Gulden.⁵² Die Stadt übernahm schließlich mit 1. November 1897 das private E-Werk um 490.000 Gulden.⁵³

Noch während der Verhandlungen erinnerte die Gesellschaft für Gasindustrie Augsburg die Stadt daran, dass sie sich 1885 vertraglich verpflichtet habe, ein Konkurrenzunternehmen nicht zu vergrößern und „dasselbe nur in den Schranken, wie solche durch den gegenwärtigen Umfang der Energie-Abgabe für Lichtzwecke gezogen sind, betrieben“ werde.⁵⁴ Damit war eingetreten, was die Stadt befürchtet hatte, dass nämlich die recht unfreundliche Übernahme des E-Werkes das Verhältnis zum Gaswerk beeinträchtigte. Es mag wie juristische Spitzfindigkeit anmuten, weil sowohl Stadt als auch Gasgesellschaft den 1885 vereinbarten Passus, das

⁴⁶ Electricitäts-Werk Innsbruck an Verwaltungsgerichtshof, 21.9.1895. Ebd., U Verwaltungs-Gerichtshofs-Acten betreffend Streit mit dem Electricitäts-Werk, Zl. ad 83/1897.

⁴⁷ Gemeinderaths-Sitzung vom 7. Mai, in: *Innsbrucker Nachrichten*, 7.5.1896, 3–5, hier: 4 f.

⁴⁸ Verwaltungsgerichtshof, Entscheidung, 30.12.1896. StAI, Coml. 1899/3, Mp. Verwaltungs-Gerichtshof-Acten betreffend Streit mit dem Electricitäts Werk, Zl. ad 83/1897.

⁴⁹ Vertrauliche Sitzung des Gemeinderates am 6. Juli 1897, in: Beschlüsse des Gemeinderathes der Landeshauptstadt Innsbruck im Jahre 1897, Innsbruck 1898, 32 f. Tiroler Landesmuseum Ferdinandeum, Sign. W 14.230.

⁵⁰ Bürgermeister an Sparkasse, 7.7.1897. StAI, Coml. 1899/3, U Elektrische Zentralstation am Wurmbach Erriichtung ev. Erwerbung des bestehenden Werkes, Ankauf, Conzession etc., Zl. 83/15314/1897.

⁵¹ Statthalterei an Stadtmagistrat, 27.7.1897. Ebd., Zl. 83/17022/1897.

⁵² Protokoll, 19.9.1897. Ebd., Zl. 83/20895/1897.

⁵³ Bürgermeister an Direction des Electricitäts Werkes, 13.10.1897. Ebd., Zl. 83/22711/1897. Zum Vergleich: 1897 kostete das vierteljährliche Abonnement der Innsbrucker Nachrichten 2 Gulden und 60 Kreuzer.

⁵⁴ Gesellschaft für Gasindustrie Augsburg an Stadtmagistrat, 25.8.1897. Ebd., Zl. 83/28515/1897.

Gaswerk allein dürfe Gasrohre legen, unterschiedlich interpretierten. Die Stadt stellte sich auf den Standpunkt, dies betreffe nur Gasrohre, die Gasgesellschaft las heraus, es betreffe alle Leitungen und Rohre. In einem weiteren Schreiben verlangte die Gasgesellschaft, die Stadt möge auf niedrigere Preise für den Bezug von Strom verzichten, um selbst keine Verluste zu erleiden.⁵⁵

Mit dem Ankauf musste sich die Stadt auch um die Verkaufsinfrastruktur kümmern, also ein in der Innenstadt gelegenes Verkaufslokal und Beratungsbüro einrichten. Bis zur Übersiedlung in das Hochhaus am Bismarckplatz residierte das nun städtische E-Werk in der Stainerstraße 3 und am Marktgraben 12, in unmittelbarer Nachbarschaft zum Gasbüro am Karl-Ludwig-Platz 2 (heute Adolf-Pichler-Platz). Die Gemeinde Mühlau kam übrigens doch noch in den Besitz eines eigenen E-Werkes, und zwar 1907. Das in der Holzgasse 10 gelegene Werk ging nach der Eingemeindung Mühlaus im Oktober 1938 in den Besitz der Stadt Innsbruck über.⁵⁶

Ergänzend sei angeführt, dass die Stadt Innsbruck die 1893/94 eingereichten Projekte nicht verwirklichte. Technische Aspekte dürften dafür verantwortlich gewesen sein, weil die Kraft des Mühlauer Baches nicht in dem gewünschten Ausmaß nutzbar gewesen wäre. Der Verdacht, die Stadt habe mit ihren Projekten die Privatbesitzer des E-Werkes geradezu erpresst, drängt sich jedoch unwillkürlich auf.

1.2.2 Das E-Werk an der Sill

Das E-Werk am Mühlauer Bach war nicht in dem Maße erweiterbar, wie es sich die Stadt wünschte und der wachsende Anspruch forderte, so dass relativ bald nach seiner Übernahme geplant war, die Kräfte der Sill zu verwerten. Nach Vorarbeiten schon 1897 suchte die Stadt im März 1899 bei der Bezirkshauptmannschaft um die dementsprechende Genehmigung an. So lange sich die Auseinandersetzungen mit dem nun städtischen E-Werk gezogen hatten, so kurz und praktisch geräuschlos verlief der Bau des Sillwerkes.

Aufwendig waren hier lediglich die zahlreichen Ablösungen für Grundstücke und Wasserrechte. Im März 1900 genehmigte die Behörde, die Sill vom Zusammenfluss mit der Ruetz bei Unterschönberg bis hinunter zum Berg-Isel für ein Kraftwerk zu nutzen.⁵⁷ Im September 1901 folgte die Bewilligung, eine elektrische Anlage an der Sill zwischen Matrei und der Stefansbrücke zu errichten.⁵⁸ Im gleichen Monat starteten die Bauarbeiten, wofür die Stadt einen Kredit um rund 4,6 Millionen Kronen aufnahm.⁵⁹ Das Werk, das unter anderem Strom für die neu angelegte Stubaitalbahn lieferte, eröffnete im Oktober 1903.⁶⁰ Abbildungen 8–12 zeigen Bauarbeiten und Details, Abbildung 13 die heute als Kraftwerk Obere Sill bezeichnete Anlage.

⁵⁵ Gesellschaft für Gasindustrie Augsburg an Gemeinderat Karl Kapferer, 25.9.1897. Ebd., Zl. 83/28516/1897.

⁵⁶ Akten dazu in: Mp. Elektr. Werk Mühlau Erwerb durch die Stadtgemeinde, Zl. 5866/190/IV/1939.

⁵⁷ Bezirkshauptmannschaft Innsbruck an Stadtmagistrat, 23.3.1900. StAI, Coml. 1906/8, Mp. 1899 Electriche Anlage am Sillufer, Zl. 9103/1900.

⁵⁸ Bezirkshauptmannschaft Innsbruck an Stadtmagistrat, 20.9.1901. Ebd., Mp. 1901 Electriche Centrale am Sillflusse, Zl. 20401.

⁵⁹ Direktion Sparkasse an Bürgermeister, 25.7.1901. StAI, Coml. 1906/7, Mp. 1906 Sparkasse-Darlehen.

⁶⁰ 60 Jahre, 13. Zum Bau siehe AEG-Union Elektrizitäts-Gesellschaft Wien, Die Sillwerke bei Innsbruck. Anlagen für elektrische Beleuchtung, Kraftübertragung und den Betrieb der Stubaitalbahn, der Straßenbahn, der Seilbahn auf die Hungerburg, o. O., o. J. Auf 77 Seiten wird in 4 Kapiteln (Wasserbauten, Wasserkraftmaschinen, elektrische Anlagen und Stubaitalbahn) der Bau geschildert. IKB.



Abb. 10: Bauarbeiten 1901–1903. StAI, Ph/A-24404/5.



Abb. 11: Wasserschloss der Sillwerke, Postkarte 1905. StAI, Sommer-34/17.

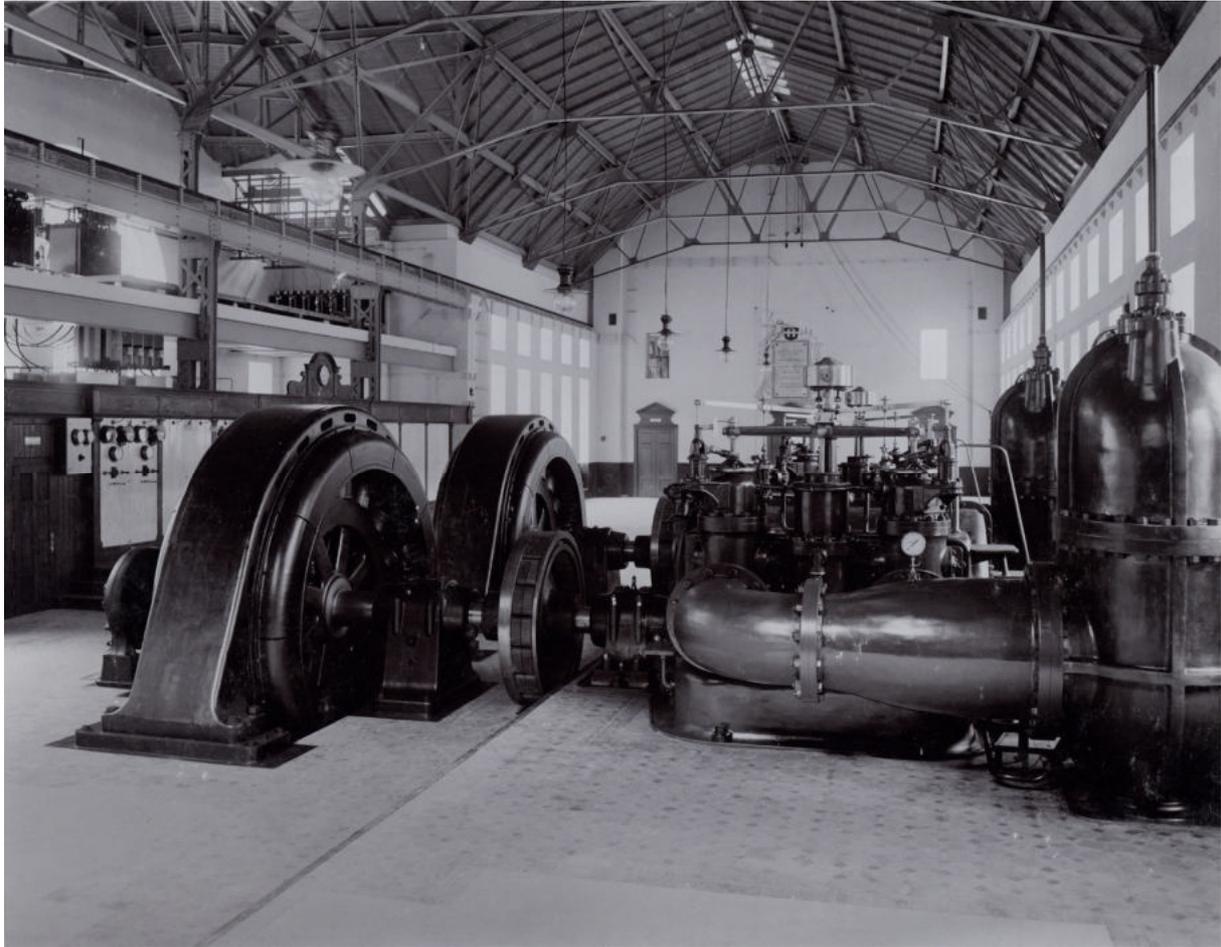


Abb. 12: Turbinenhalle, 1903. StAI, Ph/A-24404/10.



Abb. 13: Kraftwerke Obere Sill, 1924. StAI, Ph-31227.

Das Sillwerk war weitaus größer dimensioniert als das Mühlauer Werk, 1924 verfügte es über 18.200 PS, das Mühlauer Werk lediglich über 3.500.⁶² Ein weiterer Ausbau war laut Gründungsvertrag der TIWAG nur eingeschränkt möglich (siehe Exkurs 1). Die Stadt unterstellte das Gaswerk und die beiden E-Werke einem aus Gemeinderäten zusammengesetzten Ausschuss und verlieh den Betrieben den Namen städtische Licht- und Kraftwerke.

Exkurs 1: Der Achensee und die TIWAG

Die TIWAG befindet sich seit dem zweiten Verstaatlichungsgesetz vom März 1947 im Besitz des Landes Tirol. Ihre bewegte Geschichte seit ihrer Gründung ist großteils in Vergessenheit geraten, so auch der Umstand, dass die Gesellschaft eine Gründung der Stadt Innsbruck war, die auf Druck des NS-Regimes ihre Aktien 1938 der Vereinigten Industrieunternehmung AG (VIAG) mit Sitz in Berlin überschreiben musste.

Zur Vorgeschichte der Gründung gehört der Kauf des Achensees durch die Stadt Innsbruck im April 1919.⁶³ Schon 1911 hatte die Stadt mit dem Besitzer des Sees, dem Benediktinerstift St. Georgenberg in Fiecht, verhandelt und 4 Millionen Kronen geboten. Gescheitert war der Ankauf letztlich an außenpolitischen Schwierigkeiten, berührte die Ableitung des Wassers nach Süden doch bayrische Rechte.⁶⁴ Im Vorfeld interessierten sich auch andere für die Möglichkeit, das Wasser des Sees für ein Elektrizitätswerk zu nutzen, darunter die Stadt Schwaz, die Jenbacher Werke oder das Land Tirol.⁶⁵ Im Frühjahr 1919 suchte das Benediktinerstift St. Georgenberg in Fiecht wieder Käufer für seinen Besitz am Achensee, woraufhin der Innsbrucker Gemeinderat am 5. April 1919 beschloss, die Wasserrechte am Achensee und alle dem Stift gehörenden Gründe und Häuser zu erwerben sowie die Stadt Schwaz zu entschädigen. Den Kauf abwickeln und die künftige Verwaltung übernehmen sollte der Verwaltungsrat der städtischen Lichtwerke.⁶⁶ Dieser plädierte in Person seines Obmannes Karl Kafferer für den Ankauf, vor allem, weil „die Winterkraft unserer Sillwerke erschöpft“ sei. Die Zuflüsse reichten nämlich nicht aus, um winters wie sommers dieselbe Menge an Kilowatt garantieren zu können, damit fehle die ganzjährig ohne Störungen verfügbare „Edelkraft“. Das Mühlauerwerk müsste ausgebaut werden, „was aber voraussichtlich höchstens weitere zwei oder drei Jahre reichen würde“, dann müsste die Sill gestaut werden, was in Friedenszeiten, also vor dem Ersten Weltkrieg, eine Million gekostet hätte, derzeit aber mit zwei bis drei Millionen zu Buche schlug. Der Ankauf des Achensees sei „jetzt im richtigen Moment“ und „wie hereingeschneit“ gekommen. Der See biete „die idealste Kraft“ für die Stadt Innsbruck. Die Gemeinde Schwaz überlege auch, den See zu kaufen, ihre Finanzkraft dürfte aber nicht reichen.

Der Gemeinderat und Rechtsanwalt Anton Winkler, der die juristischen Aspekte des zu schließenden Vertrages beleuchtet hatte, meinte, das Stift befinde sich wegen finanzieller Probleme in einer „Zwangslage“, der Abt sei vermutlich froh, „wenn er den See an einen Faktor anbringt, der alle Qualitäten hat, dass ihm kein Vorwurf gemacht werden“ könne. Leider habe

⁶² Städtisches Elektrizitätswerk Innsbruck, o. D. (1925). IKB, Mp. Geschichte des EWI.

⁶³ Ende Dezember 1919 bedankte sich Bürgermeister Wilhelm Greil beim Besitzer der Berg- und Hüttenwerke Jenbach, Hans Reitlinger, für seine Unterstützung und „wohlwollende Förderung der Pläne“ namens des EWI. Bürgermeister an Ing. Hans Reitlinger (Berg- und Hüttenwerke Jenbach), 31.12.1919. StAI, Akten Präsidiale 1919, Zl. 1696/157/prs/1919.

⁶⁴ EWI-Direktor Hans Pircher, Achensee-Projekt, 18.3.1919. StAI, TIWAG-Bestand, MA IV, 1583/170/IV/1936 Achenseewerk Finanzielles Verschiedene Beilagen.

⁶⁵ Kein Verkauf des Achensees, in: *Innsbrucker Nachrichten*, 24.2.1919, 4.

⁶⁶ Beschluss des Innsbrucker Gemeinderates, 5.4.1919. IKB, TIWAG Gründungsakte.

die Gemeinde Schwaz ebenfalls ihr Interesse angemeldet, so dass es nicht gelungen sei, den Vertrag noch mehr zugunsten der Stadt abzuändern. Die Gemeinde Schwaz verlange nun 100.000 Kronen Entschädigung und eine ermäßigte Stromlieferung. Der Gemeinderat habe nun drei Möglichkeiten, auf diese Forderung zu reagieren. Er könne erstens die Forderung akzeptieren, oder zweitens „sagen, ja bitte, kaufe du den See. Das wollen wir nicht haben, weil wir den See haben wollen.“ Drittens könne man dem Abt sagen, „mit den Schwazern kann man nicht reden, wir wollen uns mit ihm ohne Schwaz auseinandersetzen und ein Angebot machen“. Der Abt lehne dies womöglich ab, nach dem Motto „Dann gebe ich dem, der mehr gibt. Dann kommen wir darauf, dass der Dritte der tertius gaudens [= der lachende Dritte] ist und dass wir den Sack des Abtes von Fiecht aufbessern.“ Man wolle Frieden mit Schwaz, obwohl die Bevölkerung so tue, „als ob wir den See stehlen wollten; die öffentliche Meinung in Schwaz nimmt einen Standpunkt ein, dass sie auf den See solche Rechte haben, dass der See, ohne dass für sie etwas herauschaut, nicht in andere Hände kommen könnte“. Für Winkler war der kolportierte Kaufpreis unter den Umständen gerechtfertigt: „Es ist nicht der niedrigste Preis, der unter anderen Umständen zu erreichen gewesen wäre, aber jetzt der niederste, den wir mit Rücksicht auf Schwaz erzielen können.“ Auf die Forderungen der Gemeinde Schwaz möge der Gemeinderat eingehen.⁶⁷

Gemeinderat Bernhard Zösmayr plädierte dafür, sich eine Stauung der Ötztaler Ache zu überlegen, verfüge doch der Achensee über zu wenig Zuflüsse und die dem Stift gehörenden Baulichkeiten wie der Fürstenhof seien heruntergewirtschaftet. Das Hotel sei „schon im Jahre 1912 nicht viel wert“ gewesen und nach den vier Jahren, in denen die k. k. Armee einquartiert gewesen sei, „werden Sie Ihre Wunder erleben“. Das Beste wäre, ihn anzuzünden. Gemeinderat Friedrich Mader sah sich wegen des Konfliktes mit Schwaz „eigentümlich berührt“ und befürchtete, „dass den Schwazern der Appetit mit dem Essen kommt“, sprich sie mehr verlangen würden. Nach einigen weiteren Debattenbeiträgen, die unter anderem befürchteten, das Land erlaube den Vertrag womöglich nicht, stimmte der Gemeinderat mehrheitlich für die Vertragsentwürfe.⁶⁸

Die Vorgespräche waren so weit gediehen, dass am nächsten Tag, dem 6. April, das Stift und die Stadt den Vertrag über das Wasserrecht um 1,2 Millionen Kronen plus der der Zusicherung, dem Stift jährlich eine bestimmte Menge an Strom zu liefern, unterschrieben.⁶⁹ Vier Tage später folgten die Unterschriften – jene der Stadt namens des EWI – unter den Kaufvertrag über die Besitzungen am Achensee. Um insgesamt 2,5 Millionen Kronen gingen Wälder, Wiesen, Hotels (Fürstenhaus in Pertisau, Seehof in der Gemeinde Achental), Häuser, drei Dampfer und an die 60 Boote in den Besitz der Stadt über. Innsbruck verpflichtete sich vertraglich, die von den Siemens-Schuckertwerken in Wien und einer Turbinenfabrik in Deutschland geleisteten Vorarbeiten für ein vom Stift geplantes Kraftwerk zu übernehmen.⁷⁰ Im Frühjahr 1922 erwarb die Stadt auch noch Aktien der Achenseebahn AG, und zwar insgesamt 1.966 Stück.⁷¹

⁶⁷ Die Stadt Innsbruck löste mit Geld die Vorarbeiten bzw. das Interesse der Stadt Schwaz ab. Mit Schreiben vom 8. April bot der Innsbrucker Gemeinderat dem Schwazer 100.000 Kronen plus jährlich Strom über 1.200 PS mit einem 30%igen Rabatt auf den Normalpreis. Bürgermeister Innsbruck an Stadtgemeinde Schwaz, 8.4.1919. Ebd.

⁶⁸ Vertraulich Sitzung des Gemeinderates, 5.4.1919. StAI, TIWAG-Bestand, MA IV, 1583/170/IV/1936 Achenseewerk Finanzielles Verschiedene Beilagen.

⁶⁹ Wasserbenützungsvertrag, 6.4.1919. IKB, TIWAG Gründungsakte.

⁷⁰ Kaufvertrag, 10.4.1919. Ebd.

⁷¹ Achensee-Aktien-Erwerbung, o. D. Ebd.

Die Summe von insgesamt 3,7 Millionen Kronen, mit Spesen und Gebühren rund 4 Millionen wirkt enorm, sie war es auch, aber eingedenk der beginnenden Hyperinflation relativiert sie sich, sie sei „belanglos“, wie es in einem Bericht dazu heißt. Das Verwaltungsjahr 1919 schloss die Stadt nämlich mit einem Schuldenstand von 46 Millionen Kronen ab, 1921 kletterten die Schulden auf 222.153.051 plus einige Wohnbauanleihen und Bundesvorschüsse um zusammen 2,8 Milliarden.⁷²

Bis zur Gründung der TIWAG verwaltete das EWI den Besitz am Achensee, verpachtete die Hotels, vermietete die Ruderboote und betrieb die Dampfer. Zuvor waren jedoch umfangreiche Renovierungen der Hotels zu finanzieren, da etwa im Fürstenhof Regenwasser durch das defekte Dach in Zimmer eindrang, die Küche und Säle nach der Einquartierung desolat und Landungsstege und Badehütten marode waren. Im Sommer 1919 befuhren zwei der drei Dampfer den Achensee und brachten dem EWI Einnahmen.⁷³ Im Frühjahr 1920 waren die Hotels so weit hergestellt, dass sie das EWI verpachtete. An Pachteinahmen fielen auch jene der Fischerei und Entenjagd an.⁷⁴

Im Dezember 1920 fanden umfangreiche, fünf Tage dauernde „informative Vorverhandlungen“ am Achensee und in Innsbruck statt, bei der alle Interessierten, von den betroffenen Gemeinden wie Buchen, Eben, Achenkirch, Jenbach oder Schwaz, betroffenen Institutionen wie der Staatsbahn, dem Forstamt, der Handelskammer, oder die bayrische Staatsregierung und grenznahe Gemeinden Stellungnahmen zu dem geplanten Kraftwerk abgaben. Für die Stadt Innsbruck verhandelte der technische Direktor des EWI Hans Pircher zusammen mit Anton Winkler, einem langjährigen Gemeinderat der Großdeutschen und ab 1920 städtischer Beamter. Gemeinden wie Eben oder Achenkirch befürchteten wegen des sinkenden Wasserspiegels um ihre Ziehbrunnen und die Stabilität der Gemeindestraßen. Die bayrische Regierung fürchtete um den Wasserstand des Walchenflusses, der dem Achensee entsprang, nach Norden floss, einige Kilometer die gemeinsame Staatsgrenze bildete und die Isar speiste. Sinke der Wasserstand, schädige dies die öffentlichen Interessen und die privaten, vor allem jene der Landwirtschaft. Die Regierung und grenznahe Gemeinden wie Tölz forderten, entweder den Wasserstand möglichst hoch zu halten oder Entschädigungen zu zahlen. Bei den Verhandlungen dabei war auch Karl Innerebner von der Firma Innerebner & Mayer, die gemeinsam die Firma von Josef Riehl (zur Erinnerung: Erbauer der Stubaitalbahn u. a.) übernommen hatten.⁷⁵ Josef Riehl war es auch, den das Staatsamt für Verkehrswesen schon im Feber 1919 aufgefordert hatte, ein Anbot für ein Kraftwerk in Jenbach zu legen und umfassende Unterlagen über Wasserentnahme, das Wasserschloss oder die Druckrohrleitung zu erstellen.⁷⁶

Jahrelang ruhte aber die Angelegenheit, denn die Währungskrise verhinderte alle Planungen, war doch ein ernsthaftes Budget unter diesen Voraussetzungen nicht zu erstellen. EWI-Direktor Pircher verplante jedenfalls die erwarteten 70 bis 100 Millionen Kilowattstunden, bezog eventuelle Abnehmer wie Gemeinden, Betriebe wie das Sägewerk in Kramsach oder die Zellulosefabrik Wörgl oder Staatsbetriebe wie die zu elektrifizierende Bahn in seine Berechnungen ein.⁷⁷

⁷² Bericht über den Schuldenstand der Stadtgemeinde Innsbruck, o. D. Ebd.

⁷³ EWI, Jahresbericht 1919. IKB, Mp. EWI Jahresbericht 1915–24.

⁷⁴ EWI, Jahresbericht 1920. Ebd.

⁷⁵ Protokoll, aufgenommen am 6., 7., 8. und 9. Dezember 1920 im Achentale bzw. in Jenbach; Fortsetzung in Innsbruck am 17. Dezember 1920. IKB, TIWAG Gründungsakte.

⁷⁶ Deutsch-öst. Staatsamt für Verkehrswesen an Bauunternehmung Ing. Josef Riehl, 27.2.1919. Ebd., Zl. 6293/St.A.V.

⁷⁷ Hans Pircher, Achenseewerk Rechnungsgrundlagen für Stromabsatz und Wasserwirtschaft, 12.10.1923. Ebd.

Erst 1923 kam Bewegung in die Angelegenheit Achenseekraftwerk: Ende Juli 1923 erteilte das zuständige Ministerium die Baubewilligung,⁷⁸ und die Stadt konnte sich der Finanzierungsfrage widmen. Zu klären war, wie das Kraftwerk überhaupt finanziert und in welcher Rechtsform es geführt werden sollte, ob als städtisches Unternehmen, finanziert mit Krediten, ob als eigene Gesellschaft, wenn ja, ob mit Einbindung des EWI oder nicht. Die Entscheidung fiel zugunsten einer eigenen Gesellschaft ohne das EWI, weil sich ansonsten die Stadt „eines selbständigen, für sie erträgnisreichen Unternehmens ohne zwingende Notwendigkeit entäußert hätte“.⁷⁹ Was manche vielleicht zu der Zeit bedauerten, erwies sich im Nachhinein, in den Jahren der NS-Herrschaft, als gute Entscheidung. Der Wert des EWI betrug 1923 rund 12,8 Millionen in Goldkronen,⁸⁰ viel zu wenig, um eine Projekt in der Größenordnung des Achenseekraftwerkes zu stemmen. Eine Finanzierung über von der Stadt aufgenommene Kredite wollte Bürgermeister Anton Eder keinesfalls zustimmen, wären doch dann an die 20 Milliarden Kronen jährlich an Zinsen angefallen.⁸¹

Schwierige Verhandlungen mit Bankengruppen begannen, die ihre Vorstellungen über eine künftige Aktiengesellschaft einbrachten.⁸² Am 31. März 1924 schloss die Stadt Innsbruck mit der Finanzgruppe (bestehend aus der Allgemeinen österreichischen Bodenkreditbank, der Österreichischen Kreditanstalt für Handel und Gewerbe, der Bank für elektrische Unternehmungen in Zürich, der niederösterreichischen Escompte-Gesellschaft und der Tiroler Landesbank AG), einen Vertrag über die Gründung der TIWAG. Als Anfangskapital waren 10 Milliarden Kronen, geteilt in Aktien mit einem Wert von je 10.000 Kronen vorgesehen, von den auszugebenden Aktien erhielt die Stadt 2/5, die Finanzgruppe 1/5, der Rest sollte auf dem Finanzmarkt platziert werden. Bei jeder Kapitalerhöhung fiel je 1/5 auf die Stadt und die Finanzgruppe, der Rest auf den freien Markt. Die Stadt vereinbarte mit der Finanzgruppe einen Syndikatsvertrag, der die Beteiligten aneinander und Entscheidungen an die Einstimmigkeit band. Gelten sollte die Vereinbarung zunächst bis Ende des Jahres 1933 mit der Option, sie um weitere fünf Jahre zu verlängern, als bis Ende 1938.⁸³ In einer ersten Tranche erhielt die Stadt 400.000 Stück Aktien und die Finanzgruppe 200.000, also die Mehrheit. Schon im November 1924 erhöhte die TIWAG ihr Aktienkapital auf 30 Milliarden Kronen, im Februar 1925 kaufte das EWI 480.000 Stück davon.⁸⁴ Ebenfalls 1925 legte die TIWAG zur Finanzierung der laufenden Bauarbeiten in New York eine Anleihe über 3 Millionen Dollar auf. Die Stadt Innsbruck übernahm die Bürgschaft und verpfändete ihr Gas- und das Sillwerk.⁸⁵

⁷⁸ Anton Eder, Die Entstehung und Entwicklung des Achenseekraftwerkes, in: *Bergland. Illustrierte alpenländische Monatsschrift*, IX. Jg., Nr. 9/1927, 13–15, hier: 13. Ebd.

⁷⁹ Max Pernt, Das Achenseewerk und die Energiewirtschaft Österreichs, Sonderabdruck aus „Die Wasserwirtschaft“, Heft 11, 12 und 13, 1924. Ebd.

⁸⁰ Das Sillwerk war rund 4,98 Millionen wert, das Mühlauerwerk nur rund 980.000, allein das Kabelnetz schlug mit rund 5,2 Millionen zu Buche. Anlagen des E.W.I. nach dem Stande vom 1. Juli 1923, Wert in Goldkronen. Ebd.

⁸¹ Finanzierung des Achenseewerkes, behandelt in der Sitzung des EWI-Verwaltungsrates vom 10. Dezember 1923. Ebd.

⁸² Alle Unterlagen über die Finanzierung, Vergleiche der diversen Vorschläge in: Ebd.

⁸³ Syndikatsübereinkommen, 31.3.1924. StAI, TIWAG-Bestand, MA IV, 1583/170/IV/1936 Achenseewerk Finanzielles Verschiedene Beilagen.

⁸⁴ Auszug aus den beim Stadtmagistrate befindlichen Akten über die Gründung der TIWAG und den späteren Erwerb von Aktien, 16.10.1930. Ebd., Zl. 13621/2721 Coml. 1924.

⁸⁵ Auszug aus der Bürgschafts- und Pfandbestellungsurkunde, 4.8.1925. Ebd.

**TIROLER
WASSERKRAFTWERKE
AKTIENGESELLSCHAFT
(TIWAG)**



KARL
FRICKER
JENSBROCK

AKTIENKAPITAL: K 30.000.000.000
BEGEBUNGSKURS:
K 12.000 FÜR JEDE AKTIE À K 10.000
BAUZINSEN 6%

OFFSETDRUCK WAGNER JENSBROCK

Abb. 14: Werbeplakat der TIWAG, 1924. StAI, Pt-724.

und ihre Aktien an der Achenseebahn, die seit dem Kauf 1919 vom EWI verwaltet worden waren, in die TIWAG ein.⁸⁸

So lange nun die TIWAG, wenigstens zum Teil und abgesichert durch den Syndikatsvertrag, im Besitz der Stadt Innsbruck war, spielten diese Bestimmungen keine besonders große Rolle. Dies änderte sich radikal, als die Stadt ihre Aktien auf Befehl des NS-Regimes abgeben musste. Das EWI hatte jahrelang nicht in seine Anlagen investiert bzw. investieren dürfen und sah sich nun einem unvergleichlich größeren Verhandlungspartner gegenüber, der mit Widerstand wenig zimperlich umsprang.

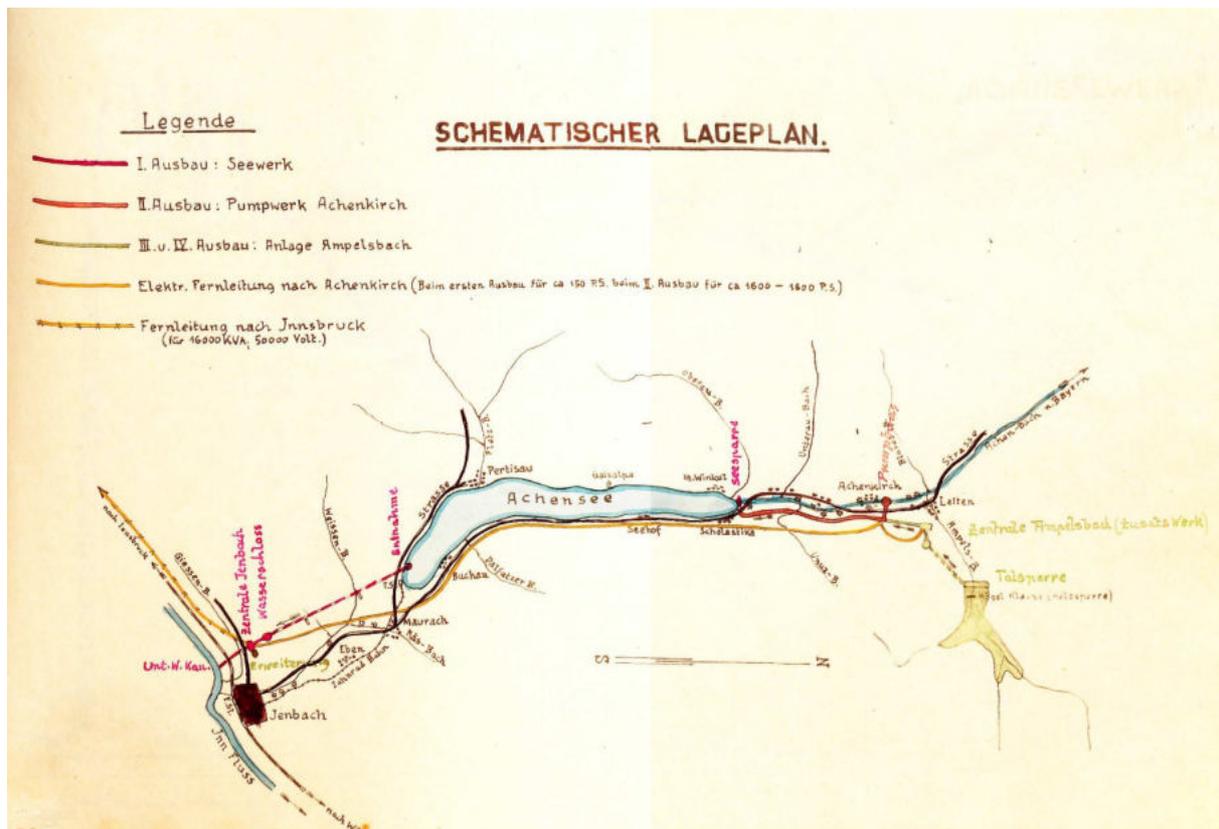


Abb. 16: Lageplan der Wasserkraftnutzung des Achensees, o. D. (1923/24).⁸⁹ IKB, TIWAG Gründungsakte.

Der Vertrag und mehr noch die Verbindung der Stadt Innsbruck mit dem kritisch betrachteten Finanzkapital, das für die Deutschnationalen automatisch und immer jüdisch war, veranlassten die *Innsbrucker Nachrichten* zu einem antisemitischen Ausfall. Der Antisemitismus war zu der Zeit derart tief in der Gesellschaft verankert, dass Ausfälle geradezu als „normal“ galten. Jüdisches Kapital und jüdische Ingenieure würden sich am Bau bereichern, meldete die Zeitung. Die Stadt Innsbruck reagierte wie gewünscht und beeilte sich, den Verdacht, Juden zu beschäftigen, von sich zu weisen: Unter den Bewerbern seien Innsbrucker bzw. Tiroler, „aber kein einziger Jude“. Das schon angestellte Personal bestehe „durchwegs aus bodenständigen Tirolern bezw. Vorarlbergern“. Erfreulich sei dies, kommentierte die Zeitung, wäre doch der Gedanke

⁸⁸ EWI, Jahresbericht 1924. IKB, Mp. EWI Jahresbericht 1915–24.

⁸⁹ Entnommen einem leider undatierten, mit dem Titel Achensee versehenen achtseitigen Projektvorschlag über einen ersten und zweiten Ausbau der Wasserkräfte.

„unerträglich, daß der Achensee nicht von Tiroler, sondern von jüdischen Firmen der Verwertung für elektrische Kraft erschlossen würde. Wenn das Land schon dieses landschaftliche Juwel dem Finanzkapital preisgibt, so wollen die Tiroler doch das, was im Lande ersteht, selbst errichten.“⁹⁰

Am 12. Juni 1924 gründete sich offiziell die TIWAG als Aktiengesellschaft, deren Verwaltungsrat sich gemäß der Vereinbarung mit der Finanzgruppe aus Mitgliedern des Innsbrucker Gemeinderates und Bankenvertretern zusammensetzte. Bis zur Abgabe der Aktien 1938 nahm der jeweilige Innsbrucker Bürgermeister die Position des Präsidenten ein.⁹¹ Zum ersten Direktor der TIWAG stieg Ing. Erich Heller auf, der, so konstatierten die nationalen *Innsbrucker Nachrichten* zufrieden, „Alter Herr einer nationalen Studentenverbindung“ sei.⁹²

Ab 1927 speiste die TIWAG Strom in das Innsbrucker Netz ein. Geregelt war dies mit einem umfangreichen Stromlieferungsabkommen, wonach die TIWAG eine bestimmte Menge pro Jahr nach Innsbruck lieferte, das EWI seinerseits eventuelle Überschussenergie in das TIWAG-Netz einspeiste.⁹³

2. Städtische Wasserversorgung

Das System der Innsbrucker Trinkwasserversorgung war durchaus kompliziert geregelt: Wasserbezugsrechte lagen teils in privater, teils in öffentlicher Hand, und hier in jenen der Stadtgemeinde und des Ärars, sprich im Staatsbesitz. Bevor die Stadt eine zentrale Trinkwasserversorgungsanlage plante, galt es umfangreiche Rechte einzulösen. Im April 1874 verhandelte die Stadt mit der Finanzlandesdirektion die Übernahme der ärarischen „Brunnenleitungen und des dazu gehörenden Brunnenfondes“, der Gemeinderat genehmigte den Vertrag im Feber 1885. Im August 1885 übernahm die Stadt folgende „Hauptgeleite“: das Höttinger, das Venusberger oberhalb des Steinbruchweges, das Weiherburger und das Mühlauer.⁹⁴

Erst 1886 beschäftigte sich die Innsbrucker Gemeindevertretung ernsthaft mit der Frage, die wachsende Stadt mit ihren damals rund 23.000 EinwohnerInnen mit einwandfreiem Trinkwasser zu versorgen und die alten städtischen und vormals ärarischen Leitungen zu ersetzen. In seiner Antrittsrede versprach Bürgermeister Heinrich Falk im Juli des Jahres, einen Teil der Stadt „mit gutem Wasser“ zu versorgen. Die *Innsbrucker Nachrichten* kritisierten diese Aussage als kleinlich, sei es doch selbstverständlich, „daß ungenießbares Wasser gegen genießbares ausgewechselt“ werde.⁹⁵

Gemeint war der Bau einer Hochdruckwasserleitung auf dem Mühlauer Gemeindegebiet. Dem voraus gingen langwierige Verhandlungen mit der Gemeinde Mühlau, die sich weigerte,

⁹⁰ Verjudung der „Tiwig“, in: *Innsbrucker Nachrichten*, 4.6.1924, 4.

⁹¹ Gründende Generalversammlung der Tiroler Wasserkraftwerke A.G., in: *Innsbrucker Nachrichten*, 13.6.1924, 4.

⁹² Die nächsten Aufgaben der Innsbrucker Stadtgemeinde, in: *Innsbrucker Nachrichten*, 22.5.1924, 5.

⁹³ Stromlieferungsvertrag, angenommen in der Sitzung des Stadtrates am 8.4.1924. StAI, Ratsprotokolle 1924/25.

⁹⁴ Commissions-Protocoll, aufgenommen bei der k. k. Finanz Landesdirektion Innsbruck am 22. April 1874; Protokoll, aufgenommen beim k. k. Hauptsteueramt Innsbruck, 4.8.1875. IKB, Mp. Wasserleitungs-Verträge u. Akten. Die komplizierten Rechtsverhältnisse am Mühlauer Bach beschreibt eine 19-seitige Auflistung, datiert mit 27.8.1918 und 5.11.1929. Das Papier diente vermutlich der geplanten Erweiterung der Mühlauer Hochdruckleitung. Zu den ärarischen Hofbrunnengeleiten siehe Franz Heinz Hye, Trinkwasserversorgung von Innsbruck (Veröffentlichungen des Innsbrucker Stadtarchivs NF 20), Innsbruck 1993, 53–108.

⁹⁵ Die Innsbrucker Wasserfrage, in: *Innsbrucker Nachrichten*, 24.7.1886, 8–10, hier: 8.

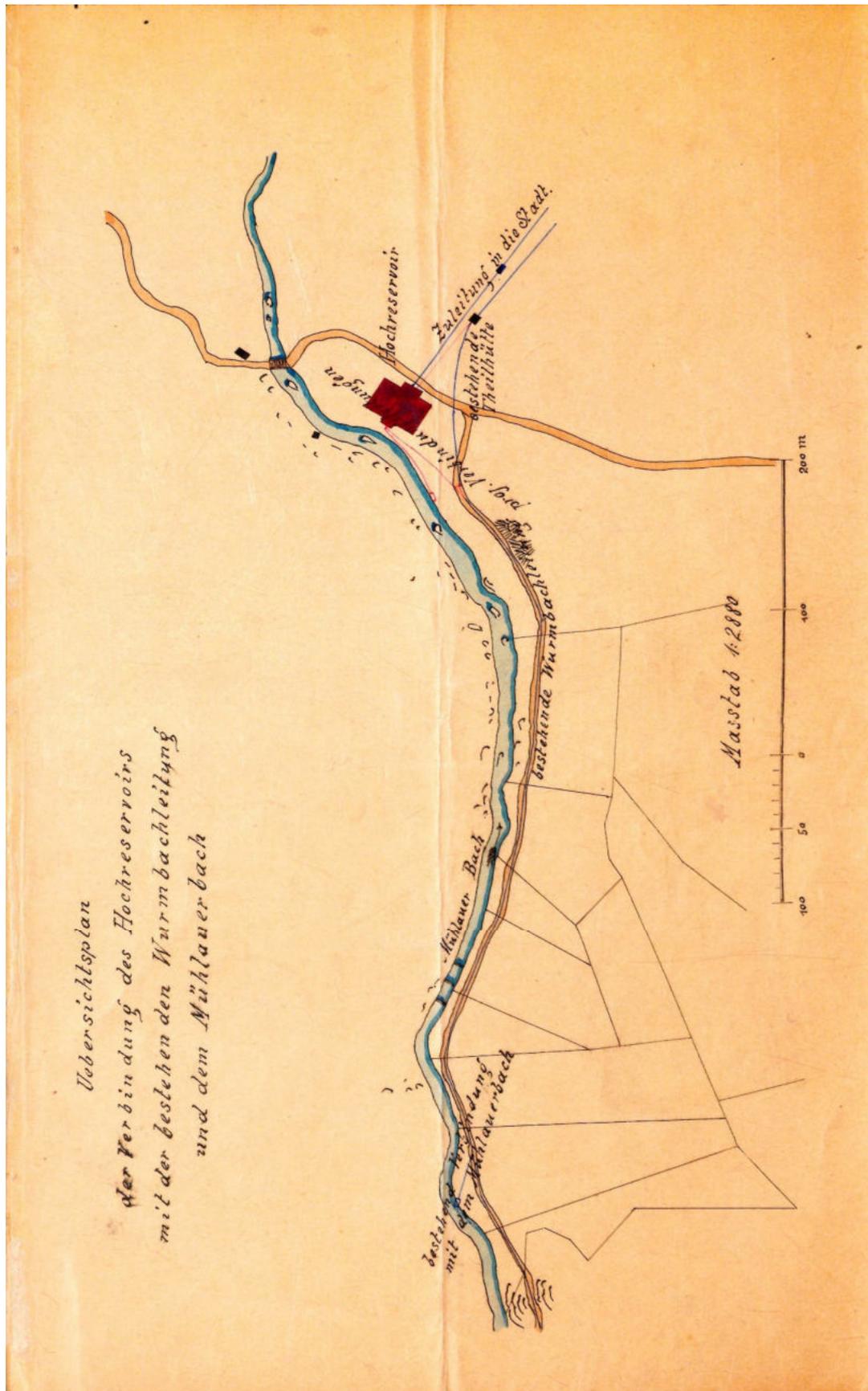


Abb. 17: Lageplan des Wasserreservoirs der ersten Innsbrucker Hochdruck-Trinkwasserleitung. StAI, Plan 681.

den dafür notwendigen Grund zu verkaufen. Im Sommer 1886 gelang es der Stadt, von der Gemeinde Arzl ein Grundstück zu erwerben und darauf den ersten Innsbrucker Trinkwasser-Hochbehälter zu bauen. Ab 1888 könnten sich jene Stadtteile, die bisher das Wasser aus der Wurmbachquelle bezogen hätten, über solches aus der Hochdruckleitung freuen, sicherte der Bürgermeister zu.⁹⁶ Das Wasser aus dem Wurmbach gehörte der Stadt, aber nicht das des weit ergiebigeren Mühlauer Baches. Die Rechte daran zu erwerben, war langwierig und im Falle der Gemeinde Mühlau mit Streitigkeiten verbunden. Im November 1887 informierte Bürgermeister Falk die Gemeinderäte, dass die Versorgung weiterer Stadtteile aus der Hochdruckleitung vom Verhalten der Gemeinde Mühlau abhängt. Auf „gütlichem Wege ist von Mühlau nichts mehr zu erreichen“, einen Prozess zu führen sei unvermeidlich. Der Bürgermeister möge „rücksichtslos“ vorgehen, Innsbruck „dürfe sich nicht von der Nachbargemeinde überflügeln lassen“, lautete eine Wortmeldung.⁹⁷

Erst im Juli 1888 einigten sich die Gemeinden Mühlau und Arzl über ihre Wasserbezugsrechte am Mühlauer Bach und Arzl trat die Hälfte seines Wassers an die Stadt Innsbruck ab. Im Gegenzug verpflichtete sich die Stadt, eine Leitung bis in die Gemeinde zu legen.⁹⁸ Rohrleitungen in die Stadt mussten über den Inn führen, weshalb die Gemeindevertretung mit der Lokalbahngesellschaft vereinbarte, deren Straßenbahnbrücke (auf der Höhe des Gasthofes Dollinger) benutzen zu dürfen.⁹⁹ Für die umfangreichen Bauarbeiten schloss die Stadt mit Ing. Philipp Altmann im September 1888 einen Vertrag, wonach dieser das Wasser der Lehner-Brandlschrofenquelle aus Hötting, der Wurmbachquelle und der Zuflüsse des Mühlauer Baches fassen sollte. Im Jänner 1889 begannen die Arbeiten am Stollen in der Mühlauer Klamm, am Hochbehälter bei der Schweinsbrücke und dem projektierten 14.750 m langen Stadtrohnetz. Offiziell für beendet erklärte die Gemeindevertretung die Arbeiten im November 1891.¹⁰⁰

Parallel zum Baufortschritt überlegte die Gemeindevertretung, einige der zahlreichen öffentlichen Brunnen, von denen bisher die Bevölkerung ihr Wasser geholt hatte, zu entfernen. Abgebaut werden sollte der Brunnen bei der Kirche in St. Nikolaus, der Brunnen an der Innbrücke gegenüber der Pension Mondschein (Mariahilfstr. 6), in der Sill- und Stiftsgasse. Öffentliche Brunnen seien aber wichtig, gab ein Gemeinderat zu bedenken, denn im Saggen würden Hausbesitzer „durch Straßen- und Bauarbeiter, durch Passanten und Vaganten belästigt, welche, um Wasser zu trinken, in die Höfe kommen oder unter dem Vorwande das zu thun, in dieselben eindringen und Unfug treiben“.¹⁰¹

Im Jänner 1891 legte der Gemeinderat die Gebühren für Wasser aus der neuen Hochdruckleitung fest. Die ersten Tarife sind als durchaus moderat zu bezeichnen, beinhalteten sie doch eine beträchtliche Menge an pauschal abgerechnetem Wasser. Der Tarif für einen Hofbrunnen umfasste etwa 3.500 Liter Wasser am Tag, der für ein Bad 1.000 Liter (Abb. 18).

Der 1891 festgelegte Tarif hielt bis 1923, als die Hyperinflation unbeherrschbar wurde und die Stadt ihn pro Auslauf auf 10.000 Kronen jährlich erhöhte und den damit abgegoltenen Bezug auf 400 Liter täglich verringerte.¹⁰² Angesichts der geradezu galoppierenden Preise war die Erhöhung kaum als solche zu bezeichnen.

⁹⁶ Hye, Trinkwasserversorgung, 112.

⁹⁷ Sitzung des Gemeinderathes vom 4. Nov. 1887, in: *Innsbrucker Nachrichten*, 5.11.1887, 6 f., hier: 7.

⁹⁸ Übereinkommen zwischen der Gemeinde Arzl und der Stadt Innsbruck, Juni 1888. StAI, Coml. 19. Jhd. Verträge.

⁹⁹ Hye, Trinkwasserversorgung, 119. Die Straßenbahnbrücke lief parallel zur alten Kettenbrücke und wurde 1939 abgerissen. Eine Abbildung findet sich in Pitscheider, Privat oder Stadt, 18.

¹⁰⁰ Hye, Trinkwasserversorgung, 120–133.

¹⁰¹ Gemeinderaths-Sitzung am 19. Oct., in: *Innsbrucker Nachrichten*, 21.10.1891, 5 f., hier: 6.

¹⁰² Sitzung des Stadtrates, 23.1.1923. StAI, Stadtratsprotokolle 1923.

Wasserbezugs-Tarif

für den Bezug von Wasser aus der städtischen Wasserleitung
laut Gemeinderatsbeschlusses vom 29. Jänner 1891.

1. Die Herstellung der Zuleitung vom Hauptrohr bis zur städtischen Abflußvorrichtung, wird vom Magistrat auf Kosten des Besitzers ausgeführt.
2. In allen Wohnhäusern usw., welche Wasser beziehen, ist ein Wassermesser anzubringen.
3. Wassergebühren:
 - a) Ein Haus- oder Hofbrunnen mit 3500 Liter per Tag K 20.—
 - b) Brunnen in den Stockwerken mit 1000 Liter per Tag K 20.—
 - c) Brunnenauslauf in der Waschküche mit 1000 Liter per Tag K 12.—
Ein solcher wird jedoch nur abgegeben, wenn wenigstens schon ein Auslauf vorhanden ist.
 - d) Auslauf zu einem Klosett oder Pissoir mit 500 Liter per Tag K 8.—
 - e) Auslauf für eine Badeeinrichtung, mit oder ohne Douche, mit 1000 Liter per Tag K 20.—
 - f) Hof- und Gartenhydrant mit 1000 Liter per Tag K 20.—
 - g) Springbrunnen mit 1000 Liter per Tag K 20.—
 - h) Ventilator mit 500 Liter per Tag K 8.—
 - i) Kühlapparat mit 1000 Liter per Tag K 12.—
 - k) Ejektor mit 500 Liter per Tag K 12.—
 - l) 1 Waschtisch mit 1000 Liter per Tag K 20.—
 - m) 1 Warmwasserreserve mit 1000 Liter per Tag K 20.—
 - n) 1 Kompressor mit 1000 Liter per Tag K 20.—
 - o) 1 Fischbehälter mit 1000 Liter per Tag K 20.—
 - p) 1 Kesselheizung mit 1000 Liter per Tag K 12.—
 - q) 1 Gasapparat mit 250 Liter per Tag K 4.—
 - r) Wasser für gewerbliche Zwecke ohne Benützung des Druckes als Motor, per m³ Mehrkonsum für sämtliche Ausläufe wird per m³ mit 4 Heller bezahlt.
4. Eine Wassereinkaufstaxe für Innsbruck entfällt. Für auswärtige Gemeinden beträgt dieselbe K 600.—
5. Neue Hauseigentümer, welche nicht wenigstens einen Auslauf haben, zahlen die Hälfte eines Hausbrunnens.

Wasserbezug für Bauzwecke per m³ 8 Heller.

Stadtmagistrat Innsbruck.

Abb. 18: Wasserbezugs-Tarif, Jänner 1891. IKB, Mp. Wasserleitungs-Verträge u. Akten.

Tarif für Brunnenzinsse										
a) für Innsbruck und Pradl.										
	Hofbrunnen	Stockwerksbrunnen	Waschküchenbrunnen	Abort	Bad	Hydrant	Springbrunnen	Lüfter	Für gewerbliche Zwecke	Ueberwasser
Tägl. Verbrauch in Liter	3500	1000	1000	500	1000	1000	1000	500	f. d. m ³	f. d. m ³
Gebühr f. d. Jahr in Kronen	20 K	20 K	12 K	8 K	20 K	20 K	20 K	8 K	—,04 h	—,04 h

b) für Döflen.			
Mindestgebühr für das Jahr	für den Haummeter	für Bauzwecke den Haummeter	Hydranten jährlich
20 K	6 h	12 h	12 K

Wenn ein Wasserabnehmer mit der Zahlung von zwei Teilzahlungen des Wasserzinses oder der zugestellten Rechnung im Rückstände ist, steht der Stadtgemeinde das Recht zu, demselben durch Sperrung der Zuleitung das Wasser zu nehmen.
Wassermesser. Die Wassermesser werden von der Stadt angeschafft und unterhalten. An Mietzins für die Wassermesser hat die Partei 10% des Herstellungspreises jährlich in vierteljährlichen Raten mit dem Wasserzins zu bezahlen.

Abb. 19: Tarife für den Brunnenzins, 1918. StAI, Adressbuch 1918.

Das Stadtröhrennetz erweitern musste Innsbruck, als Pradl 1904 eingemeindet wurde. Das ebenfalls eingemeindete Wilten verfügte seit Dezember 1887 über eine eigene Hochdruck-Wasserleitung, das die Quellen beim Klarerhof über einen Tunnel durch den Berg-Isel führte. Die 1938 nach Innsbruck eingemeindeten Ortschaften Mühlau, Amras, Hötting, 1940 folgte Arzl, 1942 Vill und Igls, verfügten teils über eigene Wasserleitungen, von denen einige in einem beklagenswerten Zustand waren, teils über ein System von privaten Brunnen mit dementsprechenden hygienischen Problemen.¹⁰³ Erst im Jänner 1903 plante die Gemeinde Hötting eine Trinkwasserleitung, das Wasser aus der Rumer Leitung mittels Rohren über die Arzler Alm zum Reservoir am Gramartboden führen sollte. „Die unleidlichen Ziehbrunnen wären schon längst reif gewesen, in den wohlverdienten Ruhestand versetzt zu werden“, kommentierten die *Innsbrucker Nachrichten*.¹⁰⁴ Im Feber darauf starben einige Menschen in der Höttingerau, die ihr Trinkwasser aus „Zicklbrunnen“, gespeist aus dem vorbeifließenden Gießen, entnommen hatten. Wochen zuvor hatten zwei Bauernknechte die Kadaver zweier Kälber in diesem Bach entsorgt, was das Wasser vergiftete.¹⁰⁵

Die erste Innsbrucker Hochdruckwasserleitung genügte bald nicht mehr, um den steigenden Wasserbedarf der Innsbrucker Bevölkerung zu befriedigen. Schon 1904 sicherte sich die Stadt die Wasserrechte am Trinkwasserstollen der Gemeinde Rum.¹⁰⁶ Dies reichte aber bald nicht mehr aus, denn die Bevölkerung wuchs weiterhin: Lebten im Jahr 1900 26.866 Menschen in der Stadt, waren es 1910 dank Eingemeindungen und Zuzug schon 53.194.¹⁰⁷ Hinzu kamen jene Menschen, die sich nur kurzfristig in der Stadt aufhielten und Wasser in den Hotels und Pensionen verbrauchten.

Der Erste Weltkrieg verschärfte die Probleme, weil die Anschlüsse nicht im erforderlichen Ausmaß gewartet werden konnten, das in der Stadt stationierte Militär „ständig neue Auslaufstellen für die vielen neuerrichteten Unterkünfte und sonstigen für militärische Zwecke gewidmete Objekte“ einrichtete, und „Militärpersonen eine Wasserverschwendung betrieben“, so dass die Wasserreservoirs sich nicht mehr füllen konnten. Das städtische Baukomitee beschloss daher im März 1918, ein „sogenanntes ‚Feuerrohr‘ zu erstellen“. Ausgehend vom städtischen E-Werk in Mühlau legte das EWI ein Rohr von der Turbinendruckleitung über den Mühlauer Bach bis zur Einlaufkammer der Wasserleitung. Proben ergaben, dass nicht nur Wasser aus den im Stollen gefassten Quellen durch das Hilfsrohr floss, „sondern auch teilweise von dem über Tag gefassten Bachwasser Anteile hatte, wodurch eine gewisse Qualitätsminderung gegeben war“. Kürzer ausgedrückt: Ungefiltertes und möglicherweise belastetes Wasser gelangte in die Trinkwasserleitungen der Stadt. Daher verzichtete das städtische Bauamt vorerst auf dieses Wasser und aktivierte das Hilfsrohr erst im Feber/März 1923, als wegen der anhaltend trockenen Witterung eine „Wasserklemme“ eintrat. Auch in den Folgejahren benützte das Bauamt Wasser aus dem Hilfsrohr für jeweils drei bis vier Wochen im Frühjahr, weil das „zugeleitete Wasser nur im Winter und unter dem Schutze der Schneedecke die Qualität eines guten Trinkwassers hat“. Die Stadt suchte mit diesen Erklärungen im Mai 1927 bei der Landesregierung um Genehmigung des Verfahrens an.¹⁰⁸

¹⁰³ Zu den Trinkwassersystemen der genannten Orte bzw. Stadteile siehe Hye, Trinkwasserversorgung.

¹⁰⁴ Wasserversorgung in Hötting, in: *Innsbrucker Nachrichten*, 22.1.1903, 4.

¹⁰⁵ Recht appetitlich!, in: *Innsbrucker Nachrichten*, 24.2.1904, 3 f.

¹⁰⁶ Hye, Trinkwasserversorgung, 135 f.

¹⁰⁷ Die Ergebnisse der Volkszählung vom 31. December 1900 in den im Reichsrathe vertretenen Königreichen und Ländern, 2. Band 1. Heft, hg. k. k. Statistischen Central-Commission, Wien 1902; Die Ergebnisse der Volkszählung vom 31. Dezember 1910 in den im Reichsrathe vertretenen Königreichen und Ländern, hg. k. k. Statistische Zentralkommission, Wien 1912.

¹⁰⁸ Stadtverwaltung/MA I an Tiroler Landesregierung, 18.5.1927. StAI, Abt. VI Bau 1946, Abschn. 20, Mp. Wasserversorgung Innsbruck u. Mühlauer Wasserfassung 153/20/VI/1946, Akt 269/5773/Ab. 90/Gr. I 1927.

Als im Sommer 1927 vermehrt Fälle von Typhus in Innsbruck und Mühlau auftraten, verlangte die Tiroler Landesregierung, das Hilfsrohr „unverzüglich und dauernd einzustellen“, „weil die Gefahr einer großen und äußerst bedenklichen Typhus-Epidemie für die Stadt Innsbruck in unmittelbare Nähe“ rücke.¹⁰⁹ Dieser Erlass sei „praktisch dermalen nicht ausführbar“, teilte die Stadt mit, weil die damit einhergehende „Druckverminderung im Wasserleitungsnetze weit schwerere sanitäre Mängel entstehen würden“. Das Wasser im Hilfsrohr stamme größtenteils aus der Quelfassung des EWI, nur 50 bis 100 m fließe es durch das „schluchtartige Wildbett“. Um eine Gefährdung und Verunreinigung auszuschließen, plane die Stadt „das fragliche Gebiet zu verhegen und damit dem menschlichen und tierischen Zutritte zu entziehen“. Ein baldiger Ausbau der Trinkwasserversorgung mit einwandfreier Fassung aller Zuflüsse noch im Berg sei geplant, die Einhegung nur als Provisorium gedacht.¹¹⁰

Lange Jahre passierte nichts, weil die Stadtverwaltung, genauer das EWI und das dem Bauamt unterstehende Wasserwerk daran arbeiteten, das Wasser zuerst für die Stromerzeugung und dann als Trinkwasser zu nutzen. Dem vorausgehen mussten Ablöseverhandlungen mit den Unternehmen, die den Mühlauer Bach ebenfalls nutzten. Allein 13 Wasserwerke unterhalb der Schweinsbrücke gehörten privaten Betreibern. Die Stadt Innsbruck intervenierte beim zuständigen Ackerbauministerium, damit dieses keine weiteren Wasserrechte an Private vergab.¹¹¹ Die Stadt könnte die privaten Werke übernehmen, was allerdings sehr teuer sei, hielt ein Gutachter fest. Die Stadt könnte eine teilweise Wasserentnahme von den Berechtigten ablösen, kleinere Werke ankaufen und den größeren als Kompensation Strom liefern.¹¹² Die Angelegenheit war noch nicht geregelt, als die Tiroler Landesregierung im August 1930 die Stadt an die „eminente sanitäre Gefahr“ erinnerte und jede Verantwortung an dem Zustand der Stadt zuwies.¹¹³ Die Stadt betonte, wie intensiv sie an einer Lösung arbeite, führte die schwierigen Verhandlungen mit den Werksbesitzern als Problem an, weiters den großen Wasserverbrauch der Stadt, die veralteten und teils lecken Rohre und den mangelnden Sparwillen der Bevölkerung. Wasser aus dem Hilfsrohr werde ohnehin nur selten in die Trinkwasserleitung eingespeist.¹¹⁴

Diese Aussage stimmte mit der Wahrheit nicht überein: 1928 war das Hilfsrohr ganzjährig in Betrieb und lieferte 1,73 Millionen m³ möglicherweise unsauberes Wasser in Innsbrucks Haushalte; 1931 rannen an allen Tagen des Jahres 1,4 Millionen m³; erst ab 1930 verringerte sich die Zahl der Betriebstage und die gelieferte Menge, 1930 230 Tage mit rund 621.000 m³, 1931 75 Tage mit 52.000 m³, 1932 26 Tage mit 22.800 m³, 1933 nur an einem Tag (120 m³), 1934 an keinem.¹¹⁵

Im Juni 1932 wollte die Tiroler Landesregierung neuerlich wissen, wie es um die Sache stehe.¹¹⁶ Das EWI bezeichnete die Lage als ungünstig, weil die Wirtschaftskrise den Umbau des Mühlauer Kraftwerkes mangels Bedarf nicht dringlich erscheinen lasse und Geldmittel nur zu hohen Zinsen zu lukrieren wären. Dem Wunsch der Stadt folgend verhandle man zwar mit den Werkbesitzern, „wenn auch nur lässig“. Immerhin sei ein Vertrag mit der Rauchmühle –

¹⁰⁹ Amt der Tiroler Landesregierung an Stadtmagistrat Innsbruck, 25.8.1927. Ebd., Akt 16302/18311/90/I/1927, Zl. IIb-288/3.

¹¹⁰ Stadtverwaltung/MA I an Tiroler Landesregierung, 13.9.1927. Ebd., Akt 16302/18311/90/I/1927.

¹¹¹ Memorandum über meine (Bürgermeister) Dienstreise nach Wien am 14. und 15. März 1932. StAI, Akten MD 1932, Abschn. 1, Zl. 527.

¹¹² Diplomingenieur Karl Pinter an Stadtbauamt, 13.9.1930. StAI, Abt. VI Bau 1946, Abschn. 20, Mp. Wasserversorgung Innsbruck u. Mühlauer Wasserfassung 153/20/VI/1946, Akt 16795/94/I/1930.

¹¹³ Amt der Tiroler Landesregierung an Stadtmagistrat, 23.8.1930. Ebd., Akt 16795/94/I/1930, Zl. IIb-488/11.

¹¹⁴ Stadtverwaltung/MA I an Amt der Tiroler Landesregierung, 6.12.1930. Ebd., Akt 16795/94/I/1930.

¹¹⁵ Stadtbauamt, Wasserzuschussmengen aus dem sog. Feuerrohr, 11.1.1935. Ebd., Akt 81/209/46/VI/1935.

¹¹⁶ Amt der Tiroler Landesregierung an Stadtmagistrat, 11.6.1932. Ebd., Akt 81/46/VI/1935, Zl. IIb-395/13.

Wasser gegen Strom – geschlossen worden.¹¹⁷ Erst 1935 reagierte die Stadt auf die Vorhaltungen der Landesregierung: Sie wiederholte die Angaben des EWI – mangelnder Bedarf, kein Geld für Investitionen –, gab an, das Hilfsrohr nur mehr selten zu benutzen und bemäkelte den hohen Wasserverbrauch der Innsbrucker Bevölkerung, so dass die vorhandenen Wassermengen knapp ausreichten, die Versorgung aufrechterhalten zu können. In Wien läge der durchschnittliche Verbrauch pro Kopf und Tag bei 163 Litern, in Innsbruck bei 339 Litern. Zurückzuführen sei dies auf alte Verträge mit Pauschaltarif und Freiwassermengen, was nicht zum Sparen animiere. Da 1934 an keinem Tag Wasser aus dem Hilfsrohr eingeleitet worden sei, betrachte die Stadt die Angelegenheit als saniert.¹¹⁸

Erst nach dem „Anschluss“ im März 1938 floss wieder Wasser aus dem Hilfsrohr in die städtischen Trinkwasserleitungen, weil das vorhandene Netz nicht mit der regen Bautätigkeit in der Stadt mithalten konnte. Bis zur Übertragung des Wasserwerkes an die Stadtwerke unterstand es dem städtischen Bauamt.

3. Die städtischen Licht- und Kraftwerke 1915–1938

Die beiden E-Werke und das Gaswerk fasste die Stadt zu den städtischen Licht- und Kraftwerken zusammen und installierte einen aus Gemeinderäten zusammengesetzten Verwaltungsausschuss, der abgesehen von politisch erzwungenen Änderungen bis nach dem „Anschluss“ an das Deutsche Reich im März 1938 amtierte. Das Tagesgeschäft besorgten technische und kaufmännische Direktoren. Der Verwaltungsausschuss erledigte die technischen, administrativen und kommerziellen Belange der Werke, war gegenüber dem Gemeinderat unabhängig, musste diesen nur bei einer Vergrößerung des Anlagekapitals oder der Neuanlage von Werken beiziehen und einen jährlichen Rechenschaftsbericht legen.

Bis zur Ausrufung der Ersten Republik und den Gemeinderatswahlen im Juni 1919 war der Verwaltungsausschuss von Gemeinderatsmandataren einer einzigen Partei, nämlich den Großdeutschen (damals noch Deutsch-Freiheitlichen), besetzt, so dass Auseinandersetzungen über die grundlegende Richtung, welche die Werke mit ihrer Preisgestaltung einschlagen durften, vermutlich unterblieben sind. Nach den ersten Gemeinderatswahlen nach dem allgemeinen, gleichen, direkten und gleichen Wahlrecht im Juni 1919 änderte sich die Zusammensetzung des Verwaltungsrates radikal. Drei Parteien – die Sozialdemokratische Arbeiterpartei (SDAP), die Tiroler Volkspartei, die Großdeutsche Volkspartei – teilten sich die Sitze, und zwar nahm jede der genannten drei ein.¹¹⁹ Als Obmann der städtischen Lichtwerke amtierte noch bis Ende Mai 1923 der Großdeutsche Karl Kapferer.

Seit der Übernahme des Mühlauer Werkes und dem Bau des Sillwerkes waren die Anschlusszahlen stetig gestiegen (Tab. 1), was der Stadt Innsbruck willkommene Einnahmen bescherte.

¹¹⁷ EWI an Stadtbauamt, 23.6.1932. Ebd. Erhalten haben sich die Abrechnungen der Rauchmühle von 1932 bis inklusive 1937, die für die städtische Wasserentnahme Strom erhielt.

¹¹⁸ Stadtbauamt an rechtskundigen Beamten der MA VI, 11.1.1935; Stadtbauamt an Landeshauptmannschaft, 18.1.1935. Ebd., Akt 81/46/VI/1935.

¹¹⁹ Sitzung des Gemeinderates am 28.6.1919. StAI, Ratsprotokolle 1919/1.

Tab. 1: Anschlüsse 1898–1914

Jahr	Glühlampen	Motoren PS	Stromabnehmer	angeschlossene Häuser
1898	11.750	90	460	118
1900	18.837	170	860	190
1902	24.790	240	1.160	256
1904	40.600	430	2.130	480
1906	53.000	960	3.700	840
1908	64.000	1.800	5.000	1.190
1910	82.000	3.700	6.800	1.470
1912	100.500	4.200	8.800	1.980
1914	113.000	4.900	10.300	2.400

Quelle: Städtisches Elektrizitätswerk Innsbruck, o. D. (1925). IKB, Mp. Geschichte des EWI.

Bis zur Umstellung auf Zähler 1923/24 berechnete das E-Werk seine Preise für Licht nach einer Lichtpauschale, das sich nach dem Brennwert einer sogenannten Pauschalkerze richtete, Strom für Motoren war nach der Kraftpauschale zu entrichten.¹²⁰ Die Preise für Gas richteten sich ab dem Jahr 1911 nach den Kosten der für die Erzeugung notwendigen Kohle und variierten demgemäß.¹²¹ Mit der einsetzenden Hyperinflation nach Kriegsende bereiteten die Pauschalverrechnungen dem EWI Probleme und eine wirtschaftliche Schieflage.



Abb. 20: Inserat, in: *Tiroler Anzeiger*, 14. November 1908, 20.

Im Prinzip unterhielt die Stadt Innsbruck mit der Gasfabrik und den E-Werken Betriebe, die Energie erzeugten und verkauften, also in gewisser in Konkurrenz zueinander standen. Beide Energiezweige belieferten Privathaushalte, verkauften Geräte zum Kochen oder Heizen, unterhielten eine eigene Verkaufsabteilung und berieten Private. Die im Elektrizitätswerk Innsbruck

¹²⁰ E-Werk, Tarife, 1.1.1916. Abgedruckt in Adressbuch der Stadt Innsbruck, 1918, 234–241.

¹²¹ Gaswerk, Lieferungsbestimmungen, Februar 1916. Abgedruckt in Adressbuch der Stadt Innsbruck, 1919, 241–244.

(EWI) zusammengefassten Werke boten zudem Kochkurse, um die Menschen zum Umstieg auf die neue Energieform zu animieren. Das EWI betrieb eine Installationsabteilung und eine Werkstatt, die nicht nur die eigenen Maschinen reparierte, sondern sich auch um Lampen, Bügeleisen, Heiz- und Kochapparate von Privathaushalten und dem Gewerbe kümmerte. Die Verkaufsabteilung in der Stainerstraße 3 vertrieb Lampenschirme, Heißwasserspeicher, Herde, Bügeleisen, Staubsauger, Ventilatoren und Glühlampen (Abb. 20).¹²²

Das EWI bot also einen Rundumservice, weil weder die angebotenen Produkte noch die Reparaturleistungen in der Privatwirtschaft zu finden waren, entwickelte sich doch erst langsam ein privat organisierter Wirtschaftszweig (Geschäfte, Werkstätten) rund um den Strom. Dieser sah sich dann mit der Wirtschaftskrise ab Anfang der 1930er Jahre in seiner Geschäftstätigkeit so eingeschränkt, dass er verstärkt gegen die Licht- und Kraftwerke intervenierte.

Ab und an kam es auch in früheren Jahren zu Konflikten mit privaten Firmen, so etwa 1906, als sich die Elektro-Installateure über das EWI beschwerten, „welches gegen die Elektrotechniker rücksichtslos vorgehe“.¹²³ Der Streit führte soweit, dass ein Schiedsgericht entschied, bestimmte namentlich genannte Techniker dürften keine Leitungen mehr an das Netz des EWI anschließen.¹²⁴ Das EWI verlangte nämlich von privaten Firmen einen Befähigungsnachweis, arbeitete mit einigen Firmen zusammen und schloss andere, die den Nachweis nicht erbringen konnten, aus (Abb. 21).



Abb. 21: Inserat, in: *Tiroler Anzeiger*, 4. Mai 1909, 15.

Mit der Elektrikerbranche kam es auch in den folgenden Jahren immer wieder zu Spannungen, weil sich diese in ihrem Geschäft beeinträchtigt sahen. Im März 1914 beschwerte sie sich, bietet

¹²² Städtisches Elektrizitätswerk Innsbruck, o. D. (1925). IKB, Mp. Geschichte des EWI.

¹²³ Wählerversammlung, in: *Innsbrucker Nachrichten*, 5.1.1906, 6.

¹²⁴ Verwaltungsrat des EWI, Kundmachung, in: *Innsbrucker Nachrichten*, 15.3.1906, 14.

das EWI doch seine Leitungen zu „Spottpreisen“ an, „um Aufträge zu sammeln“, ein Vorgehen, das „gegenüber den ansässigen Installateuren verwerflich“ sei. Diese müssten privatwirtschaftlich handeln, während das EWI „auf Kosten der Steuerträger“ arbeite und sich nicht um ein geordnetes „Geschäftsgebaren“ kümmere.¹²⁵

3.1 Nachkriegskrise

Der Erste Weltkrieg hemmte die Entwicklung beider Sparten, mehr aber büßte das Gaswerk ein, das auf die Zulieferung von Kohle angewiesen war. Das Werk musste den Verbrauch einschränken und kontingentieren. Statt Kohle aus weiter entfernten Gebieten verfeuerte es Kohle aus dem nahen Häring, Sägespäne oder „bituminöse[n] Schiefer“.¹²⁶ 1919 rutschte die Gebahrung des Gaswerkes ins Minus, „die Trauerfahne des Defizits“ wehe von „unserer Gasanstalt“, die Kohlenpreise stiegen weiter, der Gaspreis musste erhöht werden. Die Kohle war allerdings von minderer Qualität, wie der Obmann der städtischen Lichtwerke, Gemeinderat Karl Kapferer, im April 1919 dem Gemeinderat berichtete. Die zugewiesene Kohle erzeuge nicht Koks, „sondern nur Asche“, was die Gewinne weiter schmälere.¹²⁷

Die E-Werke litten eher unter dem Mangel an Ersatzteilen und fähigem Personal, 1915 waren 87 Arbeiter und Angestellte bei der Armee, 1916 dann schon 102, 1918 zählte das EWI insgesamt 124.¹²⁸ Bedenkt man, dass an die 170 Arbeiter und rund 80 Angestellte (Stand 1919) im EWI beschäftigt waren, kann man den Verlust an Arbeitskraft erahnen. „Widerwärtigkeiten und Sorgen in endloser Reihe“ hätten das Jahr 1918 begleitet, hält der Jahresbericht fest. In der Werkstätte arbeiteten nur mehr zehn statt der benötigten 25 Fachkräfte, in der Installation nur mehr drei statt 16, nur mehr fünf statt neun Techniker. An die „tausend Dinge, die wir für Bau und Betrieb so notwendig brauchen“ seien entweder „gar nicht oder nur mit den grössten Schwierigkeiten zu haben“ gewesen. Sparsamkeit, „findige Benützung alles irgendwie Brauchbaren und Selbstanfertigung waren unerlässlich“.¹²⁹

Trotzdem gelang es dem EWI, Anschlüsse und Umsatz in den Jahren bis 1924 zu steigern, wie Tabelle 2 zeigt.

Tab. 2: Anschlüsse 1916–1924

Jahr	Glühlampen	Motoren PS	Stromabnehmer	angeschlossene Häuser
1916	122.200	5.900	12.000	2.500
1918	132.200	6.500	13.450	2.720
1920	154.300	11.000	15.500	3.110
1922	164.300	14.100	17.400	3.262
1924	171.700	17.200	19.500	3.450

Quelle: Städtisches Elektrizitätswerk Innsbruck, o. D. (1925). IKB, Mp. Geschichte des EWI.

Die nach wie vor und politisch gewollt niedrigen Preise für Strom bereiteten dem EWI Probleme. Ab 1916/17 ersetzten häufig elektrische Öfen die bislang übliche Heizung mit Kohle,

¹²⁵ Das städtische Elektrizitätswerk Innsbruck, in: *Innsbrucker Nachrichten*, 3.3.1914, 11.

¹²⁶ Aus der Geschichte des Innsbrucker Gaswerkes, in: *Tiroler Anzeiger*, 24.4.1929, 5.

¹²⁷ Sitzung des Gemeinderates, 5.4.1919. StAI, Ratsprotokolle 1919/1.

¹²⁸ EWI, Jahresbericht 1915 und Jahresbericht 1916. IKB, Mp. EWI Jahresbericht 1915–24.

¹²⁹ EWI, Jahresbericht 1918. Ebd.

weil deren Preis so stark gestiegen war, dass viele Haushalte es sich nicht mehr leisten konnten und Strom billiger als Kohle war. Bei regelmäßigen Kontrollen stellte das EWI immer wieder „Stromhinterziehungen fest“, also illegale Anschlüsse, die mehr verbrauchten, als durch den Pauschalpreis abgegolten war. Jeder Stromdiebstahl „durch Heizgitter“ wurde angezeigt, warnte der Verwaltungsrat im März 1917.¹³⁰ Nach Kriegsende hielt der Boom auf die elektrische Heizung an, waren die EWI-Tarife doch im Vergleich zum Kohlenpreis weiterhin sehr viel günstiger. Allein 1919 schloss das EWI 1.500 elektrische Öfen an, weil Haushalte aus Kohlennot „mehr gezwungen als freiwillig“ umsteigen mussten. Der Trend, einen Elektroofen selbst anzuschließen hielt an, so dass das EWI zahlreiche Wohnparteien „zwangsweise auf Zähler“ setzte und an die 400 vom Stromnetz trennte.¹³¹ Im Dezember 1919 warnte das EWI wieder einmal davor, selbst Heizöfen anzuschließen, weil das Netz sonst überlastet werde (Abb. 22).



Abb. 22: Inserat, in *Innsbrucker Nachrichten*, 16. Dezember 1919, 6.

Die kaufmännische Führung des EWI musste mit den Zahlen geradezu jonglieren, weil die Inflation langsam außer Kontrolle geriet, was sich in den Löhnen niederschlug. Verdiente ein Elektriker 1914 durchschnittlich 36 Kronen wöchentlich, stieg sein Lohn bis Ende Dezember 1919 auf 179 Kronen pro Woche.¹³² Diese Erhöhung wirkt auf den ersten Blick ausreichend, aber sie genügte bei weitem nicht, um die enorm gestiegenen Lebenshaltungskosten und ihr weiteres ungebremstes Ansteigen auszugleichen. Kostete ein Kilogramm Brot im Juli 1914 0,46 Kronen, waren im Juli 1919 schon 1,60 auszulegen, im Juli 1920 dann 4,14. Ein Ei war im Juli 1914 um 0,08 Kronen zu haben, im Juli 1919 dann um 1,50, ein Jahr darauf um 5 Kronen.¹³³

¹³⁰ Innsbrucker Gemeinderat vom 22. März 1917, in: *Innsbrucker Nachrichten*, 23.3.1917, 7.

¹³¹ EWI, Jahresbericht 1921. IKB, Mp. EWI Jahresbericht 1915–24.

¹³² EWI, Jahresbericht 1919. Ebd.

¹³³ Österreichisches Statistisches Handbuch für die Republik Österreich, hg. Bundesamt für Statistik, Bd. II/1921, Wien 1921, 100 f.; Bd. III/1923, Wien 1923, 82–86.

Mochte der Umsatz trotz Krieg und Nachkriegskrise auch gestiegen sein, so sank doch der Gewinn, mehr noch rutschte der Verkauf von Strom ins Minus. Nahm das EWI 1918 noch rund 500.000 Kronen ein, sank der Betrag 1919 auf Null, 1920 bilanzierte er mit einem Minus von 1,7 Millionen und 1921 mit einem von 13,5 Millionen Kronen. Der Verwaltungsrat sei trotzdem nicht bereit gewesen, die Strompreise „mit den durch die Geldentwertung gegebenen Wirtschaftsverhältnissen auch nur einigermaßen in Einklang zu bringen“, hält der Jahresbericht 1922 fest. Anträge auf Erhöhung seien unter Hinweis auf die Not der Bevölkerung abgelehnt worden.¹³⁴ Ganz stimmte das nicht, denn seit 1920 hatte es fünf Strompreiserhöhungen gegeben. Im September 1920 hatte sich der Tarif verdoppelt, im Juni 1921 wieder, ab Jänner 1922 war das 24-fache des Grundtarifs zu zahlen und ab Feber 1922 das 48-fache.¹³⁵ Die Installationsabteilung schrieb hingegen Gewinne und fing das Minus der Verkaufsabteilung auf. Aber nicht mehr Installationen seien für den Erfolg maßgebend gewesen, „sondern lediglich die Folge einer intensiven Ausnützung der vorübergehenden Einkauf-Verkauf-Konjunktur“, die Endes des Jahres 1921 abgebrochen sei.¹³⁶ Gemeint war mit diesen vagen Worten die Tatsache, dass die Installationsabteilung ihren Gewinn aus dem Handel mit Installationsmaterial zog.¹³⁷ Bei der Sitzung des Verwaltungsrates am 2. März 1922 drohte Direktor Hans Pircher mit Rücktritt, wenn die Strompreise nicht „endlich nach kaufmännischen und nicht nach humanitären Erwägungen“ festgelegt würden. Der Verwaltungsrat erhöhte daraufhin den Tarif auf das 120-fache, was einen Sturm der Entrüstung in der Öffentlichkeit auslöste. Die Preiserhöhung genügte allerdings nicht, wie der Jahresbericht 1922 festhielt:

„Nun ging es wirklich nicht mehr. Die Einnahmen reichten kaum zur Bezahlung der Gehälter und Löhne. Grosse und kleine Schulden häuften sich, alte und neue Rechnungen konnten nicht mehr bezahlt werden. Das Werk verlor rasch den Kredit, die Lieferanten verweigerten die Ausführung von Bestellungen, begebene Wechsel wurden nicht eingelöst. Geld war nirgends mehr zu haben.“

Weitere Preissteigerungen folgten: Im August 1922 stieg der Preis auf das 240-fache, im September auf das 960-fache und im Oktober auf das 3.600-fache des Grundtarifes. Um die wichtigsten Ausgaben zu bezahlen, liehen sich Mitglieder des Verwaltungsrates und die Direktion über private und geschäftliche Beziehungen an die 500 Millionen Kronen, die sie, als die Preiserhöhungen zu wirken begannen, zurückzahlten. Um einen Eindruck zu gewinnen, wie sich die Hyperinflation auf die Preise auswirkte, seien einige Beispiele genannt: Im Jahr 1914 kostete ein Motor mit 5 PS 800 Kronen, 1922 dann 9,6 Millionen; 1 kg Eisen war 1914 um 0,22 Kronen zu haben, 1922 waren 5.200 ausulegen; 1 m³ Gas schlug 1914 mit 0,20 Kronen zu Buche, 1922 mit 1.500.¹³⁸ „Schliesslich heizten, kochten und beleuchteten die Abnehmer nach Gutdünken gegen bedeutungslose Anerkennungszinse, mit denen das Werk nicht wirtschaften konnte“, liest sich im Jahresbericht 1923.¹³⁹ Ab 1923 baute das EWI kontinuierlich Zähler in den Wohnungen ein und ersetzte die bisher übliche Pauschalierung durch eine Verbrauchsabrechnung.

¹³⁴ EWI, Jahresbericht 1922. IKB, Mp. EWI Jahresbericht 1915–24.

¹³⁵ *Tiroler Anzeiger*, 22.5.1920, 7; Ebd., 8.6.1921, 9; Ebd., 23.11.1921, 5; *Innsbrucker Nachrichten*, 31.12.1921, 6.

¹³⁶ EWI, Jahresbericht 1922. IKB, Mp. EWI Jahresbericht 1915–24.

¹³⁷ Die Tarifpolitik des Elektrizitätswerkes Innsbruck, in: *Tiroler Anzeiger*, 27.6.1923, 2 f.

¹³⁸ EWI, Jahresbericht 1922. IKB, Mp. EWI Jahresbericht 1915–24. Die Zahlen sind einer Tabelle mit dem sprechenden Titel „Verkaufspreise zur Erinnerung in späteren Zeiten“ entnommen.

¹³⁹ EWI, Jahresbericht, 1923. Ebd.

Eine heftige Debatte in der Presse, vor allem ausgetragen zwischen dem christlich-sozialen *Tiroler Anzeiger* und der sozialdemokratischen *Volkszeitung*, begleiteten die Preiserhöhungen des Jahres 1922 und den Umstellungsprozess. Im Jänner 1923 beschwerte sich der Tiroler Gewerbebund über die letzte der Preiserhöhungen des Jahres 1922. Habe ein Unternehmer im Oktober für Strom noch 400.000 Kronen bezahlt, sei die Rechnung im November auf fünf Millionen geklettert.¹⁴⁰ Das EWI wehrte sich und verglich die eigenen Preise mit jenen anderer Stromlieferanten Österreichs: In Innsbruck koste eine Kilowattstunde Licht 1.620 Kronen, eine für Kraft 900; das gleichfalls städtische EW Wien verrechne 4.300 bzw. 2.970 Kronen.¹⁴¹

Da Klagen anhielten, lud die Handelskammer im Feber 1923 zu einer Enquete über das EWI und die Preise. Der christlich-soziale *Tiroler Anzeiger* veröffentlichte dazu am 6. Feber 1923 eine geharnischte Kritik am EWI und titelte: „Die Mißwirtschaft beim Elektrizitätswerk Innsbruck. Schwere Vorwürfe gegen Direktor Pircher.“ Die „sprunghafte Strompreiserhöhung“ im Vorjahr komme „einer Zwangsanleihe gleich“, welche die Innsbrucker Bevölkerung für das Versagen der Direktion zahle. Diese habe „leichtfertig“ und zu wenig „vorsorglich“ gehandelt, schädige „durch ihre wahnsinnigen Strompreise das Wirtschaftsleben unserer Stadt“, und das zu einer Zeit, als sich die Krone zu stabilisieren beginne. Statt die Preise der Stabilisierung anzupassen, habe die Direktion des EWI stattdessen, und „weil sie ihre früher begangenen Sünden büßen mußte, mit einer radikalen Preistreibeerei geantwortet“. Gerüchte besagten, größere Unternehmen könnten mit dem EWI einen Nachlass aushandeln, was den normalen Haushalten aber nichts nutze. Die erhöhten Preise hätten zwar das EWI saniert, aber einen Scherbenhaufen hinterlassen: „Kommt ein derartiges Schröpfen nicht einem Raubzug auf die Taschen der Bevölkerung gleich?“ Der Direktor Hans Pircher binde den Verwaltungsrat zu wenig ein, betreibe im EWI eine „Paschawirtschaft“ und beschäftige sich nebenher in seinem eigenen Unternehmen. Böse Zungen behaupteten, so die Zeitung, er halte sich mehr in seiner Firma auf als im EWI und beziehe für dieses zudem stark verbilligten Strom. Der Sozialdemokratie, deren Mitglied er sein solle, diene er sich an, indem er den Angestellten und Arbeitern weit höhere Löhne zahle als das Stadtmagistrat den seinen. Bürgermeister Wilhelm Greil halte wegen verwandtschaftlicher Beziehungen zu ihm: „In der Bevölkerung ist man zu leicht geneigt, von einer Günstlings- und Vetternwirtschaft zu sprechen.“ Die Zeitung forderte volle Aufklärung, und „daß alles Unsaubere, das beim Elektrizitätswerk herrscht, weggeräumt wird“.¹⁴²

Am nächsten Tag legte der *Tiroler Anzeiger* nach. Eingangs bedankte er sich für die Zustimmung, die sein Artikel in der Bevölkerung ausgelöst habe. Von der Enquete war die Zeitung enttäuscht, hätte es doch deren Vorsitzender verstanden, die Angelegenheit „auf ein totes Geleise zu schieben“, geredet worden sei nur über technische Fragen, „man hat sich in Details verrannt, man hat aber nicht den Mut aufgebracht, offen zu sagen, ob man mit der jetzigen, so schwer kompromittierten Leitung des Werkes weiterwursteln will oder nicht“. Der „Karren ist total verfahren“, der „eiserne Besen“ hätte gefehlt, das „Werk ist totgewirtschaftet!“. Direktor Pircher rechtfertigte die Strompreiserhöhungen mit den hohen Kosten, das EWI brauche jährlich drei Milliarden für Gehälter und Löhne, dieselbe Summe für Reparaturen und noch einmal dieselbe für die Stromversorgung. Er verwehrte sich gegen den Vorwurf, er sei „rot organisiert“, er sei „schon als Student Burschenschafter gewesen und sei heute noch deutschnational“, und

¹⁴⁰ An die Abnehmer von elektr. Strom!, in: *Tiroler Anzeiger*, 4.1.1923, 3; Die Licht- und Kraftstrompreise in Innsbruck, in: *Innsbrucker Nachrichten*, 4.1.1923, 6.

¹⁴¹ Die Preispolitik des Innsbrucker Elektrizitätswerkes, in: *Tiroler Anzeiger*, 8.1.1923, 3.

¹⁴² Die Mißwirtschaft beim Elektrizitätswerk Innsbruck. Schwere Vorwürfe gegen Direktor Pircher, in: *Tiroler Anzeiger*, 6.2.1923, 3.

bezeichnete „jeden als Schuft, der ihn unter die Roten zähle“. Stadtrat Josef Auer von der Tiroler Volkspartei, Bauunternehmer und selbst Mitglied des Verwaltungsrates, lenkte bei der Enquete die Diskussion in Richtung Politik, als er meinte, das EWI sei

„kein Gemeindebetrieb, sondern ein sozialisierter Betrieb. In diesem Betriebe habe nur die rotorganisierte Arbeiterschaft zu reden. (Lebhafte Zurufe und Zustimmung.) Der Betrieb sei voll in den Händen der Betriebsräte! (Entrüstungsrufe.) Aber da getraue sich niemand in dieses Wespennest hineinzustechen.“

Als Nebenaspekt kritisierten einige die „Weiberwirtschaft“ im EWI, sei dort doch „ein ganzer Harem in den Büros“ beschäftigt.¹⁴³ Eine solche Aussage war damals nicht selten zu hören, weil bei steigender Arbeitslosigkeit Kampagnen gegen die Frauenarbeit üblich waren. Im Stadtmagistrat waren etwa nach Kriegsende und dem Sparkurs vor allem Frauen abgebaut worden, um Arbeitsplätze für Männer zu schaffen. Im EWI, das eine eigene Verwaltung aufgebaut hatte, arbeiteten traditionell mehr Frauen als im Stadtmagistrat.

Am selben Tag schilderten die *Innsbrucker Nachrichten*, wer was bei der „lehrreiche[n], aber fruchtlose[n] Enquete“ gesagt hatte. Stadtrat Auer habe nicht nur von einem nahezu sozialisierten Betrieb gesprochen, sondern gemeint, „die ganze Betriebsführung sei dort in ein marxistisches Fahrwasser geraten: bei außergewöhnlich hohen Löhnen werde nur geringe Arbeit geleistet“. Monatlich fielen allein 250 Millionen Kronen für Lohnzahlungen an.¹⁴⁴

Am 8. Feber reagierte die sozialdemokratische *Volkszeitung*. Sachliche Kritik sei angemessen und willkommen, aber eine „Kritik um jeden Preis, getragen von der Absicht, einem gemeinnützigen Werke Wunden zuzufügen“, weil „er keinen Privatpersonen Gewinn abwirft“ wirke „zerstörend“. Hinzu kämen „die professionellen Besserwisser, die auch dann sich zu Worte melden, mitunter sehr laut, wenn sie von den Dingen keine blasse Ahnung haben“. Die Enquete habe „dem Uneingeweihten ein unentwirrbares Bild“ geboten, „aus dem eigentlich nur zwei Punkte mit voller Klarheit herausleuchten“, nämlich erstens die Angriffe auf den Direktor und zweitens die auf die Lohnhöhe. Das EWI müsse unter allen Umständen vor einer Privatisierung bewahrt werden. Schuld an den plötzlichen Preissteigerungen trage der Verwaltungsrat, der zu spät moderaten und mit der Geldentwertung steigenden Erhöhungen zugestimmt habe. Außerdem habe er geltende Verträge nicht antasten und Erhöhungen vor allem auf Neuanlüsse einheben wollen, damit, „die Abnahme von Strom mit allerlei langfristigem Krimskrams von juristischen Vertragstüfteleien“ belastet. Die Preiserhöhungen des Vorjahres seien gerechtfertigt gewesen, nun könne und müsse eine Senkung kommen. Investitionen sollten über Kredite finanziert werden, deren Zinsen aus dem Stromverkauf getragen werden sollten. Das Investitionsprogramm müsse daraufhin überprüft werden, ob es notwendig sei und wenn ja in welcher Form, dies aber „in sachlicher und gewissenhafter Erörterung und nicht in lärmender Auseinandersetzung und persönlichen Anfeindungen“. Einen Seitenhieb auf Stadtrat Auer konnte sich die *Volkszeitung* nicht verkneifen: Die EWI-Betriebsräte agierten nach gesetzlichen Vorgaben, die Löhne entsprächen jenen der Metallindustrie, von der konkreten Arbeit habe er, obwohl Mitglied im Verwaltungsrat, keine Ahnung.¹⁴⁵

Der *Tiroler Anzeiger* heizte am nächsten Tag den Konflikt weiter an und behauptete, im EWI säßen neben dem kaufmännischen und technischen Direktor noch ein dritter, und zwar ein Generaldirektor in der Person des Betriebsratsvorsitzenden: „Es diktiert der Betriebsrat, nicht

¹⁴³ Misswirtschaft beim Elektrizitätswerk Innsbruck, in: *Tiroler Anzeiger*, 7.2.1953, 3 f.

¹⁴⁴ Die Tarifpolitik des Innsbrucker Elektrizitätswerkes, in: *Innsbrucker Nachrichten*, 7.2.1923, 4–6, hier: 6, 4.

¹⁴⁵ Das Innsbrucker Elektrizitätswerk, in: *Volkszeitung*, 8.2.1923, 1.

die Direktion.“ Um Investitionen zu finanzieren, solle das EWI in eine Aktiengesellschaft umgewandelt werden, deren Mehrheit sich der Gemeinderat sichern könne. Die herrschenden Zustände im EWI rührten aus den politischen Verhältnissen her, wie der Staat sei auch das Werk heruntergewirtschaftet, die sozialpolitischen Gesetze (Betriebsräte-, Urlaubs-, Arbeitslosenversicherungsgesetz usw.) hätten „das blühende Werk untergraben“. Der jetzige Verwaltungsrat werde von politischen Parteien beschickt, „die sich gegenseitig bekämpfen und dabei die Interessen des Werkes übersehen“. ¹⁴⁶ Die *Volkszeitung* reagierte heftig auf den Vorschlag, das EWI in eine Aktiengesellschaft auszulagern. Der Gemeinderat der Großdeutschen Volkspartei, Rudolf Zech, habe sein „übervolles Herz mit größtem Freimut“ ausgeschüttet und „in seinem wie im Namen seinen Gesponsen vom Schimpfkonzern“ die Umwandlung in eine Aktiengesellschaft verlangt. Der Kampf gegen die Strompreise bezwecke in Wirklichkeit, „das Werk der Stadt zu entreißen und es an die Profitjäger zu verklopfen“. Hyänen im Schafspelz, nannte die Zeitung die Mitglieder des Gewerbebundes. Die Gewerkschaft rief die Arbeiter und Angestellten für den 15. Feber 1923 zu einer Versammlung in den kleinen Stadtsaal. ¹⁴⁷ Der Saal sei voll gewesen, berichtete die Zeitung am nächsten Tag, und die Anwesenden hätten sich „ausschließlich mit den von einigen Maulhelden erhobenen Beschuldigungen und gemeinen Beleidigungen des Personals“ befasst. Breiten Raum nahm die Frage des Stromdiebstahls ein:

„Solange man den Strom stehlen konnte, war das Lichtwerk ein Musterwerk, jetzt, wo durch die Zähler dem Diebstahl Einhalt geboten wird, jetzt sei es eine ‚Sauwirtschaft‘. Man sieht, woher des Weges die Feindschaft und wohin des Weges Ziel. Hätte Direktor Pircher die sogenannten ‚besseren‘ Kreise stehlen lassen, dann wäre er ihr Mann, nachdem er aber mit allen Stromdieben gleich verfahren ist, soll er weg. Die Moral der Kritikaster steht auf einem sehr niedrigen Niveau.“

Die ganze Hetze, so Stadtrat Martin Rapoldi von der SDAP, sei „eine politische Quertreibung, um einigen Gschafflhubern zu Mandaten zu verhelfen“. ¹⁴⁸ Die Versammelten beschlossen eine Resolution, wiesen die Vorwürfe des Gewerbebundes zurück, die „eine Schmach und Schande für deutsche Ritterlichkeit und christliche Wahrhaftigkeit“ seien, verwahrten sich gegen die Angriffe auf die „persönliche Ehre“ der im EWI beschäftigten Frauen und warnten die Bevölkerung vor einer Privatisierung der Lichtwerke. Es sei selbstverständlich, dass ein Gemeinwesen wie die Stadt Innsbruck, „in seinen Unternehmungen nicht den brutalen Egoismus des Ausbeutertums“ dulde, sondern sich seiner sozialen Pflichten gegenüber dem Personal bewusst sei. ¹⁴⁹

Die *Innsbrucker Nachrichten* verpackten ihre Kritik in der Ausgabe am Faschingsdienstag in Spott-Inseraten. In einer bot die „Diskretion“ des EWI elektrische Geräte als Kapitalanlage an, „da infolge der eingeschlagenen Tarifpolitik des Werkes jede Gefahr ausgeschlossen ist, daß die Apparate jemals durch Abnutzung entwertet werden“. In einer zweiten erklärte die „Indirektion“ des EWI, „daß es seine Stromabnehmer von nun an voll und ganz befriedigen“ wolle: „Die Elektrizität wird den Abnehmern mittelst Elektrolast zugeführt und mit Elektrolist wieder abgenommen, daß es eine Elektrolust sein wird.“ ¹⁵⁰ Die im bemüht lustigen Wortspiel

¹⁴⁶ Die Misswirtschaft beim Elektrizitätswerk Innsbruck, in: *Tiroler Anzeiger*, 9.2.1923, 3.

¹⁴⁷ Der Zweck des Geschimpfes, in: *Volkszeitung*, 10.2.1923, 3 f.; Arbeiter und Angestellte der städt. Lichtwerke Innsbruck, in: Ebd., 4.

¹⁴⁸ Eine denkwürdige Verhandlung, in: *Volkszeitung*, 16.2.1923, 4 f.

¹⁴⁹ Die Hetze gegen das städtische Elektrizitätswerk, in: *Volkszeitung*, 17.2.1923, 4.

¹⁵⁰ Inserate, in: *Innsbrucker Nachrichten*, 13.2.1923, 8.

erwähnte „Elektrolast“ war der Name der Firma, die Direktor Pircher als Nebengeschäft unterhielt.

Ende Juni 1923 präsentierte ein von der Handelskammer eingesetzter Untersuchungsausschuss die Ergebnisse der EWI-Überprüfung, bei der nicht nur die Tarifpolitik, sondern auch die Löhne Thema waren. Demnach bezog ein Arbeiter im EWI das 12.380-fache des Friedenslohns, ein Arbeiter in der Textilbranche hingegen schon das 17.710-fache, mit anderen Worten: Die vom EWI bezahlten Löhne lagen im Rahmen. Die Prüfer kritisierten den Investitionsstau und die jahrelang verschleppten Reparaturen an Maschinen und Material, verlangten die Entpolitisierung des Verwaltungsrates, eine dem Wirtschaftsleben und den Gestehungskosten angepasste Tarifpolitik und das Bemühen des EWI, mehr Strom abzusetzen, um die Maschinen auszulasten. Mit dieser sachlichen Darstellung zeigte sich der *Tiroler Anzeiger* nicht zufrieden: Die Prüfer hätten sich mit den meisten kritisierten Punkten „gar nicht oder nur oberflächlich befaßt und das Ende der Untersuchung gleicht dem des berühmten Hornberger Schießens“.¹⁵¹ Der Druck auf Direktor Pircher war jedenfalls so groß, dass er seine Privatfirma noch im Feber 1923 verkaufte.¹⁵²

Bis zur Währungsreform und der Umstellung von Krone auf Schilling hielt sich die Inflation auf einem bisher ungekannten Ausmaß. Der Jahresbericht 1924 listete den durchschnittlichen Wochenverdienst eines EWI-Arbeiters auf (Tab. 3), was eindrücklich zeigt, wie wenig Wert Geld hatte:

Tab. 3: Durchschnittlicher Wochenverdienst eines EW-Arbeiters 1920–1924 in Kronen

Jahr	Mitte	Ende
1920	403	576
1921	1.152	12.000
1922	54.240	285.216
1923	300.000	315.000
1924	380.600	437.500

Quelle: EWI, Jahresbericht 1924. IKB, Mp. EWI Jahresbericht 1915–24.

Was sich mit diesem Verdienst kaufen ließ, sei hier vergleichsweise angeführt: 1 kg Brot kostete im Juli 1924 5.600 Kronen, 1 kg Kartoffeln 3.200, 1 Liter Milch 4.200, 1 Ei 1.750. 1 kg Butter war zu dem „exotischen“ Preis von 57.000 Kronen zu haben.¹⁵³ Jedenfalls legte das EWI für seine rund 110 Arbeiter im Jahr 1922 allein 795.608.452 Kronen aus, für die 63 Angestellten 489.518.323 Kronen. 1923 stiegen die Summen, für die rund 140 Mann fielen Löhne in Höhe von 1.577.304.125 Kronen an, für die 64 Angestellten 1.375.718.434 Kronen.¹⁵⁴ Die knapp 3 Milliarden Kronen allein für den Personalaufwand zu verdienen oder gar eine vernünftige Finanzplanung zu erstellen, war vor der Währungssanierung schier unmöglich.

Nicht die Krise wegen der Preiserhöhungen waren für das Ausscheiden einiger Personen aus dem Verwaltungsrat verantwortlich, sondern die Gemeinderatswahlen. Der langjährige Obmann Karl Kapferer kandidierte nicht mehr, an seine Stelle rückte Ende Mai 1923 der bisherige

¹⁵¹ Die Tarifpolitik des Elektrizitätswerkes Innsbruck, in: *Tiroler Anzeiger*, 27.6.1923, 2 f. Die *Innsbrucker Nachrichten* berichteten ebenfalls, enthielten sich aber jeden Kommentars (27.6.1923, 4).

¹⁵² Sitzung des Stadtrates, 23.2.1923. StAI, Stadtratsprotokolle 1923.

¹⁵³ Österreichisches Statistisches Handbuch für die Republik Österreich, hg. Bundesamt für Statistik, Wien 1924, Bd. V, 89–91.

¹⁵⁴ EWI, Jahresbericht 1922; Jahresbericht 1923. IKB, Mp. EWI Jahresbericht 1915–24.

stellvertretende Obmann nach, der Stadtrat und Vizebürgermeister Martin Rapoldi von der SDAP. Der neue Verwaltungsrat setzte einige lang hinausgezögerte Vorhaben um: 1924 war die Umstellung auf Zähler abgeschlossen und an die 18.000 montiert worden. Die einzelnen Abteilungen wie die für die Stromverteilung, die für Zähler- und Überprüfung, Stromverrechnung, Buchhaltung, Werkstätte, Installation und Laden bilanzierten getrennt voneinander, was die vom Untersuchungsausschuss monierte Querfinanzierung verunmöglichte bzw. klarer nachvollziehbar machte.¹⁵⁵

3.2 Das Hochhaus am Bismarckplatz

Bis zum Bau des Hauses an der Ecke Salurnerstraße und dem damaligen Bismarckplatz amtierten die städtischen Licht- und Kraftwerke in der Stainerstraße 3 (Lager) und am Marktgraben 12–14 (Büro), die TIWAG in der Wilhelm-Greil-Straße 10 (heute Hypo-Bank) und die Verwaltung des Gaswerkes an der Sill. Der Verwaltungsrat der Lichtwerke strebte ein gemeinsames Haus für die Verwaltung an, wofür sich die südlich des heutigen Landhausplatzes gelegenen Zelgergründe anboten. Nicht nur ein Direktionsgebäude, sondern ein Umspannwerk und Werkstätten sollten hier neu erstehen. Bedauerlicherweise haben sich weder im Stadtarchiv, noch bei der städtischen Baupolizei oder der IKB Unterlagen über den Bau des Hochhauses erhalten, so dass dieses Kapitel großteils Zeitungen als Quellen nützt.

Im Juni 1926 präsentierte die Stadt die Ergebnisse des Architektenwettbewerbes zur Verbauung der Zelgergründe. Der Innsbrucker Architekt Lois Welzenbacher erhielt den dritten Preis (nach den Projekten zweier deutscher Architekten), verdient, wie die *Innsbrucker Nachrichten* schrieben. Sein Entwurf mit der „dominierende[n] Hochhausform“ und „einfachen Formen“ dürfte auch jene überzeugen, die „aus konservativen Gefühlen sich nicht leicht in die Idee hineinfinden können, inmitten Innsbrucks ein Turmhaus entstehen zu sehen“. Die Zelgergründe seien zu wertvoll und müssten möglichst rationell ausgenützt werden, um eine „Vermehrung der Stockwerkzahl“ werde man nicht herumkommen. Die kurze Nachricht war zugleich ein Plädoyer für Welzenbacher, dessen Talent sich doch auch einmal in der Heimat verwirklichen sollte.¹⁵⁶

Die im Stadtsaal präsentierten insgesamt 109 Entwürfe begutachteten die *Innsbrucker Nachrichten* zwei Tage später. Wirklich führende Talente hätten nicht eingereicht, klagte die Zeitung, glücklicherweise seien nur sehr wenige darunter, „die wie merkwürdige Überreste aus den unglücklichsten Bauperioden der letzten fünfzig Jahre anmuten“. Der Baustoff Beton verlange und erlaube andere Formen. Gewisse „Eigenarten der alten Innsbrucker Architektur“ fehlten, nur zwei oder drei Fassadengliederungen nach dem „Klein-Häuserl-Motiv“ zeigten allerdings, „wie gefährlich ein solches Bestreben übrigens sein würde“.¹⁵⁷ Am 21. Juni beriet der Verwaltungsrat der städtischen Lichtwerke über die eingereichten Entwürfe, konnte sich für keinen entscheiden und beschloss, die beiden Architekten Lois Welzenbacher und Clemens Holzmeister mit Detailplanungen zu beauftragen.¹⁵⁸

Ohne parteipolitisches Gezänk war der Prozess bisher nicht verlaufen. Hintergrund der Angriffe der nationalen *Innsbrucker Nachrichten* auf Gemeinderäte der Volkspartei war deren Boykott der Gemeinderatssitzungen, denen sie wegen einer strittigen Disziplinarangelegenheit seit Wochen fern geblieben waren. Allerdings waren ihre Vertreter bei der Sitzung des EWI-

¹⁵⁵ EWI, Jahresbericht 1924. Ebd.

¹⁵⁶ Der Wettbewerb über die Verbauung des Bismarckplatzes, in: *Innsbrucker Nachrichten*, 8.6.1926, 6.

¹⁵⁷ Die Verbauung der Zelgergründe, in: *Innsbrucker Nachrichten*, 10.6.1926, 5 f.

¹⁵⁸ Die Verbauung des Bismarckplatzes, in: *Tiroler Anzeiger*, 22.6.1926, 6; Die Beratungen des Verwaltungsausschusses des E.W.I., in: *Innsbrucker Nachrichten*, 23.6.1926, 4.

Verwaltungsrates erschienen, was die *Innsbrucker Nachrichten* inkonsequent nannten. Aus „Parteiinteresse“ und zur Unterstützung eines „Parteikandidaten“ träten die Mandatare als ihre eigenen „Streikbrecher“ auf und beteiligten sich „fleißig“, „wo das Gewicht ihrer Stimmen ihrer Partei zugute kommen könnte“. Der Verwaltungsrat habe in der Sitzung für den Entwurf eines deutschen Architekten votiert, allein die Stimmen der VP-Mandatare seien auf den der Volkspartei nahe stehenden Clemens Holzmeister gefallen, so dass obiger Beschluss gefallen sei.¹⁵⁹ Die angesprochenen Mandatare wehrten sich, nannten den Artikel engstirnig und meinten, es genüge offenbar das Gerücht ein „Schwarzer“ zu sein, um von einem Projekt ausgeschlossen zu werden. Holzmeister genieße einen guten Ruf in der Architektenwelt und sei Tiroler, wohingegen der Schreiber des Artikels „lieber für einen Auswärtigen“ eintrete:

„Wir können dem Herrn sagen, daß wir es uns trotz seines Zornes nicht nehmen lassen werden, wie in diesem Falle so auch künftig für die Vergebung öffentlicher Arbeiten an einheimische Firmen einzutreten, selbst wenn gelegentlich einmal ein Parteigenosse darunter sein sollte.“¹⁶⁰

Die beiden Architekten erarbeiteten die gewünschten Detailstudien, über die der Verwaltungsrat im Juli 1926 entschied. „Nach einer langen, lebhaften Wechselrede“ fiel die Entscheidung mit Stimmenmehrheit auf den Entwurf Welzenbachers.¹⁶¹ Im Oktober 1926 ersuchte das EWI bei der Stadt um die Baubewilligung. Die mündliche Verhandlung fand am 22. Oktober 1926 statt, die Baubewilligung erteilte die Stadt mit 9. November 1926.¹⁶²

Im Laufe des Jahres 1926/27 entstand zuerst unter Leitung des städtischen Baudirektors Jakob Albert und ausgeführt von der Wiener Baufirma Wayß & Freytag und Meinong AG das Umspannwerk und die Werkstätte. Im Umspannwerk – das „elektrische Herz der Stromversorgung für die ganze Stadt“ – lief der Hochspannungsstrom der beiden städtischen Werke an der Sill und am Mühlauer Bach sowie der TIWAG zusammen, wurde in Mittelspannung umgewandelt, an die insgesamt 111 Transformatoren im Stadtgebiet verteilt und dort auf Gebrauchsspannung reduziert. In der Werkstätte sollten nicht nur eigene Maschinen, Schalttafeln oder Ähnliches repariert werden, sondern auch Haushaltsgeräte, wie Heizkörper, Bügeleisen oder Herde. Ab Juni 1927 folgte das Direktionsgebäude mit fünf Stockwerken entlang der Salurnerstraße und sechs Richtung Süden. Als städtebaulicher Akzent ragte der acht Stockwerke hohe Turm in den Stadthimmel. Im Erdgeschoss an der Salurnerstraße würden die „Verkaufshallen“ des EWI und des Gaswerkes sowie ein Mietladen¹⁶³ einziehen, entlang des Bismarckplatzes die Kassenräume; der erste Stock war für die kaufmännische und technische Abteilung des EWI, der zweite für jene des Gaswerkes vorgesehen; im Turm war der Sitzungssaal des Verwaltungsrates untergebracht. Ebenfalls in den zweiten Stock einziehen sollte die TIWAG, noch freie Büros standen zur Vermietung.¹⁶⁴

¹⁵⁹ Der Wettbewerb um die Verbauung des Bismarckplatzes, in: *Innsbrucker Nachrichten*, 23.6.1926, 4.

¹⁶⁰ Der Fall „Brix“ und der Wettbewerb um die Verbauung des Bismarckplatzes, in: *Tiroler Anzeiger*, 26.6.1926, 5.

¹⁶¹ Die Verbauung des Bismarckplatzes, in: *Innsbrucker Nachrichten*, 9.7.1926, 3.

¹⁶² Unterlagen, Protokolle und Bewilligung: StAI, Akten Gruppe II 1929, Abschn. 101, Akt 14592 Elektrizitätswerk städt. Verwaltungs- u. Werkstättengebäude am Bismarckplatz.

¹⁶³ In den 1920er Jahren war es absolut üblich, Haushaltsgeräte nicht zu kaufen, sondern zu mieten, besonders dann, wenn der Aufenthalt in der Stadt kürzer war oder die Haushaltsmittel nicht für einen Kauf reichten.

¹⁶⁴ Die Verbauung des Bismarckplatzes in Innsbruck, in: *Innsbrucker Nachrichten*, 11.6.1927, 5 f. Der Artikel beschreibt ausführlich Details des Bauwerks, wie die Fassadengestaltung oder die städtebauliche Wirkung.

Kritik an den Kosten und daran, dass das Gaswerk in das Hochhaus ziehen und dort Miete zahlen sollte, gab es durchaus, und zwar von großdeutscher Seite. Der Verwaltungsrat antwortete darauf, dass das Gaswerk ohnehin gemeinsam mit dem EWI unter seiner Verwaltung stehe, das Inkasso beider Sparten schon gemeinsam betrieben werde, die Miete nur eine interne Verrechnung sei. Eine gemeinsame Verwaltung des komplexen Gebildes rechtfertige den Neubau.¹⁶⁵ Die Großdeutschen reagierten mit einem Leserbrief, orteten „Nervosität dieser Herren im Verwaltungsausschuß“ und taten deren Aussagen als „nichtssagendes Geschmuse“ ab. Der Ausschuss habe die Frage, ob es sich wirtschaftlich rentiere, gar nicht beantwortet.¹⁶⁶

Im November 1927 feierte die Innsbrucker Baufirma Josef Retter in Anwesenheit von Ehrengästen die Firstgleiche.

„Wenn man vom engeren Umkreise Innsbrucks auf die Stadt blickt, so erhebt sich wie eine Insel aus dem Häusermeer, weit alle übrigen Gebäude überragend, ein wuchtiges Bauwerk, trutzig und stark, wie eine mächtige Burg des Mittelalters. Unwillkürlich bleibt der Blick des Beschauers an diesem Ausdruck der Kraft und Wucht haften, und der Innsbrucker sagt sich, daß die städtischen Licht- und Kraftwerke mit ihrem Bau des Verwaltungsgebäudes etwas Besonderes geschaffen haben“,

lobte der *Tiroler Anzeiger*.¹⁶⁷

Ende September 1928 war die Werkstätte des EWI schon größtenteils vom Marktgraben ins Hochhaus übersiedelt. Die in den *Innsbrucker Nachrichten* genannten Zahlen vermitteln einen Eindruck von der Größe des Betriebes. In der neuen Werkstätte war eine Schlosserei, eine Schweißerei, die Vernicklerei, Verkupferei und Gürtlerei (für die Erzeugung von Leuchtkörpern) untergebracht, weiters die Transformatorenwicklerei und die Feinmechanik, die Schalttafeln erzeugte und reparierte. Mitübersiedelt waren 27 Schlosser, vier Dreher, zehn Monteure, fünf Wickler, zwei Mann im Versuchsraum, fünf Feinmechaniker, drei Magazineure, drei Tischler, zwei Maler, zwei Chauffeure, drei Hilfsarbeiter und fünf Angestellte im Büro. Bei Außenarbeiten beschäftigt waren 30 Monteure und 45 Erdarbeiter. In der Installationsabteilung am Marktgraben waren noch rund 40 Installateure und 60 bis 70 Angestellte verblieben.¹⁶⁸ Die im Hochhaus eingebaute, mit Nachstrom betriebene Zentralheizung war die zweite ihrer Art in Österreich, in Wien war zuvor eine solche im dortigen Verwaltungsgebäude des E-Werkes gebaut worden.¹⁶⁹

Im Mai 1929 war das Haus noch nicht ganz fertig, was Spott provozierte. Gerade werde die nachts beleuchtete Riesenuhr montiert und man könne sehen,

„wie viel es bei der Fertigstellung des ganzen Baues eigentlich geschlagen hat. Man ist ja schon allerhand gewöhnt, was das Tempo bei öffentlichen Bauten betrifft, aber so lange wie bei diesem Renommierbau hat man doch noch nie herumgemurkst. Vielleicht aber ist das Absicht? Möglicherweise will man für Innsbruck eine neue Sehenswürdigkeit

¹⁶⁵ Eingesendet, in: *Innsbrucker Nachrichten*, 13.8.1928, 9; Arbeitet das EWI sparsam und rationell? Offener Brief des Verwaltungsausschusses der städt. Lichtwerke an Herrn Josef Swienty, Obmann der Bezirksparteileitung Innsbruck der Großdeutschen Volkspartei, in: *Tiroler Anzeiger*, 13.8.1928, 4.

¹⁶⁶ Josef Swienty, Die Vorwürfe gegen das E.W.I., in: *Innsbrucker Nachrichten*, 14.8.1928, 10.

¹⁶⁷ Das Hochhaus auf dem Bismarckplatz. Firstfeier des Bürogebäudes der städtischen Licht- und Kraftwerke, in: *Tiroler Anzeiger*, 28.11.1927, 6.

¹⁶⁸ Das Hochhaus am Bismarckplatz, in: *Innsbrucker Nachrichten*, 24.9.1928, 5.

¹⁶⁹ Die Heizanlage im Hochhaus am Bismarckplatz, in: *Innsbrucker Nachrichten*, 25.10.1928, 7.



Abb. 23: Das Hochhaus der städtischen Lichtwerke am Bismarckplatz, um 1928. StAI, Ph-15000.



Abb. 24: Schaufenster des Gaswerkes an der Salurnerstraße, Mitte der 1930er Jahre. StAI, Ph/A-5/052.



Abb. 25: Schaufenster des EWI und des Gaswerkes an der Salurnerstraße, Mitte der 1930er Jahre. StAI, Ph-34173.

schaffen, einen zweiten babylonischen Turm, der bekanntlich auch nie fertig geworden ist.¹⁷⁰

Die Frage der Kosten war immer wieder Thema in der Presse, so dass Bürgermeister Franz Fischer in der Gemeinderatssitzung am 16. Juli 1928 grundsätzlich dazu Stellung nahm: Demnach beliefen sich die Schulden der Innsbrucker Wirtschaftsbetriebe (Gaswerk, EWI, Schlachthof, Molkerei, Nordkettenbahn) Anfang Juli des Jahres auf insgesamt knapp 16 Millionen Schilling, wovon allein die des Gas- und der E-Werke rund 9 Millionen betragen. Das Gaswerk hatte 1927/28 um rund 2,8 Millionen Schilling das erste städtische Hallenbad an der Amraserstraße errichten lassen, um seine überschüssige Energie zu verwerten (Abb. 26). Die neue EWI-Zentrale mit Umspannwerk und Werkstätten hatten knapp 6,5 Millionen Schilling verschlungen. Bei einem Gesamtschuldenstand der Stadt Innsbruck von knapp 33,6 Millionen Schilling standen die Licht- und Kraftwerke mit beträchtlichen Kosten in der Kreide.¹⁷¹ Bei einer normalen wirtschaftlichen Entwicklung hätten sich die Schulden nach und nach abbauen lassen, aber die Weltwirtschaftskrise brachte die öffentlichen Haushalte in bedrohliche Schieflage.

¹⁷⁰ Randbemerkungen eines Innsbruckers, in: *Innsbrucker Nachrichten*, 25.5.1929, 4.

¹⁷¹ Die Finanzlage der Stadt Innsbruck, in: *Tiroler Anzeiger*, 17.7.1929, 3.

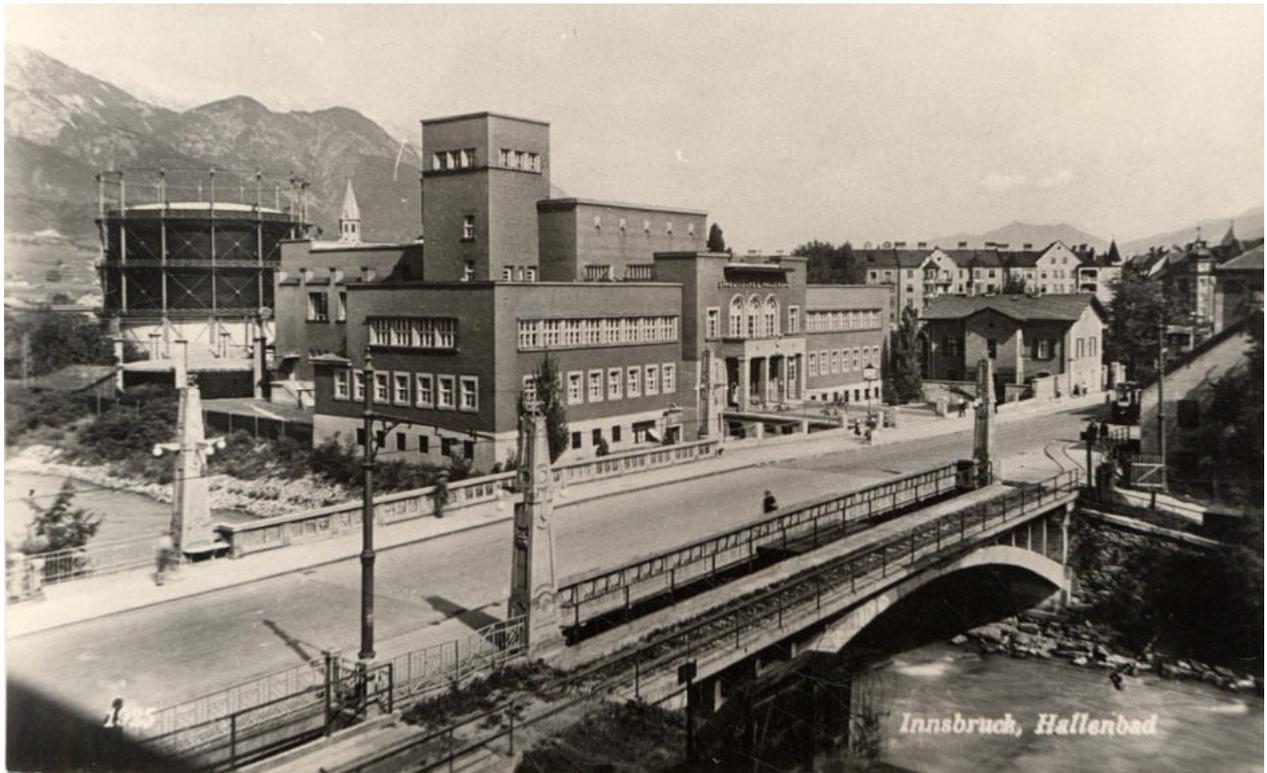


Abb. 26: Städtisches Hallenbad¹⁷² an der Amraserstraße, im Vordergrund die Gaswerkbrücke, links hinter dem Bad der Gaskessel, um 1929. StAI, Ph-6294.

Die auf Entspannung zielenden Worte Bürgermeister Fischers provozierten Reaktionen. Vom städtebaulichen Standpunkt sei es ein

„grober Fehler, den Bismarckplatz mit Baulichkeiten des EWI. in einer Art zu verbarrikadieren, daß dieser schönste Platz der Stadt jetzt nicht mehr zweckmäßig ausgewertet werden kann. Werkstätten und Verwaltungsbüros eines städtischen Unternehmens gehören niemals auf den schönsten Platz“,

rügten die *Innsbrucker Nachrichten*. Man hätte die Anlagen etwa am Westbahnhof unterbringen können. Es sei „Wahnsinn“ für Verwaltungsräume „so horrenden Kosten“ anzuhäufen, noch dazu bei der langen Bauzeit, die jeden privaten Bauherrn in den Konkurs getrieben hätte. Die bisher in städtischen Gebäuden zu vermutlich niedrigen oder keinen Zinsen untergebrachten Gas- und E-Werke müssten nun hohe Mieten zahlen; die Vermietung der freien Räume an Privatfirmen, vor allem Elektrizitätsunternehmen, soll, so die Gerüchte, „sanften Druck“ erfordert haben. Diese Firmen „werden es nicht versäumen, den Wechsel für den sanften Druck der Gemeinde bei Gelegenheit zu präsentieren!“¹⁷³ Im Laufe der Herbstmonate 1929 war das Hochhaus endlich besiedelt.

¹⁷² Eine Beschreibung des Hallenbades findet sich in: Städtische Verkehrssektion, Die Landeshauptstadt Innsbruck, Innsbruck o. D. (ca. 1930), 34 f. StAI, Sign. C-2531-D.

¹⁷³ Zur Finanzlage der Landeshauptstadt Innsbruck, in: *Innsbrucker Nachrichten*, 27.7.1929, 6.

3.3 Wirtschaftskrise und Sparkurs – Privat gegen Stadt

Im April 1931 schickte der Rechnungshof erstmals¹⁷⁴ die Gebarungsprüfung des städtischen Haushalts nach Innsbruck. Der Rechnungshof hatte die Stadt und jene städtischen Betriebe geprüft, die eine Monopolstellung innehatten, worunter das EWI, das Gaswerk, die Leihanstalt und der Schlachthof fielen. Bedenklich stimmte die Prüfer die Höhe der städtischen Schulden, weil diese Ende 1930 rund 20,6 Millionen erreicht hatten, die Unternehmen hatten dahin Schulden über knapp 19 Millionen angehäuft. Die meisten wies das EWI mit rund 7,1 Millionen auf, gefolgt von der 1928 eröffneten Nordkettenbahn mit 6,1 Millionen und dem Gaswerk mit 2,9 Millionen. Als Grund „dieser geradezu erschreckenden Verschuldung“ orteten die Prüfer zu großzügige Investitionen, die zwar für eine Fremdenverkehrsstadt notwendig seien, bei denen aber vielleicht zu wenig auf die „finanzielle Leistungsfähigkeit der Stadt“ und die gebotene Sparsamkeit geachtet worden sei.

Der Rechnungshof riet, die Schulden des EWI bei Banken in Anleihen umzuwandeln, um einer möglichen Kreditkündigung zuvorzukommen, und zur „Schonung“ des Betriebes: Die Gemeinde dürfe nicht zu viel des Reingewinns abziehen, das EWI dürfe in den nächsten Jahren nur die notwendigsten Reparaturen vornehmen, aber keinesfalls größere Investitionen tätigen. Einzuschränken sei die Reklame, da deren Erfolg auf Kosten des Schwesterunternehmens Gaswerk gehe. Ansonsten sei das EWI das „wertvollste Vermögensobjekt der Stadt Innsbruck“. Das Gaswerk leide hingegen „unter der Konkurrenz des EWI.“, weil es ähnliche Produkte anbiete. Das Hallenbad sei ein Verlustgeschäft, ein „Fremdkörper“ im Gaswerk und gehöre dem Gemeindefonds übertragen, um das an sich gesunde, aber vom EWI „bedrängte“ Unternehmen nicht zu schädigen. Sowohl E- als auch Gaswerk müssten sparen, auch beim Personalaufwand.¹⁷⁵

1930 erreichte die Weltwirtschaftskrise Europa und Österreich. Der Kollaps der Credit-Anstalt für Handel und Gewerbe im Mai 1931 und die Übernahme ihrer Schulden durch den Staat führte zu einer veritablen Kapitalflucht, einer Währungs- und Vertrauenskrise, einem gestiegenen Budgetdefizit und Sanierungsplänen mit restriktiven, jede Erholung abwürgenden Sparpaketen, steigenden Arbeitslosenzahlen und sinkenden Produktionsmengen.¹⁷⁶ Im Oktober 1931 passierte das Budgetsanierungsgesetz mit weitreichenden Kürzungen in allen Bereichen den Nationalrat. Das Gesetz wirkte direkt auf die Einkommen der gesamten Bevölkerung: Die öffentlich Bediensteten mussten Lohnkürzungen ebenso wie Angestellte oder ArbeiterInnen im privaten Bereich hinnehmen, die Abzüge in Form einer Krisensteuer zahlten; eine Ledigensteuer belastete zusätzlich nicht-verheiratete oder verwitwete Personen; Zuschläge auf bestimmte Produkte wie Bier, Benzin oder Zucker verteuerten das tägliche Leben.¹⁷⁷

¹⁷⁴ Die Novelle des Verfassungsgesetzes vom 7. Dezember 1929 erweiterte die Kompetenz des Rechnungshofes auf Gemeinden. Bundes-Verfassungsnovelle BGBl. 392/1929, in BGBl. 393/1929 Übergangsbestimmungen fixiert.

¹⁷⁵ Bericht des Rechnungshofes über die erstmalige Überprüfung der Gebarung der Landeshauptstadt Innsbruck, 7.4.1931. StAI, Karton Berichte des obersten Rechnungshofes u. Korrespondenzen 1933, Zl. 1299.

¹⁷⁶ Zur Bankenkrise und den Handlungsspielräumen der Regierung Roman Sandgruber, *Ökonomie und Politik. Österreichische Wirtschaftsgeschichte vom Mittelalter bis zur Gegenwart*, Wien ²2005, 387–394; ebenso Ernst Hanisch, *Der lange Schatten des Staates. Österreichische Gesellschaftsgeschichte im 20. Jahrhundert*, Wien ²2005, 295–298, sowie Siegfried Matzl, *Die Finanzdiktatur. Wirtschaftspolitik in Österreich 1933–1938*, in: Emmerich Tálos/Wolfgang Neugebauer (Hg.), *Austrofaschismus. Politik – Ökonomie – Kultur 1933–1938*, Wien–Berlin ²2014, 202–220; Details zur Krise und der finanziellen Schiefelage der Credit-Anstalt Jürgen Nautz, *Die CA-Krise 1931. Ein politischer Skandal?*, in: Michael Gehler/Hubert Sickinger, *Politische Affären und Skandale in Österreich. Von Mayerling bis Waldheim, Thaur–Wien–München 1996*, 222–252.

¹⁷⁷ Bundesgesetz vom 3. Oktober 1931, betreffend Maßnahmen zur Sicherung des Gleichgewichtes in den öffentlichen Haushalten (Budgetsanierungsgesetz). BGBl. 294/1931.

Bedauerlicherweise liegen keine Unterlagen über die finanzielle Situation der Lichtwerke aus den frühen 1930er Jahren vor, aber es ist davon auszugehen, dass die Wirtschaftskrise auch in den öffentlichen Betrieben tiefe Spuren hinterließ. Die Innsbrucker Verwaltung baute massiv Personal ab: Waren 1930 beispielsweise in der Abteilung Straßenbau noch 267 Arbeiter beschäftigt, waren es 1933 nur mehr 162. Das EWI kündigte 1931 28 Arbeiter, 1932 noch einmal 27.¹⁷⁸

Die Wirtschaftskrise setzte Privatfirmen so zu, dass sie sich gegen die als Konkurrenz empfundenen Licht- und Kraftwerke vermehrt zu wehren begann. Immer wieder hatten sich in den vergangenen Jahren Unternehmen über die Verkaufstätigkeit des Gaswerkes und des EWI beschwert, aber nicht so massiv wie Anfang der 1930er Jahre. Im Juni 1932 erinnerte das Bundesministerium für Handel und Verkehr daran, dass es schon 1930 die öffentlichen Stellen angewiesen hatte, der Privatwirtschaft keine Konkurrenz zu machen und privatwirtschaftliche Tätigkeiten abzubauen. Nun mehrten „sich die Klagen aus den Kreisen des Gewerbes und Handels über Übergriffe der öffentlichen Hand“. Es gelte,

„alles zu tun, was die Privatunternehmertätigkeit fördern kann, unbedingt aber alles zu unterlassen, was geeignet ist, jenes Gebiet wirtschaftlicher Betätigung noch weiter einzuschränken, das dem privaten Unternehmertum in der zerstörten Wirtschaft verblieben ist“.¹⁷⁹

Im August 1932 schilderten neun Branchenvereinigungen, darunter die der Elektriker oder Installateure, die Lage des Handwerks mit zu geringer Auslastung, gefolgt von einer zu geringen Steuerleistung oder gar Konkurs. Namens „ihrer notleidenden und bedrückten Mitglieder“ forderten sie von der Stadt Innsbruck die „Auflösung sämtlicher handwerksmässigen Betriebe, die aus den öffentlichen Steuergeldern gespeist werden, besonders jene zahlreichen im städt. Baustadel“ und die Übertragung „der jeweils notwendigen Aufträge an das heimatliche Gewerbe“. Die Handelskammer schloss sich dem Protest an und verlangte, „mit den bisher in Eigenregie durchgeführten Arbeiten künftig ausschliesslich die bodenständigen Firmen zu betrauen“.¹⁸⁰ Schon im März 1932 hatte sich die Handelskammer darüber beschwert, dass das städtische Bauamt einige Tischlerarbeiten beim Bau der Schule Pradl in Eigenregie ausgeführt hatte statt einen privaten Handwerksbetrieb damit zu betrauen.¹⁸¹

Tatsächlich unterhielten sowohl das EWI als auch das Gaswerk nicht nur Installations-, sondern auch Verkaufsabteilungen für elektrische Geräte. Dieser Geschäftszweig stammte aus einer Zeit, als Elektrogeräte im privaten Handel praktisch nicht zu erwerben waren. Die Lichtwerke verkauften die Geräte nicht nur, sondern reparierten sie auch (Abb. 27).

Beide Sparten betrieben Werbung, um den Geräteabsatz zu fördern. Das EWI schrieb Hausparteien in Neubauten an, pries die Vorteile von Heißwasserboilern und E-Herden und bot sogar an, „die Liste jener Abnehmer, die elektrisch kochen, zur Einsicht vorzulegen, um eine unmittelbare Erkundigung bei bekannten Abnehmern zu ermöglichen“.¹⁸² Aus dem Jahr 1933 hat sich ein Prospekt des EWI erhalten, der die Vorteile des Kochens mit elektrischem Strom pries, auf die volkswirtschaftliche Bedeutung – einheimische Wasserkraft versus importierte Kohle – und gesundheitliche Aspekte – „Rauchplage und Rußbelästigung“ – hinwies. Das EWI

¹⁷⁸ Stadtbauamt an Magistratsdirektion, 12.12.1933; EWI an Magistratsdirektion, 11.12.1933. StAI, Akten MD 1933, Abschn. 30, Zl 2151.

¹⁷⁹ Bundesministerium für Handel und Verkehr, Runderlass, 30.6.1932. StAI, Akten MD 1932, Abschn. 60, Zl. 1153/60/Dir/1932.

¹⁸⁰ Branchenvereinigungen an Stadtmagistrat, 22.8.1932; Kammer für Handel, Gewerbe und Industrie in Innsbruck an Stadtmagistrat, 3.9.1932. StAI, Akten MD 1932, Abschn. 60, Zl. 1365.

¹⁸¹ Unterlagen dazu in: Ebd., Zl. 458.

¹⁸² EWI an „Euer Hochwohlgeboren“, o. D. (1931). StAI, Div-5156.

bot eine zweijährige Garantie und eine günstige Installation und. Außerdem waren die ersten 100 Kilowattstunden gratis (Abb. 28–29).



Abb. 27: Wartung von Gasherden in den Werkstätten des Gaswerkes, 1936. StAI, Ph/A-5/45.

Im April 1933 beschwerte sich die Genossenschaft der Autofrächter, hatte doch das Gaswerk „täglich Frachten befördert, die mit dem Betriebe des Gaswerkes in keiner Beziehung stehen“. Möbel und Glas seien ins Oberinntal geliefert worden. An dieser Beschwerde sei „selbstverständlich kein wahres Wort“ wiegelte das Gaswerk ab, es müsse eine Verwechslung vorliegen. Die Autofrächter blieben bei ihrer Behauptung und zeigten das Gaswerk wegen unbefugter Gewerbeausübung beim Stadtmagistrat an.¹⁸³

Im November 1933 forcierte die Landes-Fachgenossenschaft der Elektro-Installateure ihren Druck auf das EWI, das wegen seiner Monopolstellung „den volkswirtschaftlich notwendigen und begründeten freien Wettbewerb“ verhindere. Ohne „jede Rücksicht“ betreibe es, „wenn auch missbräuchlich“, seine Installationsgeschäfte, es sei wegen seines Monopols und „seiner behördlichen Autorität“ zugleich „Richter und Konkurrent“, kontrolliere die Handwerksbetriebe, während seine Arbeit keiner fachlichen Kontrolle unterliege. Das EWI verkaufe die Geräte zum Selbstkostenpreis, was kein Privater zu leisten vermöge, „denn ihm stehen keine Mittel aus einem monopolmässigen Hauptbetrieb oder sogar die Steuerkraft der Bevölkerung zur Verfügung, um Defizite zu decken“. Die Stadt Innsbruck habe wiederholt behauptet, sie benötige die Einnahmen der Installationsabteilung, weil „die Stadt um jeden Groschen Mehreinnahme froh sein müsse“. Das Argument ziehe nicht, weil ausgerechnet diese Abteilung negativ bilanzieren.

¹⁸³ Genossenschaft der Autofrächter an Stadtmagistrat, 24.4.1933; Städt. Gaswerk an Magistratspräsidium, 9.5.1933; Genossenschaft der Autofrächter an Magistratspräsidium, 29.5.1933. StAI, Akten MD 1933, Abschn. 60, Zl. 778.



Zweistellen-Herd

ausreichend für 4—5 Personen

Ausführung: weiß emailliert

1 Kochplatte	1800 Watt
1	1200 ..
Bratrohr	1200 ..
<hr/>	
Gesamtanschlußwert	4200 Watt

Preis	S 320.—
oder 6 Monatsraten	à S 53.34
„ 12	à S 28.27
„ 24	à S 14.94

Dreistellen-Herd

ausreichend für: 5—6 Personen

Ausführung: weiß emailliert

1 Kochplatte	1800 Watt
1	1200 ..
1	800 ..
Bratrohr	1200 ..
<hr/>	
Gesamtanschlußwert	5000 Watt

Preis	S 390.—
oder 6 Monatsraten	à S 65.—
„ 12	à S 34.45
„ 24	à S 18.20

Dreistellen-Flachherd

ausreichend für 5—6 Personen

Ausführung: weiß emailliert

1 Kochplatte	1800 Watt
1	1200 ..
1	800 ..
Bratrohr	1200 ..
Wärmeschrank	250 ..
<hr/>	
Gesamtanschlußwert	5250 Watt

Preis	S 520.—
oder 6 Monatsraten	à S 86.67
„ 12	à S 45.94
„ 24	à S 24.27

W., U.-B.-Dach, Innsbruck

Abb. 28–29: Werbeprospekt des EWI (Ausschnitte), 1932/33. StAI, Akten MD 1933, Abschn. 8, Zl. 92.

Genauso wenig stichhaltig sei die Angabe, die Installationsabteilung Sorge für angemessene Preise, diene also als „Preisregulator“, weil diese in der Wirtschaftskrise ohnehin niedriger seien als zuvor. Als „grundsätzliche Forderung gesunder Mittelstandspolitik“ forderte die Genossenschaft, das EWI müsse seine Installationsabteilung auflassen, was nicht nur das Gewerbe fördere, sondern die von Misstrauen getrübe Atmosphäre bessere und ein „gedeihliches Zusammenarbeiten“ mit dem städtischen Betrieb ermögliche.¹⁸⁴

Der Landeshauptverband der Gewerbeverbände und Gewerbe-genossenschaften für Tirol schloss sich der Forderung an. Das EWI kenne „nicht die harten Notwendigkeiten des Konkurrenzkampfes“, es drohe die „Gefahr einer missbräuchlichen Ausnutzung der Monopolstellung“, weil es „Prüfstelle und schärfster Konkurrent“ zugleich sei. Die Stadt schädige die Wirtschaft und trage Mitschuld „an den gegenwärtigen traurigen Wirtschaftsverhältnissen“. Der Verband forderte zusätzlich die Auflassung der Ladengeschäfte der Lichtwerke, also des EWI und des Gaswerkes.¹⁸⁵

Bürgermeister Franz Fischer beruhigte, es liefen gerade Verhandlungen auf Bundesebene, denen er nicht vorgreifen wolle. Eine Mehrheit im Gemeinderat sei ohnehin für die Auflösung der Installationsabteilung, aber nur dann, wenn die Arbeiter anderswo untergebracht werden könnten.¹⁸⁶ Die politischen Verhältnisse im Gemeinderat präsentierten sich zur Jahreswende 1933/34 folgendermaßen: Mit dem Verbot der NSDAP Mitte Juni 1933 waren deren neun Gemeinderäte ausgeschieden und das Gremium auf 31 Mitglieder geschrumpft. Die SDAP verfügte über 15 Sitze, die Volkspartei über zwölf und die Großdeutschen über vier. Die Bürgerlichen hatten zusammen 16 Sitze, damit einen leichten Vorsprung, was die Aussage Bürgermeister Fischers, die Mehrheit des Gemeinderates sei für eine Auflösung der Abteilung erklärt. Sowohl Volkspartei als auch Großdeutsche bevorzugten im Zweifelsfall die Interessen der Privatwirtschaft, wohingegen die SDAP auf eine starke öffentliche Hand setzte.

Beschwerden aus der Privatwirtschaft hielten an. Als das EWI im Dezember 1933 einen Vortrag ankündigte, bei dem Interessierte gezeigt bekamen, welche Weihnachtsbäckereien mit einem Backrohr möglich waren (Abb. 30–31), protestierte die Konditorenvereinigung, die darin „eine empfindliche Schädigung ihrer Berufs- und Geschäftsinteressen“ erblickte. Nicht der Absatz von Backröhren, wie vom EWI vermutlich gewünscht, werde steigen, sondern die Kundinnen würden „immer mehr zur Selbstbedienung übergehen, indem sie sich die bisher beim Zuckerbäcker bezogene Waren selbst herstellen“. Der Gemeinderat möge die Beschwerde nicht als „einem kleinlichen und engherzigen Geschäftsstandpunkt“ entspringenden Geiste abtun, es gehe um das wirtschaftliche Überleben einer leidenden Branche.¹⁸⁷ Der Innsbrucker Stadtrat beriet Ende Jänner 1934 über die Eingabe, sah in den Kochvorträgen keine Übertretung der Gewerbeordnung und lehnte das Ansinnen, die Vorträge zu verbieten, ab.¹⁸⁸

Kochvorträge hielt das EWI und auch das Gaswerk in regelmäßigen Abständen, galt es doch den Einsatz von Strom und Gas an praktischen Beispielen zu demonstrieren und neue Kundinnen zu gewinnen. Allein 1931 hatte das EWI 30 Kochvorträge angeboten plus drei Vorträge über den Einsatz von Strom in der Schönheitspflege.¹⁸⁹

¹⁸⁴ Landes-Fachgenossenschaft der Elektro-Installateure Innsbruck an Stadtmagistrat, November 1933. Ebd., Zl. 2203.

¹⁸⁵ Landeshauptverband der Gewerbeverbände und Gewerbe-genossenschaften für Tirol an Stadtmagistrat, 6.12.1933. Ebd., Zl. 2203.

¹⁸⁶ Bürgermeister Fischer an Landesfachgenossenschaft, 17.1.1934. Ebd.

¹⁸⁷ Landes-Fachgenossenschaft der Konditoren, Wachszieher, Lebzelter, Schokolade- und Canditen-Erzeuger für Tirol an Stadtrat, o. D. (Dezember 1933, Jänner 1934). StAI, Akten MD 1934, Abschn. 60, Zl. 133.

¹⁸⁸ Stadtrat an Genossenschaft, 31.1.1934. Ebd.

¹⁸⁹ EWI Jahresbericht 1931. IKB, Mp. EWI Jahresbericht 1915–24.



Abb. 30: Inserat, in: *Innsbrucker Nachrichten*, 5. Dezember 1933, 10.

Abb. 31: Inserat, in: *Tiroler Anzeiger*, 5. Dezember 1933, 12.

Erst die Ausschaltung der SDAP aus dem Gemeinderat Mitte Feber 1934, die Einsetzung eines Regierungskommissärs in der Person des vorherigen Bürgermeisters Franz Fischer und die Abschaffung der Demokratie erfüllten, wenigstens teilweise, die Wünsche der Elektriker. Schon am 23. März 1934 ließ Regierungskommissär Fischer die Genossenschaft der Elektroinstallateure wissen, er wolle die Installationsabteilung des EWI so stützen, dass damit der Betrieb und die Stromversorgung erhalten blieben, aber keine für die Privatwirtschaft schädlichen Arbeiten erledigt würden.¹⁹⁰ Obmann dieser Genossenschaft war übrigens der Schlossermeister Bernhard Zösmayr, der von 1896 bis 1925 Gemeinderat der Großdeutschen gewesen war, damit über beste Kontakte verfügte und dementsprechenden Druck aufbauen konnte.

Regierungskommissär Fischer fügte in diesem Schreiben noch an, die Installationsabteilung des EWI sei ohnehin schon von 40 auf 22 Arbeitskräfte geschrumpft, ein weiterer Abbau „ohne Schädigung des Werkes und auch unter Vermeidung unnötiger Brutalität den Arbeitern gegenüber“ werde folgen. Eine Auflassung der Verkaufs- und Werbeabteilung, wie ebenfalls gefordert, lehnte er hingegen ab. Die Installationsabteilung des Gaswerkes aufzulösen, war schon im September 1933 beschlossen worden. Die sieben noch verbleibenden Arbeitskräfte sollten mit Ende März 1934 gekündigt werden.¹⁹¹ Das genügte der Installateursvereinigung nicht, sie ortete eine völlige „Verkennung der Sachlage“ und verlangte die vollständige Auflassung der Installationsabteilung, weil die Installateure „im ganzen Versorgungsgebiete ohne Konkurrenz des E.W.I. wohl aber in Konkurrenz untereinander die Installationsarbeiten ausführen“ wollten. Bekanntlich habe der Bürgermeister schon von einer bürgerlichen Mehrheit im Gemeinderat gesprochen, weil „nur einige sozialistische Vertreter“ die Abteilung hätten halten wollen. Andere Gemeinden wie etwa Wien verfügten überhaupt über keine eigenen Installationsabteilungen. In einer acht Punkte umfassenden Auflistung plädierte die Vereinigung für die komplette Auflassung.¹⁹² Die Hartnäckigkeit der Vereinigung, die über die Grenzen Tirols hinaus Aufsehen erregte, veranlasste den Regierungskommissär, sich bei einem Vorarlberger Landesrat zu beklagen. Der Wunsch der Elektro-Installateure sei schon alt,

¹⁹⁰ Regierungskommissär Fischer an Genossenschaft der Elektroinstallateure, 23.3.1934. StAI, Akten MD 1934, Abschn. 60, Zl. 529.

¹⁹¹ Regierungskommissär Fischer an Genossenschaft der Elektroinstallateure, 23.3.1934. Ebd.

¹⁹² Landesfachgenossenschaft an Regierungskommissär, 16.4.1934; Auflistung, o. D. (Beilage). Ebd.

eine gänzliche Auflassung des Geschäftszweiges sei aber „nicht zu Nutz und Frommen der Allgemeinheit, am allerwenigsten aber zum Nutzen des Elektrizitätswerkes“. Seitens der Berufsvereinigung habe er „mehr Enttäuschungen als Freude erlebt“, obwohl er sich seit Jahren um eine gütliche Einigung bemühe. Den Personalstand habe er schon reduziert, er erwarte dafür, dass „die Herren Elektro-Installateure endlich einmal beginnen, einwandfrei für einen erhöhten Stromverbrauch zu werben und zu arbeiten“. Er persönlich sei durchaus für einen kompletten Abbau gewesen, aber Fachleute hätten ihn gewarnt, weil die Privatwirtschaft leider nicht das leiste, was sie verspreche.¹⁹³

Ende August 1934 schaltete sich der Verband der Elektrizitätswerke/Landesverband Tirol in die Diskussion ein. Eine vollständige Aufgabe der Installationsabteilung schade der gesamten Elektrizitätswirtschaft, eine weitere „Drangsalierung der Selbstverwaltungskörper“ müsse ein Ende nehmen. Jedes Entgegenkommen zugunsten der Installateure würde als Schwäche ausgelegt,

„heute gehe es um Installations- und Verkaufstätigkeit, morgen um Leitungsbauten und Arbeiten im internen Wirkungskreis der Elektrizitätswerke. Jeder Versuch zu einer vernünftigen Gemeinschaftsarbeit mit den Installateuren zu kommen, hat noch fehlgeschlagen.“

Zu den öffentlichen Werken hätten die Menschen Vertrauen, den „Installateuren ist die Eroberung dieses Vertrauens nicht gelungen; wäre Letztes der Fall, so gäbe es keinen Kampf um ein Installationsverbot“.¹⁹⁴

Im Mai 1934 übermittelte Regierungskommissär Fischer der Berufsvereinigung einen Vorschlag. Erstens beauftragte er das EWI, den Personalstand in der Installationsabteilung auf 15 zu reduzieren und sich bei Neubauten nicht mehr um Aufträge zu bemühen. Zweitens bot er Privatfirmen Anschlussprämien und den verbilligten Bezug von Waren aus dem Lager des EWI. Dafür erwarte er, dass die Privatwirtschaft ihre „Agitation gegen das E.W.I.“ einstelle.¹⁹⁵ Das geschah nicht, im Gegenteil, der Berufsvereinigung genügte das Angebot nicht, sie zeigte sich „überrascht“ und bewertete die Entscheidung als „völlig negativ“. Den Gerüchten nach sei der Verband der Elektrizitätswerke daran beteiligt gewesen. Die Berufsvereinigung bat um eine Bestätigung des Gerüchts, „damit wir diese Stelle direkt oder durch die Öffentlichkeit aufklären und, wenn auch dies nicht möglich sein sollte, bekämpfen können“. Sie hätte um eine positive Entscheidung „gebettelt“, nun bleibe nur mehr der Kampf, um „das sichere Zugrundegehen der noch bestehenden privaten Installationsunternehmen“ zu verhindern.¹⁹⁶ Der Regierungskommissär reagierte mit einem geharnischten Brief, verteidigte seine Zugeständnisse und warnte vor einem weiteren Kampf gegen das EWI. Setze sich dieser fort, so ziehe er seine Zugeständnisse zurück.¹⁹⁷

Der Regierungskommissär saß in einer klassischen Zwickmühle: Auf der einen Seite musste er dafür sorgen, dass das EWI als städtischer Betrieb positiv bilanzierte, und durfte sich wegen zu vieler Kündigungen nicht den Vorwurf „sozialer Kälte“ einhandeln. Auf der anderen Seite bedrängte ihn die Privatwirtschaft, die jetzt, nach Ausschaltung der Sozialdemokratie, die Politik auf ihrer Seite wusste, noch vehementer ihre Forderungen vertrat und einen lästigen Konkurrenten loswerden wollte.

¹⁹³ Regierungskommissär Fischer an Landesrat Josef Schmidt Bludenz, 7.5.1934. Ebd.

¹⁹⁴ Verband der Elektrizitätswerke/Landesverband Tirol an Regierungskommissär, 30.4.1934. Ebd.

¹⁹⁵ Regierungskommissär Fischer an Landes-Fachgenossenschaft, 8.5.1934. Ebd.

¹⁹⁶ Landes-Fachgenossenschaft der Elektro-Installateure, 11.5.1934. Ebd.

¹⁹⁷ Regierungskommissär Fischer an Landes-Fachgenossenschaft, 26.5.1934. Ebd.

Tabelle 4 vergleicht den Personalstand 1931, 1935 und 1936. Mag auch für jeden Einzelnen eine Kündigung in Zeiten einer weltweiten Krise enorm schwierig gewesen sein, so blieb der so vehement von der Privatwirtschaft geforderte Personalabbau weitgehend aus. Da die von oben bestellte Gemeindevertretung von 1934 bis zum „Anschluss“ einen strikten Sparkurs fuhr, ist davon auszugehen, dass der von der Privatwirtschaft so bejammerte Personalhochstand im EWI zu der Zeit nicht mehr existierte. Nur die von ihr bekämpfte Installationsabteilung beschäftigte 1935 deutlich weniger Arbeiter als 1931.

Tab. 4: Personalstand des EWI 1931, 1935, 1936

	Ende Berichtsjahr 1931	Ende Berichtsjahr 1935	Ende Berichtsjahr 1936
Ang. techn. Abt.	37	32	33
Ang. kfm. Abt.	60	63	62
Arb. Betrieb Werkstätte	87	96	84
Arb. Kabellegungen	20	18	14
Arb. in Kraftwerken	31	30	30
Arb. in Installation	31	14	15
Gesamt	266	253	238

Anm.: Ang. = Angestellte, Arb. = Arbeiter

Quellen: EWI, Jahresbericht 1931 (IKB, Mp. EWI Jahresbericht 1915–24); EWI, Jahresbericht 1935; Jahresbericht 1936 (IKB).

Den Druck der Privatwirtschaft lastete auch auf der vom Bauamt verwalteten städtischen Gärtnerei, die eine wechselvolle Entwicklung hinter sich hatte. In Friedenszeiten pflegte und schmückte sie nicht nur die städtischen Anlagen und sorgte für Blumenschmuck bei städtischen Veranstaltungen, sondern versorgte die zahlreichen Schrebergärten mit Jungpflanzen. Im Ersten Weltkrieg pflanzte sie Gemüse an, um die darbenende Bevölkerung zu versorgen. In der Wirtschaftskrise geriet auch ihr Gebaren seitens der Privatwirtschaft unter Druck. Im Februar 1936 beschwerten sich die Innsbrucker privaten Gärtnereien, dass sich die städtische „erwerbswirtschaftlich betätigte“, lasse sie sich doch von Gastwirten mit dem Schneiden von Bäumen und der Ausschmückung von Festsälen beauftragen. Die privaten Gärtnereien argumentierten ähnlich wie zuvor schon die Elektrofirmen, dass nämlich Stadt „um jeden Preis“ arbeiten könne und „die ohnehin bescheidenen Preislagen ohne Rücksichtnahme auf die Gärtner unterbiete“.¹⁹⁸ Die städtische Gartenverwaltung wehrte sich, sie beliefe immerhin die meisten Gärtnereien der Stadt; Säle in Gastwirtschaften schmücke sie nur, weil bei größeren „Dekorationen“ kein heimischer Gärtner über „so viel Pflanzmaterial“ verfüge; Bäume schneide sie, weil sie eine Hebebühne habe. Wegen der wenigen Fälle könne man nicht von einer „Herabdrückung der Arbeitsmöglichkeit für heimische Gärtner“ sprechen. Dürfe sie keine Pflanzen mehr verkaufen, müsse sie Arbeiter entlassen.¹⁹⁹

¹⁹⁸ Amtserinnerung, 2.3.1936. StAI, Akten MD 1936, Abschn. 60, Zl. 425.

¹⁹⁹ Städtische Gartenverwaltung, Stellungnahme, 13.7.1936. Ebd.

3.4 Politische Verwaltung

Bis zum „Anschluss“ im März 1938 lastete der Spardruck auf den Lichtwerken, die mit weniger Personal und weniger Geld die gleichen Leistungen bringen sollten wie zuvor. An sich notwendige Investitionen mussten verschoben werden, der Druck auf das Personal blieb hoch.

Seit ihrem Bestehen verwaltete ein Gremium, zusammengesetzt aus Mitgliedern des Gemeinderates, die städtischen Lichtwerke, beeinflusste ihre Tarifpolitik und ihre Investitionen. Politischer Einfluss war in dem städtischen Unternehmen daher seit Anbeginn vorhanden und nicht allein kaufmännische Gesichtspunkte bestimmten den Kurs. Bis 1923 war ein Mandatar der Großdeutschen, nämlich Karl Kapferer, Obmann der Lichtwerke gewesen, ihm folgte der Sozialdemokrat Martin Rapoldi, nach dessen Tod sein Parteigenosse Sebastian Idl. Nach den Gemeinderatswahlen 1929 schlossen sich die bürgerlichen Parteien zu einem „blau-schwarze[n]“²⁰⁰ Konkubinat“ zusammen, wie der sozialdemokratische Vizebürgermeister Hans Untermüller behauptete. Diese „etwas eigenartige Verbindung“ strebe nun danach, der SDAP den Vorsitz in Ausschüssen streitig zu machen, darunter den bei den Lichtwerken. Die Volkspartei konterte:

„In den städtischen Lichtwerken regieren zur Zeit nicht Obmann noch Verwaltungsausschuß, sondern allein die Betriebsräte. Mit dieser Wirtschaft muß im Interesse der Gemeinde aufgeräumt werden, da werden die Sozialdemokraten den Bürgerlichen einmal noch dankbar sein, daß sie ihnen eine Arbeit besorgt haben, die sie, die Sozialdemokraten infolge ihrer Einstellung unmöglich durchführen können. (Lärmende Zurufe der Sozialdemokraten).“²⁰¹

Tatsächlich war es vor den Wahlen zu einer Übereinkunft zwischen den bürgerlichen Parteien gekommen, „für die Führung der Gemeindegeschäfte keine Verbindungen mit den Sozialdemokraten einzugehen“ und einen Christlich-Sozialen zum Bürgermeister zu ernennen. Zum Bürgermeister wählte die bürgerliche Mehrheit dann Franz Fischer.²⁰² Zum Obmann des Lichtwerke-Ausschusses wurde bis zur Abschaffung der Demokratie 1933/34 ein Mandatar der Volkspartei. Gegen den heftigen Protest der an das EWI angeschlossenen umliegenden Gemeinden, wie Amras, Hötting, Sistrans oder Telfes, versuchte der Ausschuss die Einnahmen zu steigern und verordnete im Frühjahr 1930 eine umfassende Gebührenreform. Ab sofort war eine Grundgebühr zu entrichten, die unabhängig vom Stromverbrauch anfiel.²⁰³

Was nach der Installierung einer Diktatur hinzukam, war, dass sich der politische Einfluss auf das gesamte Personal ausdehnte. Ein politisches Bekenntnis war verlangt, politisch Andersdenkende – von 1933/34 bis 1938 SozialdemokratInnen oder NationalsozialistInnen – waren aus dem öffentlichen Leben und Posten in der öffentlichen Wirtschaft auszuschließen, in der Privatwirtschaft zurückzudrängen. Mit 12. Feber 1934 verordnete die Bundesregierung unter Kanzler Engelbert Dollfuß die Auflösung der SDAP und aller sozialdemokratischen Organisationen. Damit verloren die sozialdemokratischen Innsbrucker Gemeinderäte ihre Mandate, der Gemeinderat schmolz so zusammen, dass die Landesregierung ihn mangels Beschlussfähigkeit auflöste, woraufhin sich auch alle anderen bisher von Gemeinderäten beschickten Organe auflösten. Den bisherigen Bürgermeister Franz Fischer setzte die Landesregierung als

²⁰⁰ Als Parteifarbe der christlich-sozialen Volkspartei galt die Farbe schwarz, als jene der Großdeutschen die Farbe blau.

²⁰¹ Bleibt der Innsbrucker Gemeinderat arbeitsfähig?, in: *Innsbrucker Nachrichten*, 22.6.1929, 1 f., hier: 2.

²⁰² Innsbrucker Gemeinderat, in: *Tiroler Anzeiger*, 22.6.1929, 5.

²⁰³ Proteste der Landgemeinden dargestellt in der Presse: *Innsbrucker Nachrichten*, 15.3.1930, 11; 19.4.1930, 9; *Tiroler Anzeiger*, 19.4.1930, 13.

Regierungskommissär ein, der alle Aufgaben des Gemeinde- und Stadtrates und die Dienstaufsicht über das gesamte Personal übernahm. Seine „vornehmste Aufgabe“ sei die Sanierung des städtischen Haushaltes und die Vorlage möglicher Einsparungen.²⁰⁴

Am 12. Feber 1934 kam es bei den Gaswerken zu einem versuchten Streik. Um 6.45 erfuhr Direktor Max Söllner, dass die Belegschaft den Dienst nicht antreten wolle. Am Haupteingang „befand sich eine Gruppe entschiedener Parteigänger, welche die ankommenden Arbeiter auf den in der Nacht eingetroffenen Befehl zu einem Generalstreik aufmerksam machte“. Der Direktor verhandelte mit dem Betriebsratsobmann und erreichte Zugeständnisse, wonach Sabotageakte unterbleiben und die für die Sicherheit der Anlage notwendigen Arbeiten ausgeführt werden sollten. Bürgermeister Franz Fischer beauftragte die Direktion, „mit allen Mitteln jeden Streik niederzuschlagen“, eine Drohung, die der Direktor der Streikleitung weiterleitete. Der Streik brach daraufhin, und noch bevor zwei Überfallautos der Polizei eingetroffen waren, zusammen. Im Jahresbericht des Gaswerkes liest sich etwas verschwommen, dass es „hierauf noch zu den natürlichen Erscheinungen des Trotzes“ gekommen sei. Die Direktion habe die „Gemüter aber vollkommen beruhigen“ können, auch weil sich die verbliebenen Wachmänner – „taktvolle Herren“ – außerhalb der Fabrik postierten. Der Streik war, so Direktor Söllner, „lediglich eine Demonstration ohne jede Auswirkung“, habe sich ohnehin nur auf die Arbeiter, nicht aber die Angestellten erstreckt. Es gebe unter den Arbeitern „scharfe rote Parteigänger“, die meisten gehörten allen „möglichen Gesinnungen“ an, aber keiner extremen.²⁰⁵

Unmittelbar bemerkbar machte sich der politische Umbruch, als der Regierungskommissär den selbständigen städtischen Unternehmen am 23. Feber 1934 mitteilte, dass die Mandate jener Betriebsräte, die auf der Liste der sozialdemokratischen Freien Gewerkschaften kandidiert hatten, erloschen seien. Bis zur Neuwahl einer Personalvertretung nach einem erst zu schaffenden Recht sollten Vertrauensmänner die Agenden des Betriebsrates übernehmen.²⁰⁶ Diese Vertrauensmänner ernannte die politisch auf „vaterländisch“ gedrehte Arbeiterkammer. Vier Mitglieder des Arbeiterbetriebsrates des Gaswerkes verloren ihre Mandate, die Arbeiterkammer ernannte drei neue, die erwiesenermaßen der Sozialdemokratie fernstanden. Beim EWI-Betriebsrat für Angestellte verloren zwei Männer ihre Funktionen, in dem für Arbeiter alle, nämlich fünf. Den Enthebungen voraus gingen teils Einvernahmen, weil nicht alle Betriebsräte mit einer ideologisch eindeutig benannten Liste angetreten waren und Mitgliedschaften in Berufsverbänden oder Gewerkschaften der Zuordnung dienten.²⁰⁷ Im September ernannte die Arbeiterkammer übrigens den späteren Direktor Albin Croce zum Betriebsrat für Angestellte.²⁰⁸ Ebenfalls am 23. Feber 1934 wies Regierungskommissär Fischer die Direktoren der selbständigen Unternehmen an, dem Personal „jede politische Auseinandersetzung im Betriebe und während der Arbeit zu verbieten“ und ihm nahezu legen, sich auch in der Freizeit bei „politischen Tagesereignissen möglichster Zurückhaltung zu befleissigen“.²⁰⁹

²⁰⁴ Amt der Tiroler Landesregierung an Regierungskommissär Franz Fischer, 14.2.1934. StAI, Akten MD 1934, Abschn. 36, Zl. 285.

²⁰⁵ Städt. Gaswerk Innsbruck, Vertraulicher Technischer Generalbericht für 1934, Jän./Feb. 1935. IKB.

²⁰⁶ Regierungskommissär Fischer an die Direktoren von EWI, Gaswerk, Nordkettenbahn, Molkerei und Pfandleihanstalt, 23.2.1934. StAI, Akten MD 1934, Abschn. 60, Zl. 356.

²⁰⁷ Kammer für Arbeiter und Angestellte, Beschluss auf Ernennung von Betriebsräten, 10.3. u. 14.3.1934. Ebd.

²⁰⁸ Kammer für Arbeiter und Angestellte, Beschluss auf Ernennung von Betriebsräten, 9.10.1934. StAI, Akten Abt. I 1934, Abschn. 163, Zl. 13260.

²⁰⁹ Regierungskommissär Fischer an EWI, Gaswerk, Nordkettenbahn, Molkerei und Pfandleihanstalt, 23.2.1934. StAI, Akten MD 1934, Abschn. 53, Zl. 355.

Am 1. März 1934 schlug der Regierungskommissär der Landesregierung insgesamt vier Beiräte vor, einen für Gemeindeangelegenheiten mit zwölf Mitgliedern, einen für Finanzkontrolle und Einsparungen mit drei, einen für städtische Betriebe (Nordkettenbahn, Schlacht- und Viehhof, Molkerei und Pfandleihanstalt) mit drei und einen eigenen für die Lichtwerke. Für letzteren wünschte sich der Regierungskommissär Rudolf Schober, Johann Max Maskus und Ernst Martin.²¹⁰ Schober, Direktor der Bundeslehranstalt für Hochbau und Gewerbe (heute HTL), saß seit 1927 für die Volkspartei im Gemeinderat und war seit 1933 Obmann des Verwaltungsausschusses der Lichtwerke; der Handelsangestellte Maskus war seit 1931 Mandatar der Großdeutschen und war ebenfalls schon Mitglied im Lichtwerkeausschuss, er fungierte als Kreisvorsteher des Deutschen Handels- und Industrieangestelltenverbandes, war damit deutlich national ausgerichtet. Nur Ernst Martin war neu als Mandatar auf Gemeindeebene, ihm gehörte eine Fahrschule in Innsbruck. Aus konservativ-politischer Sicht zeichnete ihn aus, dass er schon 1920 bei der Gründung der Tiroler Heimatwehr dabei gewesen war und als ihr Stadtkommandant amtierte. Die Einbindung des politisch rechts stehenden Maskus war vom Regierungskommissär beabsichtigt, wollte er doch „das nationale Element, in dem ich einen wertvollen Faktor der Innsbrucker Bevölkerung erblicke, ebenfalls entsprechend berücksichtigen“.²¹¹

Per Dekret vom 29. März 1934 stellte die Landesregierung dem Regierungskommissär die gewünschten Beiräte zur Seite,²¹² die aus vaterländisch Gesinnten bestanden und sich aus den von der Bundesregierung erträumten Ständen zusammensetzten. Wie die Bezeichnung Beirat schon verrät, durften diese Gremien keine Entscheidungen treffen, es entschied allein und selbstverantwortlich der Regierungskommissär. Dies gefiel nicht allen Beiräten, so dass sich einige bei der Landesregierung beschwerten, auch darüber, dass die Beiräte der Wirtschaftsbetriebe eine Entschädigung erhielten, sie aber nicht.²¹³ Regierungskommissär Fischer reagierte heftig: Er habe immer alle bei den wöchentlichen Sitzung miteinbezogen, wollten die Beiräte mehr Treffen, dann müssten das seine Beamte übernehmen. Er habe „bei der Unmenge der Arbeiten, die mir obliegen, unmöglich“ die Zeit, „2 Nachmittage oder mehr in der Woche für die Neugierde von Leuten, die mir doch nicht helfen können, zu verlieren“. Er brauche den Rat von Fachmännern und nicht den von „Delegierten einzelner Körperschaften und Wehrverbänden“. Die Beiräte seien kein beschließendes Organ, die letztgültigen Entscheidungen treffe er in enger Zusammenarbeit mit hohen Magistratsbeamten. Nach 15 Jahren Erfahrungen mit einem Stadtrat wisse er, dass eine „wirklich sparsame und einwandfreie, protektionslose Verwaltung“ nur dann möglich sei, „wenn eine Person allein die volle Verantwortung für ihre Handlungsweise trägt und nicht ein Kollegium nach Sympathie und Antipathie und ‚bewegungsmässiger‘ Einstellung“. Eine Aufwandsentschädigung für die Mitglieder des Wirtschaftsbeirates sei absolut gerechtfertigt, weil es dauere, die Geschäftsführung umzustellen, sei diese doch bis zum Feber 1934 „nicht nur nach kaufmännischen, sondern auch nach parteipolitischen Gesichtspunkten geleitet“ worden. Schober, Maskus und Martin erhielten an die 250 Schilling

²¹⁰ Regierungskommissär an Landesregierung, 1.3.1934. Ebd., Abschn. 36, Zl. 285.

²¹¹ Der autoritäre Kurs im Innsbrucker Rathaus, in: *Innsbrucker Nachrichten*, 17.2.1934, 13.

²¹² Amt der Tiroler Landesregierung an Regierungskommissär, 29.3.1934. StAI, Akten MD 1934, Abschn. 36, Zl. 285. Die Landesregierung ernannte als Mitglieder des Wirtschaftsbeirates Schober, Martin, den Rechtsanwalt Franz Greiter (in den 1950er Jahren Innsbrucker Bürgermeister) und Kurt Chizzali, Inhaber eines Kunstverlages. Im EWI-Jahresbericht 1935 scheinen Schober, Maskus und Martin auf. Dieser Widerspruch lässt sich folgendermaßen erklären: Die Landesregierung bestellte einen Wirtschaftsbeirat, während der Regierungskommissär zwei vorgeschlagen hatte. In der Praxis waren es dann zwei, welche die umfangreichen wirtschaftlichen Betriebe der Stadt verwalteten/beaufsichtigten.

²¹³ Amt der Tiroler Landesregierung an Regierungskommissär, 17.5.1934. StAI, Akten MD 1934, Abschn. 36, Zl. 285.

monatlich für ihre Mühe.²¹⁴ Zum Vergleich: Der durchschnittliche Stundenlohn eines Arbeiters im Gaswerk bewegte sich zwischen einem und 1,37 Schilling.²¹⁵

Ernst Martin machte im diktatorisch regierten Innsbruck rasch Karriere, denn der Regierungskommissär ernannte ihn mit 1. November 1934 zum kaufmännischen Direktor des Gaswerks. Seine Bestellung sei „nicht unter Druck irgend einer Bewegung“ erfolgt – gemeint war die Heimatwehr –, rechtfertigte Fischer seinen Schritt gegenüber der Landesregierung. Martin habe als Beirat Reformvorschläge für das Gaswerk vorgelegt, „die es angezeigt erscheinen liessen, seine Arbeitskraft diesem Betriebe zu sichern“.²¹⁶

Wegen der Wirtschaftskrise und den geringeren Einkommen der Bevölkerung sanken die Einnahmen der Lichtwerke. In seinem Bericht für 1934 konstatierte das Gaswerk, es habe weniger Gas abgesetzt als im Vorjahr, was es auf die „vorgeschriftene Zahlungsunfähigkeit weiter Kreise“ zurückführte.²¹⁷ Regierungskommissär Fischer legte die Situation der städtischen Unternehmen in der Sitzung des Beirates im November 1934 schonungslos dar: Das Gaswerk habe seit 1928 keine Gewinne mehr an die Stadt abgeführt, das EWI hingegen schon, wenn auch mit sinkender Tendenz. Die Nordkettenbahn bilanzieren negativ, die Molkerei ebenso wie das städtische Sanatorium, die Wäscherei oder die Eisfabrik.²¹⁸

Auf der einen Seite herrschte Spardruck, auf der anderen Seite mussten die Werke ihre Einnahmen steigern. Allein die Änderung des Kollektivvertrages, was nach dem Verbot der sozialdemokratischen Organisationen möglich war, erlaubte es dem EWI, die Gehälter im Vergleich zum Jahr 1933 um 14 % zu drücken.²¹⁹ Im „Werksinteresse“ änderte auch das Gaswerk seine Kollektivverträge, sodass Lohn- und Gehaltszahlungen deutlich sanken.²²⁰ Unbehindert von sozialdemokratischen Betriebsräten gelang es im Gaswerk, einen neuen Kollektivvertrag mit niedrigeren Löhnen zu verordnen, Überstundenzuschläge zu kappen und die „durch die Krisenzeit überflüssig gewordenen Arbeiter“ abzubauen. Waren Ende 1933 noch 28 Angestellte im Gaswerk tätig gewesen, waren es Ende 1934 nur mehr 24; von 107 Arbeitern Ende 1933 verblieben zu Ende des Folgejahres 85.²²¹ Da keine Details bekannt sind, ist unklar, wer gehen musste, aber angesichts der politischen Verhältnisse dürften es solche des linken und rechten Spektrums gewesen sein.

In der Sitzung des Beirates im Dezember 1934 fasste Regierungskommissär Fischer den Bericht des Rechnungshofes knapp mit den Worten zusammen: „Der Stadt Innsbruck ist, kurz gesagt, der Atem ausgegangen, die Stadt kann aus eigenem nicht mehr.“ Beim Personalabbau sei man „geradezu brutal vorgegangen“, „was nicht möglich gewesen wäre, wenn keine kommissarische Verwaltung bestanden hätte“.²²² In seinem Prüfbericht über das Jahr 1934 monierte der Rechnungshof die hohe Bilanzremuneration von 16.000 Schilling, die der Direktor des EWI Paul Attlmayr erhalten hatte. Um „unliebsame Erörterungen und allfällige Beispielfolgerungen bei anderen Betrieben zu vermeiden“ habe der Rechnungshof diesen Punkt nicht besonders hervorgehoben. Er bat aber darum, „solche hohe Zuwendungen, die mit der derzeitigen finan-

²¹⁴ Regierungskommissär an Landeshauptmann, 24.5.1934. Ebd.

²¹⁵ Städt. Gaswerk Innsbruck, Vertraulicher Technischer Generalbericht für 1934, Jän./Feb. 1935. IKB.

²¹⁶ Regierungskommissär Fischer an Landeshauptmannschaft, 16.12.1934. StAI, Akten MD 1934, Abschn. 36, Zl. 285.

²¹⁷ Kurzbericht des Gaswerkes für das Jahr 1934, in: *Amtsblatt der Landeshauptstadt Innsbruck*, Nr. 6, 15.5.1935, 8.

²¹⁸ Sitzung des Beirates am 26.11.1934. StAI, Beiratsprotokolle 1934 1935/38.

²¹⁹ EWI an Regierungskommissär Fischer, 16.2.1935. StAI, Akten MD 1935, Abschn. 36, Zl. 219.

²²⁰ Gaswerk an Regierungskommissär Fischer, 15.2.1935. Ebd.

²²¹ Städt. Gaswerk Innsbruck, Vertraulicher Technischer Generalbericht für 1934, Jän./Feb. 1935. IKB.

²²² Sitzung des Beirates, 13.12.1934. StAI, Beiratsprotokolle 1934 1935/38.

ziellen Notlage der Stadt nicht in Einklang zu bringen sind, in Hinkunft nicht mehr zu be-willigen“. Die Stadt entgegnete, Attlmayr beziehe nur 1.000 Schilling monatlich, leiste aber trotz Wirtschaftskrise großartige Arbeit, es habe Abwerbeangebote gegeben, um ihn zu halten, habe er die Prämie erhalten.²²³

Dem gewünschten Personalabbau und Einsparungen entgegen standen die wegen der politischen Unruhen nötigen erhöhten Ausgaben für Sicherheit und die Verpflichtung, abge-musterte Schutzkorpsleute aufzunehmen. Das Schutzkorps war eine Mitte 1933 gebildete Sammelbewegung konservativ-christlicher Milizen, darunter Heimatwehr, Ostmärkische Sturm-scharen oder christlich-deutsche Turner. Allein 500 Mann Heimatwehr waren Ende Jän-ner 1934 zur „Verstärkung der Staatsexekutive“ in Innsbruck eingerückt und hatten sich gegen die SDAP und ihre Organisationen in Stellung gebracht.²²⁴ Das Schutzkorps unterstand als Hilfspolizei den Sicherheitsdirektoren und war sowohl im Feber 1934 gegen die Sozial-demokratie als auch im Juli 1934 gegen die Nationalsozialisten im Einsatz.

Als Art Bonus versprach die Landesregierung den zumeist arbeitslosen Schutzkorps-leuten, sie irgendwo unterzubringen. Herrschte in der Privatwirtschaft das Prinzip Freiwilligkeit und ein Appell an den Patriotismus, konnten die Behörden die Arbeitsplatzbesetzung im öffent-lichen Bereich verordnen. Für diesen befahl die Bundesregierung, dass pro 25 Angestell-te/Arbeiter ein Schutzkorpsmann einzustellen sei.²²⁵ Regierungskommissär Fischer wehrte ab, er müsse fast 60 Arbeiter bei den städtischen Betrieben abbauen, was die Stadtkasse wegen der von diesen eingezahlten Pensionsbeiträgen belaste.²²⁶ Der Sicherheitsdirektor ließ nicht locker und forderte die Einstellung abgerüsteter Schutzkorpsmänner wenigstens in selbständigen städtischen Betrieben.²²⁷ Der Regierungskommissär folgte dem Befehl, was für das EWI hieß, sieben Schutzkorpsmänner aufzunehmen und für das Gaswerk fünf.²²⁸ Gaswerk-Direktor Söllner meldete mit Ende April 1934 die Namen der pflichtgemäß angestellten Schutzkorps-angehörigen, das EWI stellte im Laufe des Jahres 1934 die sieben verlangten ein, 1935 folgten vier weitere, 1936 noch einer.²²⁹ Da zugleich Personalabbau verlangt war, kam es vermutlich zu einem Austausch rotgesinnter oder nationalsozialistischer Arbeiter gegen verlässliche „Va-terländische“. Ein Nationalsozialist namens Vinzenz Kohl arbeitete bis übrigens zu seiner Flucht ins Deutsche Reich im Sommer 1933 als Elektromonteur beim EWI. Er war zusammen mit anderen im August 1933 an der Befreiung Gauleiter Hofers aus dem Gefängnis des Landesgerichtes beteiligt. Kohl machte in der NS-Zeit Karriere bei der SA.²³⁰

Im Juni 1934 verlegten sich die illegalen nationalsozialistischen Organisationen auf Ter-ror, um ihre heimliche Gegenwart lautstark in Erinnerung zu rufen. Es kam in ganz Österreich zu Anschlägen auf kritische Infrastruktur. Am 27. Juni scheiterte ein Sprengstoffanschlag auf

²²³ Präsident des Rechnungshofes an Bürgermeister, 30.12.1935; Aktenvermerk, o. D. StAI, Akten MD 1936, Abschn. 41, Zl. 20.

²²⁴ Sicherheitsdirektor an Bürgermeister Fischer, 31.1.1934. StAI, Akten MD 1934, Abschn. 47, Zl. 96.

²²⁵ Sicherheitsdirektor an Regierungskommissär Fischer, 22.3.1934. Ebd.

²²⁶ Regierungskommissär Fischer an Sicherheitsdirektor, 27.3.1934. Ebd., Zl. 96/562.

²²⁷ Sicherheitsdirektor an Regierungskommissär, 13.4.1934. Ebd., Zl. 96/745.

²²⁸ Tabellarische Aufstellung der städtischen Betriebe mit Anzahl Arb./Ang. und einzustellenden Schutzkorps-angehörigen, o. D. (April 1934). Ebd., Zl. 96/Tabelle ohne eigene Zahl.

²²⁹ Gaswerk Innsbruck an Industrielle Bezirkskommission, 26.4.1934. Ebd.; EWI an Magistratsdirektion, 13.7.1396. StAI, Akten MD 1936, Abschn. 60, Zl. 1397/1467.

²³⁰ Aussagen zu ihm im Prozess vor dem Volksgericht Innsbruck gegen Kußtatscher Sigbert u. a. Tiroler Landes-archiv (TLA), LG als VG Ibk, 10 Vr 4145/46. Kohl flüchtete im Sommer 1933 ins Deutsche Reich. Präsidium an Landesgendarmierkommando, Bundespolizeikommissariat, Bürgermeister Innsbruck u. a., 29.7.1933. TLA, Amt der Tiroler Landesregierung (ATLR), Präsidium 1933, Rz XII 59, Karton 1217, Mp. Präs. 181-XII-59/31 II/12/1-86, Zl. 2446/1202 prs. Seinen Lebenslauf skizziert Hans Schafranek, Söldner für den Anschluss. Die Österreichische Legion 1933–1938, Wien 2011, 226–239.

Leitungsrohre des Sillwerkes, am 28. Juni zerriss eine Bombe ein Wasserleitungsrohr des Haller E-Werkes in Absam, in derselben Nacht zerstörte eine Sprengladung drei große Wasserleitungsrohre des EWI in der Mühlauer Klamm, kurz darauf explodierte ein Mast der Ruetz-Starkstromleitung in Mutters, ein weiterer stürzte um, zwei waren schwer beschädigt.²³¹ Der nationalsozialistische *Rote Adler*, der in München vom geflüchteten Gauleiter Franz Hofer produziert und illegal über die Grenze gebracht wurde, berichtete von den Anschlägen. „Im Elektrizitätswerk Mühlau wurden die drei Hochdruckrohre durch einen Sprengstoffanschlag zerstört, so daß das Werk 4–5 Wochen stilliegen muß“, lobte er die Tätigkeit seiner illegalen Parteigenossen.²³² Der Direktor des EWI Paul Attlmayr ließ Teile der gesprengten Rohre in einem Schaufenster an der Salurnerstraße ausstellen und auf einem daneben angebrachten Plakat die Wort „Verpönte Kampfmittel! Die von Verbrechern gesprengte Rohrleitung des Mühlauerwerkes“ anbringen.²³³ Die Kosten für die Reparaturen belasteten das Budget des EWI, weil die von bekannten Nationalsozialisten eingehobenen Strafgeelder nicht ausreichten.²³⁴ Beim Putschversuch der Nationalsozialisten am 25. Juli 1934 rückten Arbeiter der Lichtwerke zum Schutzkorps ein.²³⁵

Erst Jahre später stellten öffentliche Betriebe eigene Betriebsmilizen auf, um die kritische Infrastruktur mit eigenen Kräften zu schützen. Bisher hatten Angehörige freiwilliger Wehrverbände, also das Schutzkorps, diese Aufgabe wahrgenommen. Die Kosten für diese Aufgabe versuchte nun die Bundesregierung auf die einzelnen Betriebe abzuwälzen, was zu einer gewissen Militarisierung in den Lichtwerken führte. Bürgermeister Franz Fischer stieg zum Tiroler Landesführer der Betriebsmiliz auf. In dieser Eigenschaft teilte er dem Landesmilizkommando im März 1937 mit, die Vorarbeiten seien weit gediehen, er habe im Stadtgebiet vier Kompanien aufgestellt. Die erste Kompanie bestand aus Angestellten und Arbeitern des EWI und bildete fünf Züge. Die ersten zwei „dienen dem Umspannwerk, den Werkstätten und den verschiedenen Transformatorenstationen der Stadt“. Der dritte Zug bewachte das E-Werk an der Sill, der vierte das am Mühlauer Bach, der sich zugleich um die Hochdruckwasserleitung in Mühlau kümmerte. Der fünfte Zug war als mobiler gedacht und bestand aus vier „Störungs-Patrouillen“. Die zweite Kompanie war im Gaswerk stationiert, drei Züge sorgten sich um die „Fabrikations- und Verteilungsanlagen im Gaswerk selbst“, der vierte Zug bestand aus drei „Störungs-Patrouillen“. Die dritte Kompanie war für die Molkerei und den Schlachthof zuständig, die vierte für den städtischen Bauhof, der auch die Wasserversorgung überwachte. Mitglieder dieser Kompanien sollten technische Angestellte und Arbeiter sein, das übrige Personal sollte zusammen mit dem aus Ämtern der Stadt eine Standmiliz-Kompanie bilden, welche generell den Wachdienst übernehmen sollte. Deren Mitglieder seien militärisch auszubilden, mit „Spezialbewaffnung“ zu versehen und zu motorisieren. Die Innsbrucker Feuerwehren wollte Fischer als Sondermiliz angliedern. In einem weiteren Schreiben teilte er dem Landesmilizkommando mit, welche Männer er sich als Kompanieführer wünschte. Für die erste Kompanie im EWI nominierte er deren Direktor Paul Attlmayr, für die zweite im Gaswerk den kaufmännischen Direktor Ernst Martin, für die dritte den Direktor der Molkerei Alfred Tomann und den des Schlachthofes Heinz Zoller, die vierte war im Stadtbauamt angesiedelt, als Leiter war Anton Kininger vorgesehen. Als Leiter der Standmiliz wählte Fischer den stellvertretenden

²³¹ Bezirkshauptmannschaft Innsbruck, Lagemeldung, 30.6.1934. TLA, ATLR, Präsidium 1934, Rz XII 57, Karton 1236, Mp. Lagemeldungen Zl. 194 prs., Zl. I-328/30 prs.

²³² Neue Sprengstoffanschläge in Österreich. Das ist die „Sicherheit“, von der die Minister faseln!, in: *Roter Adler*, 2.7.1934, 3.

²³³ Kreisgericht Innsbruck der NSDAP, Verfahren gegen Paul Attlmayr, Beschluss, 1.12.1943. StAI, NS-Registrierungsakt Paul Attlmayr.

²³⁴ Sitzung des Beirates, 26.3.1935. StAI, Beiratsprotokolle 1934 1935/38.

²³⁵ Regierungskommissär Fischer an EWI und Gaswerk, 4.8.1934. StAI, Akten MD 1934, Abschn. 60, Zl. 1375.

Magistratsdirektor Anton Schuler.²³⁶ Von den fünf Genannten waren vier später Mitglieder der NSDAP, der städtische Beamte Schuler war sogar schon im April 1933 beigetreten, zum Zeitpunkt seiner Ernennung damit Teil einer Organisation, welche die Betriebsmiliz bekämpfte.

Der Beitritt in die Miliz sei freiwillig, teilte Bürgermeister Fischer seinem an dem System interessierten Berufskollegen von Graz mit. Schon 500 Mitglieder zähle die der Gemeinde Innsbruck, weil das Personal der städtischen Unternehmungen eingesehen hätte, dass Heer und Exekutive entlasten werden müssten und „lebenswichtige Betriebe in erster Linie von den dort Beschäftigten zu schützen“ seien. In der hohen Teilnehmerzahl sah Fischer ein Zeichen der „Verbundenheit mit der Person des Herrn Landesbefehlhabers“, also mit sich selbst. Im Notfall bleibe die Betriebsmiliz in ihren Firmen, versee weiter ihren Dienst, dann allerdings uniformiert. Sondertrupps seien außerhalb unterwegs, um Schäden zu beheben, „jüngere Milizmänner“ verstärkten die „mobile Wachabteilung“.²³⁷ Es ist davon auszugehen, dass mitunter Druck nötig war, um die gewünschten jüngeren Männer zum Dienst in der Miliz zu verpflichten, allerdings war ein Beitritt vermutlich notwendig, wollte man sich als vaterländisch positionieren, um seine Arbeit nicht zu verlieren. Die „Zuverlässigkeit im vaterländischen Sinne“ sei vor Aufnahme eines jeden Bewerbers um einen Arbeitsplatz vorab zu prüfen, wies Bürgermeister Fischer übrigens die Direktoren der städtischen Betriebe im Mai 1937 an. Sei ein Bewerber wegen staatsfeindlicher Betätigung zu einer Freiheitsstrafe verurteilt worden, dürfe er keine Stelle erhalten. Beständen Zweifel an einer einwandfreien vaterländischen Gesinnung, entscheide allein der Bürgermeister über eine Aufnahme oder nicht.²³⁸ Die Mitgliedschaft in der einzig erlaubten Partei, der Vaterländischen Front, war praktisch Voraussetzung, eine Arbeit im öffentlichen Dienst und in öffentlichen Betrieben zu erhalten.

Bis Oktober 1935 amtierte Franz Fischer als Regierungskommissär, erst im Herbst 1935 bestellte die Landesregierung eine Stadtvertretung nach ständestaatlichen Gesichtspunkten und nach den Vorgaben des neuen Stadtrechtes. Monatelang hatten österreichische Städte mit dem Bund und den Ländern darüber beraten. Fischer fasste seine Wünsche im April 1934 in einer Denkschrift zusammen. Ein Bürgermeister müsse auch bei den selbständigen Betrieben entscheidenden Einfluss auf die Personalpolitik nehmen, was nach den bisherigen Gepflogenheiten mit dem relativ unabhängig agierenden Verwaltungsausschuss nicht der Fall gewesen sei.

„Die Folgewirkung war auch die, dass sich die Unternehmungen als absolut selbständige, einen Eigenzweck erfüllende Gebilde fühlten und vollends das Bewusstsein verloren hatten, zur Verwaltung der Gemeinde zu gehören. Die weiteren Folgen waren natürlich verschiedene Kollektivverträge in den einzelnen Unternehmungen und zum Gaudium der Bevölkerung Konkurrenzkämpfe unter den Unternehmungen“,

klagte Fischer. Das neue, im Juli 1935 vom Landtag genehmigte Innsbrucker Stadtrecht unterstellte wunschgemäß die Unternehmungen und das gesamte Personal dem Bürgermeister.²³⁹ Im November 1935 wählte Fischer aus den 28 bestellten Mitgliedern des Gemeindetages vier Männer, die er mit der Überwachung der Lichtwerke betraute. Er waren dies der Optiker und Kom-

²³⁶ Landesführer der Betriebsmiliz Franz Fischer an Landesmilizkommando, 10.3.1937. StAI, Akten MD 1937, Abschn. 19, Zl. 93.

²³⁷ Bürgermeister Franz Fischer an Magistratspräsidium Graz, 23.6.1937. Ebd., Abschn. 26, Zl. 931.

²³⁸ Bürgermeister Fischer an die Direktionen der städtischen Betriebe, 5.5.1937. Ebd., Abschn. 6, Zl. 770.

²³⁹ § 26, Abs. 2 des Gesetzes vom 10. Juli 1935, betreffend das Stadtrecht der Landeshauptstadt Innsbruck. LGBl. 35/1935.

merzialrat Fritz Miller, der Rechtsanwalt Viktor Schiebäck, der Regierungsrat und stellvertretende Direktor der Handelskammer Franz Egert und der Oberkellner Rolf Vrabetz.²⁴⁰ Die bisher damit betrauten Schober und Maskus waren nicht in den Gemeindetag nominiert worden, Schober, weil er seit Juli 1935 Sektionschef im Handelsministerium war, Maskus aus unbekanntem Gründen, aber vermutlich weil er zu nationalsozialistisch war. Im Jänner 1936 ergänzte der Bürgermeister den Verwaltungsausschuss mit einem fünften Mann, nämlich dem Landesregierungsrat Anton Melzer, 1945 erster demokratischer Bürgermeister mit einer Parteimitgliedschaft bei der ÖVP.²⁴¹

Anfang des Jahres 1936 verabschiedete der Gemeindetag die Organisationsbestimmungen für die städtischen Unternehmen, die dem Bürgermeister die wichtigste Rolle einräumten. Er amtierte als ihr Oberhaupt, galt im Sinne des Handelsrechtes als Betriebsinhaber und vertrat die Unternehmen nach außen. Ihm oblag die Personalhoheit, alle Angestellten und Arbeiter mussten seinen Weisungen folgen. Alle waren dem Bürgermeister untergeordnet, auch die in demokratischen Zeiten noch selbständig agierenden Verwaltungsausschüsse.²⁴²

Der Umbau des Staates nach berufsständischen Gesichtspunkten machte auch vor Vereinen nicht halt. Alle bisher für die Interessen der Arbeiter oder Angestellten gebildeten Vereine wurden aufgelöst und in der Kameradschaft der Gemeindebediensteten zusammengefasst. Die Kameradschaft war dem Willen der Bundesregierung zufolge Vertreterin des Berufsstandes öffentlicher Dienst im ständisch organisierten Staatswesen. In der Landesfachleitung Tirol scheint Albin Croce, Ing. in den Gaswerken und von der Arbeiterkammer ernannter Betriebsrat, und ein Arbeiter des Gaswerkes auf. Croce saß auch in der Ortsfachleitung Innsbruck, zugleich fungierte er als Vertrauensmann im Gaswerk und dem EWI. Fünf Arbeiter des EWI waren Vertrauensleute, vier des Gaswerks. Die Kameradschaft durfte Kollektivverträge abschließen, hatte also diese zentrale Aufgabe von den bisherigen Gewerkschaften übernommen.²⁴³

Das Personal der städtischen Betriebe musste nicht nur mit gekürzten Löhnen und Gehältern auskommen, sondern war immer wieder angehalten, einen bestimmten Prozentsatz des Lohns zu spenden. Jeweils über die Wintermonate lief das ständestaatliche Winterhilfswerk, die Beiträge dafür wurden dem Personal im Wege der Lohnverrechnung abgezogen. Im Winter 1935/36 kamen so knapp 1.000 Schilling vom Personal des EWI und rund 230 von dem des Gaswerkes.²⁴⁴ Im November 1936 war eine „Volksspende für die Armee“ zu leisten, im gleichen Monat eine für den Ausbau der österreichischen Luftwaffe.²⁴⁵

Die städtischen Unternehmungen erlebten in den politisch unruhigen Zeiten 1934/35 einen umfassenden Umbau der sie verwaltenden und beaufsichtigenden Gremien, der politische Druck auf das Personal wuchs, die Einnahmen sanken wegen der Wirtschaftskrise, die Ausgaben ließen sich nicht in dem gewünschten Ausmaß vermindern.

3.5 Konkurrenz zwischen Gaswerk und EWI

Die Wirtschaftskrise ließ die verarmte Bevölkerung sparen, auch am Strom, so dass der Absatz Jahr für Jahr kontinuierlich sank. Um den Strombedarf anzukurbeln und ihren Pflichtbezug von

²⁴⁰ Bürgermeister Fischer an die Genannten und die Direktionen der städtischen Unternehmungen, 4.11.1935. StAI, Akten MD 1935, Abschn. 36, Zl. 1510.

²⁴¹ Amtserinnerung, 6.2.1936. StAI, Akten MD 1936, Abschn. 60, Zl. 268.

²⁴² Organisationsbestimmungen für die selbständigen Unternehmungen der Landeshauptstadt Innsbruck, genehmigt vom Gemeindetag am 28.1.1936. StAI, Akten MD 1936, Abschn. 53, Zl. 92.

²⁴³ Kameradschaft der Gemeindebediensteten an Magistratsdirektion, 22.11.1935. StAI, Akten MD 1935, Abschn. 26, Zl. 1614.

²⁴⁴ Abt. 5/Wohlfahrtsamt an Magistratsdirektion, 10.6.1936. StAI, Akten MD 1936, Abschn. 19, Zl. 1239.

²⁴⁵ Akten dazu: Ebd., Abschn. 60, Zl. 1970.

der TIWAG zu verwerthen, startete die Werbeabteilung des EWI im April 1935 eine Kampagne unter dem Motto „Strom im Überfluss“. Auf bestimmte Berufsgruppen abgestimmt versandte das EWI Werbeschreiben.²⁴⁶ Bis zur Zählerablesung im Oktober könne der Strom „uneingeschränkt“ zum Preis vom April bezogen werden. Die InnsbruckerInnen könnten so die Beleuchtung ihrer Wohnungen und Betriebe verbessern, selten verwendete Geräte öfter nutzen oder neue Geräte anschaffen, ließ es die Elektriker wissen, die dafür werben sollten.²⁴⁷ Bei Gastwirten versprach das EWI, dass „gut beleuchtete Gastlokale und Firmenschilder“ den Besuch förderten.²⁴⁸ Die Bevölkerung animierte das EWI, die Zimmer „länger und reichlich zu beleuchten, die Ganglampe dauernd brennen zu lassen, Ihre Stromgeräte nach Belieben zu benutzen“, aus dem Boiler „täglich das Wasser für das Bad oder den Küchenbedarf zu entnehmen“.²⁴⁹

Begleitet war die Kampagne von einer Flut an Werbeeinschaltungen in der Presse, Plakaten und Vorträgen (Abb. 32–33). Ing. Eduard Senn, selbst Angestellter des EWI, pries die „Weiße Kohle“, rief zu mehr Stromverbrauch auf und stilisierte ihn sogar zur patriotischen Tat: „Wohl mit Recht kann man sagen, es ist Pflicht eines jeden, diese Gelegenheit möglichst zu nützen, eine Pflicht gegen sich selbst, des kulturellen Fortschrittes wegen, aber auch eine Pflicht gegenüber der Heimat.“²⁵⁰ In Annoncen waren Reime zu lesen wie: „Elektrisch kocht man Früchte ein, sie sind im Winter doppelt fein. Heuer ist es ganz famos, denn der Strom ist kostenlos!“²⁵¹ Oder: „Elektrisch kocht man heutzutage, man spart an Zeit und spart an Plage. Besonders aber wenn man weiß, daß billig ist der Kochstrompreis.“²⁵²

Ende Mai 1935 stellte das EWI zufrieden fest, dass der Stromverbrauch tatsächlich gestiegen war. Die Werbeabteilung schrieb dann jene Geschäftsleute an, deren Schaufenster nachts nicht beleuchtet waren. Beleuchtete Schaufenster seien ein Anziehungspunkt für Einheimische und Fremde, weshalb die Firma die Aktion nutzen solle.²⁵³ Für Privathaushalte gewährte das EWI Preisnachlässe auf Geräte.²⁵⁴ Die Aktion kam nicht bei allen gut an, wie folgende Zuschrift an das EWI zeigt. Man streue den Menschen Sand in die Augen, denn bei „der heutigen Wirtschaftslage neue, teure Installationen durchzuführen, um eines schönen Tages den Strompreis zu erhöhen“ werde sich jeder gut überlegen.²⁵⁵

Während der fünfmonatigen Aktion stieg der Stromverbrauch signifikant an. Verbrauchten 7.753 Haushalte/Geschäfte im Mai 1935 für Licht, Kraft und Wärme zusammen 138.446 Kilowattstunden, stieg der Verbrauch bis Oktober auf 437.939 Kilowattstunden.²⁵⁶ Die grundsätzliche Krise der Lichtwerke war damit nicht behoben, aber über Wochen waren sie in den Medien vertreten, was zu einem positiveren Image durchaus beigetragen haben mag. 1936 wiederholte das EWI die Aktion, diesmal allerdings ohne große begleitende Kampagne. Was anhielt, waren Werbeeinschaltungen im Innsbrucker *Amtsblatt*, in dem die Stadt nicht nur die eigene Arbeit positiv darstellte, sondern ihre eigenen Betriebe förderte (Abb. 34–36).

²⁴⁶ Programm für die Werbeaktion 1935 „Strom im Überfluss“, o. D. (März/April 1935). IKB, Mp. 1935 Strom im Überfluss.

²⁴⁷ EWI an alle Elektro-Installateure, 29.4.1935. Ebd.

²⁴⁸ EWI an Fremdenverkehrsbetriebe, Mai 1935. Ebd.

²⁴⁹ EWI an Stromabnehmer, Mai 1935. Ebd.

²⁵⁰ Gedanken zur Aktion Strom im Überfluß, die vom Elektrizitätswerk Innsbruck in den nächsten 5 Monaten durchgeführt wird, in: *Tiroler Anzeiger*, 4.5.1935, 17.

²⁵¹ Inserat, in: *Innsbrucker Nachrichten*, 21.9.1935, 6.

²⁵² Inserat, in: *Tiroler Anzeiger*, 4.6.1935, 12.

²⁵³ EWI, Werbebrief ohne Adressat, 29.5.1935. IKB, Mp. 1935 Strom im Überfluss.

²⁵⁴ Wie nützt der Stromabnehmer die Sonderbegünstigung des EWI?, o. D. Ebd.

²⁵⁵ Unleserlich an EWI, 8.5.1935. Ebd.

²⁵⁶ Freistrom Aktion „Strom im Überfluss“, 21.11.1935. Ebd.

Strom im Ueberfluß!

Als Beitrag zur Arbeitsschlacht gewährt das EWZ für den Sommer 1935 Sonderbegünstigungen

Die Wasserführung unserer Bäche und Flüsse ist bekanntlich zu den einzelnen Jahreszeiten stark verschieden: Sie sinkt im Winter, besonders bei Eisgang, stark ab, steigt aber im Sommer vielfach weit über das Fassungsvermögen und die Leistungsfähigkeit der elektrischen Kraftwerke.

Der Energiebedarf hingegen, besonders jener an elektrischer Energie, verläuft ganz anders: Er ist im Winter wesentlich größer als im Sommer. Da nun die Kraftwerke so groß bemessen sein müssen, daß sie den Winterbedarf zu decken vermögen und dabei immer noch die gebotene Leistungsreserve aufweisen, ergeben sich zwangsläufig große Ueberflüsse an Sommerdarbietung. Diese irgendetwie, wenn auch billigt zu verwerten, war stets das Ziel unserer heimischen Elektrizitätswirtschaft; teilweise konnte es durch die Exportlieferung nach Bayern erreicht werden.

Im bevorstehenden Sommer werden die Ueberflüsse ganz besonders groß sein, da einerseits durch die Wirtschaftskrise der Stromverbrauch in Innsbruck zurückging, andererseits die großen, in den Bergen angehäuften Schneemassen außergewöhnliche Mengen an Sommerwasser erwarten lassen. Es wird also in den kommenden Monaten im wahren Sinne des Wortes das Wasser ungenützt über die Wehre zu Tal fließen.

Im Bewußtsein der hohen kulturellen und volkswirtschaftlichen Bedeutung der Elektrizität im Haushalt, im Gewerbe und in der Industrie, erblickt das EWZ seine Aufgabe darin, möglichst allen Abnehmern des Versorgungsgebietes die Vorteile der Elektrizität zugänglich zu machen und hiedurch gleichzeitig die vorhandenen Anlagen möglichst ganzjährig auszunützen. Manche Abnehmer werden vielleicht der Meinung sein, der Strom solle verbilligt werden, dann werde die Abnahme steigen und so beiden Seiten geholfen sein. Dieser Vorschlag übersteht indes, daß unter den gegenwärtigen Wirtschafts- und Einkommensverhältnissen eine Verbilligung des Stromes keine entsprechende Verbrauchssteigerung zur Folge hätte und daher mit einem Einnahmerückgang gerechnet werden müßte, der es dem Werke unmöglich machen würde, seinen Verpflichtungen, besonders der Stadt gegenüber, nachzukommen. Schließt sich sonach eine Stromverbilligung leider von selbst aus, so bleibt doch die Möglichkeit, bei Sicherung der bisherigen Einnahmen erhöhte Energiemengen zur

Verfügung zu stellen. Dieser Weg scheint in der Tat geeignet, unserer Volkswirtschaft ohne Geldauswendung, sondern nur durch Ausnützung vorhandener Werte einen Auftrieb zu erteilen, indem zumindest für einige Monate die bisher geübte Sparjamkeit außeracht gelassen und die heuer so ausnahmsweise ergiebig verfügbare Energie zu den jeweils möglichen Verwendungszwecken genützt werden kann. Damit aber trägt das EWZ das Seine zum Aufbauwerk der Wirtschaft, zur Arbeitsschlacht, bei und gibt seiner Abnehmerchaft die Gelegenheit, sich von den vorteilhaften Anwendungsmöglichkeiten des elektrischen Stromes und der elektrischen Geräte zu überzeugen, ohne daß dafür mehr als bisher zu bezahlen wäre.

Für die „Strom im Ueberfluß“ betitelte Aktion sind seitens der Verwaltung folgende Bestimmungen festgelegt worden:

Alle ständigen, nach den allgemein gültigen Zählertarifen beziehenden Abnehmer können in der Zeit ab 1. Mai 1935 bis zur Zählerableseung im Oktober 1935 beliebige Strommengen beziehen, ohne hierfür ein höheres Entgelt zu entrichten, als für den Aprilbezug (Strombezug zwischen den Zählerableseungen im März und April 1935); die Abrechnung erfolgt monatlich getrennt für jeden Zähler; bleibt ein Monatsverbrauch unter dem Aprilbezug, so ist nur der tatsächliche Monatsverbrauch zu bezahlen. Für Abnehmer mit Saisonbetrieben (Sommerfischen, Hotels, Gastwirtschaften, Ausstellungen, Garagen usw.) wird der Berechnung an Stelle des Aprilbezuges der Bezug im jeweiligen kalendergleichen Monate des Vorjahres zugrunde gelegt.

Für Neuanschlüsse (neu zur Aufstellung gelangende Zähler) werden bis zur Zählerableseung im Monate Oktober 1935 von den verbrauchten Strommengen nur 50 Prozent verrechnet.

Ein Rechtsanspruch auf den kostenlosen Ueberflußstrom besteht nicht, in allen Zweifelsfällen entscheidet das EWZ allein unter Ausschluß jedes Rechtsweges. Die kostenlose Lieferung von Ueberflußstrom erfolgt nur im Ausmaße der gegebenen Möglichkeiten und setzt selbstverständlich die Einhaltung der Sicherheitsvorschriften, der allgemeinen Stromlieferungsbedingungen und der Anschlußbestimmungen des EWZ voraus.

Innsbruck, Ende April 1935.

EWZ

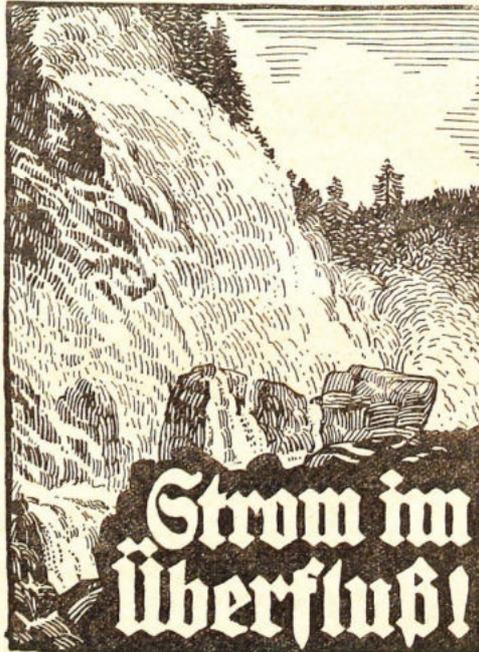


Abb. 32: Ganzseitige Anzeige, in: *Amtsblatt der Landeshauptstadt Innsbruck*, Nr. 6, 15.5.1935, 16.



Abb. 33: Plakat, 1935. IKB, Mp. 1935 Strom im Überfluss.

» **NÜTZE DIE HEIMISCHEN WASSERKRÄFTE!** «

KOCHE ELEKTRISCH!

**Dem elektrischen
Herd gehört
die Zukunft**



E. W. I., Hochhaus

GAS

Merken Sie sich:

In jedem Fall, wo man
für irgend einen Zweck
Wärme braucht, verwen-
det man Gas

Beratung kostenlos und
unverbindlich durch:

STADT. GASWERK INNSBRUCK

Abb. 34–36: Inserate im *Amtsblatt der Landeshauptstadt Innsbruck*, Nr. 3/15.2.1935, 10 f.; Nr. 6/15.5.1935, 15; Nr. 13/15.12.1935, 9.

Das Schwesterunternehmen Gaswerk litt hingegen unter der Stromkampagne. Eine Aufgabe des neuen Verwaltungsausschusses war es daher, Einsparungsmöglichkeiten zu orten und durchzuführen. Statt der Gasmessgeräte schrieb das Gaswerk ab 1934 eine vom Verbrauch unabhängige Grundgebühr vor. Um die Sperre der Gaszufuhr in Haushalten, welche die Rechnung nicht mehr bezahlen konnten, weitgehend zu verhindern, installierte das Gaswerk vermehrt Münzgasmesser, was den befürchteten Gewinnrückgang abmilderte. Die Direktion legte die Werkstätte und Installationsabteilung zusammen, was das Personal von 37 auf 19 Mann reduzierte. Den seit Jahren schleppenden Verkauf von Gasgeräten und dem damit einhergehenden verminderten Gasabsatz begegnete die Direktion, in dem sie allein acht Personen in der Werbeabteilung beschäftigte. Kochvorträge, Auftritte bei der Innsbrucker Herbstmesse und Besuche in Haushalten, um sie zum Umstieg auf neue Geräte oder wenigstens einer Reparatur zu überzeugen, sollten den Gasabsatz steigern. Trotz aller Bemühungen – Preissenkungen, Aktionen – bilanzierte das Hallenbad negativ, was auch „politischen Störungen“ geschuldet war. Der Arbeitersportklub (ASKÖ), dessen Mitglieder einmal in der Woche trainiert hatten, wurde als sozialdemokratische Organisation aufgelöst; der nationalsozialistische Schwimmklub Wiking musste sich ebenfalls auflösen, was die Zahl der Dauergäste noch einmal verminderte. Im Sommer 1934 verboten die Behörden, abends und nachts ein Fahrrad zu benutzen, um Kontakte zwischen Nationalsozialisten zu erschweren. Aus demselben Grund verhängten die Behörden eine Ausgangssperre für Jugendliche, die nach 20.00 Uhr nicht mehr auf der Straße angetroffen

werden durften. Mit weniger Service und dem Abbau von Personal versuchte die Direktion, das Defizit zu verringern.²⁵⁷

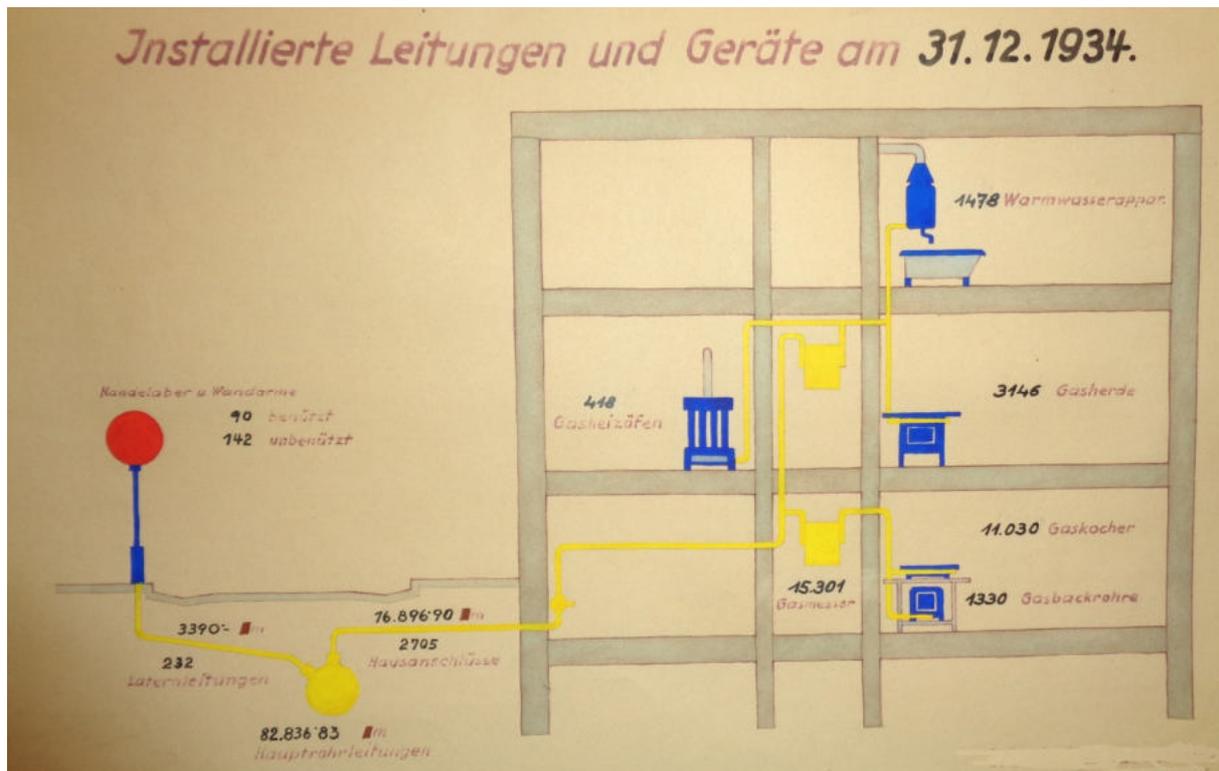


Abb. 37: Installierte Leitungen und Geräte mit 31. Dezember 1934. Gaswerk, Vertraulicher Technischer Generalbericht für 1934, Jän./Feb. 1935. IKB.

Im Jahresbericht 1935 schilderte das Gaswerk eingangs seine lange Geschichte, den Aufbau von vier, dann sechs Öfen in den Jahren ab 1909, die letzte Betriebserweiterung 1931, um dann eindrücklich auf die Konkurrenz durch das EWI hinzuweisen, das sukzessive bisher vom Gaswerk besorgte Aufgaben übernommen hatte. Dem Werk seien nur „Teilgebiete von Kochen, Warmwasserbereitung und Heizen verblieben“. Mit eigenem und fremdem Kapital werde in die Wasserkraft investiert, „ohne große Bedachtnahme auf zu erwartende Absatzmöglichkeit“. Die Zahl der angeschlossenen Gasgeräte sank auch 1935, und das trotz einer intensiven Werbetätigkeit während des ganzen Jahres. Allein zwei große Veranstaltungen widmeten sich dem Kochen mit Gas, einmal kombiniert mit einer Modenschau, einmal mit einem Preiswettkochen.²⁵⁸

Die Konkurrenz zwischen dem Gas- und den E-Werken blieb aufrecht und war durchaus gewollt, mehr noch, aus wirtschaftlichen Gründen sollte der Absatz des Gaswerkes zurückgedrängt werden. Im Dezember 1933 beriet der Verwaltungsausschuss über die künftige Strategie und fällt eine für das Gaswerk folgenschwere Entscheidung. Die Anlagen des Gaswerkes seien voll ausgenutzt, während der Absatz des EWI hinterherhinke, obwohl dessen „bedeutendere Anlagenwerte“ über genügend Kapazität verfügten. Wärme liefere vor allem das Gaswerk, allein 15.000 Küchen im Stadtgebiet kochten mit Gas, nur 400 mit Strom. Die Stadt müsse daher das EWI, dessen Einnahmen bedeutender und für den Haushalt wichtiger seien als die des Gaswerkes, fördern. Der Verwaltungsausschuss beschloss folgende Richtlinie:

²⁵⁷ Städt. Gaswerk Innsbruck, Vertraulicher Technischer Generalbericht für 1934, Jän./Feb. 1935. IKB.

²⁵⁸ Städt. Gaswerk Innsbruck, Vertraulicher Generalbericht 1935. Ebd.

„Ein zukünftiger Energiebedarf der Gemeinde Innsbruck wird solange nicht durch Vermehrung der Anlagenwerte des Gaswerkes zu decken sein, solange er sich ohne kaufmännische, technische und rechtliche Schwierigkeiten aus den bereits gegenwärtig bestehenden Anlagen des Elektrizitätswerkes decken läßt.“

Das Gaswerk dürfe seine Anschlüsse behalten, in Gebäuden mit bestehenden Steigleitungen neue Anschlüsse herstellen, „sofern nicht neue Aufwendungen notwendig“ seien. Neuanzuschlüsse dürfe hingegen nur mehr das EWI ausführen. Weder Gasfabrik noch das Rohrnetz dürften erweitert werden. Diese Grundsatzentscheidung regle auch eine „in der Bevölkerung allgemein kritisierte Erscheinung“, nämlich den „Konkurrenzkampf“ zwischen Gaswerk und EWI, „der in den letzten Jahren viel Kräfte vergeudet und der städtischen Wirtschaft nicht genützt“ habe. Für die Bevölkerung werde sich erst nach und nach und vor allem in Neubauten etwas ändern, die Kosten für Strom oder Gas hielten sich in etwa die Waage. Einzig die Anschaffungskosten für Elektroherde und geeignetes Geschirr seien höher. Erst bei vollständiger Ausnützung der Stromwerke werde die Strategie überdacht und entschieden, ob in das Gaswerk oder das EWI zu investieren sei.²⁵⁹

Diese Grundsatzentscheidung bedeutete auf lange Sicht ein langsames Dahinsiechen des Gaswerkes und eine Förderung der heimischen Industrie. Während nämlich die Stromwerke vorhandene Ressourcen nutzten, war das Gaswerk auf die Zufuhr von Kohle angewiesen, die vor allem aus den deutschen Kohlenrevieren stammte. Die Entscheidung war somit nicht nur eine für die heimische Wirtschaft, sondern hatte auch eine politische Dimension. Seit Ende Jänner 1933 herrschte Adolf Hitler als Kanzler im Deutschen Reich. Sein österreichischer Ableger war seit Mitte des Jahres verboten und Hitler übte enormen Druck, auch wirtschaftlichen, auf die österreichische Regierung aus. Eine mögliche Exportsperr für Kohle hätte die Energieversorgung Innsbrucks gekappt.

Eine in Gedichtform im Dezember 1936 kursierende Schrift fasst das Pro und Contra dieser Grundsatzentscheidung zusammen. Auszugsweise sei daraus zitiert:

„Da tobte durch geraume Zeit um Strom und Gas ein arger Streit. [...]
Gepriesen wird in vielen Reden die Wasserkraft als großer Segen, der reich in unsere'm
Lande fließt, und dessen Nutz das Volk genießt.
Die Redner meistens übersehen, – oft werden sie's auch nicht verstehen –, daß nicht der
Bau der Kraftanlage verbessert unsere Wirtschaftslage, daß vielmehr erst des Stromes
Kraft zum Nutzen wird der Volkswirtschaft.
Und dies gelänge umso mehr je besser ausgenützt sie wär!
Doch wenn man dieses zwar beteuert, den Strom zugleich recht hoch besteuert, viel fremde
Kohle importiert und neue Gelder investiert, um so den Gasabsatz zu pflegen, die
Kohleneinfuhr noch zu heben, des Strom's hingegen dann gedenkt, wenn man ihn haben
möcht' geschenkt, ja, heißt man das noch Wirtschaftssinn in unserer Stadt am grünen Inn?
Wohin denn all die Kilowatt, die unser Werk noch übrig hat, die unnütz' über's Wehr heut
laufen, statt sie in Innsbruck zu verkaufen?
Gäb's Taten statt der leeren Sprüche, dann stünden Herde in der Küche mit Strom und
nicht mit Gas beheizt, weil dies der Dienst am Volk erheischt.“²⁶⁰

²⁵⁹ Neue Ziele der Innsbrucker Energiewirtschaft, in: *Innsbrucker Nachrichten*, 29.12.1933, 5.

²⁶⁰ Strommännchen an Verwaltungsrat, 15.12.1936. IKB, Mp. Geschichte des EWI.

II. Städtische Versorgungsbetriebe 1938–1945 – Die Stadtwerke

Der bisher radikalste politische Schnitt in der österreichischen Geschichte war den Nationalsozialisten geschuldet, die ab dem März 1938 die Geschicke des Landes bestimmten. Der politische Druck auf alle, die im öffentlichen Dienst oder in Unternehmen der öffentlichen Hand arbeiteten, und der seit 1933/34 gestiegen war, wuchs weiter. Das Personal rekrutierte sich zunehmend aus radikalen überzeugten Parteigenossen. Das NS-Regime griff tief in die gewachsenen Strukturen der Gemeindeverwaltung ein, schuf neue Ämter, löste andere auf und verordnete eine grundlegende Neuorganisation der städtischen Betriebe. Viele der Änderungen überlebten das Ende des Regimes: 1938/39 schuf Oberbürgermeister Egon Denz mit den Stadtwerken eine Organisation, die einige der städtischen Betriebe zusammenfasste und bis 1994 unter diesem Namen existierte. Nur gegen Widerstand gab die Stadt ihre Aktien an der TIWAG ab und verlor damit einen von ihr beeinflussten wichtigen Erzeuger von Strom.

Der Investitionsboom nach dem „Anschluss“ bescherte den nunmehrigen Stadtwerken nicht nur mehr Geschäft, sondern erforderte den massiven Ausbau der Netze, der des Wassers und der der Elektrizität. Die Stadt wuchs um einige Stadtteile an, die alle versorgt werden mussten. Der Zweite Weltkrieg zog kriegswichtiges Personal ab, der ab Dezember 1943 einsetzende Luftkrieg zerstörte wichtige Anlagen der Stadtwerke und führte zu Versorgungsproblemen.

1. Der „Anschluss“

Am Abend des 11. März 1938 wehten vom Landhaus und dem Innsbrucker Rathaus Hakenkreuzfahnen und der kommissarische Gauleiter Edmund Christoph gab in einer Rede erste Ernennungen bekannt. Zum Bürgermeister von Innsbruck stieg der Rechtsanwalt Egon Denz auf,²⁶¹ schon 1933 und bis zum Verbot im Juni des Jahres Gemeinderat der NSDAP. Da sich der ständestaatliche Gemeindegtag und alle beschickten Gremien auflösen mussten, unterstellte Denz, 1939 zum Oberbürgermeister aufgestiegen, die Lichtwerke direkt seiner Kontrolle. Bis zur „Volksabstimmung“ am 10. April 1938 entwickelte sich eine bis dahin ungekannte ungeheure Propaganda. Die NSDAP bot alles auf, was ihr zur Verfügung stand, begleitet von der gleichgeschalteten Presse, die sich in quasi-religiöser Verehrung erging.²⁶²

Der Nationalsozialismus versprach Wirtschaftsaufschwung und das Ende der Arbeitslosigkeit, womit er die vielen, die sich ihm trotz der jahrelangen illegalen Propaganda noch nicht angeschlossen hatten, lockte. Am Nachmittag des 18. März nahm Denz dem städtischen Personal im großen Stadtsaal den neuen Diensteid ab. Zu erscheinen war in „angemessener Kleidung“.²⁶³ In einer Rede versprach er, „als allervordringlichste Aufgabe den Kampf gegen das soziale Elend und die Arbeitslosigkeit mit allen Mitteln in Angriff zu nehmen“.²⁶⁴ Bei der Vereidigung mit dabei waren das Personal der Lichtwerke und das jener Abteilungen des

²⁶¹ Gauleiter Christoph, Landeshauptmann – Dr. Denz, Bürgermeister, in: *Innsbrucker Nachrichten*, 12.3.1938, 2.

²⁶² Zur Praxis der NS-Propaganda siehe Horst Schreiber, Die Inszenierung des Nationalsozialismus als Umbruchs- und Aufbruchszeit in: Ders. (Hg.), 1938. Der Anschluss in den Bezirken Tirols (Veröffentlichungen des Innsbrucker Stadtarchivs NF 62/Studien zu Geschichte und Politik Bd. 21), Innsbruck–Wien–Bozen 2018, 285–307.

²⁶³ Magistratsdirektion an Abteilungsleiter/Amtsvorstände und Direktionen städtischer Unternehmungen, 18.3.1938. StAI, Akten MD 1938, Abschn. 19, Zl. 218.

²⁶⁴ Vereidigung der Innsbrucker städtischen Angestellten und Arbeiter, in: *Innsbrucker Nachrichten*, 21.3.1938, 9.

Stadtbauamtes, die 1939/40 in die Stadtwerke integriert wurden. Der Schwur war nicht mehr auf eine abstrakte Größe wie Republik oder Bundesstaat, sondern auf die Person Adolf Hitlers zu leisten: „Ich werde dem Führer des Deutschen Reiches und Volkes Adolf Hitler treu und gehorsam sein“, lautete die erste Zeile.²⁶⁵ Bei dieser Vereidigungsfeier nahmen rund 1.000 Bedienstete teil,²⁶⁶ wer keine Zeit hatte, krank oder auf Urlaub war, wurde nachvereidigt. Nach der Vereidigung fand ein Kameradschaftsabend mit „Gemeinschaftsempfang“ einer Hitlerrede statt.²⁶⁷ Mit „Gemeinschaftsempfang“ war das gemeinsame Hören einer Radiosendung gemeint. Für künftig neu aufzunehmendes Personal waren im Fall der städtischen Unternehmen die jeweiligen Direktoren verpflichtet, den Eid abzunehmen. Nicht nur Juden, von denen keiner im Stadtmagistrat oder Unternehmen arbeitete, waren von der Eidesleistung, die als Privileg dargestellt wurde, ausgenommen, sondern auch vom Dienst Enthobene oder Verhaftete (siehe II.2).

Ging die NSDAP auf der einen Seite radikal gegen politische GegnerInnen vor, bot sie auf der anderen Seite Begünstigungen, um möglichst viele für sich zu gewinnen, und versuchte, ein Gefühl von Gemeinschaft zu erzeugen. 1.000 Schilling an „Volksopfer“ hätte das Personal des Gaswerkes gesammelt, meldeten die *Innsbrucker Nachrichten* am 8. April 1938:

„Seit den Tagen der Befreiung herrscht ein neuer Geist im Werk. Wo bisher Mißtrauen und Vernaderung ihre dunklen Fangarme breiteten, ist jetzt frische Arbeitsbegeisterung. Schon im Gesicht und in der äußeren Haltung der Kameradschaft, in dem fröhlichen und strahlenden deutschen Gruß [= Heil Hitler], der allenthalben durch die Räume klingt, drückt sich dies aus. [...] Unsere Arbeiter sind brav und kameradschaftlich und geben ihr letztes her, wenn sie Vertrauen haben. Und das haben sie!“²⁶⁸

Anfang April 1938 besuchte Gauleiter Christoph das EWI und hielt einen Betriebsappell ab, ein Format, das das Regime bis Kriegsende benützte, um sich selbst darzustellen, ein Gemeinschaftsgefühl zu erzeugen und die Außenwirkung zu verbessern. Christoph warb um die Arbeiter, auch jene, die früher sozialdemokratisch organisiert gewesen waren:

„Wenn auch nicht alle, die um ihn stünden, schon Nationalsozialisten seien, so habe er es doch mit aufrechten, geraden Deutschen zu tun, die sich auch einmal ehrlich zu unseren Leistungen bekennen würden. Der Arbeiter habe ja lange Zeit niemanden gehabt als den Marxismus, der seine berechtigten sozialen Forderungen habe anmelden wollen; deshalb tragen wir ihm diesen Weg der Vergangenheit nicht nach.“²⁶⁹

Am 5. April 1938 besuchte Adolf Hitler im Zuge seiner Wahlpropaganda das nationalsozialistisch geschmückte Innsbruck. Vom Dach des Hochhauses wehte eine Hakenkreuzflagge, der Bismarckplatz zeigte sich umrahmt von Fahnen (Abb. 38). An der Westfront des Bürokomplexes war ein Banner der SS entrollt. Am östlichen Ende der Salurnerstraße stehe „die tannengrüne, mit dem vergoldeten Hoheitszeichen geschmückte Ehrenpforte“, war in den *Innsbrucker Nachrichten* zu lesen: „Rotleuchtende Fahnenreihen säumen die menschenwimmelnde

²⁶⁵ Eidesformel, 18.3.1938. StAI, Akten MD 1938, Abschn. 19, Zl. 218.

²⁶⁶ Amtserinnerung, 21.3.1938. Ebd.

²⁶⁷ Magistratsdirektor an Gaupresseamt, 17.3.1938. Ebd.

²⁶⁸ Gaswerk sammelt 1000 Schilling Volksopfer, in: *Innsbrucker Nachrichten*, 8.4.1938, 7.

²⁶⁹ Pg. Christoph beim Betriebsappell des E.W.I., in: *Innsbrucker Nachrichten*, 4.4.1938, 4.

Straße, vom Hochhaus flattert das Hakenkreuz, vom hohen Turm fließt eine schwarze SS.-Fahne nieder.²⁷⁰



Abb. 38: Hochhaus und Bismarckplatz mit Hakenkreuzfahnen geschmückt, 5. April 1938. StAI, Ph-18744.

Am 11. April, einen Tag nach der für Hitler so triumphal geendeten „Volksabstimmung“, beglückte das Musikkorps der Münchner Schutzpolizei die Belegschaft des Gaswerkes mit einem Betriebskonzert. Die Werkstätte war mit einem Führerbild und Hakenkreuzfahnen geschmückt, die Halle voll, als das Musikkorps „schneidige Militärmärsche“, „Operettenmelodien“ und nationale Lieder, darunter das Andreas-Hofer-Lied, spielte. Das Personal „zollte mit strahlenden Augen reichlich Beifall“ und dankte den Musikanten, die „in brüderlicher Volksgemeinschaft und Achtung vor der produktiven Arbeit sich so erfolgreich bemühten, Freude und Schönheit in den Alltag des Schwerarbeiters zu bringen“. Das Deutschland- und Horst-Wessel-Lied beendeten das erste Betriebskonzert des Gaswerkes.²⁷¹ Wie viele dieser pathetischen Worte der Wahrheit entsprachen, kann nicht überprüft werden, ebenso wenig die der folgenden Artikel.

Mitte April verkündete das *Amtsblatt*, die Stadt zahle anlässlich der „Freude über die Wiedervereinigung Österreichs mit dem Deutschen Reiche, über unseren Eintritt in die große deutsche Volksgemeinschaft“ gesellen alle ArbeiterInnen des Magistrats und der städtischen Unternehmungen einen Wochenlohn als einmalige Sonderzahlung.²⁷² Die Stadt Innsbruck war

²⁷⁰ Am Uhrturm des Hauptbahnhofes, in: *Innsbrucker Nachrichten*, 6.4.1938, 6.

²⁷¹ Schönheit der Arbeit im Innsbrucker Gaswerk, in: *Innsbrucker Nachrichten*, 13.4.1938, 5.

²⁷² Auszahlung eines Wochenlohnes an die Arbeiter des Stadtmagistrates und der städt. Unternehmungen, in: *Amtsblatt der Gauhauptstadt Innsbruck*, Nr. 4, 15.4.1938, 10.

nicht die einzige „Firma“, die solcherart um die Gunst ihres Personals buhlte. Auch private Unternehmen erhöhten Löhne oder zahlten Prämien, wie die *Innsbrucker Nachrichten* in der Rubrik „Der nationale Sozialismus bricht sich Bahn“ im März und April 1938 immer wieder berichteten.

Ende Mai 1938 eröffnete im Gaswerk Innsbrucks erster Gemeinschaftsraum. Der Nationalsozialismus wollte die Arbeitswelt verschönern, die Arbeit geregelter, angenehmer und besser bezahlt gestalten. Dafür diente die Deutsche Arbeitsfront (DAF), die Einheitsorganisation der ArbeitnehmerInnen und ArbeitgeberInnen, die nach dem Motto, es gebe keinen Klassenkampf, sich um alle Aufgaben auf betrieblicher und außerbetrieblicher Ebene kümmerte. Die DAF unterhielt verschiedene Unterorganisationen wie das „Kraft-durch-Freude“-Programm, das vielen den ersten Urlaub ihres Lebens ermöglichte. Dazu gehörte auch das Amt „Schönheit der Arbeit“, das sich um die Ausgestaltung von Arbeitsräumen kümmerte. Einen Tag vor dem „Anschluss“ hatten im Gaswerk Arbeiten zum Umbau der Kantine begonnen. Die NSDAP nützte nun die Gelegenheit, führte die Arbeiten fort und präsentierte Ende Mai 1938 den umgebauten Raum als Gemeinschaftsraum im Sinne der nationalsozialistischen Ideologie. Die Belegschaft habe sich, so die *Innsbrucker Nachrichten*, „sofort in den Dienst der neuen Zeit gestellt, eine Umstellung war nicht mehr nötig“. Obwohl in den Märztagen „ein Großteil der Belegschaft in Parteiformationen Dienst machte“, sei es in Gemeinschaftsarbeit gelungen, den „nationalsozialistische[n] Feierraum“ zu gestalten (Abb. 39).



Abb. 39: „Schönheit der Arbeit“ im Innsbrucker Gaswerk, in: *Innsbrucker Nachrichten*, 27.5.1938, 3.

Das Personal der Lichtwerke und städtischen Betriebe passte sich mit erstaunlicher Wendigkeit an die neuen politischen Verhältnisse an, was anhand der Direktoren gezeigt werden kann. Paul Attlmayr suchte am 4. August 1938 um Aufnahme in die NSDAP an. 1946 rechtfertigte er seinen Schritt damit, dass er seinen Posten als Direktor des EWI nicht habe verlieren wollen. Der technische Direktor des Gaswerkes Max Söllner vollzog diesen Schritt schon im Juli 1938;

der Leiter des Wasserwerkes im Stadtbauamt Eugen Maass war schon im Mai 1938 beigetreten; der Leiter der Nordkettenbahn Emil Hensler trat im Mai 1938 bei.²⁷³ Gegen Söllner gab es durchaus Bedenken, seine nationalsozialistische Gesinnung sei nur der politischen Konjunktur zu verdanken. Ein Mitarbeiter des Gaswerkes meldete im November 1938, Söllner trage „seit jüngster Zeit das Parteiabzeichen“, was nicht „mit seiner Haltung in der Verbotszeit“ übereinstimme.²⁷⁴ Söllner hatte sich aber schon im April 1938 in einer Ergebenheitsadresse an die Geheime Staatspolizei (Gestapo) gewandt und angegeben, die Vaterländische Front habe ihn wegen seiner nationalen Einstellung disziplinieren wollen.²⁷⁵ Auch Hensler musste sich mit Anschuldigungen, er habe in der „Systemzeit“ bevorzugt nationalsozialistisch gesinntes Personal der Nordkettenbahn entlassen, auseinander setzen.²⁷⁶ Schon im März 1938 langte beim kommissarischen Bürgermeister Denz ein mit 13. März datierter Brief der Gaugeschäftsführung ein, wonach Hensler als „schwarzer Vertrauensmann“ gelte, habe er doch 1934 fünf Nationalsozialisten entlassen.²⁷⁷

Die Machthaber verlangten von allen öffentlichen Stellen und auch der Privatwirtschaft, dass sie bevorzugt „Alte Kämpfer“ mit Arbeit versorgten. Mit dem Ehrentitel Alter Kämpfer zeichnete die NSDAP jene aus, die in der Verbotszeit Mitglieder geblieben und durch illegale Aktionen ihre Treue bewiesen hatten. Am 7. Juli 1938 verordnete der Reichskommissar für die Wiedervereinigung Österreichs mit dem Deutschen Reich, Josef Bürckel, die Anstellungspflicht, habe der Kampf doch „von den Kämpfern der NS-Bewegung grosse Opfer an Freiheit und Gesundheit gefordert und zahlreiche Existenzen vernichtet“. Es sei demnach „Ehrenpflicht des Staates, die verdienten Träger des Kampfes und die Opfer der Bewegung an geeigneten Arbeitsplätzen unterzubringen“.²⁷⁸ Auch die Lichtwerke nahmen Alte Kämpfer auf, die nach Kriegsende als eine der ersten zu entlassen waren. Ein Beispiel aus dem Jahr 1938 sei hier vorgestellt. Im April 1938 bewarb sich Anton Handler um eine Stelle als Hauptbuchhalter im EWI. In seinem Lebenslauf ging er ausführlich auf seine Verdienste für den Nationalsozialismus ein: 1932 trat er der SA bei, 1933 der SS, wo er Ende 1935 zum stellvertretenden Standartenführer von Tirol aufstieg. Im Dezember 1938 lud ihn Otto Wurmhöringer, neuer Betriebsdirektor des EWI, zu einem Vorstellungsgespräch ein und stellte ihn an.²⁷⁹

2. Entlassungen und Verhaftungen

Die einen umwarb das Regime, die anderen verfolgte es. Das radikale Vorgehen gleich nach dem „Anschluss“ sollte jeden Widerstand im Keim ersticken und jene bestrafen, die sich offen gegen den Nationalsozialismus positioniert hatten. In allen öffentlichen Stellen kam es zu Enthebungen, Pensionierungen, Kündigungen und Entlassungen. Das Regime hielt sich dabei peinlich genau an die Vorschriften des Dienstrechts, um den Vorgängen den Anschein der Legalität zu verleihen. Wie viele Angestellte oder Arbeiter der Lichtwerke und der in die Stadtwerke integrierten Betriebe nach dem „Anschluss“ ihre Arbeit verloren, lässt sich mangels Akten nicht nachvollziehen, nur einige Fälle hinterließen in den Unterlagen des Stadtmagistrats ihre Spuren.

²⁷³ StAI, NS-Registrierungsakten Paul Attlmayr, Max Söllner, Eugen Maass, Emil Hensler.

²⁷⁴ Amtserinnerung, 5.11.1938. StAI, MD 1938, Abschn. 19, Zl. 3719.

²⁷⁵ Söllner an Gestapo, 13.4.1938. Ebd., Abschn. 35, Zl. 1268.

²⁷⁶ Akten dazu Ebd., Abschn. 8, Zl. 1737.

²⁷⁷ Gaugeschäftsführung an Bürgermeister, 13.3.1938. StAI, Fasz. Entlassungen 1945 Alte Kämpfer, Mp. Personalfragebogen.

²⁷⁸ Amtsvermerk, 15.7.1938. StAI, MD 1938, Abschn. 7, Zl. 2328.

²⁷⁹ Ebd., Abschn. 14, Zl. 1537.

Bei den städtischen Betrieben traf es schon am 12. März 1938 Eduard Senn. Senn war bis Anfang des Jahres 1936 hauptberuflich im EWI und nebenberuflich für die technischen Anlagen der Nordkettenbahn zuständig gewesen. Im Jänner 1936 wechselte er als Direktor zur Nordkettenbahn, bei der die Mehrzahl des Personals wegen seiner NS-Einstellung gekündigt worden war. Der kommissarische Bürgermeister Denz entthob ihn seines Postens, weil „Umstände vorliegen, welche Ihre weitere Dienstleistung als Direktor der Innsbrucker Nordkettenbahn aus wichtigen dienstlichen Gründen nicht zulässig erscheinen lassen“.²⁸⁰ Mit „wichtigen Gründen“ war seine Ablehnung des Nationalsozialismus gemeint. Einige Tage später, am 17. März, beschrieb sich Senn in einem Brief an Bürgermeister Denz, als von jeher national eingestellt. Als Direktor der Nordkettenbahn habe er allein auf die Leistung einer Person geachtet und nach der Richtlinie gehandelt, „im Betriebe wollen wir nicht politisieren, sondern arbeiten. Privat kann jeder nach seiner Meinung leben.“²⁸¹ Die Magistratsdirektion erkundigte sich beim Personal über ihn, der illegale Nationalsozialist und zum Betriebsobmann aufgestiegene Maschinist Johann Hengster urteilte aus damaliger Sicht vernichtend über die politische Einstellung Senns: Er sei „politisch-klerikaler Gesinnung“ und Heimwehranhänger.²⁸² Mit Wirkung Ende September 1938 erhielt Senn die Kündigung. Er bewarb sich bei verschiedenen Firmen, auch im nunmehrigen Altreich, allerdings erfolglos, weil sich diese bei der Magistratsdirektion erkundigten, aus welchem Grund er seinen Posten verloren hatte. Es seien „politische Motive“ und weil er „Systemanhänger“ gewesen sei, teilte das Amt mit.²⁸³ Da viele Firmen auf die Gunst der NSDAP angewiesen waren bzw. um sie buhlten, getraute sich keine, einen nach Parteisicht offenen Gegner anzustellen. Das Vorgehen gegen Senn und seine Versuche, dem zu entkommen, können als durchaus typisch angesehen werden: Auf eine Enthebung folgten zumeist Rechtfertigungsversuche und Ergebenheitsadressen, allerdings nur zu oft erfolglos.

Schwerer traf es den 1934 zum Direktor des Gaswerks aufgestiegenen Ernst Martin, den uniformierte Parteigänger, entweder SA oder SS, am frühen Morgen des 12. März 1938 verhafteten. In seiner ersten Vernehmung durch die Gestapo sagte er aus, als Sudetendeutscher sei er immer „national eingestellt“ gewesen und: „Es ist nie ein Nationalsozialist zu mir gekommen, ohne dass ich ihm wo ich nur helfen konnte, geholfen habe.“²⁸⁴ Nicht nur die Gestapo wertete dies als typische Schutzbehauptung ohne wahren Hintergrund. Der Staatsanwalt wies die von Martin genannten Entlastungszeugen ab und begründete dies wie folgt:

„Es ist eine wohl gerichtsbekannte Tatsache dass sich sämtliche sogenannten Systemgrößen die nach dem Umbruche gerichtlich oder von anderen Stellen zur Verantwortung gezogen wurden, sich zu ihrer Entlastung darauf berufen, dass sie in der Systemzeit dem einen oder anderen verfolgten Nationalsozialisten behilflich gewesen seien. Eine solche Tätigkeit stellte in den einzelnen Fällen wohl nichts anderes dar als einen persönlichen Gefälligkeitsakt, der mit der Gesinnung der betreffenden Systemgröße, bezw. mit seiner Einstellung gegen die NSDAP nichts zu tun hat, oder aber den Versuch sich für alle Fälle Rückendeckung zu schaffen.“²⁸⁵

²⁸⁰ Kommissarischer Bürgermeister Denz an Eduard Senn, 12.3.1938. Ebd., Abschn. 7, Zl. 539.

²⁸¹ Eduard Senn an Bürgermeister Denz, 17.3.1938. Ebd.

²⁸² Johann Hengster an Zellenleiter Magistrat Innsbruck, o. D. Ebd.

²⁸³ Magistratsdirektion an Telefunken GmbH Berlin, 27.8.1938; Magistratsdirektion an Personalabteilung der Siemens-Schuckertwerke AG Berlin, 5.9.1938; Magistratsdirektion an Personalabteilung der Siemens-Halske AG Berlin, 1.9.1938. Ebd.

²⁸⁴ Gestapo, Vernehmung Ernst Martin, 19.3.1938. StAI, Prozess gegen die Penz-Platte, Karton 1. Die im Stadtarchiv liegenden Akten sind Kopien der im Tiroler Landesarchiv verwahrten Prozessakten.

²⁸⁵ Staatsanwaltschaft an Landesgericht, 4.11.1938. Ebd.

Der Grund der Verhaftung führt zurück ins Jahr 1934 und den 25. Juli. An diesem Tag hatten die illegalen österreichischen Nationalsozialisten geputscht, ihr prominentestes Opfer war Bundeskanzler Engelbert Dollfuß. Die Tiroler Heimatwehr war in Alarmbereitschaft versetzt worden, Stadtkommandant Ernst Martin hatte vom Sitz der Landesleitung (Wilhelm-Greil-Straße 10) aus die Aktivitäten koordiniert. Die Heimatwehr verfügte über Listen mit Namen bekannter Nationalsozialisten, anhand derer sie Geiseln nahm und sie in die Landesleitung brachte. Am Abend des 25. Juli erschoss der Heimatwehrmann Johann Tomaschek den Nationalsozialisten Josef Honomichl. Die Innsbrucker Staatsanwaltschaft wertete den Schuss als Notwehr und stellte die Voruntersuchungen ein. Das Regime wollte nun, vier Jahre später, Rache nehmen, den Mord aufklären und die Verantwortlichen verurteilen. Als Auftraggeber des Mordes galt der NSDAP der Direktor des Gaswerkes, der damals die Verantwortung für die Taten der Innsbrucker Heimatwehr trug.

Im August 1938 erhob die Staatsanwaltschaft gegen Ernst Martin, den Täter Johann Tomaschek und den Führer der Höttinger Gausturmkompanie Rudolf Penz Anklage wegen Mordes. Die drei hätten aus „persönlicher Rachsucht und hemmungslosem Verlangen nach Begehung so bestialischer Gewaltakte“ gehandelt.²⁸⁶ Am 21. November 1938 begann vor dem Innsbrucker Landesgericht der Prozess, den die NS-Presse, welche die drei schon verurteilt hatte, ausgiebig begleitete. Die NS-Zeitungen betitelten die Prozessberichte mit „Meuchelmord“, „Mordkomplott“ oder „Geiselmord“. Mit den drei stand im Prinzip das ganze System des Ständestaates vor Gericht, viele Zeugen hatten hohe Funktionen eingenommen. Der Prozess befriedigte die Rachegelüste des Regimes nicht, denn er zog sich, Zeugenaussage reihte sich an Zeugenaussage und Widersprüche mussten geklärt werden, so dass nach einigen Tagen das Gericht die Verhandlung vertagte. Ende Juni 1939 nahm es die Verhandlungen wieder auf und verurteilte den Täter Tomaschek und Rudolf Penz zum Tode durch Enthauptung, Ernst Martin wegen Mittäterschaft zu zehn Jahren schweren Kerkers.²⁸⁷

Sowohl Rechtsanwälte als auch Staatsanwalt erhoben Beschwerden, die das Verfahren in die Länge zogen. Schließlich wandelte das Reichsjustizministerium im August 1941 die Todesstrafe gegen Penz und Tomaschek in zehn Jahre Freiheitsstrafe um,²⁸⁸ die Innsbrucker Oberstaatsanwaltschaft hob das Urteil gegen Ernst Martin auf und verfügte seine Entlassung aus der Untersuchungshaft²⁸⁹. Frei kam Martin daraufhin aber nicht, denn schon im August 1938 hatte die Gestapo verlangt, ihn nach seiner Haftentlassung an sie zu überstellen.²⁹⁰ Martin überlebte bis Kriegsende verschiedene Konzentrationslager und übernahm dann wieder die Leitung des Gaswerkes.

Auf den ersten Blick harmlos muten die Vorgänge rund um den Gartenarchitekten Arnold Wallnöfer an, der in der Innsbrucker Stadtgärtnerei arbeitete. Ein System wie der Nationalsozialismus funktionierte auf der Basis von Verrat, was Wallnöfer schmerzlich zu spüren bekam. Im Juni 1938 betrat der illegale Nationalsozialist Wolfram Schlegel, ebenfalls bei der Stadtgärtnerei beschäftigt, das Büro und hörte Wallnöfer am Telefon sagen, er finde es schade,

²⁸⁶ Staatsanwaltschaft, Anklageschrift, 9.8.1938. Ebd.

²⁸⁷ Landesgericht Innsbruck, Urteil, 30.6.1939. Ebd.

²⁸⁸ Reichsministerium der Justiz, 6.8.1941. Ebd., Karton 3, Zl. IIIg 10b424/41g.

²⁸⁹ Oberstaatsanwaltschaft an Untersuchungsrichter am Landesgericht Innsbruck, 13.8.1941. Ebd., Zl. St 1226/38.

²⁹⁰ Gestapo an Oberstaatsanwaltschaft, 30.8.1938. Ebd., Karton 1, Zl. II-418/38.

dass die Fronleichnamsprozession nicht stattfinden dürfe.²⁹¹ Vor das städtische Bauamt geladen, gab Schlegel das zu Protokoll.²⁹² Oberbürgermeister Denz entließ Wallnöfer am 6. Juli 1938, weil er mit seinen Äußerungen die dienstliche Verpflichtung, „jederzeit rückhaltlos für den nationalsozialistischen Staat einzutreten“ nicht erfülle.²⁹³ Wallnöfer rechtfertigte sich, er habe die inkriminierte Äußerung „infolge Überarbeitung in nervöser Stimmung“ gemacht und bat um Gnade.²⁹⁴ Denz ließ sich erweichen und rief Wallnöfer zum Dienst zurück. Er musste bei einem Betriebsappell vor dem gesamten Personal seine Worte widerrufen und angeben, er habe seine Wiedereinstellung dem „Grossmut der NSDAP“ zu verdanken.²⁹⁵ Eine demütigende und letztlich sinnlose Geste, denn auf Veranlassung des Gauleiters – mittlerweile Franz Hofer – verlor Wallnöfer endgültig seine Stellung.

3. Die Ausgliederung städtischer Betriebe – die Gründung der Stadtwerke 1938–1940

Die reichsdeutschen Vorschriften über die Organisation von Gemeinden und die ihrer Betriebe erhielten nach und nach in der Ostmark Geltung. Im Oktober 1938 trat die Deutsche Gemeindeordnung in Kraft, wonach Mandatare auf Gemeindeebene nach dem Führerprinzip von oben nach unten zu bestellen waren. An der Spitze der Gemeindeverwaltung stand ein Bürgermeister, im Falle von Innsbruck ein Oberbürgermeister, an seiner Seite Beigeordnete und die Ratsherren. Ein Bürgermeister war weniger Politiker oder Interessenvertreter, sondern ehrenamtlicher Beamter, der „nationalsozialistische Haltung mit wirklichem Können und steter Einsatzbereitschaft verbindet“.²⁹⁶ Alle Funktionen waren „durch das Vertrauen von Partei und Staat“ zu besetzen, die Gliederungen der Partei (SA, NS-Volkswohlfahrt usw.) waren in ausreichendem Ausmaß zu benennen, die NSDAP vor Entscheidungen einzubinden. Im Falle der Gauhauptstadt Innsbruck entschied der Gauleiter selbst. Im Sinne der gewünschten Einheit von Partei und Staat war der Oberbürgermeister eng an Entscheidungsträger der NSDAP gebunden.

Im März 1939 genehmigte Gauleiter Hofer die Bestellung von Egon Denz als Oberbürgermeister, die seines ehemaligen Konkurrenten um die Gauleitung Edmund Christoph zum Bürgermeister, zu ehrenamtlichen Beigeordneten ernannte er den Magistratsdirektor Josef Öfner und den städtischen Betriebsdirektor Otto Wurmhöringer, als Ratsherren berief er 32 Männer der Partei und der Wirtschaft.²⁹⁷ Anfang September 1939 vervollständigte Walter Millonig als Stadtkämmerer das engere Gremium um Oberbürgermeister Denz.²⁹⁸

²⁹¹ Bundespolizeidirektion Innsbruck, Vernehmung des Beschuldigten Wolfram Schlegel, 30.6.1947. TLA, LG als VG Ibk, 10 Vr 3585/47.

²⁹² Bauamt, Protokoll, 21.6.1938. Ebd.

²⁹³ Oberbürgermeister an Wallnöfer, 6.7.1938. StAI, Sammel-A 264, Zl. MD 1940/1938. Die Papiere in diesem Sammelakt stammen vom Sohn des Entlassenen, Karlheinz Wallnöfer, der die Originalpapiere im September 2013 dem Stadtarchiv übergab.

²⁹⁴ Wallnöfer an Oberbürgermeister, 12.7.1938. StAI, Sammel-A 264.

²⁹⁵ Bundespolizeidirektion Innsbruck, Vernehmung des Zeugen Johann Kreutz, 8.7.1947; Vernehmung des Zeugen Rudolf Haller, 12.7.1947. TLA, LG als VG Ibk, 10 Vr 3585/47. Kreutz war bis zu seiner Pensionierung am 1.5.1939 Leiter der städtischen Gärtnerei; Haller war Stadtgärtner.

²⁹⁶ Neubesetzung der Gemeindeverwaltungen. Deutsche Gemeindeordnung in Kraft, in: *Innsbrucker Nachrichten*, 11.3.1939, 6; Ab 1. Oktober 1938: Einheitliches deutsches Reichsrecht in der Ostmark, in: *Innsbrucker Nachrichten*, 17.6.1938, 6.

²⁹⁷ Amtserinnerung, 8.3.1939. StAI, Akten MD 1941, Abschn. 35, Mp. Gemeindeführung – Bürgermeister, Beigeordnete, Ratsherren, Beiräte, Zl. 1110/1939.

²⁹⁸ StAI, NS-Registrierungsakt Walter Millonig.

Der als ehrenamtlicher Beigeordneter amtierende Otto Wurmhöringer erhielt mit 1. Dezember 1938 die Stelle eines Betriebsdirektors. Sein Aufstieg zum Generaldirektor der künftigen Stadtwerke verdankte er seinen engen NS-Verbindungen. Der 1899 geborene Wurmhöringer meldete im März 1932 direkt beim nachmaligen Gauleiter Franz Hofer seinen Eintritt in die NSDAP und erhielt die beeindruckend niedrige Nummer 1.384.503.²⁹⁹ Die Parteinummer war nicht nur damals wichtig – je niedriger, desto begehrter –, sondern auch nach Kriegende, als sie bewies, wie sehr und vor allem wir früh jemand dem Nationalsozialismus gefolgt war. Jene, die schon vor dem „Anschluss“ Mitglieder gewesen waren, belohnte die NSDAP einheitlich mit dem Beitrittsdatum 1. Mai 1938 und einer Nummer zwischen 6,1 und 6,6 Millionen (dem sogenannten „Ostmarkblock“). Eine niedrigere Nummer als eine aus dem „Ostmarkblock“ wies auf eine tiefere Verbundenheit und eine aktive Betätigung in der illegalen Zeit. Wurmhöringer erhielt nach dem „Anschluss“ seine alte Nummer wieder, weil er ein „jederzeit einsatzbereiter Nationalsoz.“ sei, „für Dienste jeder Art zur Verfügung“ stand, „grosse Fahrten mit seinem Auto stets kostenlos“ anbot, „ständig namhafte Spenden“ leistete und „in seinem Betrieb trotz grösster Schwierigkeiten nur Parteigenossen“ anstellte.³⁰⁰

1933 war Wurmhöringer Vertreter der Firma Shell AG, bereiste Westösterreich und war für die Geschäfte in Vorarlberg und Tirol zuständig. Er habe sich, so rechtfertigte er sich nach 1945, wegen seiner „Kenntnisse in der Wirtschaft“ und der Hoffnung auf „eine Besserung der wirtschaftlichen Lage in Österreich, damit auch ein Vorwärtskommen in meinem Beruf“ zu einem Beitritt in die NSDAP verleiten lassen. Bis 1936 lebte er in Innsbruck, baute sich ein Netz aus Bekannten und politischen Freunden, darunter Egon Denz, auf. 1936/37 arbeitete er bei Shell in Graz, zum Zeitpunkt des „Anschlusses“ war er Prokurist in der Wiener Zentrale. Die „Umbruchszeit“ habe er dort erlebt und feststellen müssen, „dass zwischen der Propaganda und der Wirklichkeit ein ungeheurer Unterschied bestand“. Das Treiben der Wiener Parteigenossen habe ihn abgestoßen, besonders die „Art der Judenverfolgung“ und das plötzliche Auftauchen von „Martyrer[n] der Systemzeit“. Seiner Fürsprache sei es zu verdanken, dass sich die „Arisierung“ der Firma Shell ohne größere Grausamkeiten und „reibunglos“ abwickeln ließ. Im Sommer 1938 habe ihn Denz in Wien besucht und ihm die Position eines Betriebsdirektors angeboten. Seine Tätigkeit in Innsbruck sei eine „wirtschaftliche und nicht politische gewesen“.³⁰¹ Zu bedenken ist, dass Wurmhöringer diese Zeilen nach Kriegsende schrieb und er sich einem Hochverratsprozess gegenüber sah. Seine Worte sind mit äußerster Vorsicht zu lesen, versuchte er doch, sich als ideologiefernen Kaufmann darzustellen und jegliche Beteiligung an Verbrechen des Nationalsozialismus entweder zu leugnen oder zu relativieren.

Im Dezember 1938 musste sich Wurmhöringer noch mit der Position eines Betriebsdirektors zufrieden geben, das heißt mit der kaufmännischen Führung der Lichtwerke, der Nordkettenbahn und der städtischen Kraftfahrlinien.³⁰² Unter letztere fiel die mit der Eingemeindung von Mühlau an die Stadt gefallene Autobuslinie der Gemeinde, die einen Kurs über die Dörfer nach Hall und bis in die Innsbrucker Innenstadt bot.³⁰³ Wurmhöringer erhielt 1.200 Reichsmark (RM) netto pro Monat, eine Wohnungszulage von 130 RM und gratis Strom, Gas und Koks,³⁰⁴ ein für diese Zeit durchaus beachtliches Salär. Er bezog damit das gleich hohe

²⁹⁹ Wurmhöringer, Rechtfertigung, o. D. StAI, NS-Registrierungsakt Otto Wurmhöringer.

³⁰⁰ NSDAP, Personal-Fragebogen, 25.5.1938. Ebd.

³⁰¹ Wurmhöringer, Rechtfertigung, o. D. Ebd.

³⁰² Gedächtnisprotokoll, 1.12.1938. StAI, Personalakt Wurmhöringer Otto.

³⁰³ Pitscheider, Privat oder Stadt, 62.

³⁰⁴ Gedächtnisprotokoll, 1.12.1938. StAI, Personalakt Wurmhöringer Otto.

Gehalt wie Oberbürgermeister Denz.³⁰⁵ Wurmhöringer war sogar besser gestellt, denn ihm stand eine jährlich neu zu bestimmende Bilanzremuneration zu. Die Wohnungszulage erhielt er allerdings nur, bis er eine eigene Wohnung gefunden hatte. Diese bot sich dann in der Gänsbacherstraße 5, eine Villa, die dem jüdischen Ehepaar Richard und Margarethe Graubart gehörte. Richard Graubart war eines der Todesopfer der Innsbrucker Pogromnacht, seiner Frau presste das Regime das Haus ab. Die Innsbrucker Arisierungsstelle unter Hermann Duxneuner verkaufte die Villa um 49.000 RM an Otto Wurmhöringer.³⁰⁶ Notwendige Reparaturen in der Höhe von 1.520 RM ließ er sich je zur Hälfte vom Gaswerk und dem EWI bezahlen. Die beiden Werke installierten unter anderem einen Heißwasserspeicher und einen E-Herd in der Küche oder eine E-Heizung im Bad.³⁰⁷

Die Frage, wie städtische Unternehmen zu führen waren, beschäftigte die Innsbrucker NS-Führung schon im Sommer 1938. Denz wies Mitte Juli 1938 die städtischen Abteilungen an, sich mit der Frage zu beschäftigen, „ob eine straffere Eingliederung der selbständigen städt. Unternehmungen“ für das Gesamtinteresse der Stadt nicht besser sei.³⁰⁸ Das städtische Bauamt unter dem illegalen Nationalsozialisten Anton Kininger wies in seiner Stellungnahme auf eine künftige Verordnung hin. Demnach seien die Lichtwerke „Betriebe erwerbswirtschaftl. Charakters“ und brauchten „eine gewisse Freiheit in finanzieller, wirtschaftlicher und personeller Hinsicht“. Sie sollten aber keinen „Staat im Staate bilden, wie es bei uns mitunter den Anschein“ habe.³⁰⁹ Im November 1938 verabschiedete das NS-Regime dann die NS-Eigenbetriebsverordnung, welche die Stellung kommunaler Betriebe „ohne Rechtspersönlichkeit“ regelte. Gemeint war, dass städtische Unternehmen keinen Gesetzen unterlagen, wie sie eine handelsrechtliche Organisation wie eine AG oder eine Gesellschaft mit beschränkter Haftung (GmbH) einhalten mussten.

Ab dem Jänner 1939 beschäftigte sich die Stadtverwaltung mit der Frage, wie die Verordnung zu interpretieren war. Die im NS-Jargon „Betriebsführer“ genannte oberste Position hatte der Bürgermeister, im Falle Innsbrucks, der Oberbürgermeister inne. Ihm zur Seite stand ein Beirat, der Stadtkämmerer hatte die finanzielle Überwachung zu verantworten. Das Vermögen der Eigenbetriebe war als „Sondervermögen der Gemeinde gesondert zu verwalten“, Wirtschafts- und Finanzpläne aufzustellen, Jahresbilanzen nach genauen Vorschriften und Jahresberichte zu legen.³¹⁰ In der Praxis hieß dies, dass die Stadtwerke wie ein Unternehmen zu organisieren war, das mit seinen Veröffentlichungspflichten an eine AG gemahnte. Im Falle der Innsbrucker städtischen Betriebe waren nur die Lichtwerke schon wie ein Eigenbetrieb organisiert, andere, den späteren Stadtwerken eingegliederte Aufgaben wie die der Wasserversorgung oder der Gärtnerei waren Unterabteilungen des Stadtbauamtes. Ihre Herauslösung aus dem städtischen Haushalt gestaltete sich durchaus kompliziert. In § 22 hielt die Verordnung fest, dass alle Versorgungs- und Verkehrsbetriebe einer Gemeinde in einen Eigenbetrieb auszulagern waren. Dieser Eigenbetrieb sollte den Namen Stadtwerke tragen. Die NS-Gesetzgebung fasste damit im Falle Innsbrucks einen großen Komplex unterschiedlichster Aufgaben in den Stadtwerken zusammen.

Trotz dieser an sich klaren Sprache herrschte in der Innsbrucker Verwaltung anfangs keine Einigkeit darüber, was nun in die Stadtwerke auszulagern war. Der Deutsche Gemeindegag,

³⁰⁵ Amtsvermerk, 21.2.1941. StAI, Akten MD 1941, Abschn. 35, Mp. Gemeindeführung – Bürgermeister, Beigeordnete, Ratsherren, Beiräte, Sonderumschlag Dienstbezüge des Oberbürgermeisters u. Bürgermeisters, Zl. 910/41.

³⁰⁶ Angaben entnommen TLA, Rückstellungskommission beim LG Innsbruck, Rk 189/48.

³⁰⁷ Magistratsdirektion an Gaswerk und EWI, 16.12.1938. StAI, Personalakt Wurmhöringer Otto.

³⁰⁸ Magistratsdirektion an Abteilungen, 18.7.1938. StAI, Abt. VI Bau 1938, Abschn. 11, Zl. 1884.

³⁰⁹ Anton Kininger an Magistratsdirektion, 31.8.1938. Ebd.

³¹⁰ Eigenbetriebsverordnung vom 21. November 1938. RGBI. 1938, Teil 1, 1650.

der in etwa die Aufgaben des früheren Städtebundes erfüllte, ließ Anfang Jänner 1939 Oberbürgermeister Denz wissen, dass nicht alle wirtschaftlichen Unternehmen in die Stadtwerke zu integrieren seien. Ausgenommen waren jedenfalls Aufgaben, zu denen die Gemeinde gesetzlich verpflichtet war, weiters Schulen, Sportanlagen sowie Einrichtungen der Gesundheitspflege und des Krankenwesens. Ausgenommen werden konnten auch städtische Betriebe mit „geringe[m] Eigenleben“ und „enge[r] Verknüpfung“ mit der Gemeindeverwaltung.³¹¹ Denz genügte diese Auskunft nicht und fragte anhand konkreter Beispiele nach, ob bestimmte städtische Betriebe nun in den Geltungsbereich der Verordnung fielen oder nicht. Innsbruck besitze fünf Bäder, darunter ein vom Gaswerk finanziertes und verwaltetes Hallenbad; die städtische Gärtnerei pflege nicht nur öffentliche Anlagen, sondern pflanze Gemüse für den Verkauf an; die Stadt unterhalte eine eigene Wäscherei und Desinfektionsanstalt, die auch für das Krankenhaus und die Wehrmacht arbeiteten; die Eisfabrik³¹² sei ein reines Erwerbsunternehmen; das Landgut Reichenau erzeuge Gemüse, ziehe Nutztiere auf und pflege das Flughafengelände.³¹³ Einzig die Eisfabrik und das Landgut kämen infrage, letzteres aber nur, wenn es für den privaten Markt produziere, antwortete der Gemeindegast.³¹⁴

Im März 1939 wies Oberbürgermeister Denz Wurmhöringer an, eine Zentralverwaltung für die ihm bisher als Betriebsdirektor unterstehenden Betriebe plus die Eisfabrik, die Stadtgärtnerei und die Wasserversorgung aufzubauen. Die drei letztgenannten Betriebe sollten nach und nach aus dem Stadtbauamt herausgelöst und in die Stadtwerke integriert werden.³¹⁵ Dieser Prozess zog sich über das ganze Jahr 1939, auch weil steuerrechtliche Fragen zu klären waren. Am 3. August 1939 verfügte der Oberbürgermeister, dass die Wasserversorgung mit sofortiger Wirkung an die Stadtwerke überging. Das gesamte Personal war zu überführen, ihr Gehalt ab dem 1. Jänner 1940 von den Stadtwerken zu tragen. Aus dienstrechtlichen Gründen war die Überleitung des Personals etwas kompliziert, weil vier Beamte, drei Vertragsangestellte und 28 Arbeiter davon betroffen waren.³¹⁶ Im selben Zeitraum ging auch die Stadtgärtnerei an die Stadtwerke über.³¹⁷ Über das Eiswerk liegen bedauerlicherweise keine Unterlagen vor, aber es dürfte unter der Leitung des Stadtbauamtes verblieben sein.

Das Stadtbauamt dürfte die Gärtnerei gerne abgegeben haben, befand sie sich doch in einem beklagenswerten Zustand. Die damals am Sillspitz eingerichtete Anlage entsprach, wie eine Betriebsbesichtigung im Feber 1939 ergab, keinesfalls den nationalsozialistischen Ansprüchen an sanitär einwandfreie Verhältnisse. Die zwei Aborte „bestehen aus Bretterwänden, sind rückwärts zum Teile offen und haben nur eine rundes Loch als Sitzgelegenheit. Die Fekalien [sic] fallen direkt ins Freie.“ In der Gartenanlage stehe eine Werkstatt „mit einem sogenannten Gemeinschaftsraum“, eine „vollkommen baufällige Holzhütte, deren Konstruktion nahezu gänzlich verfault ist“. Im Gemeinschaftsraum sei zwar ein Herd, „auf welchem sich die Gärtner ihre Speisen wärmen können, doch wird gleichzeitig Schweine- und Hundefutter

³¹¹ Dienststelle des Deutschen Gemeindetages beim Reichskommissar für die Wiedervereinigung Österreichs mit dem Deutschen Reich an Oberbürgermeister/Leiter Stadtwerke, 2.1.1939. StAI, Akten MD 1939, Abschn. 54, Zl. 208.

³¹² Das 1901 als städtischer Betrieb eingerichtete Eiswerk produzierte und verkaufte Eis in Blöcken, das bis zur Ausstattung der Haushalte mit Kühlschränken der Lebensmittelkühlung diene.

³¹³ Oberbürgermeister an Dienststelle des Deutschen Gemeindetages, 13.1.1939. StAI, Akten MD 1939, Abschn. 54, Zl. 208.

³¹⁴ Dienststelle des Deutschen Gemeindetages beim Reichskommissar für die Wiedervereinigung Österreichs mit dem Deutschen Reich an Oberbürgermeister, 6.2.1939. Ebd., Zl. 208/698.

³¹⁵ Oberbürgermeister an Wurmhöringer, 22.3.1939. Ebd., Zl. 208/1363.

³¹⁶ Oberbürgermeister an Magistratsdirektion, 3.8.1939. Ebd., Zl. 208/3438.

³¹⁷ Es liegt keine explizite Verfügung vor, aber aus einem Schreiben der Magistratsdirektion an die Stadtwerke, in dem Unterlagen der Wasserversorgung und der Stadtgärtnerei übermittelt wurden, lässt sich dies ableiten. Magistratsdirektion an Stadtwerke, 8.1.1940. Ebd., Zl. 208/3438.

auf diesem gekocht“. Bis spätestens Herbst 1939 müssten Aborte, Duschen, eine Garderobe mit absperrbaren Spinden und ein den Gesetzen entsprechender Gemeinschaftsraum errichtet werden.³¹⁸ Die Abgabe der Abteilung Wasserversorgung dürfte dem Bauamt schwerer gefallen sein, denn die Abteilung Kanalbau verblieb weiterhin bei ihm. Der Abstimmungsbedarf mit der nun ausgegliederten Abteilung war wohl, gerade angesichts der umfangreichen Bauarbeiten, kompliziert.

In die Stadtwerke eingegliedert werden sollte die von der Stadt Innsbruck mehrheitlich erworbene Lokalbahn AG. An der Gesellschaft, die in Innsbruck die Straßenbahnen und einige Buslinien unterhielt, war die Stadt Innsbruck bis ins Frühjahr 1939 nur mit rund 10 % vertreten. Oberbürgermeister Denz wollte „die Verkehrsunternehmungen nach öffentlichen Gesichtspunkten und nicht nach rein privatwirtschaftlichen“ ausrichten und die Aktienmehrheit aufkaufen. Dies gelang ihm im April 1939. In seinem Auftrag kaufte die Lokalbahn dann die privat betriebenen Autobuslinien an.³¹⁹ Als Aktiengesellschaft unterlag die Lokalbahn eigenen gesetzlichen Bestimmungen und nicht denen der Eigenbetriebsverordnung, war also nicht zur Gänze in die Stadtwerke zu integrieren.

Mitte Juli 1939 präsentierte Wurmhöringer seine Vorstellungen über deren künftige Organisation. Für die Lokalbahn AG war nur die Geschäftsführung zu übernehmen, rechtlich blieb sie unabhängig. Für die anderen Betriebe strebte Wurmhöringer eine möglichst vereinheitlichte und vereinfachte Verwaltung an, legte Buchhaltungen, Lohnbüros und Kassen zusammen und schuf Zentralstellen: eine Zentralbuchhaltung mit einer gemeinsamen Hauptkassa, ein Personalbüro mit Lohn- und Gehaltsverrechnung, eine Rechnungsstelle für alle Lieferungen und Leistungen der Neben- und Hilfsbetriebe und ein zentrales Einkaufsbüro.³²⁰ Die Leitung übergab er Ende August 1939 treuen Parteigenossen: die Buchhaltung Hans Messner, das Personalbüro Anton Handler, die zentrale Einkaufsstelle Franz Nicklas und die Rechnungsstelle Ferdinand Gold.³²¹

Hans Messner war schon im Mai 1933 der NSDAP beigetreten. Seine im März 1946 verfasste Rechtfertigung liest sich wie so viele beschönigende Darstellungen vergangener Fehler. Als Grund für seinen frühen Beitritt gab er an, er sei von einem Kollegen im Betriebsrat dazu animiert worden und habe nur Direktor Attlmayr, der in der NS-Zeitung *Roter Adler* als Christlich-Sozialer gebrandmarkt worden sei, schützen wollen. Politisch betätigen wollen habe er sich nie, nur „ideelle Beweggründe“ hätten ihn „in gänzlicher Verkennung der Zielsetzung der Führung der NSDAP“ dazu getrieben. Die Funktion als Blockleiter sei ihm aufgezwungen worden, er hätte sich dagegen gewehrt.³²² Anton Handler war der Mann, der sich im Frühjahr 1938 beworben hatte und auf eine beeindruckende NS-Karriere verweisen konnte (siehe S. #). Sein früher Beitritt im April 1933 bescherte ihm die Nummer 1.525.521 und eine Karriere.³²³ Der schon viele Jahre im EWI tätige Ferdinand Gold meldete seinen Beitritt im Juni 1938, gezwungenermaßen, wie er nach Kriegsende behauptete, und um seiner Entlassung zu entgehen. Einen nationalen Einschlag wies aber auch er auf, weil er bis 1934 Mitglied im Verein der Deutschen aus Schlesien und Mähren war, der als „nationaler Schutzverein“ agierte.³²⁴

³¹⁸ DAF/Abt. Schönheit der Arbeit an Betriebsführung Stadtgärtnerei, 10.2.1939. StAI, Abt. VI Bau, Abschn. 11, Zl. 602.

³¹⁹ Zu den Vorgängen um den Erwerb der Aktienmehrheit und den Ankauf der Autobuslinien siehe Pitscheider, Privat oder Stadt, 49–62.

³²⁰ Otto Wurmhöringer, Stadtwerke Innsbruck, in: *Amtsblatt der Gauhauptstadt Innsbruck*, Nr. 7, 15.7.1939, 1 f.

³²¹ Wurmhöringer an Oberbürgermeister, EWI, Gaswerk, Wasserwerk, Gärtnerei, Nordkettenbahn, Lokalbahn, 31.8.1939. StAI, Akten MD 1939, Abschn. 54, Zl. 208.

³²² Hans Messner an Bürgermeister, 4.4.1946. StAI, NS-Registrierungsakt Hans Messner.

³²³ StAI, NS-Registrierungsakt Anton Handler.

³²⁴ StAI, NS-Registrierungsakt Ferdinand Gold.

Franz Nicklas trat im April 1933 bei, was er nachträglich leugnete, und engagierte sich als Bewohner der Lohbachsiedlung im Siedlerbund. Im März 1938 ernannte ihn das NS-Regime zum kommissarischen Vorsitzenden der Arbeiterkammer,³²⁵ was hieß, dass ihn die NSDAP als Parteigänger anerkannte. Mit 10. Juni 1938 löste der Stillhaltekommissar für Vereine, Organisationen und Verbände die Arbeiterkammer auf, und Nicklas verlor seinen Posten.³²⁶ In den Stadtwerken übernahm er Mitte September 1938 nicht nur die zentrale Einkaufsstelle und die im Juni 1939 geschaffene Planwirtschaftsstelle, sondern stieg zum Hauptbetriebsobmann der DAF auf, war damit prinzipiell für alle Personalangelegenheiten zuständig. Die DAF übernahm die Aufgaben der Gewerkschaften, statt einer gewählten Personalvertretung oder einem Betriebsrat waren auf betrieblicher Ebene der von ihr bestellte Betriebsobmann und ebenso bestellte Vertrauensmänner mit täglichen Sprechstunden Ansprechpartner. Mehr als der ständestaatliche Gewerkschaftsbund versuchte die DAF, das gesamte Leben und die Gesinnung zu kontrollieren. Die DAF unterstand direkt der NSDAP, arbeitete ihr zu und übte eine umfassende Kontrolle auf betrieblicher Ebene aus. Sie organisierte betriebliche Schulungen oder Freizeitaktivitäten und richtete Weihnachtsfeiern aus. Auf der anderen Seite meldete sie dem „Betriebsführer“ oder direkt der Gestapo Widersetzlichkeiten am Arbeitsplatz. Unter „Widersetzlichkeit“ war jedes nicht genehme Verhalten zu verstehen, etwa Schimpfen über die allgemeine Lage oder gar über politische Größen oder Erzählen politischer Witze genauso wie zu geringes Arbeitstempo oder Beschädigungen von Arbeitsgeräten, was unter Sabotage fiel. Nicht nur die „Vertrauensmänner“ der DAF überwachten das Personal, dieses beobachtete sich selbst, denn wie jedes totalitäre System profitierte das NS-Regime von DenunziantInnen. Nicklas war als Hauptbetriebsobmann der DAF einer der wichtigsten Exponenten des Regimes in den Stadtwerken.

Zu Wurmhöringers Assistent stieg im Mai 1939 der Jurist Richard Lorenzi auf, der von März 1938 bis Anfang Jänner 1939 die Geschäfte der NS-Kreisleitung Innsbruck geführt hatte. Mit einer Nummer aus dem „Ostmark-Block“ – 6.240.839 –, der Medaille zur Erinnerung an den „Anschluss“ ausgezeichnet, als „verdienter Kämpfer“ geehrt und als stellvertretender Standardenführer der SA Innsbruck gehörte er zweifellos zur lokalen NS-Elite. Als er Ende Jänner 1941 die Stadtwerke verließ und in das Gauwirtschaftsamt wechselte, lobte ihn Wurmhöringer „wegen seiner charakterlichen“ und „einwandfreien NS-Gesinnung“.³²⁷ Wurmhöringer achtete während seiner gesamten Amtszeit darauf, sich mit Nationalsozialisten zu umgeben und als „Betriebsführer“ der ihm unterstellten Unternehmen überzeugte Parteigenossen zu ernennen. Als Lorenzi 1941 ausschied, stellte Wurmhöringer den Ing. Hermann Duxneuner als seinen Assistenten ein, der dann als solcher ins Gaswerk wechselte. Duxneuner war Leiter der „Arisierungsstelle“ gewesen, mit dem Wurmhöringer den Kauf seiner Wohnung verhandelt hatte. Mit ihm zog ein weiterer hochrangiger überzeugter Nationalsozialist in die oberste Führungsebene der Stadtwerke ein. Der NSDAP beigetreten war er im Mai 1933, 1936 der SS.³²⁸

Oberbürgermeister Egon Denz war nominell „Betriebsführer“, ihm zur Seite stand ein aus dem Kreis der Ratsherren gebildeter Beirat von acht Personen.³²⁹ Ob und wenn ja in welcher Weise sie wie in die Geschäfte der Stadtwerke eingriffen, kann mangels Akten nicht beantwortet werden. Eingedenk des autoritären Führerprinzips ist jedoch davon auszugehen, dass Denz

³²⁵ Die neue Leitung der Tiroler Arbeiterkammer, in: *Innsbrucker Nachrichten*, 15.3.1938, 8.

³²⁶ Kommissar für die ehemalige Kammer für Arbeiter und Angestellte in Innsbruck an Franz Nicklas, 28.6.1938. StAI, NS-Registrierungsakt Franz Nicklas.

³²⁷ StAI, NS-Registrierungsakt Richard Lorenzi; Bewerbungsunterlagen in StAI, Akten MD 1939, Abschn. 7, Zl. 2456.

³²⁸ Elisa Koller, SS-Unterscharführer Ing. Hermann Duxneuner, in: Thomas Albrich (Hg.), *Die Täter des Judenpogroms 1938 in Innsbruck*, Innsbruck–Wien 2016, 43–45, hier: 43.

³²⁹ Genannt im Jahresbericht 1941. StAI, ohne Sign.

Organisationsplan der „Stadtwerke Innsbruck“ und angegliederten Arbeitsgebiete

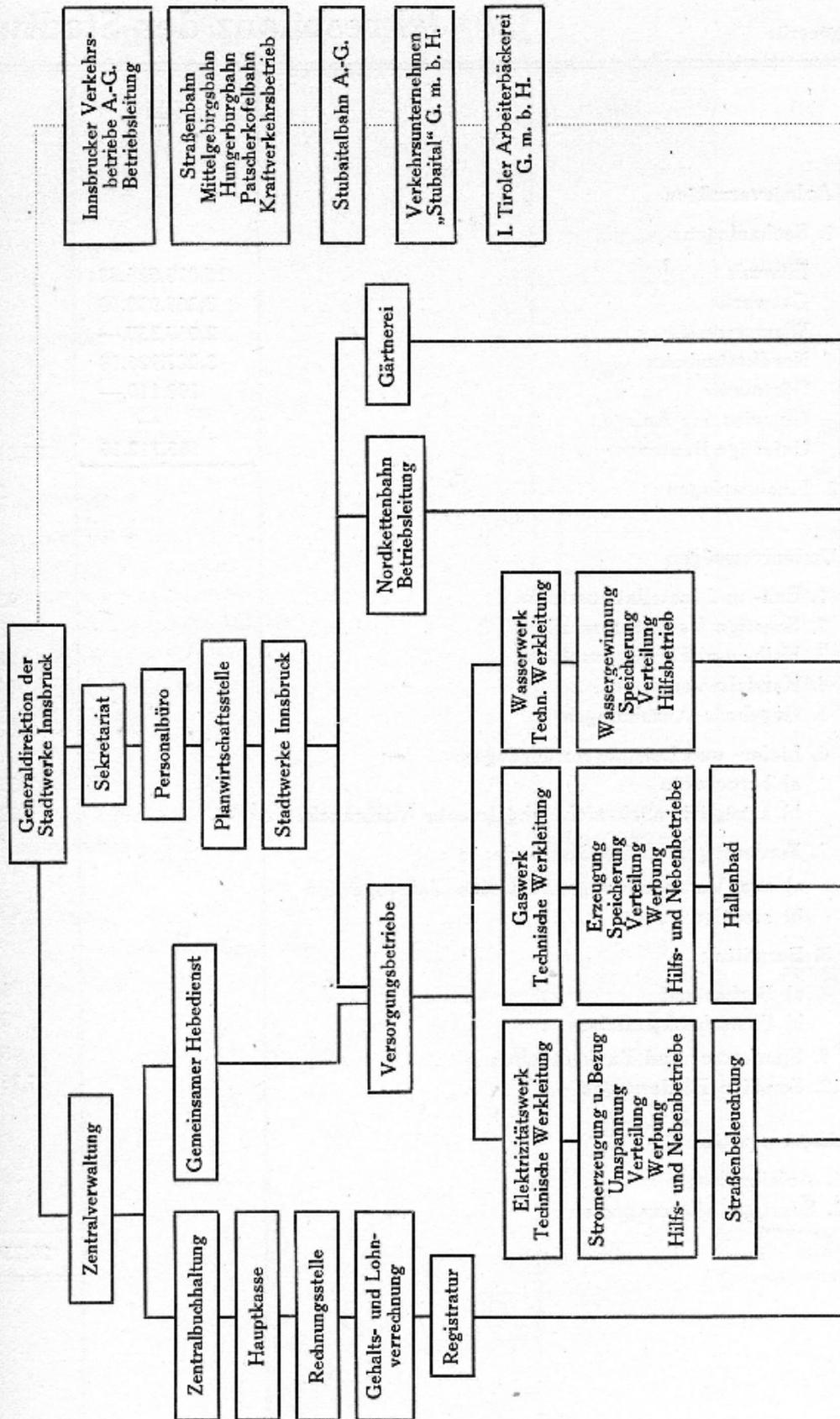


Abb. 40: Organisationsplan der Stadtwerke Innsbruck. StAI, Jahresbericht 1941, ohne Sign.

und Wurmhöringer die bestimmenden Personen waren und blieben und sich selten und nur dann, wenn es sich rechtlich nicht umgehen ließ, des Beirats bedienten.

Otto Wurmhöringer, der ab Dezember 1941 den Titel Generaldirektor trug,³³⁰ war mit einer enormen Machtfülle ausgestattet, da er für das Tagesgeschäft aller ihm unterstellten Betriebe zuständig war. Ihm unterstanden das Elektrizitäts-, Gas- und Wasserwerk, das Hallenbad an der Amraserstraße, die Gärtnerei und die Nordkettenbahn. Mit 1. Jänner 1940 waren die Formalia beim Handelsgericht erledigt, die Lichtwerke existieren nicht mehr und die Stadtwerke firmierten unter ihrem neuen Namen mit den unterstellten Betrieben.³³¹ Wurmhöringer untergeordnet waren zudem Betriebe, die im Laufe der Jahre 1940 und 1941 in den Besitz der Stadt Innsbruck kamen. Die Stadtwerke besorgten die Buchhaltung, Personalverwaltung und -verrechnung der ETAB sowie die Zentralverwaltung der angegliederten IVB, Stubaitalbahn und der Verkehrsunternehmung Stubaital. Abbildung 40 zeigt den komplizierten Organisationsplan der Innsbrucker Stadtwerke. Von Herbst 1943 an arbeitete Wurmhöringer im Auftrag des Gauleiters auch noch in der Operationszone Alpenvorland, dem von der Wehrmacht besetzten Südtirol. Er war dort für Wirtschaftsangelegenheiten zuständig, wofür er noch einmal Geld erhielt.

Exkurs 2: Die Erste Tiroler Arbeiterbäckerei

Schon seit September 1939 führte Wurmhöringer die Geschäfte der ETAB, die seit 1934 unter enormem politischen Druck stand und schon wesentliche Veränderungen erfahren hatte. Der als Genossenschaft organisierte Betrieb galt als sozialdemokratische Organisation und fiel damit ab dem Feber 1934 unter verstärkte politische Überwachung. Wesentliche Anteile gingen an die Großeinkaufsgenossenschaft österreichischer Consumvereine (GöC) über.³³² In der 1905 gegründeten GöC durften ab 1934 nur mehr Mitglieder der Vaterländischen Front Funktionen übernehmen. Die Geschäftsführung der ETAB berührte diese Vorgabe wenig, denn weiterhin amtierte der Sozialdemokrat Johann Orszag als Geschäftsführer, lediglich in der Führungsebene der Genossenschaft ergaben sich personelle Änderungen. Mit einem Zeitungsinserat versuchte die ETAB im Feber 1934, ihre Kundschaft und wohl auch sich selbst zu beruhigen (Abb. 41).



Abb. 41: Aufruf der Ersten Tiroler Arbeiterbäckerei, in: *Innsbrucker Nachrichten*, 21.2.1934, 10.

³³⁰ Magistratsdirektion an alle Abteilungen, 24.12.1941. StAI, Karton Dekrete 1938–1944.

³³¹ Stadtwerke Innsbruck, Zur Information, o. D. StAI, Akten MD 1940, Abschn. 54, Zl. 2722.

³³² Karl Eller, Die Erste Tiroler Arbeiterbäckerei, in: „Mehr als Brot!“ Die Geschichte der Ersten Tiroler Arbeiterbäckerei (ETAB), hg. Stadtarchiv/Stadtmuseum Innsbruck, Innsbruck in Druck 2019/20, 67–71 (vorläufig).

Das NS-Regime gab sich mit dieser typisch österreichischen Lösung – Weiterbestand der Genossenschaft, weitgehende personelle Kontinuität – nicht zufrieden. Alle Vereine, Verbände und Organisationen unterstanden nach dem „Anschluss“ einem Stillhaltekommissar, der in Zusammenarbeit mit der NSDAP entschied, ob ein kommissarischer Verwalter einzusetzen war, welcher NS-Organisation im Falle einer Auflösung das Vermögen zufiel oder welcher der bestehende Verein einzugliedern war. Die GöC und die ETAB als Genossenschaft fielen in den Verantwortungsbereich des Stillhaltekommissars.

Im März 1938 setzte der Stillhaltekommissar für Vereine, Organisationen und Verbände mit Emil Steinfelder einen kommissarischen Verwalter an die Spitze der GöC.³³³ An diesen berichtete in den folgenden Wochen und Monaten auch die ETAB. Nach dem „Anschluss“ herrschte kurzzeitig Verwirrung, welcher der sich aufdrängenden NS-Parteigänger nun eine wesentliche Rolle in der Führung der ETAB übernehmen sollte. Am 27. April 1938 präsentierte sich der erst 21-jährige Josef Reindl beim Geschäftsführer Johann Orszag und gab an, Gauleiter Christoph habe ihn zum kommissarischen Leiter bestimmt. Am nächsten Tag erschien ein gewisser Siegfried Norer, Mitglied der NS-Handels- und Gewerbeorganisation (NS-HAGO), und behauptete dasselbe. Nach Gesprächen zwischen der Landeshauptmannschaft, der DAF und der NS-HAGO kristallisierte sich Norer als kommissarischer Verwalter heraus.³³⁴ Hintergrund der Querelen war die Streitfrage, ob die DAF oder die HAGO die Oberhand über die ETAB gewinnen sollte, war also eines von mehreren typischen Beispielen, wie sehr NS-Organisationen um die Vorherrschaft und die Macht konkurrierten.

In diese unruhige Zeit platzte ein Bericht, der die Verhältnisse in der ETAB beschrieb. Der Leiter Johann Orszag sei ein

„durch und durch überzeugter internationaler Marxist, der niemals von dieser seiner Überzeugung lassen wird, und lediglich äusserlich [...] nach allen Seiten sich gut zu stellen versuchen wird. So hat er dies in der Systemzeit der vergangenen Jahre gemacht und so wird er es auch heute halten.“

Im Betrieb seien bis auf wenige Ausnahmen nach wie vor hauptsächlich Marxisten beschäftigt. Der als Werkmeister beschäftigte Bäcker sei „ein charakterlich ganz minderwertiges, ausserdem vollkommen asoziales Element, das absolut aus dem Betrieb entfernt gehört“. Einzig der Buchhalter sei „einwandfrei national eingestellt“, habe aber, um seinen Posten behalten zu können, kurzzeitig ins „rote Lager“ wechseln müssen, habe sich „von seinem Irrwahn wieder vollkommen entfernt“ und stehe dem Nationalsozialismus „mit Vorbehalten, absolut ehrlich“ gegenüber. Bis auf ihn bestehe der Vorstand nach wie vor aus Sozialdemokraten, was dringend geändert gehöre.³³⁵

Mitte Mai kam ein Beauftragter des Staatskommissärs für die Privatwirtschaft in die ETAB und besprach die künftige Führungsstruktur. Ihn begleitete ein gewisser Wilhelm Töpfer, Bäckermeister von Beruf, der nach dem Willen der NSDAP und auf Drängen der Gauleitung als Betriebsführer eingesetzt wurde. Orszag sollte weiterhin Geschäftsführer sein und

³³³ Verena Pawlowsky/Edith Leisch-Prost/Christian Klösch, Vereine im Nationalsozialismus. Vermögensentzug durch den Stillhaltekommissar für Vereine, Organisationen und Verbände und Aspekte der Restitution in Österreich nach 1945 (Veröffentlichungen der Österreichischen Historikerkommission Bd. 21/1), Wien–München 2004, 180–184.

³³⁴ Mitteilung an Emil Steinfelder, 29.4.1938. TLA, Zunft- und Firmenarchiv ETAB, Sign. 15.1. Norer war seit Juni 1932 Mitglied der NSDAP. StAI, NS-Registrierungsakt Siegfried Norer.

³³⁵ Bericht, o. D. (April 1938). TLA, Zunft- und Firmenarchiv ETAB, Sign. 15.2.

als Obmann der Genossenschaft amtieren.³³⁶ Orszag, der sein ganzes Berufsleben der sozialdemokratischen Idee und der Genossenschaft ETAB gewidmet hatte, sah sein Lebenswerk und seine persönliche Sicherheit bedroht, und als ihn ein illegaler Nationalsozialist wegen behaupteter finanzieller Unregelmäßigkeiten auch noch anzeigte, erhängte er sich am 21. Mai 1938 am Dachboden der Fabrik.³³⁷

Im September 1939 kam es nun zur Einsetzung von Otto Wurmhöringer als Geschäftsführer der ETAB. Dem voraus ging eine Einigung, wonach die Stadt Innsbruck die Hälfte der Genossenschaftsanteile von der GöC übernahm. Bei einer außerordentlichen Generalversammlung am 18. Dezember 1940 gingen nach „zäh geführte[n] Verhandlungen“ alle 365 Anteile an die Stadt Innsbruck über.³³⁸ Die Stadt Innsbruck hatte auch aus rechtlichen Gründen kein Interesse daran, eine Genossenschaft zu führen, weshalb sie sie in eine Gesellschaft mit beschränkter Haftung umwandelte. Am 6. Jänner 1941 vermerkte das Handelsregister beim Amtsgericht Innsbruck die Änderung.³³⁹ Im Frühjahr 1941 ließ die als „Genossenschaft in Liquidation“ geführte ETAB ihre Gewerbescheine umschreiben, von Genossenschaft auf eine GmbH.³⁴⁰ Der 1938 eingesetzte Töpfer genoss noch immer die Gunst der NSDAP, die nichts gegen seine Bestellung zum Betriebsleiter einzuwenden hatte.³⁴¹

Mit Jahreswende 1940/41 war die Geschichte der Genossenschaft zu Ende, die der ETAB ging als GmbH weiter, sie stand bis nach Kriegsende unter dem Dach und der Verwaltung der Stadtwerke.

Exkurs 3: Die Innsbrucker Verkehrsbetriebe und die Stubaitalbahn

1939 hatte Wurmhöringer schon die Geschäftsführung der Lokalbahn AG, der von ihr angekauften privaten Autobuslinie und die in den Betrieb integrierte Kraftverkehr Mühlau übernommen. Denz gab sich aber mit der wichtigsten der Verkehrsgesellschaften nicht zufrieden. Im November 1940 übernahm die Stadt Innsbruck die dem Land Tirol, nun dem Gau, gehörende Patscherkofelbahn AG. Mit Rechtswirkung 1. Jänner 1941 schmolzen die Lokalbahn AG und die Patscherkofelbahn AG rechtlich zu einer neuen Gesellschaft zusammen, den Innsbrucker Verkehrsbetrieben AG (IVB).³⁴²

Die Patscherkofelbahn AG hatte trotz ihres kurzen Lebens schon eine bewegte Vergangenheit hinter sich. Nach jahrelangen Vorarbeiten hatte ein Zusammenschluss von Privaten, der Gemeinde Schwaz und der Gemeinde Igls, im März 1927 den Bau einer Seilschwebebahn auf den Patscherkofel ausgeschrieben. Zeitgleich ließ die Stadt Innsbruck die Nordkettenbahn bauen, weshalb sie sich nicht an der auf den Patscherkofel beteiligen konnte und wollte. Die Gemeinde Schwaz war deshalb an diesem Bau interessiert, weil sie für ihr E-Werk in Vomperbach Großabnehmer suchte und die südlichen Mittelbergsgemeinden beliefern wollte. Das wollte auch das EWI, das aber gegenüber Schwaz unterlag. Der Bau geriet um ein Vielfaches teurer als geplant und stürzte die beteiligten Finanziere zuerst in eine Krise, dann in den Ausgleich und schließlich in den Konkurs. Um die Gemeinden vor der Insolvenz zu schützen, verabschiedete der Tiroler Landtag den Gemeindeausgleichsfonds, wonach künftig alle Tiroler

³³⁶ Mitteilung an Emil Steinfeldler, 13.5.1938. Ebd., Sign. 15.4.

³³⁷ Eller, Arbeiterbäckerei, 73.

³³⁸ Geschäftsbericht 1940 der Ersten Tiroler Arbeiterbäckerei reg. Gen.m.b.H. in Liqu. Innsbruck-Mühlau, März 1941. StAI, Akten des Oberbürgermeisters 1942–1945, U G.-A. 9-8 OB 1945.

³³⁹ Amtsgericht Innsbruck, 6.1.1941. StAI, MA I (Gewerbe) 1941, Abschn. 2, Zl. 3848.

³⁴⁰ ETAB an Oberbürgermeister, 12.5.1941. Ebd.

³⁴¹ NSDAP/Kreisleitung Innsbruck an Oberbürgermeister, 24.7.1941. Ebd., Zl. 3850.

³⁴² Pitscheider, Privat oder Stadt, 62–65.

Gemeinden einen bestimmten Prozentsatz der ihnen zustehenden Mittel aus dem Finanzausgleich zahlen sollten, um „notleidenden Gemeinden“ zu helfen. 1930 bewegte das Land Tirol die Konzessionäre, auf ihre Anteile an der Bahn zu verzichten, und übernahm sie im Sommer des Jahres. Das Land gründete im Jänner 1931 die Patscherkofelbahn AG, in deren Führung im März 1938 Nationalsozialisten einzogen. Die damals noch selbständige Gemeinde Iglis litt unter den hohen, vom Bahnbau gebliebenen Schulden. Es gelang ihr nicht, diese auszugleichen, so dass Landrat (= früher Bezirkshauptmann) Hans Hirnigel schon im September 1940 vorschlug, Iglis und Vill entweder nach Innsbruck einzugemeinden oder mit Reichszuschüssen zu sanieren. Mit Wirksamkeit 1. April 1942 übernahm schließlich Innsbruck die beiden Mittelgebirgsgemeinden. Das NS-Parteiorgan, die *Innsbrucker Nachrichten*, benannte als Hauptgrund dafür die Schulden der Patscherkofelbahn, welche die Gemeinde Iglis „vollends zugrunde“ gerichtet hätten. Mit der Eingemeindung übernahm und bezahlte die Stadt Innsbruck die restlichen Schulden von rund 250.000 RM.³⁴³

Im Dezember 1941 erwarb die Stadt Innsbruck auch noch die Aktienmehrheit an der Stubaialbahn AG, der eine Autobuslinie angeschlossen war. Eine Fusion mit der IVB scheiterte, weil das Reichsverkehrsministerium die als Eisenbahn definierte und rechtlich so zu behandelnde Aufsicht über die Stubaialbahn nicht aufgeben wollte.³⁴⁴

Rein rechtlich gehörten der Stadt nun drei getrennte Gesellschaften, die IVB, die Stubaialbahn und das Verkehrsunternehmen GmbH (Autobuslinie ins Stubaital). Um eine möglichst einheitliche Personalpolitik und Verwaltung zu garantieren, unterstellte Denz alle drei den Stadtwerken. Aktienrechtliche Vorschriften erzwangen die Bestellung von Vorstand und Aufsichtsrat, den Oberbürgermeister Denz mit Vertrauensleuten und überzeugten Nationalsozialisten besetzte. Zum Vorstandsvorsitzenden beider AGs nominierte Denz den Generaldirektor der Stadtwerke Otto Wurmhöringer, bei beiden fungierte der Vater des Gauleiters und ehemaliger Großaktionär der Lokalbahn, Franz Hofer sen., als Stellvertreter. Die restlichen Posten verteilten sich großteils auf Angestellte des Stadtmagistrats, die der lokalen Partielite angehörten.

Exkurs 4: Die Aktien der TIWAG

War der Aufbau der Stadtwerke aus NS-Sicht eine Erfolgsgeschichte, bedeutete der Verkauf der TIWAG-Aktien gegen den anfänglichen Widerstand von Oberbürgermeister Denz eine schwere Niederlage für die Stadt Innsbruck. Zur Erinnerung: 1938 hielt die Stadt Innsbruck einen Aktienanteil von 49 %, das Land Tirol 2 %, der Rest war im Besitz der Finanzgruppe und privater Investoren.³⁴⁵

In einem neunseitigen, mit 2. August 1938 datierten Aktenvermerk hielt Egon Denz die Vorkommnisse rund um den Verkauf der Aktien fest: Im April 1938 folgte er der Einladung von Handelsminister Hans Fischböck nach Wien. Der Minister teilte ihm mit, das Reich wolle die im Stadtbesitz befindlichen Aktien der TIWAG kaufen, auch Hermann Göring, Beauftragter für den Vier-Jahres-Plan, sei „mit allem Nachdruck“ dafür. Innsbruck möge „möglichst rasch“ seine Aktien an den Staatskonzern Vereinigte Industrieunternehmungen AG (VIAG) mit Sitz

³⁴³ Informationen zusammengefasst aus: Sabine Pitscheider, Die Patscherkofelbahn 1924/25–1941, Studie, erstellt im Auftrag der Geschäftsführung der Patscherkofelbahn, September 2018. Die Studie über das finanzielle und bauliche Desaster ist leider immer noch nicht frei gegeben.

³⁴⁴ Pitscheider, Privat oder Stadt, 65–73.

³⁴⁵ Horst Schreiber, Wirtschafts- und Sozialgeschichte der Nazizeit in Tirol (Geschichte & Ökonomie Bd. 3), Innsbruck 1994, 69.

Berlin verkaufen, und zwar zum Nennwert. Denz sah in einem Verkauf eine „mehr als unpopuläre Massnahme, da jeder Innsbrucker auf den Besitz des Achenseewerkes stolz sei“. Zum Nennwert wollte er die Aktien keinesfalls verkaufen, mehr noch wollte er dafür eine umfassende Entschuldung der Stadt bzw. Hilfe des Reiches bei einer Umschuldung. Bei einem weiteren Treffen sagte Fischböck diese zu und verlangte wiederum einen raschen Verkauf, weil gleich danach eine Kapitalerhöhung stattfinden müsse, um das geplante Kraftwerk in Kirchbichl und den Ausbau im Zillertal beginnen zu können. Denz könne doch nicht das „Odium“ auf sich nehmen, den Ausbau der Wasserkräfte verhindert zu haben. Bei einer Unterredung mit Vertretern der VIAG argumentierte der Direktor der TIWAG, Robert Steiner, für den Verkauf, wobei „er sich insbesondere redlich Mühe gab, den Wert der Aktien möglichst niedrig darzustellen und in krassesten Farben die Folgen meiner Weigerung ausmalte“. Von Steiner fühlte sich Denz hintergangen, „die Kluft zwischen den beiderseitigen Streitpunkten“ sei unüberbrückbar gewesen, die Verhandlungen scheiterten. Denz sah sich in der Folge einem ständigen „Trommelfeuer von allen möglichen Wiener Stellen“ ausgesetzt, auch Gauleiter Hofer intervenierte. Tenor war jeweils, die Forderungen der Stadt seien übertrieben, sie verhindere den „Ausbau der Wasserkräfte zum Schaden des gesamten Reiches“. Denz hatte nämlich nicht nur mehr als den Nennwert, sondern auch die Ablösung des Heimfallsrechts verlangt.³⁴⁶ Mit dem Heimfallsrecht hatten sich öffentliche Stellen bei privaten Investitionen abgesichert, wonach der benützte Grund oder Wasser, kurz die öffentliche Ressource, nach einer gewissen Zeit, die normalerweise in Jahrzehnten bemessen war, an die öffentliche Hand zu bestimmten Bedingungen zurückfallen müsse. Dies war etwa so beim Gaswerk, auch beim ersten E-Werk in Mühlau. Vertraglich hatte sich die Stadt Innsbruck bei der Errichtung der TIWAG ein umfassendes Heimfallrecht ausbedungen.

Robert Steiner war mittlerweile von der TIWAG zu den Alpen-Elektrowerken AG (AEW) in Wien gewechselt, eine Tochterfirma der VIAG.³⁴⁷ Als solcher kaufte er für die TIWAG, deren Direktor er auch noch war, Aktien des Landes, was aber laut Syndikatsvertrag unzulässig war. Gauleiter Hofer verlangte die Rückgabe der Aktien.³⁴⁸ Der unter Druck gesetzte Denz suchte Verbündete und wandte sich an das Hauptamt für Kommunalpolitik in Wien, es möge auf die „Herren der Viag einwirken“, damit diese, „falls sie schon auf dem Verkaufe bestehen, mir wenigstens den wirklich gerechtfertigten Preis“ bezahlen.³⁴⁹ Problematisch für die Stadt war, dass die Aktienpakete zu einem hohen Maß verpfändet waren. So hatte die Stadt 1931 und 1935 Kredite für das EWI aufgenommen, 1931 einen für das Gaswerk, und Aktien als Sicherung hinterlegt.³⁵⁰

Bei einem neuerlichen Termin verlangte Denz „die vollkommene Freiheit im Ausbau eigener Wasserkräfte“ und den „freien Strombezug auch von dritter Seite“. Erinnert sei hier an die Passagen des Ende März 1924 zwischen der TIWAG und der Stadt Innsbruck geschlossenen Vertrages (kein Ausbau eigener Werke, Strombezug ausschließlich durch TIWAG), welche die Stadt nun als Knebelung empfand, die Denz lösen wollte und musste. Nach dem Abbruch der Verhandlungen über einen umfassenden Verkauf, also inklusive Heimfallsrecht, gingen sie weiter, aber nur über den Verkauf der Aktien. Am 6. August 1938 stand ein Vertrag über den

³⁴⁶ Aktenvermerk, 2.8.1938. IKB, Mp. TIWAG, Zl. 165/10845/170/IV/1938. (Die in der IKB verwahrten Akten sind Fotokopien von im Stadtarchiv, Abt. IV, verwahrten Unterlagen).

³⁴⁷ Robert Steiner an Bezirkshauptmannschaft, 22.5.1947. TLA, Akten BH Ibk, Sign. 724, Karton 24, Akt 1579/48.

³⁴⁸ Gauleiter Hofer, Aktennotiz für Oberbürgermeister Denz, 14.7.1938. IKB, Mp. TIWAG.

³⁴⁹ Oberbürgermeister an Hauptamt für Kommunalpolitik, 12.7.1938. IKB, Mp. TIWAG, Zl. IV-9690/1938.

³⁵⁰ Besitzstand der Stadtgemeinde Innsbruck an Tiwag-Aktien mit 3. Mai 1938. IKB, Mp. TIWAG.

Verkauf der Aktien, die um rund 6,5 Millionen RM an die VIAG gingen, von denen die Stadt nach Abzug von Schulden rund 5,5 Millionen erhielt.³⁵¹

Dem Oberbürgermeister war es wenigstens gelungen, mehr Geld herauszuholen, weil er die Aktien mit einem 50%igen Aufschlag verkauft hatte, aber der Stadt fehlte nun der Einfluss in der TIWAG. Ende Juni 1939 beschloss die Hauptversammlung zwar, sowohl Stadt Innsbruck als auch dem Gau Sitze im Aufsichtsrat anzubieten, vorausgesetzt sie verfügten über Aktien. Im Kaufvertrag war festgehalten, dass die VIAG dafür je 15 Stück Aktien deponierte, aber die Stadt traute dem Frieden nicht. Altbürgermeister Anton Eder, der während seiner Amtszeit Präsident der TIWAG gewesen war, besaß 50 Stück Aktien, um die sich die Stadt nun bemühte. Eder war zunächst bereit, sie der Stadt zu leihen, und erst wenn ein Kurs festgesetzt war, sich abkaufen zu lassen.³⁵²

Bis zu dieser Hauptverhandlung amtierte übrigens Oberbürgermeister Denz als Präsident des Verwaltungsrates. Bei der Generalversammlung Ende Juli 1938 hatten zwölf der 15 Verwaltungsräte aus politischen Gründen ausscheiden müssen und Nationalsozialisten, darunter Gauleiter Franz Hofer und Oberbürgermeister Egon Denz, waren nachgerückt.³⁵³ Das reichsdeutsche Aktienrecht krepelte die Gremienstruktur grundsätzlich um, statt eines Verwaltungsrates und einer Direktion waren Vorstand und Aufsichtsrat zu beschicken. Bei der nächsten Generalversammlung Ende Juni 1939 vollzog die TIWAG diese Änderungen. Statt der 15 Verwaltungsräte amtierten nun elf Aufsichtsräte, darunter der Innsbrucker Oberbürgermeister, der Gauleiter und der bisherige Direktor der Gesellschaft Robert Steiner, der mittlerweile zum Vorstandsmitglied der AEW aufgestiegen war.³⁵⁴

4. Die Stadtwerke 1940 bis Mai 1945

Unabhängig von der NS-Führung bei den Stadtwerken galt es mit dem Wachsen der Stadt umzugehen. Bald nach dem „Anschluss“ setzte ein Bauboom ein, der das aufholte, was während der Ständestaatszeit versäumt worden war. Es fehlte vor allem und dringend an Wohnraum. Die Situation spitzte sich zu, als ab Ende 1939 Menschen aus Südtirol, OptantInnen oder im NS-Jargon Rück- oder UmsiedlerInnen genannt, in die Stadt kamen und irgendwo untergebracht werden mussten. Die Anforderungen an die Infrastruktur – Wasser-, Strom- und Gasleitungen, Kanäle, Straßen, Verkehrsverbindungen – waren enorm, der Mangel an Baumaterialien und Arbeitskräften schon vor Kriegsbeginn offensichtlich. Der Mangel verschärfte sich nach Kriegsbeginn, männliches Personal musste in die Wehrmacht, bei Infrastrukturbauten setzten die Stadtwerke wie alle anderen privaten Firmen und öffentlichen Stellen auch auf den Einsatz von Kriegsgefangenen und Zwangsarbeitern. Ab Ende Dezember 1943 waren die Anlagen der Stadtwerke – Gastürme, Rohre, Leitungen usw. – durch den Luftkrieg gefährdet.

³⁵¹ CA-BV Wien an Oberbürgermeister, 28.9.1938. IKB, Mp. TIWAG, Zl. 165/14593/170/IV/1938. Ab Mitte März 1938 wurden 1,5 Schillinge in 1 RM umgetauscht. Denz konnte also die Aktien mit einem Aufschlag von 50 % verkaufen, weil der Nominalwert des Aktienpaketes der Stadt nur rund 4,3 Millionen RM wert gewesen wäre. In einem mit 9. August 1938 datierten Brief schilderte Denz der Landeshauptmannschaft die Umstände des Verkaufs und die wesentlichen Bedingungen. Ebd., Zl. IV-11191/1938.

³⁵² Amtsvermerk, 30.6.1939. Ebd., Zl. 958/12741/170/IV/1939.

³⁵³ TIWAG, Rechenschafts-Bericht, erstattet in der 14. ordentlichen Generalversammlung am 29. Juli 1938. StAI, Sign. P-280-1938.

³⁵⁴ TIWAG, Bericht, erstattet in der 15. ordentlichen Hauptversammlung am 28. Juni 1939. StAI, Sign. P-280-1939.

4.1 „Betriebsführer“ und „Gefolgschaft“

Nach dem nationalsozialistischen Verständnis war jeder Lebensbereich vom „Führerprinzip“ durchdrungen, auch in der Wirtschaft galt nun uneingeschränkt „von oben nach unten“. An der Spitze eines Betriebes stand der „Betriebsführer“, Angestellte und ArbeiterInnen bildeten die „Gefolgschaft“, was die Hierarchien schon sprachlich verdeutlichte. „Betriebsführer“ und „Gefolgschaft“ bildeten die „Betriebsgemeinschaft“, in der sie zum Wohle des Unternehmens, „[a]ls lebendige Einheit der deutschen Volksgemeinschaft [...] im Sinne der nationalsozialistischen Weltanschauung ihre Pflichten erfüllen“.

„Betriebsführer“ der Stadtwerke war Otto Wurmhöringer, der „in der Menschenführung eine seiner wichtigsten Aufgaben“ sah, „denn nur eine jederzeit einsatzbereite und einheitlich ausgerichtete Gefolgschaft ist zu den höchsten Leistungen fähig“. Die von ihm eingesetzten „Unterführer sollen nicht nur die größten Fachkenntnisse besitzen, sondern vor allem in ihrer Leistung und ihrer Haltung vorbildlich als Nationalsozialisten wirken“. Das Personal, die „Arbeitskameraden“, solle „echte Kameradschaft pflegen, die sich auf gegenseitige Achtung, gemeinsame Treue zum Betriebe und dem Streben nach Höchstleistungen zum Wohle des deutschen Volkes gründet“.³⁵⁵

Wurmhöringers engste Mitarbeiter waren Parteigenossen, aber solche verteilten sich über alle Betriebe und Abteilungen der Stadtwerke. Allein 26 Männer beim EWI glaubten, die Erinnerungsmedaille beanspruchen zu dürfen. Diese Auszeichnung hatte Adolf Hitler am 1. Mai 1938 eingeführt und sollte jenen verliehen werden, die aktiv auf die „Wiedervereinigung“ hingearbeitet hatten. Beim Gaswerk waren es acht Männer und eine Frau, die sich darum bewarben, darunter der Ortsgruppenleiter von Kematen Max Plattner.³⁵⁶ Immerhin zehn weitere Männer, als „Alte Kämpfer“ anerkannt, sollten auf Vorschlag Wurmhöringers in höhere Besoldungsgruppen aufsteigen, um ihren Einsatz für den Nationalsozialismus in der Verbotszeit zu belohnen.³⁵⁷ Das NS-Regime wollte seine treuesten AnhängerInnen mit Arbeitsplätzen versorgen, wofür sich das „Amt für Alte Kämpfer“ engagierte. Freie Stellen waren diesem zu melden. Der Druck betraf nicht nur den öffentlichen Dienst, sondern auch die Privatwirtschaft. Schon im Mai 1938 forderte die NSDAP, freie Stellen an „Alte Kämpfer“, also illegale Nationalsozialisten, zu vergeben.³⁵⁸ Im Juni 1938 drohte der Reichskommissar für die Wiedervereinigung Österreichs mit dem Deutschen Reich, Josef Bürckel, unverhohlen, die Privatwirtschaft müsse ihre „Pflicht gegenüber der Partei“ erfüllen und freie Stellen der Gauleitung und dem Arbeitsamt melden. Auf Stellenausschreibungen in Zeitungen solle sie verzichten, zeuge dies doch „von wenig Verständnis für die Partei, denn die anonyme Ausschreibung ist, wenn auch ungewollt, geradezu eine Ablehnung unserer SA.- und SS-Männer. Wer nicht mit der SA. und der SS ist, ist gegen uns.“³⁵⁹ Wurmhöringer und sein Stab dürften dieser Forderung gehorsam gefolgt sein, so dass bis Kriegsende weitere Nationalsozialisten Arbeit bei den Stadt-

³⁵⁵ Otto Wurmhöringer, Besondere Dienstordnung, 21.6.1943. Archiv der IVB, lose. Die für die IVB erlassene Dienstordnung dürfte ihrem Sinn nach genauso für die Stadtwerke generell gegolten haben. Bedauerlicherweise haben sich im Archiv der IKB so wenige Unterlagen erhalten, dass auf solche bei der IVB zurückgegriffen werden muss.

³⁵⁶ Eingebachte Anträge zur Erinnerungsmedaille 13.3.1938, 23.11.1938. StAI, Akten MD 1938, Abschn. 28, Zl. 3199.

³⁵⁷ Oberbürgermeister Denz an Stadtwerke, 18.11.1940. StAI, Akten MD 1940, Abschn. 7, Zl. 5050.

³⁵⁸ Alte Kämpfer einstellen! Aufruf des Amtes für alte Kämpfer an die Gewerbetreibenden, in: *Innsbrucker Nachrichten*, 9.5.1938, 7.

³⁵⁹ Josef Bürckel, Offenes Wort an alle Betriebsführer, in: *Innsbrucker Nachrichten*, 3.6.1938, 3; Gauleiter Bürckel, An die Betriebsführer!, in: *Innsbrucker Nachrichten*, 6.7.1938.

werken erhielten. Erst der fühlbare Arbeitskräftemangel ab Kriegsbeginn milderte den politischen Druck etwas, weil nicht jede Stelle der NSDAP gemeldet und nicht jeder Bewerber/jede Bewerberin politisch überprüft werden musste.

Zu den „Alten Kämpfern“ und Trägern der Erinnerungsmedaille gesellten sich jene, die ab 1938 aufgrund ihrer NS-Nähe Arbeit in den Stadtwerken erhielten, und jene, die sich ab dem März 1938 umstellten und dem Nationalsozialismus folgten. Es war praktisch ein Netz von NationalsozialistInnen, die ihren Arbeitsalltag in den Betrieben lebten, ihre KollegInnen beeinflussten und auf ihre NS-Treue achteten. Bis Kriegsende war es gefährlich, eine abweichende Meinung zu vertreten, bestand doch die Möglichkeit, denunziert zu werden und damit in die Fänge der Gestapo zu gelangen.

Die Stadtwerke waren in das NS-System von Belohnung und Strafe einbezogen, was hieß, dass auf der einen Seite das Vertrauen des Personals mit bisher nicht gekannten Zulagen wie Kindergeld oder Geschenke zum „Julfest“ (= Weihnachten) gesteigert und mit diversen Feiern „Volksgemeinschaft“ zelebriert werden sollte; auf der anderen Seite Pflichten wie die Teilnahme an Betriebsappellen oder dem jährlichen Landesschießen hinzukamen. Die Bezeichnung „Betriebsappell“ deutete schon die gewünschte Militarisierung der Arbeit mit „Arbeits-schlachten“, Gehorsam, Pflichterfüllung und Treue an. Sie dienten zum einen der „weltanschaulichen Ausrichtung der Gefolgschaft“ und zum anderen der Selbstvergewisserung. Im November 1938 veranstaltete die Betriebsführung zusammen mit hohen Funktionären der DAF einen Betriebsappell beim EWI. Die als Festakt inszenierte Veranstaltung fand im Saal des Hochhauses statt, der „mit dem Bild des Führers und mit den Fahnen der nationalsozialistischen Bewegung geschmückt“ war. Ein Betriebsorchester und Betriebschor „traten mit flotten Märschen und stimmungsvollen Weisen“ auf. Betriebsführer Paul Atlmayr begrüßte die Ehren-gäste der DAF und meldete den 100%igen Beitritt der „Gefolgschaft“. Zum Vertrauensmann der DAF hatte er Karl-Heinz Födisch (NS-Beitritt Juni 1931) ernannt, der ab nun Ansprechpartner für alle Probleme rund um das Thema Arbeit war. In seiner Rede beschwor DAF-Führer Vinzenz Giselbrecht den Wert der „Volksgemeinschaft“:

„Früher herrschte liberalistischer Kapitalismus auf der einen und marxistischer Klassenkampf auf der anderen Seite. Dadurch, daß er die Betriebsgemeinschaft gestaltet und alle Arbeiter der Stirn und der Faust zu einer Einheit zusammenschweißt, führt der Nationalsozialismus eine gewaltige Revolution durch. Der im Schützengraben geborene soziale Gedanke Adolf Hitlers ist echter und wahrer Sozialismus. Es darf nicht mehr sein, daß der Arbeiter für etwas Minderes angesehen und andererseits der leitende Angestellte vom Arbeiter als Gegner bekämpft wird. Arbeit soll nicht Zwang, sondern muß soziale Verpflichtung sein. Die Freude an der Arbeit wird vergrößert, wenn alles im Betrieb, gleichviel an welcher Stelle der einzelne nun steht, in echter Gemeinschaft und offener Kameradschaft zusammensteht. Freude an der Arbeit bringt Steigerung des Arbeitserfolges. Steigerung des Arbeitserfolges bedeutet Förderung der Wirtschaft. Förderung der Wirtschaft hilft dem Kampf des deutschen Volkes um die Wirtschaftsfreiheit zum Siege. Nirgends und nie wurde dem Schaffenden solcher Schutz zuteil wie im Staate Adolf Hitlers. Daraus aber leiten sich Pflichten ab gegen Betrieb und Volk. Arbeiter der Faust und Stirn wissen, daß die Zukunft im Zeichen der nationalsozialistischen Gemeinschaft des Führers steht.“

Mit „stürmischem Beifall“ und den „Liedern der Nation“ schloss der Appell.³⁶⁰ Mitte Dezember 1939 feierten alle Betriebe der entstehenden Stadtwerke einen „Gemeinschaftsappell“, begleitet

³⁶⁰ Betrieb – Keimzelle der Wirtschaft, in: *Innsbrucker Nachrichten*, 19.11.1938, 10.

von einem „Werkpausenkonzert“ und im Beisein hoher NS-Funktionäre, wie dem Kreisleiter oder Wurmhöringer „als dem besten Kameraden der Gefolgschaft“. Es sei der erste Appell der Stadtwerke, lobte ein Redner, was als ihre „Geburtsstunde“ gelte. „Humor und Frohsinn“ hätten die „Gefolgschaft“ vereint, berichteten die *Innsbrucker Nachrichten*. Der Musikzug des Reichsarbeitsdienstes (RAD) bot Lieder, einige Angestellte sangen oder spielten Harmonika, der Sängerkorchor der Lokalbahn trat auf.³⁶¹

Gemeinschaftsgefühl und propagandistische Außenwirkung erzeugen sollten auch Betriebsausflüge. Der erste für die rund 1.200 Beschäftigten aller städtischen Betriebe fand gegen Ende Mai 1939 statt und umfasste eine Fahrt mit einem Sonderzug zum Bodensee und eine Rundfahrt mit einem Schiff. Der Ausflug habe bewiesen, „daß bei kameradschaftlicher Zusammenarbeit auch große Betriebsgemeinschaften sich weite Ziele stecken können“, meldeten die *Innsbrucker Nachrichten*.³⁶² Ehrungen begleiteten das Werben des Regimes um die Zustimmung möglichst vieler Menschen. Im Juni 1939 erhielten elf langjährige Mitarbeiter der städtischen Betriebe Auszeichnungen und Lobesworte aus der Hand und dem Mund des Oberbürgermeisters. Sie erhielten eine „geschmackvolle Kasette mit einer Bronzeplakette des Führers und Widmung und einen größeren Geldbetrag“. Wurmhöringer inszenierte sich als Nationalsozialist, der „Kameradschaft und Pflichterfüllung“ in sich vereinigte. Seine Rede habe „ihn als einen Menschen und Parteigenossen“ gezeigt, „der um die Seele eines jeden ihm unterstellten Gefolgschaftsmitgliedes ringt und der in vorbildlichen Erfüllung der erkannten Verpflichtung seine Lebensaufgabe und seinen Lohn erblickt“.³⁶³

Die nach außen gezeigten und propagandistisch aufbereiteten Feiern verschleierten, dass die Teilnahme an diesen Appellen und weiteren Veranstaltungen der Stadtwerke keinesfalls freiwillig war, sondern wie auch für das Personal des Stadtmagistrats verpflichtend. Und sie verschleierten, wie sich der bekennende Nationalsozialist Wurmhöringer abseits der Presse verhielt. Jährlich drei bis vier Mal rief Wurmhöringer zum Betriebsappell. Sein Verhalten dort sei von extremem Fanatismus geprägt gewesen, berichtete die Bundespolizeidirektion 1946:

„Er war nicht nur Vorgesetzter seiner Untergebenen, sondern vielmehr der ‚politische Leiter‘. Er war es, der seine Gefolgschaft unter allen möglichen Androhungen, direkt einen förmlichen Zwang auferlegte, der Partei beizutreten und aktiv für sie zu arbeiten. So hielt er selbst wöchentlich politische Schulungsabende ab, bei denen sämtliche Vertrauensleute, Werkleute und Abteilungsleiter zu erscheinen hatten. Seine Tonart bei diesen Appellen war sehr derb und drastisch. Dabei vertrat er die Ideen des Nationalsozialismus mit derartigem Fanatismus, daß er immer wieder zum Kampf gegen die Andersdenkenden aufrief.“³⁶⁴

Bei den Schulungsabenden habe Wurmhöringer politische Referate gehalten und sich „immer in sehr scharfen Worten den Pessimisten gegenüber“ geäußert. Einmal soll er gesagt haben: „Wenn ein Arbeiter eine pessimistische Äusserung macht, ist ihm in die Fresse zu schlagen, weil dieser nicht aufzuklären ist.“³⁶⁵ Der Abteilungsleiter bei den Stadtwerken, Konrad Schus-

³⁶¹ Innsbrucker Stadtwerke. Erster Gemeinschaftsappell und Werkpausenkonzert, in: *Innsbrucker Nachrichten*, 18.12.1939, 5.

³⁶² Ein Sonderzug für 1200 – Innsbruck fuhr an den Bodensee, in: *Innsbrucker Nachrichten*, 23.5.1939, 3.

³⁶³ Ehrung verdienter Arbeitskameraden, in: *Innsbrucker Nachrichten*, 26.6.1939, 5.

³⁶⁴ Bundespolizeidirektion/Staatpolizeiliche Abteilung an Staatsanwaltschaft, Nachtragsanzeige §§ 11, 12 VG und §§ 6, 7 KVG, 2.9.1946. TLA, LG als VG Ibk, Akt 10 Vr 369/46, Zl. Präs. III-2633/45.

³⁶⁵ Bundespolizeidirektion, Zeugeneinvernahme Karl Flöckinger, 28.5.1946. Ebd. Flöckinger arbeitete seit 1923 in der ETAB.

ter, bis 1934 sozialdemokratischer Betriebsrat, bezeichnete Wurmhöringers Art, mit dem Personal umzugehen als „derb“. Bei Betriebsappellen habe er immer den Nationalsozialismus vertreten und gesagt: „Wenn der Krieg einmal vorüber ist und wir Euch nicht mehr brauchen, dann werden die Aussenseiter ausradiert.“ Oder: „Wenn ihr nicht zur Partei geht, werdet ihr das zu spüren bekommen.“³⁶⁶ Ernst Martin, Gaswerkdirektor bis März 1938, sagte im April 1946 aus, Wurmhöringer habe „bei jeder Rede, die er in den Betrieben hielt, nur per Schweine, Gauner und Verbrecher gesprochen“.³⁶⁷

Verpflichtend war die Teilnahme an den jährlichen Landesschießen, mit denen Gauleiter Hofer die gesamte Bevölkerung an der Waffe ausbilden wollte. Wurmhöringer befahl allen männlichen und weiblichen „Gefolgschaftsmitglieder“ im Juli 1941, sich daran zu beteiligen. Die in Schicht Arbeitenden „haben im Laufe dieser Woche unter Rücksichtnahme auf die Betriebsaufrechterhaltung ihrer Schußpflicht zu genügen“.³⁶⁸

Ab und an kam hoher Besuch in die Stadtwerke, wie im Juli 1941, als der oberste Leiter der DAF, Robert Ley, zu einem Betriebsappell erschien. Unterbrochen von „lebhaften Zustimmungskundgebungen“ entwarf Ley „ein geschlossenes Bild des großdeutschen Schicksalskampfes“ und wies „auf die Gleichheit des deutschen Blutes von den Alpengauen bis zum Meeresstrand der Nord- und Ostsee“ hin, bevor er sich der „rassischen Reinheit“ widmete:

„Diese Einheitlichkeit der rassistischen Grundeigenschaften aller deutschen Menschen ist Ursache und Voraussetzung für die Schaffung der deutschen Gemeinschaft, für die Stärke Großdeutschlands und für die Tatsache, daß das deutsche Volk das tüchtigste, fleißigste und leistungsfähigste in der ganzen Welt ist.“³⁶⁹

Zum Großappell auf dem Adolf-Hitler-Platz (= Rennweg, Platz vor dem Landestheater) rief Wurmhöringer die „Gefolgschaft“ aller Betriebe im Juli 1942. „Die Teilnahme an dieser Kundgebung, die gerade in der Kriegszeit die Stärke der Heimat zeigen soll, ist Ehrenpflicht. [...] Zu beteiligen haben sich *alle, auch die weiblichen*, Gefolgschaftsmitglieder, soweit sie nicht durch ihren Dienst gehindert sind“, lautete der Befehl.³⁷⁰ Im Juni 1944 ordnete Wurmhöringer alle „deutschstämmigen, dienstfreien“ Männer zur Großkundgebung anlässlich des Landesschießens ab. Weibliche „Gefolgschaftsmitglieder“ sollten „nach Möglichkeit in Tracht oder Dirndlkleid erscheinen“, eine Teilnahme war wie üblich Pflicht, und zwar „Ehrenpflicht“ und sollte beweisen, „daß jeder in der Heimat Schaffende das Gebot der Stunde klar erkannt hat“. Treffpunkt war die heutige Fallmerayerstraße (damals Wurnigstraße), anzutreten war in Sechserreihen, zuerst das männliche, dann das weibliche Personal.³⁷¹ Der Hinweis auf die „Deutschstämmigkeit“ zeigt, dass ausländische Arbeitskräfte bei den Stadtwerken beschäftigt waren, mehrheitlich Kriegsgefangene und Zwangsarbeiter. Ausländische Arbeitskräfte waren grundsätzlich von allen Begünstigungen ausgeschlossen, sie mussten auch bei keinem der Appelle oder sonstigen Betriebsveranstaltungen teilnehmen.

Nach dem missglückten Attentat auf Hitler am 20. Juli 1944 zelebrierte der Gau seine Treue mit einer Großkundgebung und auch Wurmhöringer rief zu der „Treuekundgebung für

³⁶⁶ Bundespolizeidirektion, Zeugeneinvernahme Konrad Schuster, 25.6.1946. Ebd.

³⁶⁷ Ernst Martin an Untersuchungsrichter, 5.4.1946. Ebd.

³⁶⁸ Dienstauftrag Nr. 90/41, 3.7.1941. IVB/Personalabteilung, Dienstaufträge 1941.

³⁶⁹ Dr. Ley vor der Gefolgschaft der Stadtwerke, in: *Innsbrucker Nachrichten*, 8.7.1941, 3.

³⁷⁰ Dienstauftrag Nr. 66/42, 5.7.1942. IVB/Personalabteilung, Dienstaufträge 1942. Hervorhebung im Original.

³⁷¹ Dienstauftrag Nr. 45/44, 30.6.1944. Ebd., Dienstaufträge 1944.

den Führer“³⁷². Das dienstfreie Personal müsse teilnehmen, zu tragen sei eine rote Armbinde mit dem Hakenkreuz.³⁷²

Das gesamte Personal unterlag prinzipiell der ständigen Überwachung, ob von ihren eigenen KollegInnen oder Vorgesetzten. Im Oktober 1941 wollte Generaldirektor Wurmhöringer, dass die städtischen Ärzte die gesundheitliche Betreuung des Personals übernehmen sollten. Der Gesundheitszustand verschlechterte sich laufend, klagte er dem Oberbürgermeister, was er einerseits auf die „Arbeitseinsatzbedingungen“ zurückführte, andererseits auf die „Unlust zur Arbeitsaufnahme unter gesunden, wenn auch erschwerenden Bedingungen“.³⁷³ Die Stadtverwaltung reagierte zurückhaltend, so dass Wurmhöringer im November 1941 nachlegte. „Die sich ständig mehrenden Fälle von Krankheitsvortäuschungen sowie das unkontrollierbare ofte [sic] Aufsuchen von Ärzten“, zwingt ihn dazu, die Krankgemeldeten überwachen und kontrollieren zu lassen.³⁷⁴ Der Oberbürgermeister schlug einen eigenen Werksarzt vor, weil die Stadtärzte zu überlastet seien.³⁷⁵ Weniger zimperlich gingen die NS-Behörden mit ausländischen Arbeitskräften um: Schon vor ihrem „Einsatz“ im Reich waren sie zu entlausen und auf Tuberkulose zu untersuchen, dann in regelmäßigen Abständen wiederum zu entlausen, was einen deutlichen Hinweis auf die Lebensbedingungen in den Unterkünften und Lagern gibt.

Der personell stärkste der unterstellten Versorgungsbetriebe war das EWI (1939: 325), gefolgt vom Gaswerk (1939: 155), der Gärtnerei (1939: 38), dem Wasserwerk (1939: 35) und der Nordkettenbahn (1939: 27). Hinzu kam das Personal der angegliederten Betriebe. Vor Kriegsbeginn arbeiteten insgesamt 580 Menschen bei den Versorgungsbetrieben, darunter 499 Männer. Der Aufbau einer Zentralverwaltung kostete zuerst einmal viel Geld, weil Personal nötig war, das nur zu einem geringen Ausmaß aus den unterstellten Betrieben kam. Nicht übersehen werden darf aber, dass die Zentralverwaltung auch für die angegliederten Betriebe (ETAB, IVB etc.) tätig war, mithin mehr Personal brauchte. Tabelle 5 stellt den Personalstand 1939 (vor Kriegsbeginn) mit jenem 1940 gegenüber.

Tab. 5: Personalstand der Stadtwerke 1939 und 1940

	1939			1940		
	Angestellte	ArbeiterInnen	gesamt	Angestellte	ArbeiterInnen	
Zentralverwaltung	-	-	-	85	11	96
EWI	132	193	325	72	182	254
Gaswerk/Hallenbad	43	112	155	38	101	139
Wasserwerk	10	25	35	10	33	43
Gärtnerei	3	35	38	2	32	34
Nordkettenbahn	20	7	27	15	6	21
Wehrmacht	-	-	-	28	58	86
gesamt	208	372	580	250	423	673

Quellen: Personalstand 31.7.1939 (StAI, Akten MD 1939, Abschn. 35, Zl. 5356); Stadtwerke, Vertraulicher Jahresbericht 1941 (StAI, ohne Sign.).

Aus dem August 1938 ist bekannt, dass insgesamt 312 Personen beim EWI, 98 beim Gaswerk und 25 bei der Nordkettenbahn arbeiteten. Bis Kriegsbeginn war somit mehr Personal in diesen

³⁷² Dienstauftrag Nr. 54/44, 25.7.1944. Ebd.

³⁷³ Stadtwerke/Wurmhöringer an Oberbürgermeister, 30.10.1941. StAI, Akten MD 1941, Abschn. 60, Zl. 4425.

³⁷⁴ Stadtwerke/Wurmhöringer an Oberbürgermeister, 19.11.1941. Ebd., Zl. 4425/4730.

³⁷⁵ Magistratsdirektion an Stadtwerke, 15.12.1941. Ebd.

drei Bereichen beschäftigt, nach Kriegsbeginn deutlich weniger.³⁷⁶ Bis auf die Zentralverwaltung und das Wasserwerk verloren alle unterstellten Betriebe Personal, besonders mangelte es an den für die Bauarbeiten nötigen Arbeiter. Die absoluten Zahlen verschleiern die Fluktuation: 1941 verließen 121 Menschen die Stadtwerke, 221 kamen neu hinzu. In diesem Jahr arbeiteten 43 nicht-deutsche Arbeitskräfte für die Stadtwerke.³⁷⁷ Woher sie kamen und welchen Status – angeworbene Freiwillige, Kriegsgefangene, ZwangsarbeiterInnen – sie hatten, ist mangels Unterlagen unklar. Im Jahresbericht 1942 ist die Rede von 51 ausländischen Arbeitskräften, vor allem Italiener.³⁷⁸

Der Zugriff der Wehrmacht auf das männliche Personal führte aber zu einem raschen Einsatz von Kriegsgefangenen bzw. dem Wunsch, sie einzusetzen. Davor bedurfte es aber umfangreicher Vorarbeiten und Planungen, weil es für Kriegsgefangene eine eigene Infrastruktur brauchte. Dazu gehörte etwa ein mit Stacheldraht umzäuntes Lager und Wachpersonal im Lager und außerhalb während der Arbeit. Erst 1940 plante die Stadt Innsbruck selbst den Bau eines Kriegsgefangenenlagers, das bis 1941 in der Reichenau entstand. Aus diesem „bezogen“ städtische Ämter und auch die Stadtwerke Gefangene für den Arbeitseinsatz.

Schon Anfang Mai 1940 beklagte sich das EWI, dass von den bisher rund 20 „Erdarbeitern“ nur mehr acht verblieben seien, welche die umfangreichen Grabungsarbeiten nicht mehr bewältigen könnten. Es brauche dringend mindestens 15 Mann mehr, damit die Bauarbeiten nicht überhaupt stoppten. Angesichts des Mangels an Arbeitskräften kämen nur mehr solche von außerhalb infrage, aber nur, wenn die Stadtwerke Unterkünfte stellten, hielt Stadtbauverwaltung Anton Kininger fest.³⁷⁹ Im Dezember 1940 bot dann das Stadtbauamt den Stadtwerken Kriegsgefangene an. Das Arbeitsamt

„bietet eine größere Anzahl von Kriegsgefangenen an, die im neu erstellten städt. Arbeiterlager ‚Reichenau‘ untergebracht werden sollen. Man wird natürlich nur die notwendige Anzahl von Kriegsgefangenen anfordern, um zu vermeiden, daß überflüssige Arbeiter über Winter zu Lasten des Anfordernden untergebracht und gepflegt werden müssen.“³⁸⁰

Das „Angebot“ kann insofern als typisch angesehen werden, als dass das für die Verteilung aller Arbeitskräfte zuständige Arbeitsamt Probleme hatte, die Kriegsgefangenen im Winter zu beschäftigen. Und beschäftigen wollte es sie, weil sie Geld kosteten, das sie nach dem Willen des Amtes selbst erarbeiten sollten. Vorstandsassistent Richard Lorenzi dankte, verwies aber auf das Frühjahr. Das EWI brauche wohl fünf bis sechs Mann für Aufräumarbeiten auf Baustellen und die Schneeräumung. Beaufsichtigen könnte sie ein „verlässlicher alter Erdarbeiter“. Erst im Frühjahr würden „dringend ungefähr 10 Gefangene benötigt“. Ab April 1941 brauchte auch das Gaswerk ungefähr zehn Mann. Das Wasserwerk beschäftige derzeit 15 Kriegsgefangene auf den Baustellen für die Südtirolersiedlung in Pradl-Ost.³⁸¹

Das eine war die Beschäftigung unfreiwilliger Arbeitskräfte, das andere war, wie sie behandelt wurden. Wurmhöringer behauptete nach Kriegsende, er habe das gesamte Personal gleich behandelt und „sowohl an Kriegsgefangene, als auch KZ Arbeitern Einsatzverpflegung

³⁷⁶ Mitte August fand eine Großveranstaltung des Gaus statt, zu der das Personal des Stadtmagistrats und der städtischen Unternehmen Eintrittskarten erhielten, wofür die einzelnen Abteilungen ihren Personalstand bekanntgaben. StAI, Akten MD 1938, Abschn. 6, Zl. 2614.

³⁷⁷ Stadtwerke, Vertraulicher Jahresbericht 1941. StAI, ohne Sign.

³⁷⁸ Stadtwerke, Vertraulicher Jahresbericht 1942. StAI, ohne Sign.

³⁷⁹ Stadtwerke/EWI an Oberbürgermeister, 10.5.1940; Kininger, Amtsvermerk, 15.5.1940. StAI, Abt. VI Bau 1942, Abschn. 11, Mp. Sonderaktion Südtirol Wohnbauten der Stadt 1939–1942, Zl. 207/2100/1940.

³⁸⁰ Stadtbauamt an Stadtwerke, 10.12.1940. Ebd., Zl. 207/4904/1940.

³⁸¹ Stadtwerke an Bauamt, 18.12.1940. Ebd., Zl. 207/5028/1940.

und von mir beschaffte Zubussen, wie Rauchwaren und dergl. abgegeben“.³⁸² Dies bestätigten engste MitarbeiterInnen, deren Glaubwürdigkeit aber unter ihrer eigenen NS-Verstrickung leidet. Der ehemalige Betriebsrat Konrad Schuster hingegen sagte aus, Wurmhöringer habe „wiederholt Anzeigen gegen Fremdarbeiter, und zwar wegen oft nur Kleinigkeiten“ erstattet. 1945 sei ein Franzose der Gestapo übergeben worden, weil er gesagt hatte, „die deutsche Wehrmacht sei in 3 Wochen erledigt“.³⁸³ Wer der Mann war, ist mangels Akten unklar.

Für einige Monate der Jahre 1943/44 liegen Beschäftigungsmeldungen vor. Solche Meldungen waren monatlich an das Arbeitsamt zu erstatten und gaben neben der Zahl der Angestellten und ArbeiterInnen die Staatsbürgerschaft und den Status an. Demnach waren von August 1943 bis Feber 1944 rund 30 % der Beschäftigten nicht-deutsche Staatsangehörige, darunter „OstarbeiterInnen“, ZivilarbeiterInnen und sowjetische Kriegsgefangene.³⁸⁴ Zu bedenken ist hier, dass die rund 30 % dauernd eingesetzte nicht-deutsche Arbeitskräfte waren, zu denen noch jene zu zählen sind, die kurzzeitig auf den Baustellen der Stadtwerke im Auftrag von Baufirmen arbeiteten oder während der Anbau- und Erntezeit bei der Gärtnerei.

Wie freiwillig die als ZivilarbeiterInnen bezeichneten Menschen bei den Stadtwerken arbeiteten, ist fraglich. Je länger der Krieg dauerte, desto sicherer ist davon auszugehen, dass sie zwangsweise im Reichsgebiet lebten. Anfänglich schloss das Regime mit benachbarten oder befreundeten Staaten Anwerbeabkommen, bald nach Kriegsbeginn ging es dazu über, Menschen zwangsweise zu rekrutieren, vor allem im Osten. In seinem Rassenwahn unterschied das NS-Regime auch bei diesen Menschen und erfand die Bezeichnung „OstarbeiterInnen“ (aus dem „Reichskommissariat“ Ukraine, Generalkommissariat Westruhenien, Gebiete östlich davon und an den Grenzen Lettlands und Estlands), die zwangsrekrutiert und ins Reichsgebiet deportiert worden waren.³⁸⁵ Bei den Kriegsgefangenen ist der Zwangscharakter der Arbeit offensichtlich. Die Stadtwerke dürften „ihre“ sowjetischen Gefangenen im städtischen Arbeiterlager in der Reichenau untergebracht haben.

Die Behandlung nicht-deutscher Arbeitskräfte richtete sich nach ihrem Status, ihrer Herkunft und ihrer Position in der NS-Rassenhierarchie. Grundsätzlich galt, dass Menschen aus dem Westen – Frankreich, Belgien etc. – als „rasseähnlich“ eingestuft waren, demgemäß besser zu behandeln waren. Menschen aus dem Osten – aus Polen, der Sowjetunion etc. – galten als „Untermenschen“, ihr „Wert“ war gering, ihre Behandlung demzufolge schlechter.³⁸⁶ Merkblätter informierten darüber, wie mit den jeweiligen Personengruppen umzugehen war. „OstarbeiterInnen“ seien prinzipiell „arbeitswillig“ und empfänden „die Vernichtung des Bolschewismus in ihrer Heimat als Erlösung“.³⁸⁷ Es sei ihnen daher nahezubringen:

„Die Wehrmacht hat Euch von dem Terror Stalins und dem der bolschewistischen jüdischen Kommissare befreit. [...] Deutschland kann und will Euch helfen! In Deutschland bekommt

³⁸² Wurmhöringer, Rechtfertigung, o. D. (1945). StAI, NS-Registrierungsakt Otto Wurmhöringer.

³⁸³ Landesgericht Innsbruck, Zeugeneinvernahme Konrad Schuster, o. D. TLA, LG als VG Ibk, 10 Vr 369/46.

³⁸⁴ Stadtwerke, Beschäftigungsmeldungen, August 1943 bis Feber 1944. TLA, Reichsstatthalter Salzburg, Betriebe 1939–1945, Innsbruck-Stadt, Karton 1.

³⁸⁵ Zur Begrifflichkeit Florian Freund/Bertram Perz, Die Zahlenentwicklung der ausländischen Zwangsarbeiter und Zwangsarbeiterinnen auf dem Gebiet der Republik Österreich 1939–1945, Gutachten im Auftrag der Historikerkommission der Republik Österreich, Wien, 24.01.2000, unpaginiert, Kapitel 3 und 4.6.12.

³⁸⁶ Zur Kategorisierung ausländischer Arbeitskräfte siehe Stefan Karner/Peter Ruggenthaler, Kategorien der Zwangsarbeit und deren NS-rechtliche Grundlagen, in: Dies. (Hg.), Zwangsarbeit in der Land- und Forstwirtschaft auf dem Gebiet Österreichs 1939 bis 1945 (Veröffentlichungen der österreichischen Historikerkommission Bd. 26/2), Wien–München 2004, 33–89, hier: 38–41.

³⁸⁷ Merkblatt Nr. 1 für Betriebsführer über den Einsatz von Ostarbeitern, o. D. TLA, RStH, Dezernat Ia4, Karton 1, Fasz. A/A-A/Z 1940–1942.

Ihr Arbeit und Brot, wir sichern Euch eine anständige, gerechte und menschliche Behandlung zu, wenn Ihr sorgfältig und fleißig arbeitet und Euch einwandfrei führt.“³⁸⁸

Auf der untersten Stufe im „Rassensystem“ des Nationalsozialismus standen neben Juden/Jüdinnen die „Untermenschen“ aus der Sowjetunion, wonach sich Anweisungen, wie sowjetische Kriegsgefangene zu behandeln waren, orientierten:

„Der Bolschewismus ist der Todfeind des nationalsozialistischen Deutschlands. Der sowjetische Soldat hat grundsätzlich als Träger des Bolschewismus zu gelten. [...] Rücksichtsloses und energisches Durchgreifen bei Unbotmässigkeiten, bei Arbeitsverweigerungen und Nachlässigkeit in der Arbeit, insbesondere auch gegenüber bolschewistischen Hetzern ist zu befehlen, [...].“³⁸⁹

4.2 Infrastruktur

Die Geschäfte der nunmehrigen Stadtwerke drehten sich wie zuvor darum, die Infrastruktur zu erhalten, zu modernisieren und auszubauen. Die vormaligen Lichtwerke betrieben weiter Werbung, boten Kochkurse, vertrieben Geräte und reparierten sie.

Im Gegensatz zur ständestaatlichen Devise, mehr auf die E-Werke statt auf das Gaswerk zu setzen, wollte Wurmhöringer die Modernisierung des Werkes und plante Neubauten. Die Stadtwerke waren wegen der Siedlungsbautätigkeit gefordert, ihr Leitungsnetz auszubauen, wobei Wurmhöringer auch und besonders auf Gas setzte. Im Mai 1939 wies das Stadtbauamt ihn an, 700 Gasherde für die 600 im Bau befindlichen „Volkswohnungen“ und 100 „Reichsbeamtenwohnungen“ zu besorgen.³⁹⁰

Dringend war die Wasserversorgung zu regeln, denn immer noch floss bei Bedarf ungefiltertes Bachwasser in Innsbrucks Haushalte. Die eingemeindeten Ortschaften verfügten teils nur über eine marode Trinkwasserversorgung und waren an die Innsbrucker Wasserleitungen anzuschließen. Die E-Werke konnten sich mangels Ressourcen keine größeren Um- und schon gar keine Ausbauten leisten, mussten aber immer mehr Haushalte versorgen.

4.2.1 Der neue Gasofen

Das städtische Gaswerk führte seit der Entscheidung des Verwaltungsrates, ab 1934 keine neuen Gasleitungen legen zu lassen, ein Schattendasein. Es versorgte zwar weiterhin die bestehenden Anlagen, und das waren nicht wenige, durfte aber nichts mehr in Neu- oder Ausbauten investieren. Die rege Siedlungstätigkeit der Stadt seit dem „Anschluss“ änderte die Situation, weil das EWI allein nicht in der Lage war, die vielen Neuanschlüsse zu bewältigen. Das Gaswerk erlebte einen Aufschwung.

Noch vor Kriegsbeginn drängte der Direktor des Gaswerkes Max Söllner auf einen Neubau, was die Reichsgruppe Energiewirtschaft aber ablehnte. Ein neuer Ofen sei „unnötig“, wegen des aufzunehmenden Kapitals zu teuer und „der mangelnden Ausnützung unwirtschaftlich“. Die Stelle schlug stattdessen vor, die vorhandene Ofenanlage zu erweitern, was Söllner schon 1932 vorgeschlagen hatte. Seine Pläne waren damals am Verwaltungsrat der

³⁸⁸ Merkblatt Nr. 1 für Ostarbeiter, o. D. Ebd.

³⁸⁹ Auszug aus dem Schreiben des Oberkommandos der Wehrmacht betr. Behandlung sowjetischer Kriegsgefangener, 24.3.1942. Ebd., Karton 4, Fasz. 1939–1942 A.

³⁹⁰ Stadtbauamt an Stadtwerke, 15.9.1939. StAI, Abt. VI Bau 1942, Abschn. 11, Mp. Sonderaktion Südtirol Wohnbauten der Stadt 1939–1942, Zl. 3495/3730/1939.

Lichtwerke gescheitert, der „in den überdimensionierten und absatzlosen Elektrowerken Grund genug erblickte, lieber die Entwicklung des Gaswerkes zurückzuhalten“. Die Anlage stamme aus den Jahren 1909, habe „30 Dienstjahre hinter sich“ und arbeite ohne Reserven. Eine Erweiterung käme teurer als ein Neubau, der noch dazu Arbeitsplätze ohne „Hitze und Staub“ bieten könnte.³⁹¹

Nach einigen Monaten, im April 1940, wies Wurmhöringer darauf hin, dass ein Neubau am alten Standort dringend sei. Zwar sehe der gerade ausgearbeitete Verbauungsplan an dieser Stelle eine Grünanlage (heute Rapoldipark) vor, aber es dürften „zu allererst alle anderen für den Umbau der Stadt Innsbruck notwendigen Projekte entstehen“, so dass erst in vielen Jahren mit einer Verlegung des Gaswerkes zu rechnen sei.³⁹² Die alte Anlage laufe unter Überlast und sei „am Ende ihrer Lebensdauer angelangt“. Sie versorge derzeit rund 21.000 Geräte in der Stadt, welche die E-Werke nicht zusätzlich beliefern könnten. Wegen deren zu geringer Kapazität müsste teurer TIWAG-Strom zugekauft werden. Die Kosten, die Gasgeräte durch Elektrogeräte zu ersetzen und die Installationen auszutauschen seien enorm und dauerten mindestens fünf Jahre. So eine lange Zeit könne die alte Anlage nicht mehr durchhalten. Ein Neubau sei „unabweislich notwendig“, liefere zudem eine bessere Gasqualität und als Treibstoff Benzol. Die neue Anlage werde Gewinn abwerfen und nicht wie in der Vergangenheit der Stadt hohe Verluste beschere.³⁹³ Oberbürgermeister Denz ließ sich überzeugen, befürwortete den Neubau und hielt das Risiko, „daß ein Teil der investierten Umbaukosten nach einigen Jahren nicht mehr abgeschrieben werden kann, weil dann die Verlegung des Gaswerkes akut“ werde, für vertretbar. Im Gegenteil, das Risiko „eines Versagens des Gaswerkes etwa gar in der Kriegszeit, bei dem Tausende von Familien ohne jede Kochmöglichkeit wären“, sei größer.³⁹⁴ Ende Mai 1940 bestellte der Oberbürgermeister bei der Essener Ofenbaufirma Koppers eine Vertikal-Kammerofenanlage für eine tägliche Produktion von 30.000 m³ Stadtgas.³⁹⁵

Widerstand kam von unerwarteter Seite, nämlich vom Stadtbauamt. Nach den geltenden Bauvorschriften müssten etwa Gasheizungen oder Gasboiler Verbrennungsrückstände über eine eigene Rauchrohrleitung ins Freie führen. Bei den Südtirolerbauten seien Bäder eingeplant, müssten nun alle Boiler über eigene Leitungen verfügen, verteuerte das die Wohnungen erheblich. Das Gaswerk versuche nun, die geltenden Vorschriften als „veraltet hinzustellen“, was „wohl etwas willkürlich“ sei. Die städtische Baupolizei könne „schon mit Rücksicht auf die vielen tödlichen Unglücksfälle mit Stadtgas die Verantwortung für die Einleitung der Abgase aus verschiedenen Geschossen in ein einziges Abzugsrohr nicht übernehmen“.³⁹⁶ Gaswerkdirektor Söllner wehrte sich, hielt die Eingabe des Stadtbauamtes für „technisch vollkommen unverständlich“ und beharrte auf einer neueren Bauordnung.³⁹⁷ Der Konflikt ging noch eine Weile weiter, betraf aber das Gaswerk mehr, denn ohne die Zustimmung der Baubehörde, das war das Stadtbauamt, konnte der Bau nicht begonnen werden.

Ein anderes Problem war der Mangel an Rohstoffen. Seit dem „Anschluss“ war Baumaterial schon kontingentiert, mit Kriegsbeginn verschärfte sich die Lage. Für alle Baustoffe, egal, ob es sich um simple Nägel oder hochkomplexe Rohrsysteme handelte, waren Bezugsscheine

³⁹¹ Gaswerk/Max Söllner an Stadtwerke, 12.9.1939. StAI, Abt. IV 1939, Abschn. 152, Zl. 16824/22182/1939.

³⁹² Stadtwerke/Wurmhöringer an Oberbürgermeister, 23.4.1940. StAI, Abt. VI Bau 1963, Abschn. 11, Mp. Gaswerk Amraserstr. 5, 1. Teil 1940–1961, Zl. 2529/1573/1940.

³⁹³ Stadtwerke/Wurmhöringer an Oberbürgermeister, 27.5.1940. Ebd., Zl. 2529/2110/1940.

³⁹⁴ Oberbürgermeister an Gauleiter, 25.4.1940. Ebd., Zl. Zl. 2529/1573/1940.

³⁹⁵ Oberbürgermeister an Fa. Koppers, 23.5.1940. Ebd., Zl. 2529/2003/1940.

³⁹⁶ Stadtbauamt an Reichstatthalter, 24.6.1940. Ebd., Zl. 2529/2286/1940.

³⁹⁷ Gaswerk/Söllner an Reichstatthalter, 3.7.1940. Ebd., Zl. 2529/2802/1940.

vorzulegen, deren Beschaffung ein bürokratischer Kraftakt war. Ein Bezugsschein war allerdings noch keine Garantie dafür, dass das erforderliche Material dann auf dem Markt überhaupt zu haben war.

Die Probleme – Widerstand Stadtbauamt, Mangel an Baumaterial – zogen das Genehmigungsverfahren in die Länge. Erst im März 1941 trafen sich der ausführende Architekt und das Gaswerk mit Beamten des Gaus, um über die äußere Gestaltung der neuen Anlage zu beraten.³⁹⁸ Dem Regime war es nämlich wichtig, städtebauliche Akzente zu setzen, zugleich aber ein möglichst einheitliches Erscheinungsbild der Stadt zu gewährleisten. Das heißt, dass nicht nur die für die Baubewilligung zuständigen Beamten den Bau beeinflussten, sondern die der übergeordneten Ebene plus der mit der Gesamtplanung Innsbrucks beauftragte reichsdeutsche Architekt Peter Koller. Erst wenn alle ihre Anmerkungen und Änderungswünsche beige-steuert hatten, konnte das Verfahren zu laufen beginnen.

Im August 1941 fand dann endlich die mündliche Bauverhandlung statt, bei der alle Einwendungen protokolliert wurden. Die Landesstelle für Raumordnung merkte an, dass für das Gaswerk eigentlich ein Standort am Stadtrand vorgesehen, aber noch nicht ausgewählt worden sei, weshalb sie nichts gegen den Bau einzuwenden habe. Allerdings sei das gesamte Werk „über Verlangen der Genehmigungsbehörde sofort kostenlos und ohne Anspruch auf Entschädigung zu entfernen“, sollte der Flächenwidmungsplan in Kraft treten. Das Reichsinnenministerium verlangte aus Luftschutzgründen und zur Tarnung, „die Fassadenfarbe der Umgebung weitgehendst anzupassen, die Dach- und Außenflächen des Neubaus sind dunkel zu halten“.³⁹⁹

Der Bau, übertragen der Baufirma Wayss & Freytag AG und Meinong GmbH, war im Mai 1942 großteils fertig gestellt.⁴⁰⁰ Die Baufirma, die während der NS-Zeit in ganz Tirol Aufträge ausführte, beschäftigte großteils ausländische Arbeitskräfte (Kriegsgefangene, Zivilarbeiter, Ostarbeiter), was auch beim Gasofenbau der Fall gewesen sein dürfte.

Mit dem neuen Ofen waren aber die Bauarbeiten im Gaswerk nicht beendet. Schon im Juni 1942 suchten die Stadtwerke darum an, den bestehenden Schuppen abreißen und an anderer Stelle wieder aufbauen zu dürfen. Die Begründung zeigt, welche Umweltprobleme das Gaswerk verursachte. Im Schuppen „war früher die Ammoniakfabrik und das Salzlager untergebracht, weshalb der ganze Grund stark durchsäuert ist. Die Fundamente sind zerfressen, die Wände ausgebaucht und teilweise dem Einsturz nahe.“⁴⁰¹

Am neuen Ofen hing nicht nur die Versorgung der Stadt mit Gas, sondern auch mit Koks, der bei der Vergasung der Steinkohle anfiel und dem Gaswerk ein willkommenes Nebeneinkommen bescherte. Die veraltete Anlage hatte so wenig Koks ausgeliefert, dass einige städtische Ämter mittlerweile ihren Bedarf bei privaten Händlern deckten. Das Stadtbauamt bezog jedenfalls schon seit Jahren einen Teil seines Bedarfs bei Privaten, weil das Gaswerk in den vergangenen Wintern nicht immer die gewünschte Menge in der geforderten Qualität hatte liefern können.⁴⁰² Das missfiel dem Gaswerk, das im Frühjahr 1942 auf die neue Anlage hinwies und beklagte, dass „bei der bekannten, ablehnenden Stellung des eigenen Besitzers Koks an hunderte von Klein- u. Großverbrauchern in geringen Mengen“ abgegeben werde. Diese könnten nun „mit Recht sagen, daß der Gaskoks dem Besitzer zu schlecht, für die übrigen

³⁹⁸ Gedächtnisprotokoll über die Verhandlung der äußeren Ausgestaltung des Gaswerkerweiterungsbau, 24.3.1941. Ebd., Zl. 2529/3192/1941.

³⁹⁹ Niederschrift, aufgenommen am 12. August 1941 beim Stadtbauamt Innsbruck. Ebd., Zl. 2529/3192/1941.

⁴⁰⁰ Stadtwerke an Oberbürgermeister, 26.6.1942. StAI, Abt. VI Bau 1942, Abschn. 11, Zl. 2610.

⁴⁰¹ Stadtwerke/Gaswerk an Oberbürgermeister, 9.6.1942. Ebd.

⁴⁰² Stadtbauamt, Amtsbericht, 16.2.1942. Ebd., Zl. 674/3415.

Bewohner aber gut genug ist“.⁴⁰³ Der Konflikt war das eine, das andere war, dass so wenig Brennstoff in der Stadt war, dass das Gaswerk Anfang Feber 1942 das Hallenbad schließen musste.⁴⁰⁴

Meldungen über Kriegsgefangene im Gaswerk sind leider spärlich. Im Jahresbericht 1941 ist vermerkt, dass in der Werkstätte neben zwölf Mann des Stammpersonals weitere 25 arbeiteten, und zwar Italiener und serbische Kriegsgefangene. Beim Verlegen der Rohre in der Siedlung Pradl-Ost „lieh“ sich das Gaswerk Arbeitskräfte von drei Baufirmen, unter denen sich auch Kriegsgefangene befanden.⁴⁰⁵ 1943 litt die Rohrnetzabteilung unter Facharbeitermangel und „mietete“ des Öfteren Häftlinge aus dem Lager Reichenau.⁴⁰⁶ Mit Häftlingen waren die Männer gemeint, die im „Arbeitserziehungslager“ der Gestapo, das sich an das Kriegsgefangenen- und Zivilarbeiterlager der Stadt anschloss, leben mussten. Im Mai 1941 hatte der Reichsführer SS Heinrich Himmler die Behörden angewiesen, vertragsbrüchige Arbeitskräfte in ein Arbeitserziehungslager einzuweisen, sie dort zu disziplinieren, zur und durch Arbeit zu „erziehen“ und dann wieder an ihren alten Arbeitsplatz zurückzustellen. Das Lager sollte Geld verdienen, weshalb die Gestapo Arbeitsmöglichkeiten für die Häftlinge suchte und diese tages- oder wochenweise „vermietete“.⁴⁰⁷

Im Feber 1943 beantragte das Gaswerk den Bau einer eigenen Unterkunft für „Fremdarbeiter“ direkt beim Werk. Die „Grundforderungen“ wie „scharfe Trennung vom Werk, leichte Überwachbarkeit, Eingang von außen, erreichbare Nähe“ seien gegeben.⁴⁰⁸ Hintergrund war der Treibstoffmangel, worauf das Gaswerk mit einer Permagas-Tankstelle reagierte. Für die Gastankstelle schloss das Werk einen Vertrag mit dem Benzolverband Bochum.⁴⁰⁹ Die für die Anlage benötigten Arbeitskräfte sollten in einer nahe gelegenen Baracke leben müssen, aber keinen Zugang zum Gaswerk selbst haben. Der Betrieb galt als kriegswichtig und war gegen Sabotage besonders zu schützen. Unter „allen Umständen“ müssten den „Fremdarbeitern“ der Zutritt verwehrt werden, betonte auch die Industrie- und Handelskammer.⁴¹⁰ Geplant war eine 10,75 m lange, 5 m breite und 3,5 m hohe, an ein Materiallager anschließende Baracke, der Schlafraum für zehn Männer war mit 5,7 m lang und 4,5 m breit eng dimensioniert.⁴¹¹ Abbildung 42 zeigt einen Lageplan des Gaswerkes, die Permagasanlage ist mit einem roten Kreis markiert, die Baracke mit einem grünen. Wer in dieser Baracke leben musste, ist mangels Unterlagen leider nicht bekannt.

Im Sommer 1943 plante das Gaswerk, die kurz zuvor fertig gestellte neue Ofenanlage weiter auszubauen und um einen vierten Ofen zu ergänzen.⁴¹² Die Baustelle wurde aber bald stillgelegt, weil das Baugewerbe überlastet und kriegswichtige Sofortmaßnahmen dringender waren. Die Umsätze des Gaswerkes sanken, auch weil ab April 1943 die Bezugsscheinpflcht auf Gaskocher und Gasherde ausgedehnt wurde. Der Ressourcenmangel zwang das Gaswerk,

⁴⁰³ Stadtwerke/Wurmhöringer an Oberbürgermeister, 25.2.1942. Ebd.

⁴⁰⁴ Stadtwerke/Wurmhöringer an Oberbürgermeister, 7.2.1942. Ebd.

⁴⁰⁵ Stadtwerke, Vertraulicher Jahresbericht 1941. StAI, ohne Sign. Leistungsausweis über die Erschließungsarbeiten Pradl-Ost, Pradl-Reichenau und Wilten-West, 19.3.1941. StAI, Abt. VI Bau 1943, Abschn. 25, Zl. 144/1304/1941.

⁴⁰⁶ Stadtwerke, Vertraulicher Jahresbericht 1943. StAI, ohne Sign.

⁴⁰⁷ Einen Einblick in die Verhältnisse des Gestapolagers bietet Johannes Breit, Das Arbeitserziehungslager Innsbruck-Reichenau und die Nachkriegsjustiz, Innsbruck 2007.

⁴⁰⁸ Stadtwerke/Gaswerk an Stadtbauamt, 18.2.1943. StAI, Abt. VI Bau 1943, Abschn. 7, Zl. 704.

⁴⁰⁹ Stadtwerke, Vertraulicher Jahresbericht 1943. StAI, ohne Sign.

⁴¹⁰ Industrie- und Handelskammer an Stadtwerke/Gaswerk, 4.3.1943. StAI, Abt. VI Bau 1943, Abschn. 7, Zl. 704.

⁴¹¹ Stadtbauamt, Baubescheid, 24.4.1943. Ebd.

⁴¹² StAI, Abt. VI Bau 1943, Abschn. 11, Zl. 1901.

beim Verkauf eines neuen Herdes den alten einzutauschen, zu reparieren und wieder zu verkaufen.⁴¹³

Die Lage mitten in der Stadt und nahe der Bahnlinie erwies sich als problematisch, als ab Dezember 1943 die Alliierten Luftangriffe auf Tirol flogen und Innsbrucks Infrastruktur bis Kriegsende schwere Schäden zufügten.

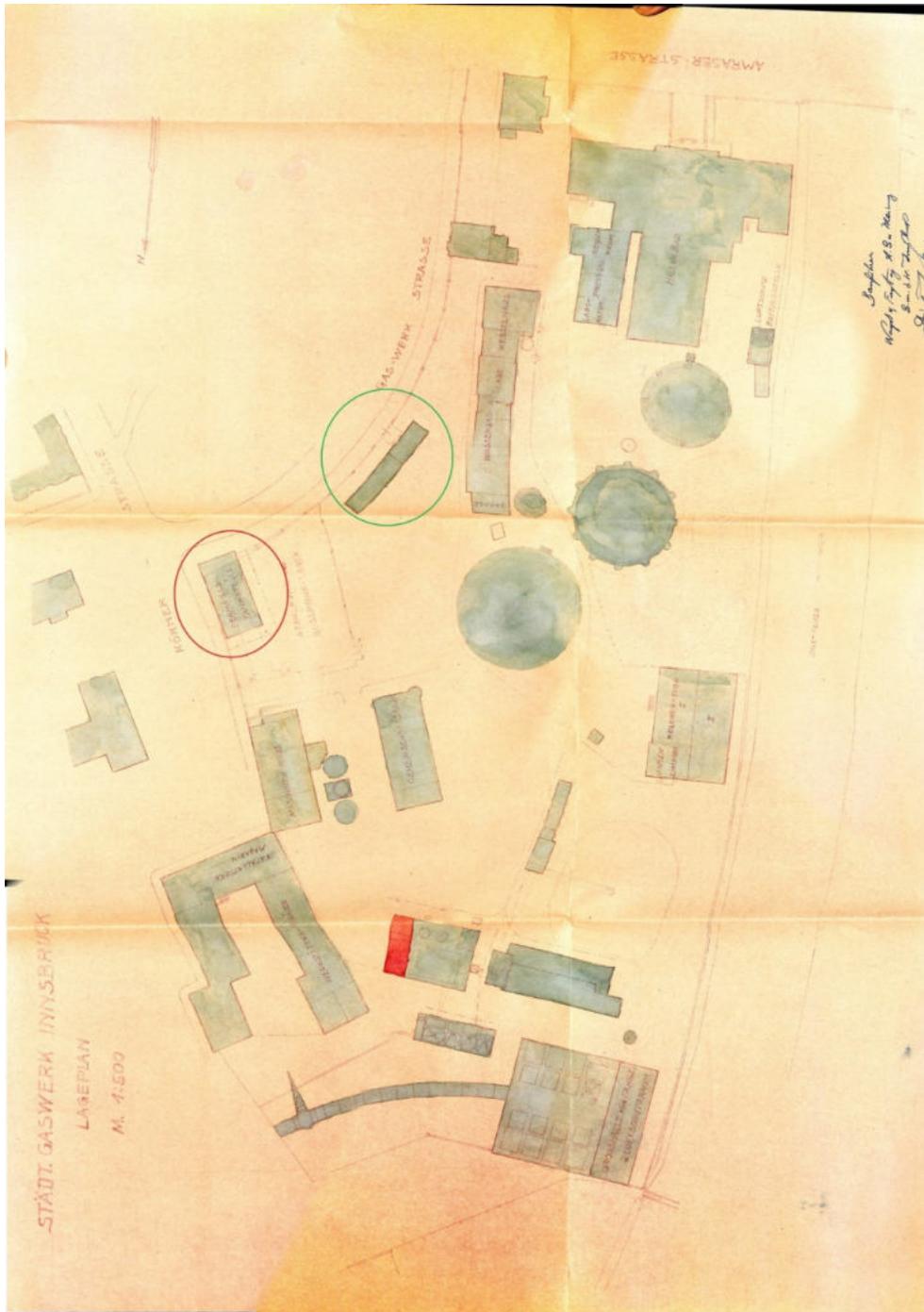


Abb. 42: Lageplan des Gaswerkes, Feber 1943. StAI, Abt. VI Bauamt 1943, Abschn. 11, Zl. 1901.

⁴¹³ Stadtwerke, Vertraulicher Jahresbericht 1943. StAI, ohne Sign.

4.2.2 Wasserversorgung

Die Versorgung der Stadt mit einwandfreiem Trinkwasser war schon seit Jahren nicht mehr gegeben. In den eingemeindeten Ortschaften war die Situation noch schlechter. Die Stadt wuchs während der NS-Zeit weiter und bereitete dem nunmehr den Stadtwerken unterstellten Wasserwerk erhebliche Probleme. Zu den technischen gesellten sich Schwierigkeiten, die benötigten Fachkräfte anzuziehen. Die Aufgaben des Wasserwerkes wuchsen ungleich schneller als der Personalstand: Bei der Überführung in die Stadtwerke arbeiten 35 Personen im Wasserwerk, 1945 waren es nur 47, die ein ungleich größeres Gebiet versorgen mussten.⁴¹⁴

Hötting bezog sein Wasser aus sechs Quellen, das in drei Behältern gesammelt und weiter geleitet wurde.⁴¹⁵ Die Fassungen, Zuleitungen und das Versorgungsnetz seien aber in einem sehr schlechten Zustand, weil die ehemals eigenständige Gemeinde Hötting finanziell nicht in der Lage gewesen sei, daran etwas zu ändern, urteilte der Leiter des Wasserwerkes 1939.⁴¹⁶ Im August 1941 forderte die Stadt die HausbesitzerInnen im westlichen Hötting auf, mit einem Gutachten nachzuweisen, dass ihr Wasser aus den eigenen Leitungen noch den sanitären Standards entsprach.⁴¹⁷ Das mit 1. April 1940 eingemeindete Arzl verfügte über eine eigene Trinkwasserleitung, die zwar das Dorf versorgte, aber nicht die Häuser in der Talebene beim Inn. Dort werde die Bevölkerung „auch heute noch unverändert durch Ziehbrunnen versorgt“, die Gefahr einer Verunreinigung des Grundwassers durch „Düngerstätten und sonstige Abwässer“ schätzte die Bezirkshauptmannschaft im September 1938 als hoch ein. Ebenso mangelhaft war die Entsorgung der Abwässer geregelt, nämlich durch „maschinelle Pumpanlagen“ in den Aborten mit einer Ableitung in Sickergruben.⁴¹⁸ Dies führe zu einer extremen Gefährdung der Bevölkerung, urteilte das Wasserwerk 1941.⁴¹⁹ Das Dorf Arzl bezog sein Wasser aus dem offenen Gerinne des Mühlauer Baches, war also aus hygienischer Sicht ebenfalls nicht einwandfrei.⁴²⁰ Dieser Zustand hielt bis nach Kriegsende an, was nicht nur aus sanitären Gründen problematisch war, sondern auch zu groben Verunreinigungen und damit Mehrbelastung der Leitungen führte.⁴²¹ Die Iglar Wasserversorgung war in einem noch beklagenswerteren Zustand, weil die Gemeinde nach dem finanziellen Desaster bei der Patscherkofelbahn so verschuldet war, dass sie kein hygienisch einwandfreies Wasser liefern konnte. Schon 1936 hatte ein Revisionsbericht festgehalten, dass die rund 50 Jahre alten Leitungen nicht mehr genügten.⁴²² Mühlau hatte eine eigene Wasserversorgung aus dem Duftbach, dessen Wasser aber nach Meinung des Stadtphysikates nicht den erforderlichen Qualitätsstandard erfüllte.⁴²³ Die Häuser westlich von Hötting, in Kranebitten, hatten überhaupt keine Trinkwasserversorgung und bezogen ihr Wasser aus zwei privaten Wasserleitungen. Im November 1940 baten die Stadtwerke

⁴¹⁴ Personalstand 31.7.1939. StAI, Akten MD 1939, Abschn. 35, Zl. 5356; Stadtwerke, Vertraulicher Jahresbericht 1945. StAI, ohne Sign.

⁴¹⁵ MA III an Bürgermeister Melzer, Vermögensstand der Gemeinde Hötting in der Zeit der Eingemeindung, 19.4.1946. StAI, Abt. III 1946, Zl. 288.

⁴¹⁶ Wasserwerk/Maass an Stadtwerke, 12.12.1939. StAI, Abt. VI Bau 1946, Abschn. 20, Mp. Wasserversorgung Innsbruck u. Mühlauer Wasserfassung 153/20/VI/1946, Zl. 586/4580/1939.

⁴¹⁷ Oberbürgermeister, Bescheid, 26.8.1941. Ebd., Zl. 1337/2319/1941.

⁴¹⁸ Bezirkshauptmannschaft Innsbruck, Bescheid, 23.9.1938. IKB, Mp. Wasserwerk 10.1.1930, Zl. I-3648/2.

⁴¹⁹ Stadtwerke, Vertraulicher Jahresbericht 1941. StAI, ohne Sign.

⁴²⁰ Stadtbauamt an Stadtwerke/Wasserwerk, 28.9.1940. StAI, Abt. VI Bau 1946, Abschn. 20, Mp. Wasserversorgung Innsbruck u. Mühlauer Wasserfassung 153/20/VI/1946, Zl. 3859/3907/20/VI/1940.

⁴²¹ Stadtwerke, Vertraulicher Jahresbericht 1945. StAI, ohne Sign.

⁴²² Revision der Geschäfts- und Kassengebarung, 30.9.1936. TLA, ATLR, Abt. VI, BH Innsbruck-Land, Gemeindeangelegenheiten 1934–1938, Fasz. 742, Mp. Igls.

⁴²³ Stadtbauamt an Stadtwerke, 25.2.1939. StAI, Abt. VI Bau 1946, Abschn. 20, Mp. Wasserversorgung Innsbruck u. Mühlauer Wasserfassung 153/20/VI/1946, Zl. 586/20/VI/1939.

die Stadtverwaltung, für das Gebiet keine neuen Baubewilligungen mehr zu erteilen, weil es bis nach Kriegsende dauere, eine öffentliche Wasserversorgung zu garantieren.⁴²⁴

Der Ausbau der Trinkwasserversorgung war daher dringend geboten und noch vor Kriegsbeginn, im August 1939, reichten die Stadtwerke ein schon länger geplantes Projekt ein, und zwar die Kombination aus Wasser- und E-Werk am Mühlauer Bach. Geplant war, alle in der Mühlauer Klamm entspringenden Quellen in Stollen zu fassen, durch Rohrleitungen bis auf die Höhe des Schillerhofes in Mühlau zu führen, zuerst für die Stromerzeugung über Turbinen laufen zu lassen und dann in einen neuen Trinkwasserhochbehälter zu leiten. Ein Stollen auf etwa 1.150 m Seehöhe sollte das Wasser des alten Brunnenstollens und die Quellen des Mühlauer Baches, ein zweiter, weiter unterhalb gelegener, das Wasser des Klammstollens fassen. Die Planungen berührten Wasserrechte von Gemeinden wie Rum und Privater wie der Rauchmühle oder der beiden Lodenfabriken, weiters Grundstücke in öffentlicher und privater Hand. Die Landeshauptmannschaft rief für Mitte September 1939 zur mündlichen Verhandlung.⁴²⁵

Widerstand gegen das Bauprojekt kam vom Stadtbauamt und dessen Leiter Anton Kininger, der es grundsätzlich kritisierte. Eingangs merkte er an, die Wasserversorgung sei „auf viel einfachere und billigere Weise“ zu haben, der Ausbau in Mühlau sei zu kostenintensiv, was in Kriegszeiten nicht nur wegen der „Bewirtschaftung der Baustoffe und des Arbeitseinsatzes“ nicht angehe. Aus Gründen des Luftschutzes sei „die Massierung der Wasserfassungsanlagen an einer Stelle abzulehnen; es darf nicht vergessen werden, daß jetzt schon fast 80 % alles benötigten Wassers an der luftschutzeempfindlichen Stelle bei der Mühlauer Innbrücke vorbeigeführt“ werde. Er schlug erstens vor, das Stadtrohrnetz auszubauen, nicht versorgte Straßenzüge zu „berohren“ und die undichten Leitungen in Hötting auszutauschen. Zweitens befürwortete er ein neues „Grundwasserwerk“ im Westen der Stadt, auf der damals noch unverbauten Ulfiswiese. Hygienisch sei das Wasser in Ordnung, die Kosten betrügen nur einen Bruchteil der Mühlauer Planungen. Bei der Mühlauer Wasserfassung könnten allemal der Wasserbehälter bei der Schweinsbrücke vergrößert und die Zuleitung aus dem Quellgebiet ausgetauscht werden, was aber bis nach Kriegsende Zeit habe.⁴²⁶ Paul Attlmayr vom EWI hielt nichts von Kiningers Kritik, besonders wenig von dessen Plan eines Grundwasserwerkes. Das Wasser entspreche vielleicht hygienischen Ansprüchen, lasse aber an Geschmack missen: „Der Tiroler liebt jedenfalls das Quellwasser und lehnt Grundwasser ab. Ich glaube, daß die öffentliche Meinung, selbst wenn sie allzu einseitig eingestellt wäre, nicht unberücksichtigt bleiben darf.“ Aus wirtschaftlicher Sicht sei es

„nicht einzusehen, warum man das Wasser aus der Ulfiswiese etwa 100 m hinaufbefördern soll, wenn es in der Mühlauerklamm in dieser Höhe ohnehin vorhanden ist. Die Pumpen erfordern eine Leistung von rd. 300 kW, was beispielsweise bei täglich 10-stündiger Förderung eine Jahresarbeit von über 1 Million kWh bedeutet. Beim Ausbau Mühlau lassen sich nicht nur diese Arbeitsmengen ersparen, sondern darüber hinaus eben durch die projektierte Verbindung von Kraftwerk und Trinkwasserversorgung eine ganz erhebliche elektrische Leistung mit einer Jahresarbeitsmenge von rd. 20 Mio kWh neu gewinnen.“

Aus energiewirtschaftlicher Sicht sei der Ausbau des E-Werkes in Mühlau geradezu zwingend notwendig. Würden die 5.000 projektierten Wohnungen gebaut, wären „die Energiereserven der Stadt gleich Null“. Volkswirtschaftlich sei der Ausbau ebenso notwendig wie der der

⁴²⁴ Stadtwerke an Oberbürgermeister, 14.11.1940. Ebd., Zl. 153/964/1940.

⁴²⁵ Landeshauptmannschaft, Kundmachung, 25.8.1939. Ebd., Zl. 586/3571/1939.

⁴²⁶ Stadtbauamt/Kininger an Oberbürgermeister, 17.11.1939. Ebd., Zl. 586/4580/1939.

TIWAG, die in Kirchbichl und Gerlos baue. Baue nur diese, „so wird die Stadt früher oder später in eine unliebsame Abhängigkeit von der Tiwag geraten“.⁴²⁷

Der Leiter des Wasserwerkes Eugen Maass beschrieb in seiner Stellungnahme eingangs den Iststand der Innsbrucker Wasserversorgung: Die Stadt verfüge über drei Hauptspeiseleitungen, eine erste, errichtet 1890 bis 1895, hätte das damalige Innsbruck versorgt; eine zweite, 1901 bis 1905 gebaut, führe über den Hohen Weg und liefere Wasser ins Zentrum und St. Nikolaus. Die Eingemeindungen von Wilten und Pradl und die vielen Neubauten in der Stadt hätten zu einem gestiegenen Mehrverbrauch geführt. Erst 1927 sei eine dritte Speiseleitung hinzugekommen, aber nur vom Hochbehälter in Mühlau bis zum dortigen Badhaus, was nur als „Notbehelf auf kurze Zeit“ gelten könne. Hochbehälter und Quellsfassungen seien seit der Inbetriebnahme nicht vergrößert worden. Die Versorgung Höttings sei kritisch, die von Arzl ebenso. Die Neufassung der Mühlauer Quellen brächten mehr Wasser als ein Grundwasserspeicher, widersprach Maass Baudirektor Kininger.⁴²⁸

Am 17. November 1939 erließ die Landeshauptmannschaft den wasserrechtlichen Bescheid, genehmigte umfangreiche Enteignungen und legte die Wasserbezugsrechte neu fest.⁴²⁹ Das eine war der Bescheid, das andere war die Realität, die von Mangel gekennzeichnet war: Es fehlte an allem, an Treibstoffen, Baumaterial und Arbeitskräften. Hinzu kamen bürokratische Hürden, wie jene, dass sich das Reichsinnenministerium in Berlin die Genehmigung aller Projekte vorbehält. Bauamtsdirektor Kininger sah in dieser Zentralisierung einen „Leidensweg für die Stadt“, weil ohnehin komplizierte Bewilligungsverfahren sich noch weiter verzögerten.⁴³⁰

Jedenfalls verging das Jahr 1940 ohne nennenswerte Bewegung, weil der Mangel einen umfangreichen Schriftverkehr erforderte. Eine Kennnummer war zu beantragen, Bezugsscheine waren anzufordern, benötigtes Material im Einzelnen zu begründen, Baufirmen mit genügend Kapazität auszuforschen und deren Wünsche nach Arbeitskräften beim Arbeitsamt zu unterstützen. Das Jahr 1941 verging mit Verhandlungen über eine eventuelle Enteignung oder den Ankauf benötigter Grundstücke. Die meisten der Personen, die Grund, zumeist Wald, bei der künftigen Baustelle besaßen, wollten nicht verkaufen. Sie forderten, mit einem Waldgrundstück entschädigt zu werden, und waren lediglich bereit, Arbeiten auf ihrem Grundstück zuzulassen, wofür sie allerdings Geld verlangten.⁴³¹ Schwierig waren auch die Verhandlungen mit den 13 Firmen, die selbst ein Kraftwerk am Mühlauer Bach betrieben. Ihre Wasserbezugsrechte galt es möglichst günstig abzulösen oder gegen Freistrom zu tauschen.⁴³² Mit den drei größten Firmen (Rauchmühle, Weyrer & Söhne, Franz Baur AG) schloss die Stadt neue Verträge.⁴³³ Das Wasserwerk stand damit vor ähnlichen Problemen wie Anfang der 1930er Jahre, als es die Mühlauer Wasserfassung hatte ausbauen wollen (siehe I.2).

Im Juni 1941 drängte das Wasserwerk darauf, endlich mit dem Bau beginnen zu dürfen. Es warnte vor einem baldigen Wassermangel, sollte das Gebiet zwischen der Arbeiterbäckerei und dem Schießstand (heute Neu-Arzl) auch noch bebaut werden.⁴³⁴ Der Jahresbericht 1941

⁴²⁷ EWI/Attlmayr an Wurmhöringer, 2.12.1939. Ebd., Zl. 586/4580/1939.

⁴²⁸ Wasserwerk/Maass an Stadtwerke, 12.12.1939. Ebd., Zl. 586/4580/1939.

⁴²⁹ Landeshauptmannschaft, Bescheid, 17.11.1939. Ebd., Zl. 586/4680/1939.

⁴³⁰ Stadtbauamt/Kininger, Aktenvermerk, 29.11.1940. Ebd., Zl. 3859/4734/1940.

⁴³¹ MA IV, Amtsbericht, 2.10.1941. StAI, Karton Mühlauer Elektrizitäts- und Wasserwerke, Akten 1941, Abschn. 162, Zl. 913/6171.

⁴³² Verhandlungen mit der Weyrer-Lodenfabrik und anderen in: Ebd., Akten 1941, Abschn. 162, Zl. 913/7340; Akten 1942, G.-A. 3-5, Zl. 142.

⁴³³ Stadtwerke, Vertraulicher Jahresbericht 1942. StAI, ohne Sign.

⁴³⁴ Stadtwerke/Wasserwerk an Oberbürgermeister, 28.6.1941. StAI, Abt. VI Bau 1946, Abschn. 20, Mp. Wasserversorgung Innsbruck u. Mühlauer Wasserfassung 153/20/VI/1946, Zl. 1014/2902/1941.

vermerkt, dass die Wasserversorgung „in ein kritisches Stadium“ getreten sei. Die 1890 erbaute Anlage in Mühlau hätte zwar die damals rund 25.000-köpfige Bevölkerung versorgt, genüge aber für die nun bald 100.000 nicht mehr. 1936 hätte Innsbruck insgesamt rund 6,4 Millionen m³ verbraucht, 1940 dann schon 8 Millionen, und das ohne die eingemeindeten Ortschaften. Für das Jahr 1941 untersagte der Gauleiter, die öffentlichen Brunnen zu speisen, die Stadtverwaltung sparte bei der Reinigung und Sprengung der Straßen. Trotzdem sei der Verbrauch auf rund 8,6 Millionen m³ gestiegen. Der Zuzug von SüdtirolerInnen und deren Ansiedlung in Innsbruck habe die Werksleitung 1941 gezwungen, das Hilfsrohr wieder zu aktivieren und ungefiltertes Wasser einzuleiten.⁴³⁵ Allein zwischen Jänner und Juli 1941 flossen insgesamt rund 46.000 m³ ungefiltertes Wasser in die Innsbrucker Trinkwasserleitung.⁴³⁶ 1942 leiteten die Wasserwerke rund 201.000 m³ ungefiltertes Bachwasser in Innsbrucks Leitungen, 1943 waren es schon rund 471.000 m³.⁴³⁷

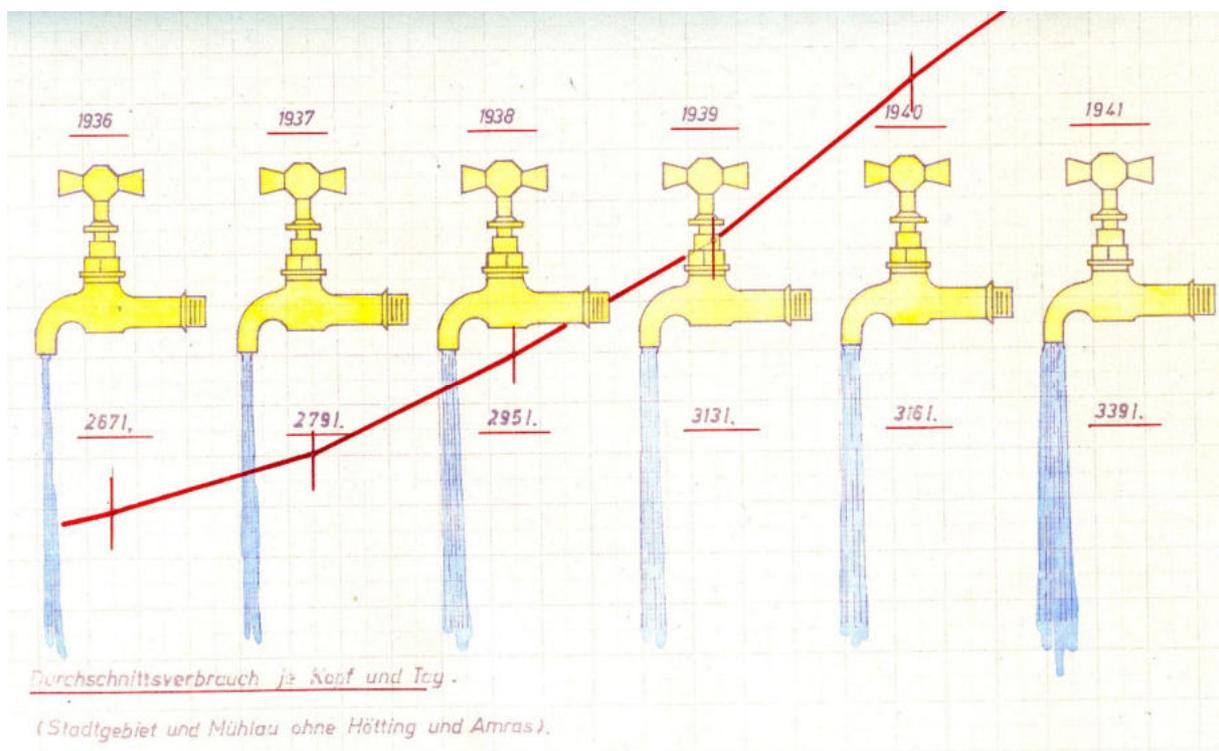


Abb. 43: Durchschnittlicher Wasserverbrauch pro Kopf und Tag 1936 bis 1941.⁴³⁸ Stadtwerke, Vertraulicher Jahresbericht 1941. StAI, ohne Sign.

Im August 1941 kündigte die Stadt an, mit den Arbeiten bald beginnen zu wollen.⁴³⁹ Anfang Oktober 1941 fand im Arzler Wald eine Begehung mit allen privaten BesitzerInnen statt, um vor Baubeginn noch einige offene Fragen zu klären. Um Material zur Baustelle bringen zu

⁴³⁵ Stadtwerke, Vertraulicher Jahresbericht 1941. StAI, ohne Sign.

⁴³⁶ Aufstellung über die im Jahre 1941 aus der Turbinenleitung entnommenen Wassermengen, o. D. StAI, Abt. VI Bau 1946, Abschn. 20, Mp. Wasserversorgung Innsbruck u. Mühlauer Wasserfassung 153/20/VI/1946, Zl. 932/1942.

⁴³⁷ Stadtwerke, Vertraulicher Jahresbericht 1942; Vertraulicher Jahresbericht 1943. StAI, ohne Sign.

⁴³⁸ Die im Vertraulichen Jahresbericht 1945 angegebenen Verbrauchszahlen differieren deutlich: 1941 325 Liter pro Kopf und Tag, 1942 335, 1943 336, 1944 342, 1945 379. Der für 1941 angegebene Verbrauch von 339 Litern dürfte verwendet worden sein, um einen Ausbau als besonders dringlich darzustellen.

⁴³⁹ MA IV an GrundbesitzerInnen, 8.8.1941. StAI, Karton Mühlauer Elektrizitäts- und Wasserwerke, Akten 1941, Abschn. 162, Zl. 6014/1941.

können, musste der Rosnerweg verbreitert werden, nahe des Franziskusbründls waren Baracken aufzustellen, für einen Schrägaufzug waren Bäume zu fällen und schließlich musste im Quellgebiet selbst ein Barackenlager errichtet werden.⁴⁴⁰ Da es aus Ressourcenmangel schwierig war, Arbeitskräfte von weither zu transportieren, trachteten Baufirmen danach, möglichst nahe an der Baustelle Barackenlager zu errichten. Je nach Größe einer Baracke konnten bis zu 100 Mann darin untergebracht werden, weiters waren mindestens eine Abort-, eine Wasch- und eine Wirtschaftsbaracke zu bauen. Wachpersonal war in einer gesonderten, besser ausgestatteten Baracke unterzubringen. Mit dem Bau beauftragte die Stadt die Firma Innerebner & Mayer, die in ganz Tirol Aufträge für die öffentliche Hand ausführte und über reichlich Erfahrung im Umgang mit gezwungenen Arbeitskräften verfügte. Diese Firma hatte außerdem schon 1932 Pläne für den Ausbau der Mühlauer Wasseranlage vorgelegt.

Am 6. Dezember 1941 reichten die Stadtwerke beim zuständigen Arbeitsamt die Anzeige über ein Bauvorhaben ein.⁴⁴¹ Da sich das Genehmigungsverfahren zog, legten die Stadtwerke ein Gutachten des Hygienischen Instituts der Universität Innsbruck vor, das, wie vom Wasserwerk gewünscht, den katastrophalen Zustand der Wasserversorgung attestierte. Der Einwand, „dass sich an dem Oberlauf des Baches keine menschlichen Siedlungen befänden und somit keine Verunreinigung des Baches durch Abwässer zustände käme“ sei unerheblich. Es bestehe nicht einmal eine Schutzzone am Bach, Wanderwege führten über ihn und an ihm entlang, Vieh weidete im Quellgebiet. Es sollen „gelegentlich Kadaver von Wild, das durch Lawinen verunglückt ist, im Bach gefunden“ worden sein. Es sei also möglich, dass das Bachwasser „mit menschlichen und tierischen Abgängen und anderen organischen Substanzen“ verunreinigt werde, was zu Infektionskrankheiten führen könne.⁴⁴²

Im Sommer 1942 konnten die Stadtwerke endlich den im Prinzip seit 1927 erforderlichen Ausbau des Mühlauer Baches beginnen. Wie viele Kriegsgefangene die Baufirma in ihrem Barackenlager unterbrachte und wie groß das Lager war, ist leider nicht bekannt. Einen Eindruck vermitteln zwei Meldungen: Erstens eine Auflistung von Großbaustellen aus dem März 1944. Hier firmiert die Firma Innerebner & Mayer mit ihrer Baustelle in Mühlau, bei der neben acht deutschen „Gefolgschaftsmitgliedern“ 23 Nicht-deutsche und 28 Kriegsgefangene arbeiteten.⁴⁴³ Zweitens der Jahresbericht 1945, in dem von rund 80 Gefangenen die Rede ist, die im Mai 1945 „fluchtartig die Baustelle“ verließen.⁴⁴⁴

Die Probleme um den Neubau in Mühlau verdrängten die bei den anderen Innsbrucker Wasseranlagen. Der Jahresbericht 1942 schildert, wie welche Anlage funktionierte. Zweimal wöchentlich kontrollierte das Wasserwerk die Anlage im Quellengebiet Klarerhof (ehemals Wilten gehörend), die an sich klaglos arbeitete, deren Pumpe aber immer weniger leistete. Auszutauschen sei dringend auch das Betongerinne durch eine Eisenrohrleitung, was aber in Kriegszeiten unmöglich sei. Weil ein spezielles, dünnflüssiges Dynamoöl fehlte, hätte die Anlage fast stillgelegt werden müssen. Wöchentlich einmal kontrollierte das Wasserwerk das Quellengebiet Mentlberg und Ödtal, das ebenfalls nach der Eingemeindung Wilten an die Stadt übergegangen war. Bei der Quelle in Amras fehlte eine Messvorrichtung, so dass über ihre Ergiebigkeit nichts gesagt werden konnte. Das Quellengebiet Arzl wies die bekannten Missstände auf: Offenes Bachwasser versorgte das Dorf, der Hochbehälter war ständig verschmutzt,

⁴⁴⁰ MA IV an die BesitzerInnen, 3.10.1941. Ebd., Zl. 913/7954.

⁴⁴¹ Stadtwerke an Arbeitsamt, 6.12.1941. StAI, Abt. VI Bau 1946, Abschn. 20, Mp. Wasserversorgung Innsbruck u. Mühlauer Wasserfassung 153/20/VI/1946, Zl. 932/1942.

⁴⁴² Hygienisches Institut der Universität Innsbruck, Gutachten, 26.1.1942. Ebd., Zl. 932/1942.

⁴⁴³ Der Gaubeauftragte für den Gau Tirol-Vorarlberg, Großbaustellen, 23.3.1944. TLA, Gaubeauftragter für die Bauwirtschaft (GB Bau), Sign. 18, Fasz. 18-10, Mp. 18-10/1.

⁴⁴⁴ Stadtwerke, Vertraulicher Jahresbericht 1945. StAI, ohne Sign.

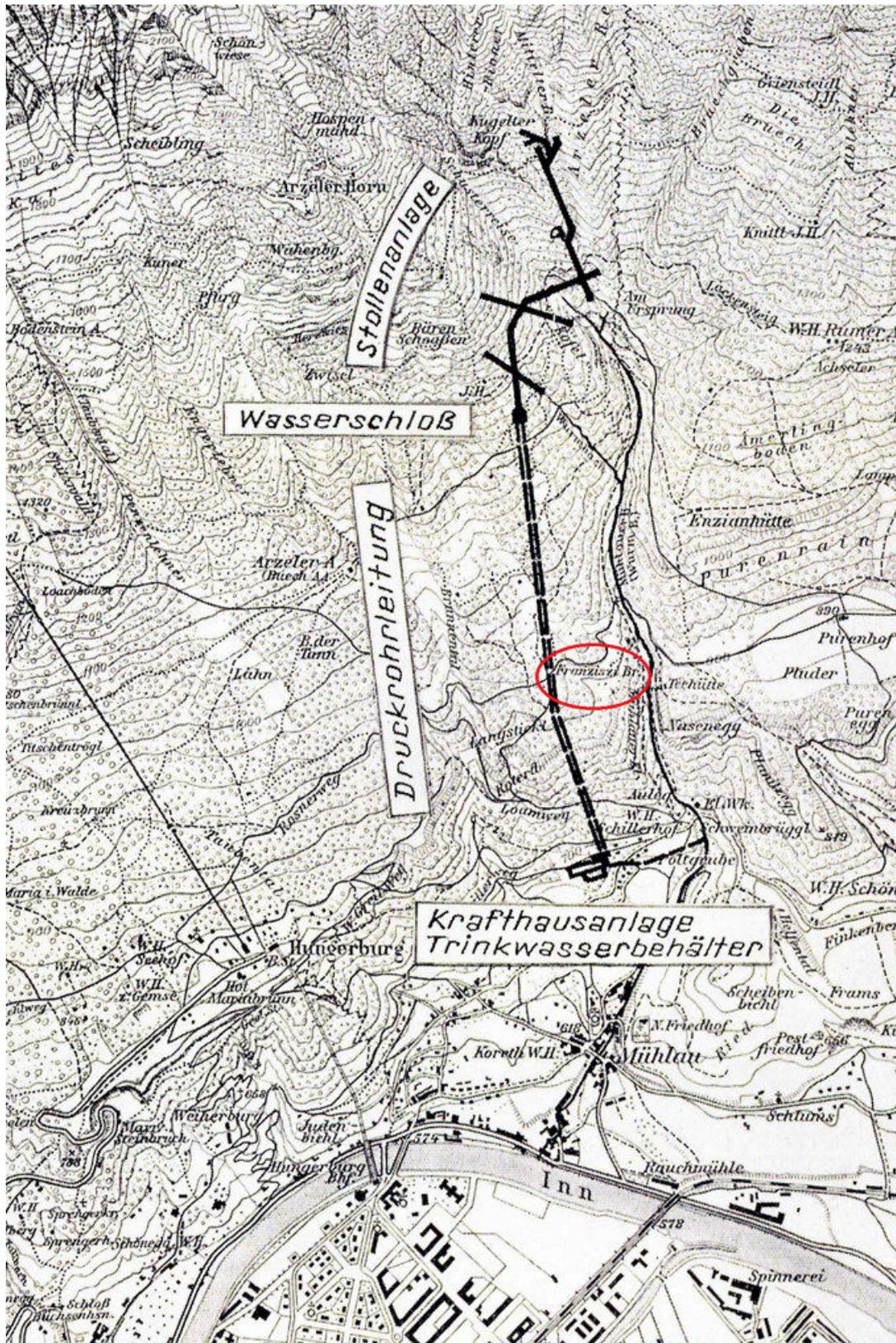


Abb. 44: Übersichtsplan der Anlage, 1953. Rot markiert = vermutlich Standort des Barackenlagers. Das neue Trinkwasserwerk und Kraftwerk Mühlau der Landeshauptstadt Innsbruck, Festschrift, Innsbruck 1953. StAI, Karton Mühlauer Elektrizitäts- und Wasserwerke.

bis zu vier Mal täglich waren die Filter zu reinigen. Das Siedlungsgebiet in Neu-Arzt verfügte nach wie vor über keine öffentliche Trinkwasserversorgung. Sorgen bereitete das Quellengebiet in Hötting, wofür während des Krieges keine Ressourcen aufzubringen waren.⁴⁴⁵

Die Versorgung Höttings verschlechterte sich, als im Herbst 1943 die Brandlschrofenquelle wegen außergewöhnlicher Trockenheit versiegte. Im November 1943 beschwerte sich die NSDAP-Ortsgruppe, dass die Häuser oberhalb der Gramartstraße praktisch kein, die unterhalb zu wenig Wasser erhielten.⁴⁴⁶ Das Wasserwerk reagierte, in dem es die Wasserversorgung zwischen 13.00 und 17.00 sperrte, um den Hochbehälter wieder füllen zu können. Die Häuser oberhalb der Gramartstraße erhielten überhaupt nur rund zwei Stunden täglich Wasser.⁴⁴⁷ Das Wasserwerk musste dann als Notmaßnahme eine provisorische Verbindungsleitung von der Lehnerleitung zum Reservoir Almtal herstellen. Unter Aufsicht des Wasserwerkes arbeiteten bei dieser Baustelle 30 Häftlinge aus dem Gestapolager in der Reichenau.⁴⁴⁸ Die Arbeitskräfte verdankte das Wasserwerk übrigens einer persönlichen Intervention des stellvertretenden Gauleiters Herbert Parson bei der Gestapo.⁴⁴⁹ Eine provisorische Wasserversorgung im Siedlungsgebiet auf der Ulfiswiese erstellten Kriegsgefangene der Baufirma Fellner.⁴⁵⁰

In einem miserablen Zustand befanden sich die seit Jahren vernachlässigten und baufälligen Trinkwasserleitungen in Igls. Schon vor der Eingemeindung, im November 1940, beauftragte der Gauleiter das Innsbrucker Wasserwerk mit der Untersuchung der Iglener Quellen. Es bestanden prinzipiell zwei Quellengebiete, wovon die bei Heiligwasser mehrere Quellen zusammenfasste und ergiebiger war. Beide Quellfassungen lieferten gerade in trockenen Monaten so wenig Wasser, dass während der Nachtstunden das Ortsrohrnetz teilweise abgeschaltet werden musste, damit sich der Hochbehälter wieder füllen konnte. Die größte der bei Heiligwasser zusammengefassten Quellen „befindet sich höhenmässig unterhalb der Düngerstätte [= Jauchegrube, Misthaufen] und des Schweinestalles der Wirtschaft Hlg. Wasser“, was ein „unhaltbarer Zustand“ sei. Im Wasser fand das Hygienische Institut der Universität Innsbruck Coli-Bakterien. Nach diesem verheerenden Befund verlangten die Behörden, diese Leitung stillzulegen. Zuvor jedoch musste Ersatz geschaffen werden, woraufhin das zuständige Wasserwirtschaftsamt mit dem Bau eines neuen Stollens begann. Weil das Amt überlastet war, übertrug im April 1941 der Gau das Iglener Problem an das Innsbrucker Wasserwerk. Dieses beauftragte seinerseits die Baufirma Scheibler & Co, die, weil andere Arbeitskräfte praktisch nicht mehr zu bekommen waren, vermutlich Kriegsgefangene einsetzte. Das Gestein ließ sich schwer sprengen, so dass „viele Meter dieses Stollens mühsam mit Pickel und Schaufel vorgerieben“ werden mussten.⁴⁵¹ Der Bau des Stollens selbst mochte mühsam gewesen sein, aber das Wasserwerk ersparte sich den ansonsten geforderten bürokratischen Hürdenlauf, arbeitete es doch auf Wunsch des Gauleiters.⁴⁵² Im Oktober 1942 war die neue Quellfassung so weit fertig gestellt und der oberhalb liegende Stall entfernt, dass die Iglener Bevölkerung das erste Mal seit vielen Jahren sanitär einwandfreies Wasser trinken konnte. Ein Jahr später war die Anlage

⁴⁴⁵ Stadtwerke, Vertraulicher Jahresbericht 1942. StAI, ohne Sign.

⁴⁴⁶ NSDAP-Ortsgruppe an Oberbürgermeister, November 1943. StAI, Abt. VI Bau 1943, Abschn. 20, Zl. 4334.

⁴⁴⁷ Wasserwerk/Maass, Bericht über die derzeitige Trinkwasserversorgungslage im Hungerburggebiet, 4.11.1943; Stadtbauamt an NSDAP-Ortsgruppe, 26.11.1943. Ebd.

⁴⁴⁸ Stadtwerke, Antrag auf Ausnahme vom Bauverbot, 6.11.1943. StAI, Abt. VI Bau 1944, Abschn. 20, Zl. 43/920.

⁴⁴⁹ Stadtbauamt/Kininger an GB Bau, 10.12.1943. StAI, Abt. VI Bau 1946, Abschn. 20, Mp. Wasserversorgung Innsbruck u. Mühlauer Wasserfassung 153/20/VI/1946, Zl. 4611/1943.

⁴⁵⁰ Stadtbauamt an Oberbürgermeister, 30.8.1943. Ebd., Zl. 3070/1943.

⁴⁵¹ Stadtwerke, Vertraulicher Jahresbericht 1941. StAI, ohne Sign.

⁴⁵² Stadtwerke, Anzeige über ein Bauvorhaben, 18.3.1942. StAI, Abt. VI Bau 1942, Abschn. 7, Zl. 1256.

vollständig fertig, auch wenn sie es bei längerer Trockenheit nicht schaffte, alle Häuser in der Gemeinde zu beliefern.⁴⁵³

Bei Kriegsende war die Versorgung der Stadt mit unbedenklichem Wasser keineswegs gesichert. Zum schlechten Zustand der vorhandenen Leitungen gesellten sich die Zerstörungen durch Bombenangriffe.

4.2.3 Stromversorgung

Bis Sommer 1938 lebte das EWI problemlos in einer Partnerschaft mit der TIWAG, Stromlieferungsabkommen regelten weiterhin den gegenseitigen Bezug von Elektrizität. Wie die anderen Zweige der Stadtwerke war das EWI vorrangig damit beschäftigt, die wachsende Stadt zu versorgen, Kabel zu legen, Umspannstellen zu errichten, Häuser anzuschließen, die Anlagen zu warten und zu reparieren. Außer in die Stadt selbst lieferte das EWI Strom in weitere 13 Gemeinden des Stubaitales und des südlichen Mittelgebirges. Ab Sommer 1941 gehörten dazu auch die noch selbständigen Gemeinden Igls und Vill, die bisher ihren Bedarf aus dem E-Werk Vomperbach gedeckt hatten. Die vorhandenen Netze waren aber „so überlastet, daß nichts andres übrigblieb, als sie von Grund auf neu zu erstellen“.⁴⁵⁴

Weiterhin verkaufte das EWI elektrische Geräte, aber nur mehr eingeschränkt, weil diese auch nur mehr sehr schwierig zu bekommen waren und prinzipiell der Bewirtschaftung unterlagen. Die Ansiedlung der SüdtirolerInnen war hier von Vorteil, weil die neuen Wohnungen ausgestattet werden mussten. So konnte das EWI 1940 noch 481 E-Herde verkaufen, 1941 dann immer noch 229. Andere Geräte wie Heizkissen oder Bügeleisen waren zwar nachgefragt, aber nicht lieferbar. Das EWI verkaufte 1941 nur mehr an Personen, „die die Geräte dringend brauchen; Bügeleisen z. B. geben wir nur mehr an Rückwanderer und neu gegründete Haushalte ab. Obwohl Heizkissen kaum noch erhältlich sind, konnten wir 333 Stück verkaufen, verlangten aber ärztliche Bescheinigungen.“ Elektroöfen setzte das EWI mehr ab, weil diese zur Grundausstattung von Luftschutzräumen gehörten. Allerdings nur bis Dezember 1941, weil es ab dann verboten war, Elektroöfen herzustellen oder zu verkaufen.⁴⁵⁵ Ab 1943 war es verboten, Glühlampen an Private zu verkaufen.⁴⁵⁶

Im Vortragssaal im Hochhaus fanden nicht nur betriebseigene Veranstaltungen statt, wie Betriebsappelle, Kochvorträge – 1941 17 des EWI, neun des Gaswerkes – oder Vorträge der Betriebsleitungen, sondern auch Veranstaltungen der NSDAP, der NS-Frauenschaft oder des Kraftfahrerkorps. Die Zahl der stromverbrauchenden Geräte in Haushalten und Gewerbe wuchs, zugleich sank der Verbrauch im öffentlichen Raum. Ab Kriegsbeginn galten Verdunkelungsvorschriften, die den Verbrauch drosselten. 1941 setzte das EWI um 3,5 Millionen kWh weniger ab als im Jahr zuvor, weil Straßen, Reklame und Auslagen nicht beleuchtet werden durften.⁴⁵⁷ 1942 lockerte das Reichsministerium für Luftfahrt die strengen Richtlinien und erlaubte Städten, die über eine zentral schaltbare Straßenbeleuchtung verfügten, diese wenigstens für einige Stunden einzuschalten. Rund ein Fünftel des friedensmäßigen Bestandes an Laternen durfte in den Tagesrandzeiten brennen (von 6.00 bis zum Hellwerden, abends bis maximal 20.00), aber nur im Stadtzentrum. Hötting und die neuen Straßenzüge in Pradl lagen im Dunkeln, weil es keine zentral steuerbare Beleuchtung gab; Viertel am Stadtrand wie Wiltenberg

⁴⁵³ Stadtwerke, Vertraulicher Jahresbericht 1942; Vertraulicher Jahresbericht 1943. StAI, ohne Sign.

⁴⁵⁴ 60 Jahre, 33.

⁴⁵⁵ Stadtwerke, Vertraulicher Jahresbericht 1941 StAI, ohne Sign.

⁴⁵⁶ Stadtwerke, Vertraulicher Jahresbericht 1943. StAI, ohne Sign.

⁴⁵⁷ Stadtwerke, Vertraulicher Jahresbericht 1941. StAI, ohne Sign.

oder die Lohbachsiedlung ebenso, weil die Ausnahme nur für verkehrswichtige Straßen galt.⁴⁵⁸ Ab 1942 griffen Vorschriften, Energie zu sparen.

Eine wirkliche Herausforderung war aber das Wachsen Innsbrucks um die neuen Stadtteile, vor allem im Osten und Nordosten. Sie anzuschließen und das angesichts mangelnder Ressourcen und eines unglaublich bürokratischen Aufwandes stellte das EWI vor große Probleme. Von 1938 bis 1945 verdoppelte sich fast der Stromverbrauch (1938: 35.617.915 gelieferte kWh, 1945: 69.450.304), die Zahl der angeschlossenen Geräte wuchs. Nicht Schritt mit dem rasanten Anstieg hielt die Kapazität der Kraftwerke, die bis auf einige Ausbauten in den späten 1920er Jahren prinzipiell auf dem Status von Anfang des Jahrhunderts standen.

Im Juni 1941 beklagte das EWI beim Stadtbauamt seine Kapazitätsgrenzen. Die im Sagen geplanten 130 Wohnungen seien mit dem „bestehenden Hochspannungsnetz“ gerade noch zu versorgen, die 464 Wohneinheiten in Neu-Arzl aber nicht mehr. Für diese reichte die Kapazität nicht einmal, um den Baustrom zu liefern. Dringend sei der Bau des Umspannwerkes Ost, wofür ein Architekt schon Pläne erarbeite.⁴⁵⁹ Bis dahin müsste das Umspannwerk am Bismarckplatz die neuen Siedlungen versorgen. Allein 3.718 m Kabel verbanden 1943 den Bismarckplatz mit dem neuen Werk in der Reichenau.⁴⁶⁰ Aus zwei Gründen kam das Umspannwerk Ost damals aber nicht zustande. Mangels Arbeitskräften stockten die Bauarbeiten und kamen „über einen auch nur teilweisen Erdaushub“ nicht hinaus. Und das Luftgaukommando VII in München, das 1941 dem Bau zugestimmt hatte, erhob nachträglich Einspruch, weil das neue Werk zu nahe am damaligen Flughafen in der Reichenau zu liegen gekommen wäre. Die Stromversorgung Innsbrucks hing daher einzig und allein am Umspannwerk am Bismarckplatz, das wegen seiner Lage mitten in der Stadt gefährdet war, noch mehr, als ab Dezember 1943 Innsbruck im Einflugbereich alliierter Flugzeuge lag. Bei den beiden Angriffen auf Innsbruck im Dezember 1943 waren „zehn Sprengbomben im Umkreis von nur etwa hundert Metern“ und eine in den Hof des Umspannwerkes gefallen.⁴⁶¹

Im April 1944 stellte das EWI daher einen „Antrag auf Ausnahme vom Bauverbot“ für das Umspannwerk Süd, gelegen in der Bergflanke südlich des Westbahnhofs in der verlängerten Neuhauserstraße (heute Duilestraße), nahe des Sillwerks und nahe des Umspannwerkes der TIWAG. Das EWI war nicht der einzige Betrieb, der Teile seiner Produktion oder empfindliche Infrastruktur in Berge verlegen wollte.⁴⁶² Geplant waren drei Kavernen (eine für den Transformator, zwei für Schaltanlagen) plus ein öffentlich zugänglicher Luftschutzstollen für rund 1.000 Personen.⁴⁶³ Das NS-Regime folgte seinen bürokratischen Vorgaben und verlangte, zuerst die finanziellen Mittel und die Kontingente sicherzustellen.⁴⁶⁴ Die Baumaterialbewirtschaftung lag in den Händen von sogenannten Kontingenträgern, zumeist Ministerien, die ein Bauvorhaben befürworten konnten, dafür dann aber für die Lieferung der benötigten Baustoffe zuständig war. In Zeiten des Mangels lagen unzählige Anträge bei den Kontingenträgern, die vermutlich des Öfteren auf Interventionen reagierten und danach entschieden.

⁴⁵⁸ Stadtwerke, Vertraulicher Jahresbericht 1942 StAI, ohne Sign.

⁴⁵⁹ Stadtwerke/EWI an Stadtbauamt, 27.6.1941. StAI, Abt. VI Bau 1942, Abschn. 25, Zl. 212/2886/1941.

⁴⁶⁰ Stadtwerke, Vertraulicher Jahresbericht 1943. StAI, ohne Sign.

⁴⁶¹ Ebd.

⁴⁶² Siehe beispielhaft die Verlagerung der Messerschmitt-Fabrik in Kematen Sabine Pitscheider, *Kematen in Tirol in der NS-Zeit. Vom Bauerndorf zur Industriegemeinde (Studien zu Geschichte und Politik Bd. 19)*, Innsbruck–Wien–Bozen 2016, 80–83. Zum Ausbau des Schwazer Silberbergwerks zugunsten Messerschmitt siehe Arno Gisinger/Anton Hütter/Maria-Luise Mayr, *Messerschmitt-halle. Oradour, Katalog im Rahmen der Klangspuren. Tage Neuer Musik vom 14. bis 22.9.1995 in Schwaz*, Schwaz 1995.

⁴⁶³ Stadtwerke/EWI, Antrag auf Ausnahme vom Bauverbot, 13.4.1944. StAI, Abt. VI Bau 1944, Abschn. 11, Zl. 618/853.

⁴⁶⁴ Gaubeauftragter im Gau Tirol-Vorarlberg, 15.4.1944. Ebd., Zl. 618/1157.

Die Angelegenheit zog sich jedenfalls und Anfang August 1944 stellte das EWI einen neuen Antrag und nannte als Kontingenträger die Reichsgruppe Energiewirtschaft. Diese wollte die benötigten Baustoffe freigeben, „soweit sie von ihr verwaltet werden“.⁴⁶⁵ Bei Kriegsende war die Anlage jedenfalls noch nicht fertig, sie ging erst im Oktober 1945 in Betrieb.⁴⁶⁶

4.3 Die Stadtwerke im „Kriegseinsatz“

Die Stadtwerke und alle ihr unterstellten und angegliederten Betriebe waren ständig in der Öffentlichkeit präsent und mussten den störungsfreien Betrieb der kritischen Infrastruktur garantieren. Mit Kriegsbeginn musste männliches Personal zur Wehrmacht, Frauen, Dienstverpflichtete, Kriegsgefangene und „OstarbeiterInnen“ traten an ihre Stelle, Urlaubssperren, Überstunden und die generelle Ausweitung der Arbeitszeit waren an der Tagesordnung. Es traten sofort Verdunkelungsvorschriften und Bewirtschaftungen in Kraft, die im Laufe des Krieges immer mehr Produkte betrafen. Kriegswichtiges Personal konnte sich wenigstens eine Zeitlang der Einberufung entziehen und sich „unabkömmlich“ (uk) stellen lassen. Die Wehrmacht war jedoch nicht geneigt, eine uk-Stellung auf Dauer zu vergeben, so dass der bürokratische Aufwand, sie verlängern zu lassen, stieg, aber immer seltener erfolgreich war.

Das eine war die Personalsituation, die sich immer mehr verschlechterte, das andere war, dass die Stadtwerke ihre über ganz Innsbruck und darüber hinaus verteilte Infrastruktur schützen wollte und musste. Das NS-Regime wollte kritische Infrastruktur vor Sabotage und vor möglichen Bombenangriffen schützen. Die Stadtwerke selbst und besonders das im Stadtzentrum gelegene Gaswerk galten als kriegswichtige und empfindliche Infrastruktur. 32 für die Versorgung der Stadt wichtige Betriebe mussten einen eigenen Werkluftschutz aufstellen, so auch die Stadtwerke. Die Stadt selbst war für diesen Zweck in vier Werkluftschutzstellen gegliedert, in den Bereich der ersten fiel das EWI, in das der zweiten das Gaswerk, das Wasserwerk in Mühlau fiel in die dritte.⁴⁶⁷ Bald nach Kriegsbeginn, schon Mitte September 1939, schlug das Stadtbauamt vor, die Wasserversorgungsanlagen in Mühlau vom Militär bewachen zu lassen. Dieses lehnte aber „mit Rücksicht auf dienstliche Belange“ ab.⁴⁶⁸ Der Schutz kritischer Infrastruktur vor möglichen Sabotageakten veranlasste dann die Behörden 1941, für das Gaswerk einen eigenen Werkschutz aufzustellen. 13 Männer mussten nebenberuflich, also in ihrer Freizeit, die Anlage schützen. Täglich im Einsatz waren ein bewaffneter Wachposten, ein Wächter und ein Pförtner. Bewaffnet war der Werkschutz mit Gewehren, ab 1941 kamen Pistolen hinzu. Monatlich fand eine Übung statt, bei der die „Schießfertigkeit“ im Mittelpunkt stand. Eine eigene Betriebsfeuerwehr stellte drei Brandwachen und Feuerwehrmänner, so dass in Summe 52 Männer für den Werkschutz arbeiteten, was rund einem Drittel des Personalstandes entsprach.⁴⁶⁹ Die Waffen- und Munitionsbestände kontrollierte übrigens die Gestapo.⁴⁷⁰ Auch das Sillwerk erhielt 1941 Schutz, aber nicht durch eigenes Personal, sondern durch Gendarmeriebeamte. Die gesamte Strecke von der Schleuse bei Matri bis zum

⁴⁶⁵ Stadtwerke/EWI, Antrag auf Ausnahme vom Bauverbot, 2.8.1944. StAI, Abt. VI Bau 1944, Abschn. 7, Zl. 1533.

⁴⁶⁶ Stadtwerke, Vertraulicher Jahresbericht 1945. StAI, ohne Sign.

⁴⁶⁷ Aufstellung über den Werkluftschutz, o. D. TLA, Kommando der Schutzpolizei Innsbruck Luftschutzakten 1.–7. Luftangriff auf Innsbruck, Karton 1, Mp. Der Polizeipräsident als örtlicher Luftschutzleiter Kommando der Schutzpolizei Einsatzplan 1. Teil 1943–45, Sign. 15.

⁴⁶⁸ Stadtbauamt an Standortältesten, 23.9.1939. StAI, Abt. VI Bau 1946, Abschn. 20, Mp. Wasserversorgung Innsbruck u. Mühlauer Wasserfassung 153/20/VI/1946, Zl. 586/3835/1939.

⁴⁶⁹ Stadtwerke, Vertraulicher Jahresbericht 1941. StAI, ohne Sign.

⁴⁷⁰ Stadtwerke, Vertraulicher Jahresbericht 1942. StAI, ohne Sign.

Kraftwerk war in drei Abschnitte, von zusammen 20 Mann bewacht, eingeteilt.⁴⁷¹ Das Sillwerk legte um das Krafthaus sogar eine eigene elektrische Stolperleitung, die aber 1943 wegen andauernder Fehlmeldungen entfernt wurde.⁴⁷²

Luftschutz war zwar seit vielen Jahren ein Thema, aber mehr theoretisch, weil die Fronten weit weg waren, und auf moralischer Ebene, weil Luftschutzübungen oder Vorträge über Luftschutz die Bevölkerung dafür sensibilisierten, aber selten konkrete bauliche Maßnahmen folgten. Die Stadtwerke mussten im Auftrag des Polizeidirektors, der auch als örtlicher Luftschutzleiter amtierte, schon im Jänner 1940 Bau- und Störtrupps aufstellen, die grundsätzlich für alle Störungen der Versorgungseinrichtungen zuständig waren, damit auch für Schäden nach Luftangriffen. Erhalten hat sich eine Liste, mit der das Wasserwerk die Aufstellung von vier Störtrupps mit insgesamt 19 Mann (zwölf aus dem Werk, sieben aus anderen Betrieben) bekanntgab.⁴⁷³ Bis ins Frühjahr 1943 durften auf Anordnung aus Berlin gar keine größeren Luftschutzbauten erstellt werden, verursachten diese doch zu hohe Kosten und verbrauchten zu viel wertvolles Baumaterial. Dies bekam auch das Gaswerk zu spüren, das im Zuge des Ofenbaus Luftschutzanlagen einrichten wollte, was aber das Arbeitsamt aus Mangel an Material und Arbeitskräften verbot.⁴⁷⁴ Erst im Sommer 1943 durfte das Gaswerk im Vorratskeller einen Luftschutzraum, der allerdings nur 25 Personen Platz bot, einrichten.⁴⁷⁵ Bis 1943 hatte sich der Rückstand geradezu bedrohlich entwickelt, und als im Juli 1943 die alliierten Armeen auf Sizilien landeten und Richtung Norden marschierten, stieg die Gefahr von Luftangriffen auf den Gau.

Im Juli 1943 bildete der Gauleiter Gaueinsatzstäbe für Sofortmaßnahmen für Bereiche wie Verkehrs- oder Sicherheitswesen, Arbeitseinsatz oder Notverpflegung.⁴⁷⁶ Schon zuvor, im Jänner 1943, ordnete der Beauftragte für den Vierjahresplan, Reichsmarschall Hermann Göring, an, dass in besonders luftgefährdeten Gebieten A- und B-Trupps aufzustellen seien. Nach dem Motto „Selbst- und Gemeinschaftshilfe“ war theoretisch die gesamte Bevölkerung „planmäßig“ in die Schadensbehebung einzubeziehen. Betriebsführer hatten die Trupps zusammenzustellen: A-Trupps waren für die unmittelbaren Aufräumarbeiten zuständig, mussten also Trümmer beseitigen, Straßen freimachen oder Möbel bergen. Unter deutscher Führung sollten zehn bis 30 Mann, darunter auch ausländische Arbeitskräfte und Kriegsgefangene, in rund drei bis acht Tagen diese Aufgabe erledigen. Anschließend folgten B-Trupps, zusammengestellt aus Bauarbeitern, welche die wichtigsten Schäden reparieren sollten. Pro Betrieb waren 10 % der männlichen Belegschaft heranzuziehen, davon 7/10 dem A-Trupp und 3/10 dem B-Trupp zuzuteilen.⁴⁷⁷ Es dauerte bis August 1943, bis die Stadt die Aufstellung dieser Trupps meldete: Im Bereich der Gauhauptstadt stünden zwölf A-Trupps mit 203 Mann und zehn B-Trupps mit 73 Männern zur Verfügung.⁴⁷⁸ Die örtliche Bauwirtschaft stellte weitere 47 Firmen

⁴⁷¹ Stadtwerke, Vertraulicher Jahresbericht 1941. StAI, ohne Sign.

⁴⁷² Stadtwerke, Vertraulicher Jahresbericht 1943. StAI, ohne Sign.

⁴⁷³ Der Polizeidirektor als örtlicher Luftschutzleiter, 29.1.1940; Luftschutz Fachtrupp für Wasser, o. D. IKB, Mp. Wasserwerk Uk-Stellungen.

⁴⁷⁴ Stadtwerke, Vertraulicher Jahresbericht 1941. StAI, ohne Sign.

⁴⁷⁵ StAI, Abt. VI Bau 1943, Abschn. 11, Zl. 2553.

⁴⁷⁶ Thomas Albrich/Arno Gisinger, Im Bombenkrieg. Tirol und Vorarlberg 1943–1945 (Innsbrucker Forschungen zur Zeitgeschichte Bd. 8), Innsbruck 1992, 111.

⁴⁷⁷ Der Reichsminister für Bewaffnung und Munition/Der Generalbevollmächtigte für Rüstungsaufgaben im Vierjahresplan/Der Generalbevollmächtigte für die Regelung der Bauwirtschaft, 28.1.1943. TLA, GB Bau, Sign. 14, Mp. 14-00 Sofortmaßnahmen.

⁴⁷⁸ Oberbürgermeister an GB Bau, 28.8.1943. TLA, GB Bau, Sign. 14, Mp. 14-04 1. Teil Arbeitseinsatz-Trupps.

mit insgesamt 496 Männern als B-Trupps zusammen.⁴⁷⁹ Schon im Juli 1943 hatte der Polizeipräsident angeordnet, dass zur Beseitigung von Blindgängern Strafgefangene einzusetzen waren, wovon das Innsbrucker Gefangenenhaus zwei Arbeitskommandos zu je sechs Mann zu stellen bereit war. Die Gestapo bot ihrerseits auch zwei Kommandos zu je sechs Mann aus ihrem Arbeitserziehungslager an. Die 24 Männer mussten bei Bedarf in der Ziegelei Norer an der Völserstraße (Strafgefangenenhaus der Innsbrucker Justiz) und in der Reichenau abgeholt werden, zu bewachen waren sie während ihres Einsatzes von der Polizei.⁴⁸⁰ Sowjetische Kriegsgefangene seien „bei Fliegeralarm zu allen Arbeiten“ heranzuziehen, die im Bereich Innsbrucks eingesetzten 575 Männer, davon allein 250 bei den Messerschmittwerken in Kematen, könnten bei Bedarf von den Firmen angefordert werden.⁴⁸¹ Im Mai 1944 präzisierte der Polizeipräsident die Anordnung, wonach keine Kriegsgefangenen oder Ostarbeiter eingesetzt werden durften, sondern „nur“ deutsche Strafgefangene und „Schutzhäftlinge“ der Gestapo.⁴⁸² Ob diese Anordnung nach einem konkreten Luftangriff mit dem dementsprechenden Chaos noch zählte, ist zu bezweifeln. Im Notfall standen außerdem Wehrmacht, RAD und die Technische Nothilfe mit ihren Mannschaften bereit.

Auf Anordnung des Gaubeauftragten für die Bauwirtschaft – eines höheren Beamten des Bauamtes im Gau – musste die Elektrizitätswirtschaft im August 1943 die eigenen Stör- und Instandsetzungstrupps verstärken. Ab sofort waren im EWI bei diesem Trupp 30 Mann, wovon 16 kaserniert waren, um sofort einsatzbereit zu sein. Das EWI stellte auch noch zwei LKW, um möglichst schnell bei einem Einsatzort zu sein.⁴⁸³ Auf einer undatierten Liste ist angeführt, dass alle Bereiche des Stadtwerkes über Werkluftschutz-Einheiten verfügten. Insgesamt waren 311 von 616 Männern einbezogen, darunter auch die IVB (32 Mann) und die ETAB (53 Mann).⁴⁸⁴ Das EWI, das Gaswerk und das Wasserwerk verfügten über je vier Störtrupps, deren Leiter in permanenter Bereitschaft waren.⁴⁸⁵ Im Falle eines Angriffs war mit weitreichenden Stromabschaltungen zu rechnen. Spezielle Anordnungen regelten das Verhalten des IVB-Personals bei Fliegeralarm, das die Fahrzeuge (Straßenbahnen, Busse) sofort abzustellen hatte, weil fünf Minuten später kein Strom mehr durch die Oberleitungen floss.⁴⁸⁶ Für die IVB galt auch eine Mitte August 1943 erteilte Dienstanordnung, wonach der Werkluftschutz in ständiger Bereitschaft zu halten sei. Im Falle eines Angriffes musste das gesamte Personal sofort nach Entwarnung in den Betrieb kommen, um „sich an etwa nötigen Lösch- oder Aufräumarbeiten“ zu beteiligen.⁴⁸⁷

Verteilt über die Stadt ließ das Stadtbauamt in aller Eile Löschwasserbehälter errichten, um im Falle eines Rohrbruches unabhängig davon Wasser für die Feuerwehr vorrätig zu halten. Vor dem Arbeitsamt in der Schöpfstraße, vor dem Landhaus-Erweiterungsbau oder im Hof des Gymnasiums in der Museumstraße entstanden im Laufe des Sommers 1943 diese Behälter.⁴⁸⁸

⁴⁷⁹ Verzeichnis über die Bau- und Störtrupps im LS-Ort O. Innsbruck, o. D. TLA, Kommando der Schutzpolizei Innsbruck Luftschutzakten 1.–7. Luftangriff auf Innsbruck, Karton 1, Mp. Der Polizeipräsident als örtlicher Luftschutzleiter Kommando der Schutzpolizei Einsatzplan 1. Teil 1943–45, Sign. 5/3.

⁴⁸⁰ Polizeipräsident als örtlicher Luftschutzleiter, 7.7.1943. Ebd., Sign. 3/6, Zl. S/L-5417-9/43.

⁴⁸¹ Merkblatt über den Einsatz von SU-Kriegsgefangenen bei Fliegeralarm, o. D. (1943). Ebd., Sign. 3/19.

⁴⁸² Polizeipräsident als örtlicher Luftschutzleiter, o. D. Ebd., Sign. 3/7.

⁴⁸³ Niederschrift über die Besprechung am 12.8.1943 im Sitzungszimmer der Tiwag, Hochhaus. TLA, GB Bau, Sign. 14, Mp. 14-05/1.

⁴⁸⁴ Verzeichnis über Werkluftschutz-Einsatzkräfte, o. D. TLA, Kommando der Schutzpolizei Innsbruck Luftschutzakten 1.–7. Luftangriff auf Innsbruck, Karton 1, Mp. Der Polizeipräsident als örtlicher Luftschutzleiter Kommando der Schutzpolizei Einsatzplan 1. Teil 1943–45, Sign. 4/3

⁴⁸⁵ Verzeichnis über die Bau- und Störtrupps im LS-Ort L.O. Innsbruck, o. D. Ebd., Sign. 5/3.

⁴⁸⁶ Dienstauftrag Nr. 60/1943, 19.8.1943. IVB-Personalabteilung, Dienstaufträge 1943.

⁴⁸⁷ Dienstauftrag Nr. 57/1943, 11.8.1943. Ebd.

⁴⁸⁸ Stadtbauamt an Otto Ampferer, 27.8.1943. StAI, Abt. VI Bau 1943, Abschn. 20, Zl. 1430/3893.

In öffentliche Luftschutzräume flüchten konnten sich zu dem Zeitpunkt gerade mal rund 6.300 Menschen; Deckungsgräben waren über die Stadt verteilt, unter anderem gab es einen am Bismarckplatz, der rund 200 Personen Schutz, wenn auch geringeren, bieten sollte; von den elf geplanten Stollen war im Herbst 1943 keiner fertig.⁴⁸⁹

Theoretisch war die Stadt vorbereitet, aber bei den im Dezember einsetzenden Luftangriffen kollidierten die mit bürokratischer Akribie erarbeiteten Pläne mit der Wirklichkeit. Die Akten verraten, wann welche Bombe wo einschlug und welchen Schaden sie hinterließ. Sie verraten aber nicht, dass sich Schäden bei den Stadtwerken unmittelbar und sofort auf den Alltag auswirkten. Nach praktisch jedem Angriff waren Häuser ohne Strom, Wasser oder Gas, was den an sich schon sehr schwierigen Alltag mit Einschränkungen, Schlangestehen und Notverpflegung noch komplizierter gestaltete. Bis Dezember 1943 wirkten sich die Luftangriffe auf Städte im Deutschen Reich auch im Innsbrucker Stromnetz aus. Am 10. März 1943 griffen alliierte Flugzeuge München an, was zu Spannungsschwankungen im Stadtgebiet führte; am 10. August stürten von Flugzeugen über Bayern abgeworfene Ballone das bayrische Netz mit Spannungsschwankungen in Innsbruck.⁴⁹⁰ Die NS-Bürokratie regelte auch das Leben in den Luftschutzräumen. So war festgelegt, dass der zuständige Luftschutzwart die elektrische Heizung nur mit Erlaubnis der Stadtwerke in Betrieb nehmen durfte (Abb. 45).

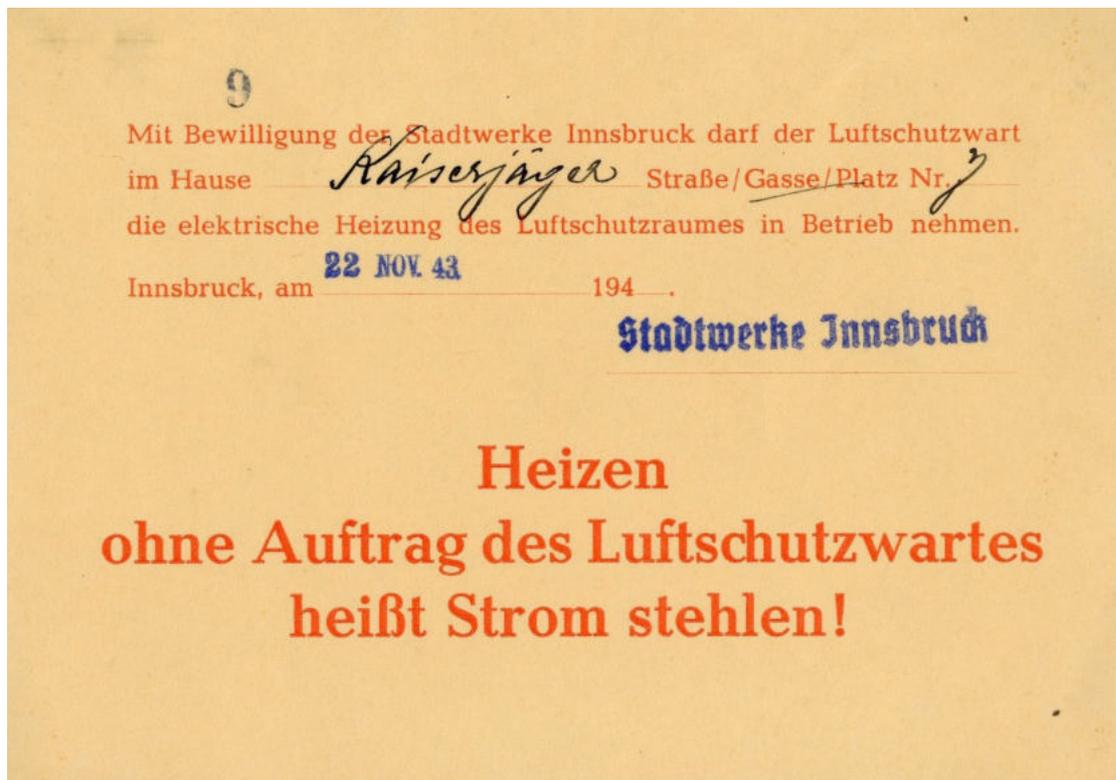


Abb. 45: Heizerlaubnis für den Luftschutzwart für ein Haus in der Kaiserjägerstraße, November 1943. StAI, Div-106.

Der erste Luftangriff am 15. Dezember 1943 traf die Stadt unvorbereitet, der Fliegeralarm setzte zu spät ein, die Menschen konnten sich gar nicht mehr in die zu wenigen Schutzeinrichtungen

⁴⁸⁹ Aufstellung der öffentlichen Luftschutzräume, Deckungsgräben, Stollen, o. D. TLA, Kommando der Schutzpolizei Innsbruck Luftschutzakten 1.–7. Luftangriff auf Innsbruck, Karton 1, Mp. Der Polizeipräsident als örtlicher Luftschutzleiter Kommando der Schutzpolizei Einsatzplan 1. Teil 1943–45, Sign. 9.

⁴⁹⁰ Stadtwerke, Vertraulicher Jahresbericht 1943. StAI, ohne Sign.

flüchten. 126 Tonnen Sprengbomben trafen die Stadt, vor allem Wilten und die Innenstadt, töteten 269 Menschen, zerstörten 45 Häuser total und weitere 295 leicht bis schwer.⁴⁹¹ Der erste Luftangriff traf die Infrastruktur der Stadtwerke empfindlich.⁴⁹² Der Verbindungsführer zum Werkluftschutz meldete am späten Nachmittag des 15. Dezember, dass das Werkstättengebäude des EWI als Totalschaden gelten könne. Das Werk könne Strom liefern, „jedoch sind die meisten Verbindungskabel zu den einzelnen Stadtteilen (Strassenkabel) unterbrochen. Das Hochhaus hat im östlichen Teil auf der Hofseite einen starken Einsturzschaden.“⁴⁹³ Die Bombe war in den Hof des EWI eingeschlagen und hatte die Hauptwasserleitung verlegt. Um sie freizulegen, forderte die Luftschutzleitung bei der Wehrmacht 20 Männer mit Pickeln und Schaufeln an. Die Leitung müsse innerhalb einer Stunde frei sein, weil Kühlwasser fehle, wovon die Stromversorgung Innsbrucks aber abhänge.⁴⁹⁴ Zwei Hauptstränge des Gaswerkes waren durch Bomben zerschlagen, weitere zwölf Schadensstellen stellte das Werk fest. Im Bereich der Wiesengasse stürzte ein Mast der TIWAG um und verursachte einen Kurzschluss im gesamten Stadtnetz, der erst abends gegen 21.00 soweit behoben war, dass immerhin 95 % der Stadt wieder mit Strom versorgt werden konnten.⁴⁹⁵

Der nächste Angriff folgte vier Tage später, tötete 70 Menschen und verursachte 264 Schadensfälle, vor allem in Wilten und Pradl.⁴⁹⁶ Ein Volltreffer zerstörte den Eingang des Hallenbades, die Stromversorgung ins Oberinntal und zum Kraftwerk der Tiwag in Jenbach war unterbrochen, die Umspannstelle des EWI in der Neuhauserstraße war zerstört. Insgesamt 170 Mann des Ergänzungsdienstes arbeiteten am 20. Dezember an der Schadensbehebung bei den Stadtwerken, zwei Tage später dann schon insgesamt 356 und am Weihnachtstag 313.⁴⁹⁷ Der Ergänzungs-Instandsetzungs-Dienst fasste die von Bauunternehmen gestellten Männer zusammen, die dem örtlichen Luftschutzleiter unterstanden und bei der „Schadensbekämpfung“ eingesetzt werden konnten.⁴⁹⁸ Das Gaswerk musste die Produktion einstellen, weil die Wasser- und Stromleitungen unterbrochen waren. Betriebswasser entnahm das Gaswerk daraufhin dem Hallenbad, aber weil ein Notstromaggregat fehlte, konnte es nur mehr Gas aus Lagerbeständen liefern. Schwere Schäden verzeichnete es am Wohnhaus der Direktion und beim Hallenbad. Der Jahresbericht 1943 schildert die Kluft zwischen Theorie und Praxis, weil die bürokratisch zusammengestellten Hilfstruppen selten den Erwartungen der Betroffenen entsprachen:

„Die neuen Schadensstellen im Netz betrug 77. Wir sprachen infolgedessen Bezirkskräfte an, die auch prompt in Gestalt von 5 Rohrlegerpartien (11 Mann samt Werkzeugen) eintrafen. Die Zuweisung von Hilfskräften war jedoch von Haus aus schleppend und ungenügend. Nur in 2 Ausnahmefällen wurden Parteien von anerkannter Leistung zugewiesen, im allgemeinen war die Leistung der zugewiesenen Hilfskräfte ganz unbefriedigend.“

⁴⁹¹ Albrich/Gisinger, Bombenkrieg, 142.

⁴⁹² Für die Schäden an der Verkehrsinfrastruktur siehe Pitscheider, Privat oder Stadt, 94–98.

⁴⁹³ Verbindungsführer Werkluftschutz, 15.12, 17.20. TLA, Kommando der Schutzpolizei Innsbruck Luftschutzakten 1.–7. Luftangriff auf Innsbruck, Karton 1, Mp. 1. Luftangriff vom 15.12.1943.

⁴⁹⁴ Befehlsstelle der örtlichen Luftschutzleitung an Wehrmachtsstandortältesten, 16.12.1943. Ebd., Mp. 1.3 Ber-gung, Verletzte, sonstige Einsätze.

⁴⁹⁵ Stadtwerke, Vertraulicher Jahresbericht 1943. StAI, ohne Sign.

⁴⁹⁶ Albrich/Gisinger, Bombenkrieg, 150.

⁴⁹⁷ Erkundungstreife, 19.12.1943, 15.15–18.00; Einsatzberichte des I-Dienstes, 20.12., 22.12., 24.12.1943.

TLA, Kommando der Schutzpolizei Innsbruck Luftschutzakten 1.–7. Luftangriff auf Innsbruck, Karton 1, Mp. 2. Luftangriff vom 19.12.1943.

⁴⁹⁸ Deutscher Gemeindetag an alle Reichsgaue, 20.9.1943. StAI, Abt. VI Bau 1943, Abschn. 25, Zl. 540.

Die zwei an sich zugesagten Katastrophenwägen kamen nicht, weil sie anderweitig eingesetzt waren, genauso wenig wie Männer der Technischen Nothilfe (TN): „Es ist also, wie immer von uns betont, verkehrt, daß unsere Leute Angehörige der TN sind, wir sollten umgekehrt Leute der TN zu notwendigsten Ausbildung überwiesen erhalten.“ Ein jederzeit fahrbereiter „Störtruppwagen“ sei unbedingt erforderlich. Längerfristig wirkten sich die Zerstörungen an den Wasserleitungen aus, weil „Wasser und Schlamm aus dem angeschlagenen Wasserrohrnetz“ in Gasleitungen eindrang und sie verschmutzten. Im Werk fehle es an einem bombensicheren Unterstand, der für „die Nervenruhe und den raschen Einsatz der Gefolgschaft“ nötig wäre. Die beiden Angriffe zerstörten zwei EWI-Umspannstellen total und zwei teilweise, weitere fünf waren beschädigt. Insgesamt 100 Schäden am Kabelnetz waren in den folgenden Wochen und Monaten zu reparieren. Das Wasserwerk zählte insgesamt 69 Rohrschäden. Zwei Mal sei Innsbruck „von anglo-amerikanischen Terror-Bombern angegriffen“ worden, hält der Jahresbericht 1943 für das Wasserwerk fest. Am 15. Dezember verursachten Bomben 35 „zum Teil erhebliche Rohrschäden an Hauptleitungen“ vor allem von Pradl bis in die Maria-Theresien-Straße, am 19. Dezember 34 Schäden an Hauptleitungen südlich der Defreggerstraße. Mit Stammpersonal und sieben aus Wien und Linz zugewiesenen Monteuren gelang es bis Jahresende rund 60 % der Schäden an den Hauptleitungen zu beheben, weit über 100 Schäden in den Häusern selbst mussten warten.⁴⁹⁹

Mitte Jänner 1944 beschwerten sich die Stadtwerke beim Oberbürgermeister, weil die Hilfeinsätze nach Luftangriffen nicht wie gewünscht und versprochen klaglos funktionierten. Die Stadtwerke hatten noch vor den ersten Angriffen mit der Baufirma des Michael Stippler vereinbart, dass diese exklusiv für sie arbeite und „nach einem Fliegerangriff unaufgefordert zu unserer Verfügung ins Hochhaus“ komme, was Stadtbaudirektor Kininger verboten hatte.⁵⁰⁰ Dieses Verbot habe sich im Dezember 1943 mit insgesamt 65 Schadenstellen im Kabelnetz fatal ausgewirkt, weil das EWI

„nach einem Angriff auf alle Fälle Hilfsarbeiter in größerer Zahl benötigt. Die Angriffe haben weiter gezeigt, daß viel kostbare Zeit mit Vorsprachen und mit dem Aufsuchen von zugewiesenen Arbeiterpartien verlorenging und es beinahe 48 Stunden dauerte, bis tatsächlich nutzbare Arbeit geleistet wurde; aber auch dann waren die zugewiesenen Arbeitskräfte dauernd wechselnde. Wir hatten Leute der Wehrmacht, der O.T. [Organisation Todt], von den Bauunternehmungen Franz Schmidt, Döderer, Wayss & Freytag, Hinteregger und schließlich eine Partie politischer Strafgefangener. Es ist klar, daß dieser ständige Wechsel der Arbeit nicht förderlich ist und daß es viel richtiger wäre, die Arbeiter von jener Firma (Stippler) zugewiesen zu erhalten, die auch in normalen Zeiten für uns laufend Kabelprogramme durchführt.“⁵⁰¹

In aller Eile zog das Regime Kriegsgefangene von Großbaustellen wie den Vorarlberger Illwerken oder dem Kraftwerksbau der Westtiroler Kraftwerke ab, beorderte sie nach Innsbruck und teilte sie den größten Schadenstellen zu.⁵⁰² In die Stadt kamen aber nicht die zugesagten 200 Männer, sondern nur 155, von denen das Stadtbauamt 30 dem EWI und 20 dem Gaswerk zuwies.⁵⁰³

⁴⁹⁹ Stadtwerke, Vertraulicher Jahresbericht 1943. StAI, ohne Sign.

⁵⁰⁰ StAI, Abt. VI Bau 1944, Abschn. 25, Zl. 869.

⁵⁰¹ Stadtwerke/EWI Wurmhöringer/Atlmayr an Oberbürgermeister, 12.1.1944. TLA, GB Bau, Sign. 14, Mp. 14-04 1. Teil Arbeitseinsatz-Trupps.

⁵⁰² Präsident des Gauarbeitsamtes, Vermerk, 8.1.1944. Ebd.

⁵⁰³ Stadtbauamt an GB Bau, 25.1.1944. Ebd., Zl. VI-4/205/1944.

Einige Monate herrschte Ruhe, was die Stadtwerke dazu befähigt haben dürfte, die wichtigsten Schadensstellen zu beheben. Mitte Juni 1944 folgte der dritte Luftangriff auf Innsbruck, der drei Spannungsleitungen der TIWAG in Wilten traf.⁵⁰⁴ Zu den Problemen, welche die Luftangriffe grundsätzlich verursachten, kam hinzu, dass Generaldirektor Wurmhöringer vom Personal verlangte, die wegen Fliegeralarm ausgefallenen Arbeitsstunden unbezahlt nachzuholen.⁵⁰⁵ Ende August 1944 verordnete er die Ausdehnung der Arbeitszeit auf 57 Stunden pro Woche, so dass in allen Betrieben der Stadtwerke von Montag bis Freitag zehn Stunden und am Samstag sieben Stunden zu arbeiten war.⁵⁰⁶

Der Angriff am 20. Oktober 1944 traf die Stadtwerke schwer. Um 16.00 meldete der Werklufschutz des Gaswerkes, ein Gasbehälter sei getroffen, der Hochofen hingegen noch intakt, die Reparatur werde bis Mitternacht dauern. Um 18.00 berichtete das Polizeipräsidium, die Straßenbahn- und O-Buslinien seien wegen zerstörter Oberleitungen außer Betrieb, die Gasversorgung sei für mindestens 24 Stunden unterbrochen, an 18 Stellen seien Hauptrohrleitungen des Wasserwerks zerstört. Die Schlussmeldung am nächsten Tag fügte den Schäden noch einen weiteren hinzu, und zwar war die Überlandleitung beim Umspannwerk Wilten betroffen, was einen zehnstündigen Stromausfall verursachte. Das Gaswerk werde an die vier bis fünf Tage komplett ausfallen. Der Schaden beim Gaswerk war größer, als zuerst angenommen, weil der große Gaskessel komplett ausbrannte.⁵⁰⁷ Um die wichtigsten Schäden zu beheben stellten zwei Baufirmen 80 Männer, die Wehrmacht half mit 300 Soldaten aus, weitere 100 Männer kamen vom RAD und der Technischen Nothilfe.⁵⁰⁸

Der nächste Angriff am 26. Oktober hinterließ einen großen Wasserrohrbruch in der Straße der Sudentendeutschen (heute Sillgasse) und einen teilweisen Stromausfall.⁵⁰⁹ Die beiden Luftangriffe am 15. und 16. November 1944 setzten der Infrastruktur weiter zu. Am 15. November erlitt eine Freileitung der TIWAG erhebliche Schäden, am 16. November fielen eine Verbindungsleitung von der TIWAG zum EWI und die Starkstrom-Speiseleitung zum Hochhaus.⁵¹⁰ Große Teile der Stadt waren zwei Tage ohne Strom, weil ein Blindgänger in unmittelbarer Nähe der Schadenstelle eine Reparatur behinderte.⁵¹¹ Das Wasserwerk zählte 16 Hauptrohrbrüche, das Gaswerk 25. Die Stadt setzte 470 Soldaten, 70 Männer des RAD, 40 Gendarmeriebeamte und Häftlinge aus dem Gestapolager ein.⁵¹² Der achte Angriff am 25. November 1944 verursachte mit einem Bruch der Hauptwasserleitung und einem Gasrohrbruch in der Reichenau relativ geringe Schäden.⁵¹³

Bis Mitte Dezember 1944 hielten sich die Schäden bei den Stadtwerken in Grenzen, sie waren zwar erheblich, aber behebbar. Die Angriffe im Dezember 1944 legten praktisch die

⁵⁰⁴ 14.6.1944 4. Polizeirevier, 14.6.1944. TLA, Kommando der Schutzpolizei Innsbruck Luftschutzakten 1.–7. Luftangriff auf Innsbruck, Karton 1, Mp. 3. Luftangriff vom 13.6.1944.

⁵⁰⁵ Dienstauftrag Nr. 41/1944, 17.5.1944. IVB-Personalabteilung, Dienstaufträge 1944.

⁵⁰⁶ Generaldirektor Wurmhöringer, Rundschreiben, 29.8.1944. Ebd. Die Ausweitung der Arbeitszeit traf grundsätzlich den gesamten öffentlichen Bereich, also auch die Stadt- und die Landesverwaltung.

⁵⁰⁷ Werklufschutz, 20.10.1944, 16.00; Polizeipräsidium, Vorläufige Schadensmeldung, 20.10.1944, 18.00; Luftschutz-Schadensmeldung Schlussmeldung, 21.10.1944; Luftschutzpolizei Ibk Feuerlösch- und Entgiftungsdienst Abteilungs-Stab 27.10.1944 Luftschutzpolizei Innsbruck Feuerlösch- und Entgiftungsdienst, 27.10.1944. TLA, Kommando der Schutzpolizei Innsbruck Luftschutzakten 1.–7. Luftangriff auf Innsbruck, Karton 1, Mp. 4. Luftangriff vom 20.10.1944.

⁵⁰⁸ Stadtbauamt an GB Bau, 25.10.1944. TLA, GB Bau, Sign. 14, Mp. 14-09/7 1. Teil Innsbruck Stadt.

⁵⁰⁹ Polizeipräsidium, 26.10.1944. TLA, Kommando der Schutzpolizei Innsbruck Luftschutzakten 1.–7.

Luftangriff auf Innsbruck, Karton 1, Mp. 5. Luftangriff vom 26.10.1944.

⁵¹⁰ Polizeipräsidium, Schlussmeldung, 17.11.1944. Ebd., Mp. 7. Luftangriff vom 16.11.1944.

⁵¹¹ 4. Polizeirevier, 20.11.1944. Ebd.

⁵¹² Stadtbauamt an GB Bau, 21.11.1944. TLA, GB Bau, Sign. 14, Mp. 14-09/7 1. Teil Innsbruck Stadt.

⁵¹³ Polizeipräsidium, 25.11.1944. TLA, Kommando der Schutzpolizei Innsbruck Luftschutzakten 8.–22. Luftangriff auf Innsbruck, Karton 2, Mp. 8. Luftangriff vom 25.11.1944.

Energieversorgung der Stadt für Tage und Wochen still. Der zwölfte Luftangriff am 15. Dezember 1944 hinterließ große Schäden, besonders im Gaswerk. Die Hauptgasleitung, das Reiniger- und Magazingebäude mit der Schmiede und der Tischlerei und die Rohrgasleitung vom Ofen zum Maschinenhaus seien total beschädigt, hielt das Polizeipräsidium fest. Der Gefolgschaftsraum sei zerstört, der große Gasbehälter leck, die Gasversorgung für mindestens 14 Tage unterbrochen. Das Wasserwerk verzeichnete einige Wasserrohrbrüche, das E-Werk Kabelschäden wegen eines Blindgängers beim Umspannwerk Wilten.⁵¹⁴ Der Werkluftschutz des Gaswerkes bat dringend um „Erdarbeiter, Zimmerleute mit Werkzeug und Holz zur Erstellung von Notdächern“.⁵¹⁵ Der 13. Luftangriff am nächsten Tag beschädigte das Hochhaus am Bismarckplatz schwer und zerstörte das Werkstattegebäude weiter. Für drei bis vier Tage werde der Strom ausfallen, meldete das Polizeipräsidium. Das Umspannwerk Wilten wies Splitter- schäden auf, fast alle Überlandkabel waren unterbrochen.⁵¹⁶ Im rückwärtigen Teil der Trafostation am Bismarckplatz brannte es, eine Stromversorgung sei erst möglich, wenn alle Kabel repariert seien, meldete die Werkluftschutzortsstelle Innsbruck.⁵¹⁷



Abb. 46: Das Hochhaus am Bismarckplatz, Dezember 1944. StAI, Ph/A-7/151.

⁵¹⁴ Polizeipräsidium, 15.12.1944. Ebd., Mp. 12. Luftangriff vom 15.12.1944.

⁵¹⁵ Werkluftschutz, o. D. (15.12.1944). Ebd.

⁵¹⁶ Polizeipräsidium, 16.12.1944. Ebd., Mp. 13. Luftangriff vom 16.12.1944.

⁵¹⁷ Werkluftschutzortsstelle Innsbruck, 17.12.1944. Ebd.



Abb. 47: Schäden im Hof des Hochhauses, Dezember 1944. StAI, Ph/A-7/152.

Nur Tage später, am 19. Dezember, war die Stromversorgung wegen Kabelschäden wieder für einen Tag unterbrochen.⁵¹⁸ Am 25. Dezember beschädigten Bomben die Gaswerkbrücke in Amras so schwer, dass sie nicht mehr befahrbar war, die Hochspannungsleitung an der Brennerstraße war unterbrochen.⁵¹⁹ Der letzte Luftangriff des Jahres am 29. Dezember hinterließ eine durch mehrere Einschläge unterbrochene TIWAG-Leitung zwischen Vill und Amras und Wasserrohrbrüche.⁵²⁰ Das schwer getroffene Gaswerk stellte die ersten neun Jännertage seine Produktion komplett ein, erst am 9. Jänner 1945 konnten wenigstens Sagen, Mühlau, teilweise Hötting und Pradl beliefert werden. Am 23. Jänner lieferte das Gaswerk nur mehr zwischen 10.00 und 14.00 und nur für Herde, Gas für Heiz- oder Badezwecke zu verwenden, war verboten.⁵²¹

⁵¹⁸ Werklufschutzortsstelle Innsbruck, 19.12.1944. Ebd., Mp. 14. Luftangriff vom 19.12.1944.

⁵¹⁹ Polizeipräsidium, 25.12.1944. Ebd., Mp. 15. Luftangriff vom 25.12.1944.

⁵²⁰ Polizeipräsidium, 31.12.1944. Ebd., Mp. 16. Luftangriff am 29.12.1944.

⁵²¹ Stadtwerke, Vertraulicher Jahresbericht 1945. StAI, ohne Sign.

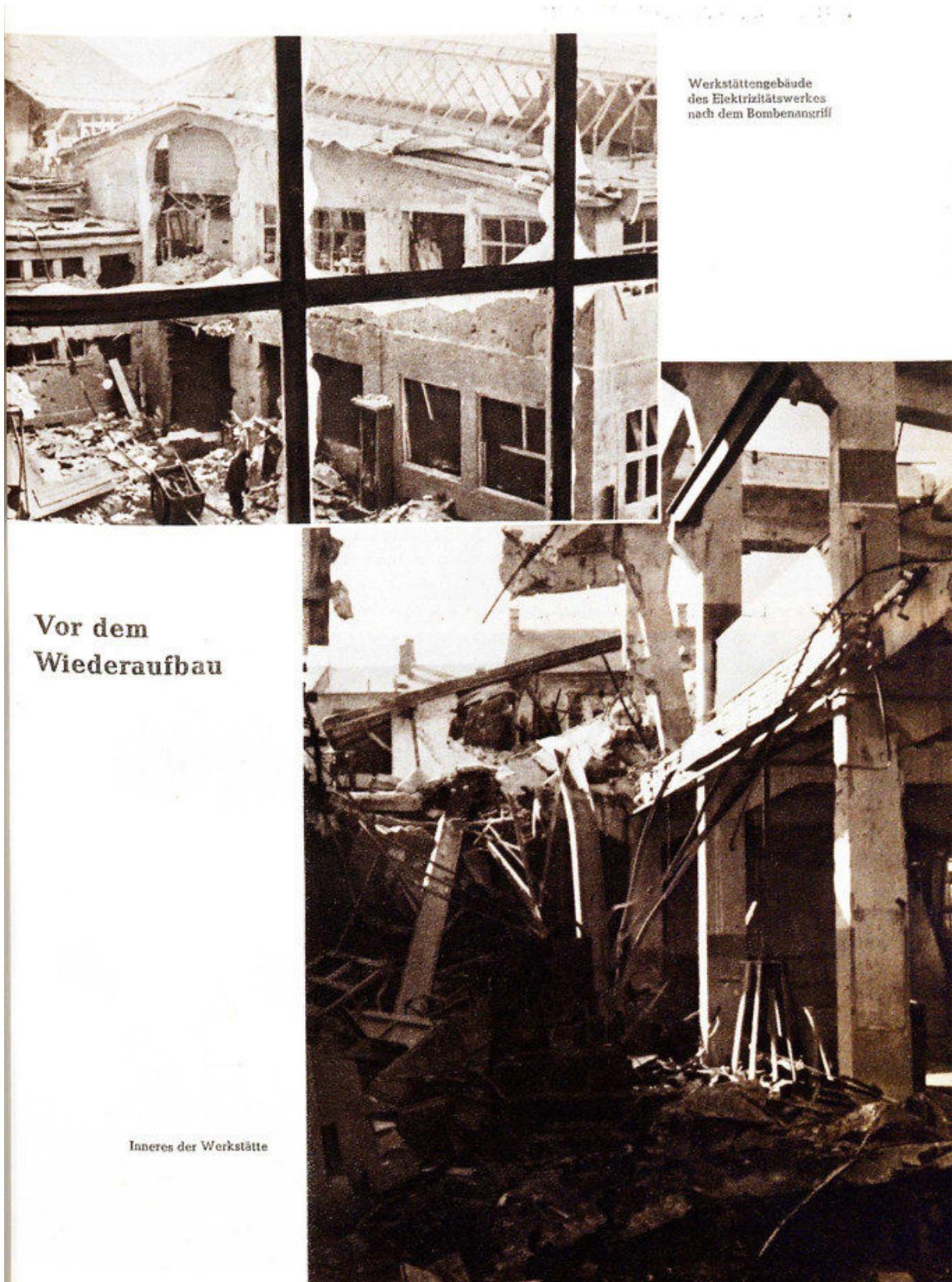


Abb. 48: Das zerstörte Werkstattengebäude, 1944/45. Stadtwerke, Jahresbericht 1945. StAI, ohne Sign.

Anfang Jänner 1945 präzisierte Generaldirektor Wurmhöringer in einer Weisung unmissverständlich, was er vom Personal im Falle eines Fliegeralarms erwartete:

„Bei öffentlicher Luftwarnung geht die Arbeit bei den Stadtwerken in vollem Umfang weiter. Weiblichen Dienstkräften ist es gestattet, bei Ankündigung der öffentlichen Luftwarnung den Arbeitsplatz zu verlassen und die Schutzräume aufzusuchen. *Ich erwarte jedoch, daß auch der Grossteil meiner weiblichen Gefolgschaft beherzt genug ist und erst dann den Schutzraum aufsucht, wenn Fliegeralarm gegeben wird.* Männliche Gefolgschaftsmitglieder dürfen sich bei öffentlicher Luftwarnung nur dann in die Schutzräume begeben, wenn sie wegen eines Leidens (Bresthaftigkeit, organische Leiden, akute Erkrankung) nur langsam gehen können, und daher den Schutzraum bei Fliegeralarm nicht mehr rechtzeitig erreichen können.“⁵²²

Wurmhöringers Worte, mit denen er jene bedachte, die aus seiner Sicht zu früh Luftschutzbunker aufsuchten, waren drastisch. Der kaufmännische Leiter der ETAB Karl Flöckinger sagte im Mai 1946 aus, das Personal habe bleiben müssen,

„bis die Bomben fielen. [...] Wenn die Leute aber trotzdem gingen, machte er ihnen einen grösseren Skandal. [...] Da ich in der Verwaltung mit meinen Leuten stets bei jeden Voralarm in den Schutzraum ging, kam er nachher zu mir und sagte mir wortwörtlich: ‚Der Leichnam eines jungen Mädchens ist nicht mehr wert, als der eines alten Bäckers!‘“⁵²³

Er habe, schrieb die Bundespolizeidirektion im September 1946, wiederholt gesagt: „Ihr braucht nicht besorgt sein um Euren Kadaver, es ist nur eine Ehre für Groß-Deutschland zu sterben!“⁵²⁴ Der Abteilungsleiter bei den Stadtwerken Konrad Schuster gab zu Protokoll, dass Wurmhöringer darauf beharrt habe, das Personal müsse am Arbeitsplatz bleiben, während er sofort zum Luftschutzstollen am Hohen Weg gefahren sei, um sich in Sicherheit zu bringen.⁵²⁵ Mittlerweile hatte die Generaldirektion die Zentralverwaltung aus dem zerstörten Hochhaus an den Haydnplatz 5 verlegt. Dort baute die Stadt Innsbruck an einem Berufstätigenheim, das ab dem Sommer 1944 immer mehr Abteilungen der Stadtverwaltung, nun auch die Stadtwerke oder die IVB beherbergte.

Der 18. Angriff am 16. Feber 1945 beschädigte neun Hauptgasleitungen, verursachte 29 Wasserrohrbrüche und Schäden an Kabeln.⁵²⁶ Drei bei den Stadtwerken beschäftigte Männer wurden an diesem Tag ins Krankenhaus eingeliefert: der beim Gaswerk als Heizer beschäftigte Guanin Scalini mit Splitterverletzungen an den Beinen und am Gesäß, der beim EWI als Monteur tätige Josef Holzer mit Splitterverletzungen und der ebenfalls als Monteur arbeitende Ferdinand Haberzettl, der verschüttet worden war und an einem Lungenödem litt.⁵²⁷ Bei den drei Angriffen am 27. Feber, 7. und 10. April 1945 trafen Bomben wieder das Hochhaus und das Werkstätengebäude, das nun endgültig zerstört war.⁵²⁸ Ab dem 3. März 1945 musste das Gaswerk seine Produktion einstellen, weil weder Material noch Bauarbeiter zu bekommen waren,

⁵²² Wurmhöringer an alle Betriebe der Stadtwerke, 2.1.1945. IVB-Personalabteilung, Dienstaufträge 1945.

⁵²³ Bundespolizeidirektion, Zeugeneinvernahme Karl Flöckinger, 10.5.1946. TLA, LG als VG Ibk, 10 Vr 369/46.

⁵²⁴ Bundespolizeidirektion an Staatsanwaltschaft, 2.9.1946. Ebd.

⁵²⁵ Landesgericht Innsbruck, Zeugeneinvernahme Konrad Schuster, o. D. Ebd.

⁵²⁶ Polizeipräsidium, 20.2.1945. TLA, Kommando der Schutzpolizei Innsbruck Luftschutzakten 8.–22.

Luftangriff auf Innsbruck, Karton 2, Mp. 18. Luftangriff am 16.2.1945.

⁵²⁷ Verwaltungsdirektion, Verzeichnis d. b. Bombenangriff am 16.2.45 Verletzten in Spital Eingelieferten. Ebd.

⁵²⁸ Ebd., Mp. 19. Luftangriff am 27.2.1945; Mp. 20. Luftangriff am 7.4.1945; Mp. 21. Luftangriff am 10.4.1945.

um die früheren Schäden zu beheben.⁵²⁹ Tag und Nacht sei gearbeitet worden, schrieben zwei Angestellte der Stadtwerke im Oktober 1945, „um der Bevölkerung wieder Licht und Kochstrom zu verschaffen“. Nachdem das Gaswerk seine Lieferungen eingestellt hatte, habe das EWI „fieberhaft an der Herstellung von elektrischen Kochplatten“ gearbeitet, um sie als Ersatz verteilen zu können.⁵³⁰ Beim letzten, dem 22. Luftangriff, am 20. April 1945 zerstörte eine Bombe die Gaswerkbrücke.⁵³¹

⁵²⁹ Stadtwerke, Vertraulicher Jahresbericht 1945. StAI, ohne Sign.

⁵³⁰ Neubauer/Pfanzelter, Gedächtnis-Protokoll, 20.10.1945. TLA, LG als VG Ibk, 10 Vr 369/46.

⁵³¹ TLA, Kommando der Schutzpolizei Innsbruck Luftschutzakten 8.–22. Luftangriff auf Innsbruck, Karton 2, Mp. 22. Luftangriff am 20.4.1945.

III. Die Stadtwerke 1945 bis Anfang der 1950er Jahre

Am Abend des 3. Mai trafen Verbände der 103. Infantry Division der US-Armee, die sich gegen heftigen Widerstand versprengter Wehrmachtseinheiten, Hitlerjugend und Truppen der SS über Scharnitz, das Seefelder Plateau und den Zirler Berg ins Tal gekämpft hatten, in Innsbruck ein. Sie fanden eine in Teilen zerstörte Stadt und eine zutiefst verstörte Gesellschaft vor.

Eine Mammutaufgabe war in den folgenden Wochen, Monaten und Jahren die Entnazifizierung der österreichischen Gesellschaft. Die Frage, wie mit den vielen Menschen, die dem Nationalsozialismus gefolgt waren und ihm treu gedient hatten, umgegangen werden sollte, beschäftigte die österreichische Politik und Justiz über Jahre, mit Nachwirkungen bis heute. In den ersten Wochen und Monaten bestimmten alliierte Truppen, wie mit Ehemaligen zu verfahren war, denn erst am 20. Oktober 1945 war die in Wien amtierende provisorische österreichische Regierung für das ganze Bundesgebiet zuständig. Bis dahin und noch bis in den Sommer 1947 hinein herrschte ein Nebeneinander bei der Entnazifizierung: Auf Bundesebene die weitgehend machtlose provisorische, ab November österreichische Staatsregierung, auf Länderebene die provisorischen, dann gewählten Landesvertretungen und die jeweilige alliierte Militärregierung.⁵³² In Tirol installierte zuerst die US-Armee eine Militärregierung, der alle zivilen Stellen unterstanden, bevor am 9./10. Juli 1945 die französische Armee übernahm.

Die Stadtwerke mussten sich nicht nur dieser Aufgabe widmen, sondern dem gründlichen Wiederaufbau ihrer durch Vernachlässigung und Krieg zerstörten Infrastruktur, was Jahre beanspruchte.

1. Entnazifizierung

Bei der Besetzung des von den Nationalsozialisten schon geräumten Landhauses am 3. Mai 1945 dabei war auch Ing. Wilfried Egger, seit Jänner 1930 Angestellter des EWI, ehemaliger Aktivist der Heimatwehr und nun Mitglied der Widerstandsbewegung.⁵³³ Anton Melzer, von 1935 bis zum „Anschluss“ Mitglied des ständestaatlichen Gemeindetages und ab Jänner 1936 des Verwaltungsausschusses der Lichtwerke, stieg zum provisorisch bestellten Bürgermeister auf und übernahm am 7. Mai 1945 die Geschäfte.⁵³⁴ Noch im selben Monat ernannte der Bürgermeister rückwirkend mit 3. Mai 1945 Wilfried Egger zum Regierungskommissar für die Stadtwerke.⁵³⁵ Die beiden dürften sich noch aus der Zeit des Ständestaates gekannt und in denselben konservativen Kreisen verkehrt haben.

Eine Entnazifizierung der Führungsebene in den Stadtwerken bedeutete keineswegs eine Entpolitisierung. Hatte in den vergangenen sieben Jahren das NS-Regime die Posten verteilt, taten dasselbe nun die wieder gegründeten und zugelassenen politischen Parteien, allen voran

⁵³² Eine Übersicht über die unterschiedliche Vorgehensweise der Alliierten in den vier Zonen Österreichs bieten Walter Schuster/Wolfgang Weber (Hg.), *Entnazifizierung im regionalen Vergleich*, Linz 2004.

⁵³³ Zumindest schreibt das seine Tochter Barbara Reiter. Egger scheint allerdings in der am 13. Mai 1945 erstellten Liste der sogenannten „Tiroler Freiheitskämpfer“ nicht auf. Barbara Reiter, *Erinnerungen und Gedanken* Gen. Dir. Ing. Wilfried Egger, Innsbruck o. D. (StAI); Michael Gehler, „... ist auf einmal alles jetzt ‚Widerstandsbewegung‘ gewesen ...“ Keine „Stunde Null“ oder vom Anfang und Ender der Tiroler Resistance im Jahre 1945, in: Rolf Steininger/Sabine Pitscheider, *Tirol und Vorarlberg in der NS-Zeit* (Innsbrucker Forschungen zur Zeitgeschichte Bd. 19), Innsbruck–Wien–München–Bozen 2002, 403–424, hier: 419 f.

⁵³⁴ Amtsvermerk, 8.5.1945. StAI, Akten MD 1945, Abschn. 1, Zl. 1115.

⁵³⁵ Amtsvermerk, 6.7.1945. StAI, Fasz. Entlassungen 1945 Alte Kämpfer, Mp. Entlassungen aus dem städt. Dienst, Zl. MD-1966.

die Österreichische Volkspartei (ÖVP) und die Sozialistische Partei (SPÖ). Der ÖVP-Bürgermeister Melzer übergab die Stadtwerke seinem Parteifreund Egger, die IVB hingegen an Josef Wilberger,⁵³⁶ Mitglied und Funktionär der SPÖ. Damit waren die Einflussphären zwischen den beiden großen Parteien aufgeteilt, Wasser, Gas und Strom unterstand der ÖVP, der öffentliche Personennahverkehr der SPÖ. Im April 1946 wählte der Gemeinderat aus seiner Mitte einen Verwaltungsausschuss, der wie in den Jahren vor 1938 die Geschicke der nunmehrigen Stadtwerke lenkte. Der Ausschuss bestand aus neun Mitgliedern, fünf von der ÖVP, vier von der SPÖ. Den Vorsitz hatte Franz Greiter inne, als sein Stellvertreter amtierte Josef Wilberger, der Stadtrat der SPÖ und zugleich Direktor der IVB war.⁵³⁷ Greiter war schon in der Zeit des Ständestaates bestellter Mandatar gewesen und übernahm im April 1951 das Amt des Innsbrucker Bürgermeisters.

Der nun ehemalige Generaldirektor Wurmhöringer behauptete ihn seiner nach Kriegsende verfassten Rechtfertigungsschrift, dass Stunden vor der Ankunft der US-Armee sein „Haus von vier mit Maschinenpistolen bewaffneten Civilisten beschlagnahmt“ worden sei. Tagelang sei er von „unbekannten Personen am Telephon angerufen und aufs gröbste beschimpft und bedroht“ worden.⁵³⁸

„Als nun sogar amerikanische Offiziere die Fülle der gegen mich gerichteten Verläumdungen [sic] zum Anlass eines Verhöres nahmen, habe ich, nicht zuletzt wegen des gemeinen, am deutschen Volke verübten Verrates durch die Bonzen der NSDAP den Glauben an die Gerechtigkeit verloren.“⁵³⁹

Am 10. Mai 1945 nahm das Ehepaar eine Überdosis Veronal, ein starkes Schlafmittel, was es Otto Wurmhöringer ermöglichte, die folgenden Wochen in der beschaulichen Ruhe der Klinik zu verbringen und nicht in alliierter Internierungshaft.⁵⁴⁰ Im Juli 1945 entthob ihn Bürgermeister Melzer rückwirkend mit 3. Mai 1945 seines Postens als Generaldirektor.⁵⁴¹ Ihre Positionen im Beirat der Stadtwerke verloren auch die insgesamt acht Innsbrucker Ratsherren, die teils untertauchten oder in alliierter Internierungshaft saßen. Abberufen wurden auch die Vorstandsmitglieder und Aufsichtsräte der angegliederten IVB und Stubaitalbahn.⁵⁴²

Das am 8. Mai 1945 verabschiedete Verbotsgesetz⁵⁴³ war der erste Versuch, mit gesetzlichen Mitteln das Problem des Umgangs mit Ehemaligen zu lösen. Das Verbotsgesetz krankte allerdings nicht nur daran, dass sich die Nachkriegsparteien bald davon distanzieren und es novellieren wollten, sondern auch daran, dass es bis in den Jänner 1946 nur in der sowjetischen Zone galt. Als Verfassungsgesetz erforderte es für die Geltung im ganzen Land die Zustimmung des Alliierten Rates, der diese endlich mit dem 10. Jänner 1946 erteilte.⁵⁴⁴ Erst vom 25. März bis zum 17. April 1946 lief die Registrierung in Nordtirol ab,⁵⁴⁵ was bedeutete, dass die Mehrheit der Ehemaligen erstmals elf Monate nach Kriegsende mit Konsequenzen für ihr Tun be-

⁵³⁶ Zur Person Josef Wilbergers Pitscheider, Privat oder Stadt, 25.

⁵³⁷ Stadtwerke, Jahresbericht 1946. StAI, ohne Sign.

⁵³⁸ Wurmhöringer, Rechtfertigung, o. D. StAI, NS-Registrierungsakt Otto Wurmhöringer.

⁵³⁹ Wurmhöringer, Rechtfertigung, o. D. StAI, Personalakt Wurmhöringer Otto.

⁵⁴⁰ Bundespolizeidirektion, 28.8.1945. TLA, LG als VG Ibk, 10 Vr 369/46.

⁵⁴¹ Amtsvermerk, 23.3.1946. StAI, Personalakt Wurmhöringer Otto.

⁵⁴² Dazu Pitscheider, Privat oder Stadt, 98–101.

⁵⁴³ Verfassungsgesetz vom 8.5.1945 über das Verbot der NSDAP (Verbotsgesetz), StGBI. 13/1945.

⁵⁴⁴ Dieter Stiefel, Entnazifizierung in Österreich, Wien–München–Zürich 1981, 94.

⁵⁴⁵ Kundmachung, in: *Tiroler Tageszeitung*, 20.3.1946, 4.

droht waren. Noch bevor österreichische Gesetze im ganzen Land in Geltung standen, existierten aber Säuberungsausschüsse auf Beamtenebene und in bestimmten Firmen, vor allem öffentlichen wie der Post oder der Bahn.

Anfang Juli 1945 installierte die provisorische Innsbrucker Stadtvertretung auf Befehl der US-Militärregierung eine Personalkontrollkommission, deren Mitglieder sich auf Grundsätze für eine Entlassung aus dem Dienst einigten. Die Arbeit verlor, wer illegal, also vom 1. Juli 1933 bis zum 13. März 1938 Mitglied einer NS-Organisation gewesen war; wer eine Funktion in der NSDAP eingenommen hatte, wer bei der SS oder SA gewesen war; wer „sich durch fanatisches Verhalten besonders hervorgetan“ oder gar jemanden denunziert hatte.⁵⁴⁶ Der Ordnungsausschuss der österreichischen Widerstandsbewegung, der bis in den Juni 1945 die provisorische Landesregierung stellte, befahl Ende Mai außerdem, alle reichsdeutschen Bediensteten mit Ende Juni zu kündigen.⁵⁴⁷ Die Personalkontrollkommission untersuchte auch die insgesamt 1.225 Angestellten/Arbeiter der Stadtwerke (ohne ETAB) und der Verkehrsbetriebe. 97 Angestellte/ArbeiterInnen der Stadtwerke verloren aus politischen Gründen ihre Arbeit und 22, weil sie nicht die österreichische Staatsbürgerschaft hatten, zusammen 119.⁵⁴⁸ Tabelle 6 zeigt, wie sich die Enthebungen und Entlassungen auf die einzelnen Betriebe der Stadtwerke verteilen.

Tab. 6: Enthebungen/Entlassungen aus politischen Gründen

	Personalstand 1.4.1946	Entlassungen bis 15.3.1946
Zentralverwaltung	143	22
EWI	338	22
Gaswerk	156	6
Wasserwerk	35	3
Gärtnerei	32	2
Nordkettenbahn	25	10
IVB	451	27
Stubaitalbahn	41	4
Verkehrsunternehmen Stubaital	4	1
Gesamt	1.225	97

Quelle: Aufstellung, 18.4.1946. StAI, Fasz. Entlassungen 1945 Alte Kämpfer, Mp. Politischer Überprüfungsausschuß.

Die Maßnahmen der Personalkommission waren aber nur vorläufige, die mit dem Inkrafttreten des Verbotsgesetzes und der Registrierung im März/April 1946 neu bewertet werden mussten. Eine Enthebung wandelte sich in eine Entlassung um, wenn sich im Meldeverfahren der Verdacht der illegalen Mitgliedschaft erhärtete. Das Verbotsgesetz sah die Registrierung von Mitgliedern bestimmter NS-Organisationen vor, nämlich der NSDAP selbst, der SS, der SA, des NS-Kraftfahrerkorps und des NS-Fliegerkorps. Angesichts der Masse an NS-Organisationen waren diese fünf zwar die wichtigsten, aber doch nur ein kleiner Teil. Die Einengung auf diese

⁵⁴⁶ Magistratsdirektor Rudolf Mangutsch in der 2. Sitzung des Innsbrucker Stadtrates, 18.4.1946. StAI, Stadtrats-Niederschriften 1946.

⁵⁴⁷ Beschlussprotokoll Nr. 8 über die Sitzung des Ordnungsausschusses der Österreichischen Widerstands Stadtrats-Niederschriften 1946bewegung vom 30.5.1945. StAI, Unterlagen Anton Melzer 1945–1951, U Exekutivausschuss 1945.

⁵⁴⁸ Magistratsdirektor Rudolf Mangutsch in der 2. Sitzung des Innsbrucker Stadtrates, 18.4.1946. StAI, Stadtrats-Niederschriften 1946.

fünf verschleierte, in welchem Ausmaß die nationalsozialistische Ideologie in die österreichische Gesellschaft eingedrungen und wie viele Spuren sie hinterlassen hatte. Nach langwierigen Debatten und Einsprüchen des Alliierten Rates verabschiedete das Parlament am 6. Feber 1947 die novellierte Fassung des Verbotsgesetzes, das Nationalsozialistengesetz.⁵⁴⁹ In diesem lag der Schwerpunkt nicht mehr auf der Frage, ob jemand illegal gewesen war, sondern ob jemand eine Funktion in der NS-Hierarchie eingenommen hatte. Einfache Mitglieder ohne Funktion waren als „minderbelastet“ zu registrieren, solche mit Funktion als „belastet“. Nach dieser Einstufung richtete sich der Strafkatalog, der von Gehaltskürzungen bis zu Berufsverboten reichte. Wieder waren die Akten der 1945 Enthobenen und 1946 Entlassenen zu sichten und eventuell Neubewertungen vorzunehmen. Es kam durchaus vor, dass jemand, der 1945 enthoben worden war, was sich 1946 bestätigt hatte, im Sommer 1947 wieder eingestellt wurde. Und es kam vor, dass jemand, der bis jetzt der Sichtung entgangen war, erst nach der Auflegung der Registrierungslisten im September 1947 seine Arbeit verlor bzw. bei der Bildung der neuen Personalstände ab dem Herbst 1947 nicht übernommen wurde. Die Zahl von 97 Enthobenen ist daher nur als reiner Richtwert zu sehen, der sich ständig ändern konnte, und keinesfalls eine endgültige Feststellung darüber, wie nazifiziert die Stadtwerke waren, erlaubt.

Angesichts der vielen Gemaßregelten sei hier nur auf besonders einprägsame Personen und das leitende Personal eingegangen. Eine der schillerndsten Figuren war zweifellos Generaldirektor Otto Wurmhöringer, der nicht nur die Stadtwerke geführt hatte, sondern die angegliederten Betriebe. Er war Großverdiener gewesen, hatte neben seinem Gehalt Vorstandsgebühren und Bilanzgelder bezogen (IVB, Stubaitalbahn, ETAB) und als Stadtrat amtiert. Er war rückwirkend mit dem 3. Mai 1945 enthoben worden, ihn erwartete nach seinem Klinikaufenthalt, den er immer wieder zu verlängern versuchte, das Gefängnis, in das ihn die Polizei am 28. Jänner 1946 einlieferte. Zuvor jedoch, im Oktober 1945, war er, obwohl offiziell weder haft- noch vernehmungsfähig, im Auftrag der französischen Militärregierung nach Bozen gereist, um bei wirtschaftlichen Fragen als Berater zu dienen. Das empörte den neuen Direktor der IVB, Josef Wilberger, so sehr, dass er sich an seinen Parteifreund Vizebürgermeister Gottfried Uffenheimer wandte. Die Reise Wurmhöringers bewiese „mit aller Deutlichkeit, was wir mit unserer Güte und Nachsicht gg. gewisse Personen ernten. Während die kleineren Blockleiter entlassen und zu Strassenarbeiten herangezogen werden, gehen diese Herrschaften, die ein Jahreseinkommen von RM 30.000–60.000 bekommen haben, ungestraft herum und protzen sich noch [...].“⁵⁵⁰ Anfang April 1946 gelang es Wurmhöringer, sich wieder in die Klinik überstellen zu lassen.

Die Bundespolizeidirektion zeigte ihn jedenfalls am 7. Feber 1946 nach den Bestimmungen des Verbotsgesetzes wegen Hochverrat an, war er doch schon in der illegalen Zeit Parteigenosse gewesen und hatte sich betätigt. Der Anzeige lagen an die 20 Beilagen bei, die Vorwürfe enthielten, selten Persilscheine, die ihm einen guten Charakter bescheinigten. Ein Vorwurf, erhoben Mitte August 1945, bezeichnete seine Tätigkeit bei den Stadtwerken als „mehr als korrupt“, er habe Ausgaben getätigt, „die auf Jahre hinaus die städt. Finanzen belasten“.⁵⁵¹ Gemeint waren die hohen Kosten des nun zerbombten Gaswerkes. Ein ehemaliger Arbeitskollege aus Linz beschuldigte ihn: „Eine seiner Aeusserungen: ‚Wenn es mein Vorteil ist, gehe ich auch über die Leiche meines besten Freundes‘ beleuchtet zur genüge seinen Charakter und macht ihn zu einem Nazi-Führer besonders geeignet.“ Wurmhöringer sei nicht aus Überzeugung, sondern aus Gewinnsucht Nationalsozialist gewesen, „ein Schandfleck für Österreich,

⁵⁴⁹ Stiefel, Entnazifizierung, 105–107.

⁵⁵⁰ Josef Wilberger an Gottfried Uffenheimer, 10.10.1945. TLA, LG als VG Ibk, 10 Vr 369/46.

⁵⁵¹ Anzeige, 17.8.1945. Ebd.

der den Namen Österreicher nicht verdient“.⁵⁵² Der Primararzt an der Innsbrucker Klinik Anton Hittmair, Mitglied beim katholischen Cartellverband, gab an, Wurmhöringer habe erzählt, es sei ihm zu verdanken, dass die Energieversorgung Innsbrucks im Prinzip aufrecht geblieben sei. Es habe einen geheimen Befehl zur Zerstörung gegeben, was er, Wurmhöringer, verhindert habe.⁵⁵³ Ein Persilschein kam ausgerechnet von Karl Stettner, ehemals Oberstaatsanwalt und glühender Nationalsozialist. Auf seinem Lobschreiben findet sich der handschriftliche Vermerk, „kaum die geeignete Persönlichkeit zur Ausstellung politischer Gutachten!“.⁵⁵⁴

Ernst Martin, der die letzten Jahre in NS-Haft und KZs verbracht hatte und nun wieder Direktor des Gaswerks war, urteilte über die Investitionen in „seinem“ Werk vernichtend. Wurmhöringer habe sich, obwohl kaufmännischer Direktor, als Sachverständiger aufgespielt, die neue Ofenanlage sei schlecht geplant und schlecht gebaut und werde Innsbrucks Haushalt noch an die 20 Jahre belasten.⁵⁵⁵ Aus einem undatierten Papier ist zu entnehmen, dass sich Wurmhöringer „vom kleineren Vertreter bei der Shell sukzessive in die berüchtigte Stellung eines Generaldirektors hinaufturnte“.⁵⁵⁶

Ende Juli 1946 setzte die Staatsanwaltschaft Wurmhöringer bis zur Verhandlung auf freien Fuß. Zu einer Verhandlung, die an sich im Feber 1950 endlich stattfinden sollte, kam es aber nie, weil Wurmhöringer wie so viele andere Ehemalige auch den Weg über ein Gnadengesuch suchte und fand. Anfang Jänner 1950 bat Wurmhöringer den Bundespräsidenten um Gnade, spielte seine NS-Verstrickung hinunter, betonte, seine Mitgliedschaft nie missbraucht zu haben und positiv zur Republik Österreich zu stehen. Unterstützt wurde er dabei von der ÖVP, die ein eigenes NS-Referat unterhielt, das sich um die Entregistrierung bestimmter Personen bemühte, für sie intervenierte und ihre Gesuche mit dem erforderlichen politischen Nachdruck vorlegte. Wurmhöringers Rechtsanwalt bat beim Volksgericht Innsbruck um eine Vertagung der Hauptverhandlung, weil das Gesuch seines Mandanten in der Präsidentschaftskanzlei liege.⁵⁵⁷ Der Bundespräsident gewährte mit Rechtswirksamkeit 14. November 1951 Gnade.⁵⁵⁸

Die gewährte Gnade stoppte Verfahren nach dem Verbotsgesetz, so dass die Innsbrucker Staatsanwaltschaft am 29. Jänner 1952 das gegen Wurmhöringer einstellte.⁵⁵⁹ Sein Fall kann als typisches Beispiel dafür gewertet werden, dass die lange Verfahrensdauer den 1945/46 vorhandenen Willen, hohe Nationalsozialisten mit juristischen Mitteln zu bestrafen, immer mehr erlahmte, was Anfang der 1950er Jahre zu einer massenhaften Einstellung von Gerichtsverfahren führte.

Einem Prozess, dem sich Wurmhöringer nicht entziehen konnte, war der um die Rückstellung der von ihm „arisierten“ Villa in der Gänsbacherstraße 5. Anfang Juni 1948 stellte die Witwe des in der Pogromnacht ermordeten Richard Graubart, Margarethe, die in Großbritannien Asyl gefunden hatte, einen Antrag auf Rückstellung. Wurmhöringers Anwalt Friedrich Punt, übrigens derselbe, der in auch vor dem Volksgericht vertrat, handelte mit dem Anwalt von Frau Graubart einen Vergleich aus, wonach sie auf den Ertrag des Hauses verzichtete und die Wurmhöringers auf die Rückgabe des Kaufpreises. Die mündliche Vergleichsverhandlung Mitte Juli 1948 scheiterte, weil der „Antragsgegner [= Wurmhöringer] unbestimmte Drohungen

⁵⁵² Otto Kiderle, 10.10.1945. Ebd. Rechtschreibung im Original.

⁵⁵³ Anton Hittmair, Gedächtnisprotokoll, o. D. Ebd.

⁵⁵⁴ Karl Stettner, Niederschrift, o. D. Ebd.

⁵⁵⁵ Ernst Martin an Untersuchungsrichter, 5.4.1946. Ebd.

⁵⁵⁶ Vermerk, o. D. Ebd.

⁵⁵⁷ Alle Unterlagen in TLA, LG als VG Ibk, 10 Vr 369/46.

⁵⁵⁸ Republik Österreich/Bundesministerium f. Inneres an Wurmhöringer, 22.11.1951. StAI, NS-Registrierungs Stadtrats-Niederschriften 1946akt Otto Wurmhöringer.

⁵⁵⁹ Staatsanwaltschaft an Landesgericht, 29.1.1952. TLA, LG als VG Ibk, 10 Vr 369/46.

gegen die Antragstellerseite [= Graubart]“ erhob und „sehr aufgeregt“ war. Schließlich verhandelten die beiden Anwälte allein und schlossen einen rechtskräftigen Vergleich.⁵⁶⁰ Wurmhöringer dürfte den Verlust „seines“ Hauses als endgültige wirtschaftliche Vernichtung seiner Existenz begriffen haben.

Wurmhöringer war einer Verurteilung vor dem Volksgericht entgangen, blieb aber, weil er Gauhauptstellenleiter gewesen war, als „belastet“ eingestuft. Die Begnadigung erstreckte sich nicht darauf, in den öffentlichen Dienst zurückzukehren. 1957 erließ der Nationalrat die Amnestie für „Belastete“, woraufhin Wurmhöringer, der als Kaufmann in Innsbruck lebte, bei den Stadtwerken die Wiederaufnahme in den Dienst beantragte, was diese keinesfalls wollten. Nach einigem Hin und Her einigte sich Bürgermeister Alois Lugger mit Wurmhöringer auf eine Abschlagszahlung von 120.000 Schilling, zahlbar in zwölf Monatsraten,⁵⁶¹ eine für die 1950er Jahre enorme Summe. Wurmhöringer bestand auch auf der Ausstellung eines Dienstzeugnisses, das seine Verdienste lobte. Er habe „in vorbildlicher Pflichterfüllung seine ganze Kraft dem Wohle der Stadtwerke Innsbruck und damit der Innsbrucker Bevölkerung gewidmet“ und „trotz schwieriger Kriegsverhältnisse dank seiner fachlichen Tüchtigkeit die Stadtwerke zu einem leistungsfähigen und modernen Unternehmen ausgebaut“.⁵⁶² Von den Vorwürfen aus der unmittelbaren Nachkriegszeit, wie jenem, er habe falsche Entscheidungen getroffen, findet sich kein Wort, ebenso wenig ein Hinweis auf seine enge Verstrickung mit dem NS-Regime. Zart deutete der Schlusssatz, er habe auf Befehl der Militärregierung und nach den Bestimmungen des Verbotsgesetzes seine Position verloren, eine solche nur an. Die 120.000 Schilling mussten übrigens die Stadtwerke bezahlen, die für den ehemaligen Betriebsdirektor der IVB Hermann Egger musste die IVB übernehmen.⁵⁶³ Nicht nur die Amnestie für „Belastete“ ermöglichte es ehemaligen hohen Nationalsozialisten, sich für vermeintliches Unrecht entschädigen zu lassen. Ihnen half das Beamtendienstrecht, wonach eine Rückkehr in den öffentlichen Dienst prinzipiell möglich war, was Abschlagszahlungen wie im Falle Wurmhöringers erzwang.

Neben Wurmhöringer verlor sein engster Mitarbeiterstab, manche allerdings nur für kurze Zeit, seine Arbeit. Franz Nicklas, 1938 zuerst kommissarischer Verwalter der Arbeiterkammer, dann Angestellter der Stadtwerke, dort Leiter der Planwirtschaftsabteilung, nebenher Betriebsobmann der DAF, wurde am 15. Mai 1945 seines Postens enthoben und am 1. Juni von der War Criminal Branch der US-Armee verhaftet, weil er als Denunziant und Spitzel der Gestapo galt. Nach seiner Freilassung am 23. Juni wies ihn die Sicherheitsdirektion dem verpflichteten Arbeitseinsatz zu. Nicklas musste als Hilfsarbeiter der Firma Beton- und Monierbau AG bei der Beseitigung von Fliegerschäden arbeiten, und zwar im Innsbrucker Kanalnetz. Mit Wirkung Ende November 1945 kündigten ihn die Stadtwerke. Am 23. Feber 1946 hob die Sicherheitsdirektion die Arbeitsverpflichtung auf.⁵⁶⁴ Im März 1946 ließ sich Nicklas registrieren und versuchte zu beweisen, dass er kein illegales Parteimitglied gewesen, erst nach dem „Anschluss“ beigetreten und gar nie in die Partei aufgenommen worden, sondern ständigen Anfeindungen ausgesetzt gewesen sei. Einige seinem Registrierungsakt beiliegende Persilscheine, unter anderem von seinem ehemaligen Vorgesetzten Otto Wurmhöringer, sollten dies bestätigen. Registriert als „minderbelastet“, kehrte er nicht mehr in den Dienst der Stadtwerke zurück.⁵⁶⁵ Seine Argumentation kann als durchaus typisch angesehen werden, denn nur ganz

⁵⁶⁰ TLA, Rückstellungskommission beim LG Ibk, Akt Rk 189/48.

⁵⁶¹ Stadtmagistrat, Vergleich, 23.4.1958. StAI, Personalakt Wurmhöringer Otto, Zl. MD 32/1958.

⁵⁶² Bürgermeister Lugger, Dienstzeugnis, 30.4.1958. Ebd., Zl. 1519/1958.

⁵⁶³ Magistratsdirektion an Stadtwerke, 27.5.1958. Ebd., Zl. 1813/1958.

⁵⁶⁴ TLA, ATLR, Abt. VIII Staatspolizeiliche Akten 1945/46, Akt VIIc-2326/1945.

⁵⁶⁵ StAI, NS-Registrierungsakt Franz Nicklas.

wenige Nationalsozialisten stellten sich nach Kriegsende ihrer Vergangenheit, die überwiegende Mehrheit leugnete, beschönigte und schrieb die eigene Geschichte um.

Die Personalkommission, die in monatelanger Arbeit und vielen Sitzungen die Akten des gesamten Personals sichtete, enthob Mitte Oktober 1945 den Leiter der Buchhaltung und Prokuristen Hans Messner seines Postens. Er war einer der engsten Mitarbeiter Wurmhöringers in der Zentralverwaltung gewesen. Im April 1946 füllte er das NS-Meldeblatt aus, gab seinen Beitritt mit Mai 1933 an und fügte hinzu, er habe seit Anfang 1945 keine Mitgliedsbeiträge mehr entrichtet, was er als Distanzierung zum Nationalsozialismus gewertet wissen wollte. Im am selben Tag abgegebenen Ansuchen um Entregistrierung führte er die üblichen Ausreden – nie betätigt, kein Parteiamt übernehmen wollen, nicht missbraucht usw. – an.⁵⁶⁶ Im Jänner 1947 wandelte die Stadt seine Enthebung in eine Entlassung um, weil der Tatbestand der Illegalität erwiesen war.⁵⁶⁷ Ob es ihm in den folgenden Jahren gelang, wieder angestellt zu werden, ist mangels Akten leider unklar.

Seine endgültige Entlassung erhielt im Jänner 1947 auch Anton Handler, der erst nach dem „Anschluss“ wegen seiner Verdienste um den Nationalsozialismus – Beitritt 1. April 1933, 1.525.521, Mai 1933 Beitritt zur SS, SS-Untersturmführer, Alter Kämpfer – Arbeit in der Zentralverwaltung der Stadtwerke erhalten hatte. Ihn enthob die Personalkommission mit 1. August 1945.⁵⁶⁸ Von seiner Enthebung und Entlassung erfuhr Handler erst im August 1947, weil er dann aus der Kriegsgefangenschaft zurückkehrte und sein NS-Meldeblatt ausfüllte.⁵⁶⁹

Von den Betriebsleitern des EWI, des Gas- und des Wasserwerkes waren Paul Attlmayr, Max Söllner und Eugen Maass Mitglieder der NSDAP gewesen. Paul Attlmayr war seit 1927 beim EWI beschäftigt, ab 1930 dessen Direktor. Mit 1. Juli 1945 enthob ihn die Stadtverwaltung auf Befehl der französischen Militärregierung seines Dienstes.⁵⁷⁰ Attlmayr hatte sich 1938 rasch umgestellt und Anfang August 1938 um die Mitgliedschaft in der NSDAP angesucht. Mit Datum 1. Mai und der Nummer 6.240.444, eine aus dem „Ostmarkblock“, galt er als Illegaler. Noch dazu hatte er die Mitgliedsbeiträge rückwirkend bis 1. März 1938 bezahlt. Bei seiner Registrierung am 25. März 1946 gab er nicht nur das Meldeblatt ab, sondern ein Entregistrierungsgesuch. Er sei nur beigetreten, um seinen Posten behalten zu können, habe die Mitgliedschaft nie missbraucht, sei 1943 ausgeschlossen worden und habe am 2. Mai 1945 „an der Hisung der grossen rotweissroten Fahne am Turme des Hochhauses“ teilgenommen.⁵⁷¹ Da die Bundespolitik schon über eine Novelle des Verbotsgesetzes beriet, blieb sein Ansuchen unbeantwortet, woraufhin Attlmayr seine Pensionierung beantragte, um sich beruflich umorientieren zu können.⁵⁷²

Im April 1947 erhob er neuerlich Einspruch und wiederholte sein Ansuchen im September 1947. Er benützte einen Passus des novellierten Verbotsgesetzes, wonach der Ausschluss aus der NSDAP vor einem bestimmten Zeitpunkt zur Entregistrierung führe.⁵⁷³ Mit 1. Dezem-

⁵⁶⁶ Messner an Bürgermeister, 4.4.1946. StAI, NS-Registrierungsakt Hans Messner.

⁵⁶⁷ Bürgermeister an Messner, 18.1.1947. StAI, Akten MD 1947, G.-A. 9-6, Zl. 201.

⁵⁶⁸ Verzeichnis der aus politischen Gründen enthobenen bzw. gekündigten Angestellten und Arbeiter der Stadtwerke Innsbruck, 24.11.1945. StAI, Fasz. Entlassungen 1945 Alte Kämpfer, Mp. Politischer Überprüfungsausschuß.

⁵⁶⁹ NS-Meldeblatt, 1.8.1947. StAI, NS-Registrierungsakt Anton Handler.

⁵⁷⁰ Verzeichnis der aus politischen Gründen enthobenen bzw. gekündigten Angestellten und Arbeiter der Stadtwerke Innsbruck, 24.11.1945. StAI, Fasz. Entlassungen 1945 Alte Kämpfer, Mp. Politischer Überprüfungsausschuß.

⁵⁷¹ Attlmayr an Polizeidirektion, 25.3.1946. StAI, NS-Registrierungsakt Paul Attlmayr.

⁵⁷² Attlmayr, Ansuchen um Zuerkennung eines Ruhegenusses, 14.11.1946. StAI, Akten MD ohne Zahl, Sondermappe 1948.

⁵⁷³ Attlmayr an Stadtmagistrat, 24.4.1947; 25.9.1947. StAI, NS-Registrierungsakt Paul Attlmayr.

ber 1943 hatte ihn die NSDAP nämlich ausgeschlossen, und zwar mit der Begründung, er verhalte sich im Betrieb wenig sozial, habe sich vor dem „Anschluss“ „hauptsächlich in Kreisen eindeutiger Systemanhänger von Rang“ bewegt, dem Personal mit der Drohung, er kürze ihm den Lohn, davon abgehalten, sich am 11. März 1938 einer NS-Demonstration anzuschließen. Außerhalb des Dienstes zeige er „sich durchwegs sehr zurückhaltend, mißtrauisch und wenig volksverbunden. Ein wirklich spürbares, soziales Empfinden im NS.-Sinne scheint bei ihm nicht ausgeprägt.“ Attlmayr betrachte die NSDAP „nur als Mittel zum Zweck“, verhalte sich „politisch vollkommen desinteressiert“, komme seinen Pflichten als Parteigenosse nicht nach und bemühe sich nicht einmal, „ein aufgeschlossener Nationalsozialist zu werden“.⁵⁷⁴ Mit Datum 19. Jänner 1948 strichen ihn die Behörden aus den Registrierungslisten,⁵⁷⁵ woraufhin er sein neues Leben in der Privatwirtschaft beginnen konnte. Im Adressbuch der Stadt Innsbruck für das Jahr 1953 scheint er als Kaufmann für den Vertrieb von Elektro-Wärmegegeräten auf.⁵⁷⁶

Den Direktor des Gaswerks Max Söllner enthob die Personalkommission zuerst, bevor sie die Pensionierung des 63-Jährigen mit 15. Juli 1945 empfahl. Söllner hatte im Juli 1938 sein Aufnahmegesuch in die NSDAP abgegeben und im April 1940 die Mitgliedskarte erhalten. Dieses Datum gab er in seinem Meldeblatt im April 1946 als Eintrittsdatum an,⁵⁷⁷ was nachweislich nicht stimmte, die Registrierungsbehörden aber akzeptieren. Zugleich mit dem Meldeblatt gab er ein Ansuchen um Entregistrierung ab, in dem er ausführte, er sei nur, um die Arbeiter und Angestellten des Gaswerkes zu schützen, beigetreten, ansonsten vollkommen unpolitisch und nur an seiner Arbeit interessiert. Die Partei habe ihn nicht aufgenommen, sondern ihm misstraut und ihn weiterhin als Parteianwärter geführt.⁵⁷⁸ Am 23. Juli 1947 stellte Söllner einen neuen Antrag und behauptete wieder, die NSDAP habe ihn aus politischen Gründen nicht aufgenommen. Aus Misstrauen gegen seine Person hätten ihm die Stadtwerke sogar „ein Überwachungsorgan in Gestalt des völlig fachfremden Herrn Duxneuner zur Seite gestellt“. Geschädigt sei er auch worden, weil er kein Bilanzgeld mehr erhalten, somit rund 2.500 RM jährlich verloren habe.⁵⁷⁹ Ende September 1947 schrieb er einen neuerlichen Antrag und konzentrierte sich darin auf seine Parteianwartschaft und seine Behauptung, aus politischen Gründen abgelehnt worden sein.⁵⁸⁰ Dieser Antrag war erfolgreich und mit Bescheid vom 2. Dezember 1948 wurde er aus der Registrierungsliste gestrichen.⁵⁸¹

Ihm hatte eine juristische Spitzfindigkeit geholfen, die mit den formalen Aufnahmekriterien der NSDAP zu tun hatte. 1938 hatte die NSDAP angesichts des Ansturms eine Mitgliedersperre verhängt, ausgenommen waren jene, die bis dahin schon Mitglieder gewesen waren. Andere Aufnahmewillige erhielten den Status Parteianwärter (oder -in) und eine Bestätigungskarte. Am 31. Juli 1939 fiel die Mitgliedersperre, so dass es rein parteirechtlich diesen Status nicht mehr gab. Die österreichischen Behörden entschieden nach langem Hin und Her, diesen 31. Juli 1939 als Stichtag anzunehmen. Wollte jemand nach diesem Datum beitreten, wurde aber nicht oder nicht sofort aufgenommen, entfielen die Registrierungspflicht und alle damit verbundenen Beschränkungen. Wenig verwunderlich, versuchten viele der Ehemaligen nun genau dies zu beweisen, was mithilfe von Persilscheinen, ausgestellt vor allem von ehemaligen NS-Funktionären, zumeist gelang. Die Behörden würdigten also damit nicht den Wunsch einer Person, Mitglied der NSDAP zu werden und sich damit zum Nationalsozialismus zu bekennen, sondern nur das Datum dieses Wunsches.

⁵⁷⁴ NSDAP-Kreisgericht Innsbruck, Beschluss, 1.12.1943. Ebd.

⁵⁷⁵ Amt der Tiroler Landesregierung, 19.1.1948. Ebd.

⁵⁷⁶ Adressbuch 1953, 80.

⁵⁷⁷ NS-Meldeblatt, 9.4.1946. StAI, NS-Registrierungsakt Max Söllner.

⁵⁷⁸ Söllner, Anhang zum Meldeblatt, 6.4.1946. Ebd.

⁵⁷⁹ Söllner an Stadtmagistrat, 23.7.1947. Ebd.

⁵⁸⁰ Söllner an Tiroler Landesregierung, 25.9.1947. Ebd.

⁵⁸¹ Amt der Tiroler Landesregierung, Bescheid, 2.12.1948. Ebd.

Die politische Säuberung unbeschadet überstand der Leiter des Wasserwerkes Eugen Maass. Er meldete seinen Beitritt am 12. Mai 1938, also zu einer Zeit, als nur illegale Parteigenossen dies taten und aufgenommen wurden. Er erhielt eine Nummer aus dem „Ostmarkblock“, 6.233.268, betätigte sich aber sonst nicht.⁵⁸² Die Personalkommission dürfte nach Sichtung seiner Akten nichts Negatives entdeckt und ihn daher im Dienst belassen haben.

Einige Anmerkungen zu Hermann Duxneuner seien angeführt: Als Leiter der „Arisierungsstelle“ gehörte er zweifellos zu den belasteten Nationalsozialisten. Bei Kriegsende tauchte er unter, Erhebungen und Fahndungen blieben erfolglos. Mit Datum 18. Jänner 1947 wurde er, der als Direktionsassistent im Gaswerk gearbeitet hatte, entlassen, aber das Entlassungsdekret war unzustellbar.⁵⁸³ Der beim Volksgericht Innsbruck geführte Akt war leider unauffindbar.⁵⁸⁴ Im Frühjahr 1979, lange nach Auslaufen des Kriegsverbrechergesetzes, ließ sich das Ehepaar Duxneuner in Obermieming nieder.⁵⁸⁵

Seinen Posten verlor ein weiterer hoher Angestellter der Stadtwerke, nämlich Emil Hensler, der 1938 die Leitung der Nordkettenbahn übernommen hatte. Er hatte seinen Beitritt zur NSDAP am 19. Mai 1938 gemeldet und war förderndes Mitglied der SS gewesen. Obwohl es 1938 durchaus Bedenken gegen seine Person gab, die seine nationalsozialistische Gesinnung anzweifeln,⁵⁸⁶ verblieb er auf diesem Posten, bis ihn die Personalkommission mit 1. August 1945 entthob.⁵⁸⁷

Die oberste Führungsriege der Stadtwerke war also größtenteils neu zu besetzen. Wilfried Egger ersetzte als zuerst kommissarischer Leiter, dann bestellter Generaldirektor Otto Wurmhöringer an der Spitze. Albin Croce, dem es gelungen war, unbeschadet durch die NS-Zeit zu gelangen und der auch nicht dem Druck, sich aus beruflichen Gründen einer der registrierungspflichtigen Organisationen anschließen zu sollen, nachgegeben hatte, übernahm die Direktion des EWI. Der 1938 entlassene Eduard Senn kehrte als Leiter der Nordkettenbahn zurück. In der Direktion des Gaswerkes saß ab 22. Mai wieder Ernst Martin, schon 1934 bis 1938 in dieser Position, dann jahrelang im Gefängnis und in KZs. Nur an der Spitze des Wasserwerkes änderte sich nichts, denn Eugen Maass war und blieb Direktor.

Der Prozess der Entnazifizierung der Stadtwerke verlief ähnlich unbefriedigend wie überall sonst in Österreich. Das Kapitel konnte leider nicht einmal ansatzweise die vielen Akten würdigen, die es zu den einzelnen Enthobenen bzw. Entlassenen gibt. Ihre Geschichten ähneln und wiederholen sich, ihre Ausreden ebenso wie ihre Versuche, ihre eigene Vergangenheit nach den neuen politischen Erfordernissen umzuschreiben.

2. Wiederaufbau

Zu Kriegsende war die Infrastruktur der Stadtwerke in einem geradezu jämmerlichen Zustand. Das Verwaltungsgebäude war teilweise eine Ruine, das Werkstättengebäude ebenso. Das Was-

⁵⁸² StAI, NS-Registrierungsakt Eugen Maass.

⁵⁸³ Bürgermeiste an Duxneuner, 18.1.1947. StAI, Akten MD 1947, G.-A. 9-6, Zl. 192.

⁵⁸⁴ Auskunft des Tiroler Landesarchivs, 24.6.2019.

⁵⁸⁵ Koller, Duxneuner, 45.

⁵⁸⁶ Im Sommer/Herbst 1938 strengte ein 1934 entlassener Nationalsozialist ein Disziplinarverfahren gegen ihn an. StAI, Akten MD 1938, Abschn. 8, Zl. 1737.

⁵⁸⁷ Verzeichnis der aus politischen Gründen enthobenen bzw. gekündigten Angestellten und Arbeiter der Stadtwerke Innsbruck, 24.11.1945. StAI, Fasz. Entlassungen 1945 Alte Kämpfer, Mp. Politischer Überprüfungsausschuß.

serwerk verzeichnete 268 Beschädigungen an den Hauptversorgungsleitungen, weiters unzählige Rohrbrüche in von Bomben getroffenen Häusern. Das EWI zählte 401 Kabelschäden am Freileitungs-, Niederspannungs- und Hochspannungsnetz. Hinzu kamen 25 km zerstörte Leitungen der Straßenbeleuchtung und 16 ganz oder teilweise beschädigte Transformatoren. Auf das Gaswerk waren 16 schwere, 68 leichtere und Splitterbomben gefallen. Das Gasrohrnetz wies 353 Bombentreffer auf, weitere 105 Leitungen waren undicht. Das Netz der damals noch dem Stadtbauamt unterstellten Kanalisation war an 321 Stellen oder auf 3.425 Laufmetern beschädigt.⁵⁸⁸ Ähnlich erbärmlich präsentierte sich die Infrastruktur der angegliederten IVB. Über 2.500 m Gleise waren zerstört oder schwer beschädigt, an die 6.000 m Leitungen bei der Straßenbahn, weitere 4.000 bei den Obussen. Hinzu kamen zerstörte Straßenbahngarnituren und Autobusse, das Verwaltungsgebäude in der Klostergasse und die Obushalle am Berg-Isel-Bahnhof.⁵⁸⁹

Von einer geordneten Versorgung der Stadt mit Licht, Wärme, Wasser und öffentlichem Verkehr war 1945 nicht zu reden. Zu den Zerstörungen kamen unberechtigte Entnahmen von Strom, weil sich Menschen in ihrer Verzweiflung vermutlich selbst bedienten, Leitungen zu reparieren versuchten und Strom abzapften. Der Verlust an Wasser wegen durch Bomben oder jahrzehntelanger Vernachlässigung undichter Leitungen belastete die ohnehin prekäre Wasserversorgung der Stadt. Es mangelte nach wie vor an allem, an Baumaterial und an Arbeitskräften. Monatlang zog sich das Gezerre zwischen verschiedenen Stellen, da jede ihre Arbeiten als wichtiger erachtete als die der anderen. Erst im Laufe des Herbstes 1945 gelang es dem Land, Strukturen zu etablieren, die für eine zentral gelenkte Zuteilung von Baustoffen und Arbeitskräften zuständig war.

Prekär war auch die Versorgung mit Strom. Die Bewachung des Sillwerks wurde mit 4. Mai 1945 eingestellt, am 9. Mai besetzte die US-Armee das Werk, französische Truppen lösten sie ab, die bis 8. Dezember den Werkschutz aufrecht erhielten. Das Mühlauer E-Werk lieferte dank reichlichem Wasser mehr Elektrizität als in den Vorjahren. Strom konnte zwar fließen, aber es fehlten vielfach Endgeräte. Ende 1945 waren rund drei Viertel der Leitungen zur Straßenbeleuchtung repariert, aber es gab wegen fehlender Glühbirnen nur 340 funktionierende Laternen. Licht brannte nur vom Einbruch der Dunkelheit bis 23.00 und von 6.00 bis Tagesanbruch. In Hötting blieben die Straßen unbeleuchtet, an den wichtigsten Kreuzungen installierte das EWI provisorische Lampen, um den „Beleuchtungswünschen der Bevölkerung einigermaßen zu entsprechen“. In Igls brannten ganze sieben Straßenlaternen, in Vill drei, auf der Hungerburg zwölf, in der Lohbachsiedlung keine. Es gab Ausnahmen: 14 Flutlichtleuchten zu je 1.000 Watt bestrahlten die Ostfassade der Hofburg, zehn Flutlichtleuchten zu je 1.500 Watt die Fassade von Schloss Amras, im Spanischen Saal des Schlosses leuchteten 380 Glühlampen zu je 60 Watt, am Platz vor dem Goldenen Dachl stand in der Weihnachtszeit 1945 ein Christbaum mit elektrischen Lampen.

1945 waren insgesamt 4.422 Kochplatten und 3.052 elektrische Öfen in Innsbrucks Haushalten vorhanden, eine nach heutigen Verhältnissen ungeheuer geringe Zahl. Wie sich die Ausstattung der Haushalte mit elektrischen Geräten während der NS-Jahre entwickelt hatte, zeigt eindrucksvoll Tabelle 7. Abbildung 49 übersetzt grafisch die Zahl der angeschlossenen Herde im Jahr 1946. Der Ausfall einiger Produkte ab 1943 lässt sich mit Bewirtschaftungsvorschriften erklären, weil es schlichtweg verboten war, sie ohne Bezugsscheine zu verkaufen. Einen Bezugsschein für ein Bügeleisen oder einen Staubsauger zu erlangen, war praktisch unmöglich

⁵⁸⁸ Statistisches Handbuch der Stadt Innsbruck mit statistischen Daten bis 31. Dezember 1946, hg. Statistisches Amt der Stadt Innsbruck, Innsbruck 1950, 452 (Anhang 2/G Bombenschäden an städtischen Versorgungseinrichtungen).

⁵⁸⁹ Pitscheider, Privat oder Stadt, 106 f.

und nur in Ausnahmefällen gestattet, weil das für die Produktion notwendige Eisen in die Rüstungsproduktion ging.

Tab. 7: Verkaufte elektrische Geräte 1938–1945

	1938	1939	1940	1941	1942	1943	1944	1945
Herde	155	502	481	229	95	209	233	355
Kühlschränke	21	120	51	10	1	-	-	-
Bügeleisen	-	-	659	323	99	11	-	-
Staubsauger	74	221	39	2	12	-	-	-
Strahlöfen	231	356	330	748	54	109	1.273	864

Quelle: Stadtwerke, Vertraulicher Jahresbericht 1945. StAI, ohne Sign.

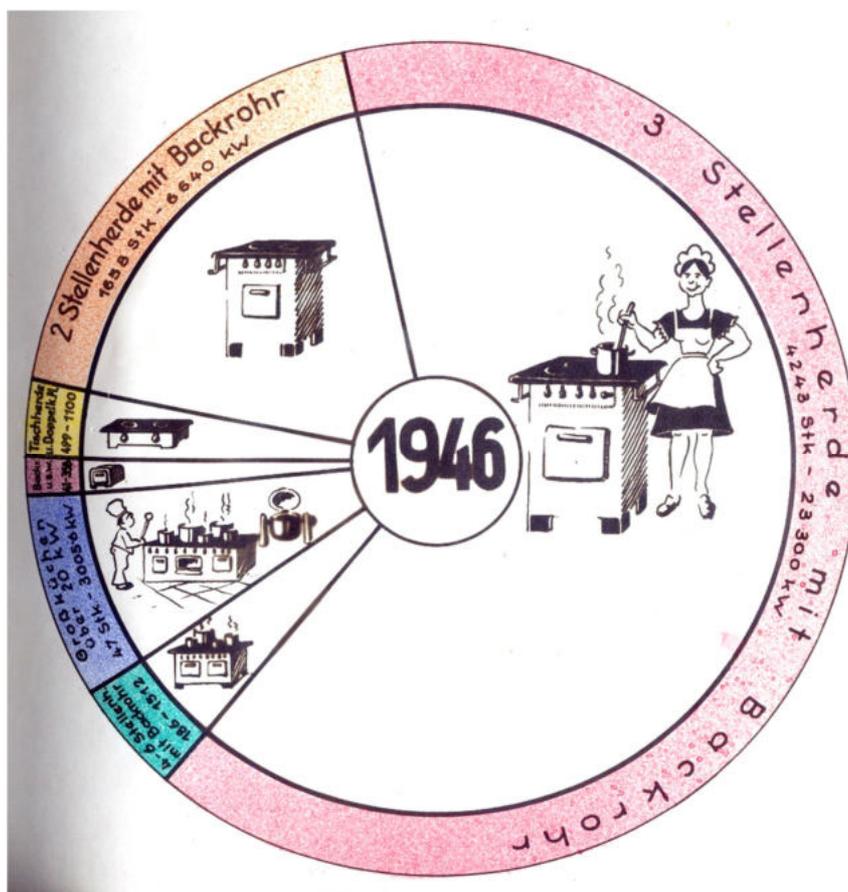


Abb. 49: Elektroherde und Küchen nach Anschlusswert und kW. Stadtwerke, Vertraulicher Jahresbericht 1946. StAI, ohne Sign.

Strom mochte zwar fließen, aber die Zahlungen einzutreiben, war nicht einfach. Wegen der vielen Zerstörungen waren Menschen, ohne ihren Strombezug abzumelden und die Endabrechnung zu verlangen, aus der Stadt geflohen. Die Postzustellung war sehr unzuverlässig, nachweislich eingezahltes Geld langte nicht bei den Stadtwerken ein. Allein die Flucht, ab Mai 1945 die Vertreibung der Reichsdeutschen hinterließ 326 offene Rechnungen über rund 20.000 RM, welche die Stadtwerke abschreiben mussten.⁵⁹⁰

⁵⁹⁰ Stadtwerke, Vertraulicher Jahresbericht 1945. StAI, ohne Sign.

Problemlos verliefen die Stromlieferungen aber nicht und im Oktober 1948 musste das EWI sogar Stromeinschränkungen verhängen (Abb. 50). Hintergrund war eine österreichweite Energiekrise, weil die Stromlieferungen den wachsenden Verbrauch nicht bedienen konnten.

Stadtwerke Innsbruck
Elektrizitätswerk

Innsbruck, Datum des Poststempels

Sehr geehrter Stromabnehmer!

Betrifft: **Stromverbrauchseinschränkung.**

Gemäß den in der Tagespresse veröffentlichten Einschränkungsverfügungen des Landeslastverteilers beträgt Ihr monatliches Stromkontingent ab sofort bis auf weiteres

I. Für Ihren **Haushalt** auf Grund Ihrer vorjährigen Angaben über die Personenzahl (4) und Untermieter (1) sowie die verwendeten Kochgeräte 55 kWh

II. Für Ihren **Betrieb** % des Strombezuges im März 1948, d. s. kWh

Hiezu wird Ihnen mit Zustimmung des Landeslastverteilers in Berücksichtigung besonderer Verhältnisse ein Zuschlag von 122 kWh bewilligt. Ihr Stromkontingent beträgt daher insgesamt bis auf weiteres monatlich 177 kWh

Sollten Ihre vorjährigen Angaben über Ihren Haushalt nicht mehr zutreffen, so bitten wir Sie, uns dies innerhalb 8 Tagen kurz mitzuteilen, damit wir Ihnen ehestens die berechnete Verbrauchsvorschrift übermitteln können.

In der vorgenannten Verbrauchsmenge ist allfälliger Stromverbrauch für Boiler oder Nachtstromspeicheröfen nicht enthalten. Ihr monatliches Verbrauchskontingent für diese beträgt bis auf weiteres (ist bis auf weiteres pauschaliert)

a) Boiler kWh
b) Nachtstromspeicheröfen kWh

Abb. 50: Kontingentierung des Stromverbrauchs, Oktober 1948. StAI, Div-190.

Das Gaswerk stand praktisch still, zu groß waren die Zerstörungen, zu gering die Kohlenlieferungen, die zur Gänze aus dem Deutschen Reich und besetzten Gebieten (Saarland, Ruhrgebiet, Oberschlesien) gekommen waren. Erreichten 1944 noch rund 15.000 Tonnen Kohle Innsbruck, waren es 1945 nur noch knapp 6.000. Bis 8. Oktober gelang es den Monteuren, wenigstens Hötting, Mühlau, Pradl, Saggen, Dreiheiligen und den nördlichen Teil der Altstadt von 10.00 bis 12.30 mit Gas zu versorgen. Anfang November folgten die Innere Stadt und Teile Wilten und Anfang Dezember Südwilten. Ab 7. Dezember weitete das Gaswerk die Lieferzeiten aus, von 6.00 bis 8.00, von 10.00 bis 13.00 und von 18.00 bis 20.00 strömte Gas in die Haushalte. Wie groß die Schäden waren, illustrieren folgende Zahlen: 1944 lieferte das Gaswerk noch rund 7,3 Millionen m³, 1945 nur mehr knapp 2,3 Millionen m³.⁵⁹¹

Die Reparatur der bombenzerstörten Anlagen nahm Jahre in Anspruch und begleitete die Geschäfte des Gaswerkes bis Mitte der 1950er Jahre. Im November 1945 erlaubte die Stadt, wenigstens das teilweise zerstörte Werkstattegebäude des Gaswerks zu reparieren.⁵⁹² Im Frühjahr 1946 beantragte das Gaswerk die Reparatur des Gasmesser- und Reinigerhauses, das schwere Spreng- und Splitterbombenschäden erlitten hatte.⁵⁹³ Erst im Juli 1952 erbat Gaswerkdirektor Martin die Genehmigung, den im Krieg begonnenen Erweiterungsbau (Ofen IV mit zwei Kammern) fertigstellen zu dürfen. Nach dem Bau des Fundamentes war er von Berlin aus

⁵⁹¹ Stadtwerke, Vertraulicher Jahresbericht 1945. StAI, ohne Sign.

⁵⁹² StAI, Abt. VI Bau 1963, Abschn. 11, Mp. Gaswerk Amraserstr. 5, 1. Teil: 1940-1961, Zl. 2644/11/VI/1945.

⁵⁹³ Ebd., Zl. 1409/11/VI/1945.

gestoppt worden, weil die für die Armierung notwendigen Eisenteile anderweitig und vermutlich für die Rüstungsindustrie abgezogen worden waren.⁵⁹⁴ Im März 1954 meldete das Gaswerk, beim 1899 erbauten zweiten Gasbehälter, auf den drei Bomben gefallen waren und den das Werk 1945/46 selbst notdürftig repariert hatte, sei das Dach eingebrochen.⁵⁹⁵ Im Mai 1955 teilte das Gaswerk dem Stadtbauamt mit, dass der 1885 errichtete erste Gasbehälter Probleme bereite. Die Wasserverluste seien gestiegen, vermutlich wegen der undichten Wanne, neben der Bomben explodiert seien.⁵⁹⁶

Mitte der 1950er Jahre war das Gaswerk soweit instand gesetzt, dass es ohne größere Störungen produzieren konnte. Die Lage des Gaswerkes, das nun praktisch mitten in der Stadt stand, entwickelte sich jedoch immer mehr zu einem Problem, denn seine Emissionen werteten den ganzen Stadtteil Pradl ab. 1954 plante die Stadt in der Nähe des Gaswerkes in neue Wohnhausbauten zu investieren. Geänderten Ansprüchen war es geschuldet, dass ein Gutachten die Abgase und die Emissionen des Gaswerkes bewertete. Eine Belastung wie im Ruhrgebiet oder im nebligen London sei nicht zu erwarten, aber die Gegend stelle „kein ideales oder bevorzugtes Siedlungsgelände dar“. Das Gaswerk verschmutze je nach Wetterlage und Jahreszeit die Umgebung und belaste „das Wohlbefinden und zumindest die Behaglichkeit des von der Tagesarbeit ruhebedürftigen Einwohner“ durchaus, schloss das Gutachten.⁵⁹⁷

Noch jahrelang problematisch war die Versorgung der Stadt mit unbedenklichem Trinkwasser. Bis Kriegsende war der Bau der neuen Mühlauer Wasserfassung keineswegs fertig, im Gegenteil verzögerte er sich „infolge kriegsbedingter Ereignisse“. Noch 1944 flossen 282.700 m³ ungefiltertes Bachwasser über das Hilfsrohr in das Trinkwasser, bevor das Wasserwerk ein neues Hilfsrohr von der Baustelle zum Hochreservoir legte. Somit sank die Einspeisung von Bachwasser 1945 auf „nur“ 3.450 m³. Bis Mitte Oktober 1945 dauerte es, bis das Wasserwerk den letzten Schaden an einer Hauptleitung repariert hatte. Allein 3.211 m Hauptrohrleitungen verbaute das Werk 1945. Der Wasserverbrauch stieg 1945 auf über 10 Millionen m³ für die Stadt und Mühlau, für die anderen eingemeindeten Ortschaften fehlten Messanlagen. Der gestiegene Verbrauch war auf undichte Leitungen und für das Innsbrucker Wasser ungeeignete Zinkarmaturen in den Südtiroler Bauten zurückzuführen. Das Quellengebiet Klarerhof und Stapfbrünnl, das einen Großteil Wiltens versorgte, lieferte zwar Wasser, aber wegen der veralteten Pumpe immer weniger. Die Mentlberg-Ödtal-Quellen liefen störungsfrei, wegen der Barackensiedlung in Sieglanger trat aber öfters Wassermangel ein. Nach wie vor mangelhaft war die Versorgung des Hungerburggebietes, Höttings und wegen des neuen Flugplatzes der Lohbachsiedlung. Arzl entnahm sein gesamtes Trinkwasser noch immer direkt einem Bach, Amras war problemlos zu versorgen, Igls seit dem Neubau des Stollens bei Heiligwasser ebenso.⁵⁹⁸

Gar nicht vorhanden war eine öffentliche Trinkwasserversorgung in Kranebitten, was im Frühjahr 1946 zu einem veritablen Nutzungskonflikt führte. Die Häuser bezogen ihr Wasser immer noch aus zwei privaten Wasserleitungen (Rimml, Hörtnagl), wogegen sich im Frühjahr 1946 Widerstand regte. An der privaten Wasserleitung des Hörtnagl-Hofes (Hartherhof) hing das Rapoldihaus, von dem Zweigleitungen zu einigen Häusern abgingen. Herr Hörtnagl jun. habe „in rechthaberischer Weise im Herbst des vergangenen Jahres an der Anschlussstelle der Rapoldiwasserleitung an die Hartherhofleitung die erste durchschnitten“, beschwerten sich im Feber 1946 BewohnerInnen bei der Stadt. Dem Bauern

⁵⁹⁴ Gaswerk an Stadtbauamt, 7.7.1952. Ebd., 3556/11/VI/1952.

⁵⁹⁵ Gaswerk an Stadtbauamt, 25.3.1954. Ebd., 1500/11/VI/1954.

⁵⁹⁶ Gaswerk an Stadtbauamt, 28.5.1955. Ebd., Zl. 465/2986/11/VI/1955.

⁵⁹⁷ Hygien. Institut der Universität Innsbruck, 14.10.1954. Ebd., Zl. 1500/5564/11/VI/1954.

⁵⁹⁸ Stadtwerke, Vertraulicher Jahresbericht 1945. StAI, ohne Sign.

„selber kann durch eine derartige asoziale Handlung kein allzugrosser Nutzen erwachsen, denn sein Vieh und seine Gärten haben in den vergangenen 10 Jahren auch nie an Durst gelitten. Umgekehrt aber zwingt die Sperrung des Wassers nicht wenige Leute ihr Koch-, Trink- und Waschwasser von weit herzuholen. [...] Wasser ist eben Kulturgut für alle Menschen und Lebewesen und es ist von den Unterzeichneten bestimmt keine Unverschämtheit zu verlangen, dass Herr Hörtnagl noch weiterhin und gerade jetzt in der Notzeit, wo man auf jede Kartoffel, auch jedes Gemüsestück angewiesen ist, den Siedlern am Kranebitterboden das Wasser zur Verfügung stellt, mindestens solange, bis die Gemeinde selbst eine eigene Wasserleitung gebaut oder die Privatwasserleitungen in Gemeindebesitz gekommen sind.“⁵⁹⁹

Das Stadtbauamt fertigte die Bittenden geradezu unwirsch ab. Die zwei Wasserleitungen seien nun bald privat, was ihnen, als sie ihre Häuser in Kranebitten hatten bauen lassen, bekannt gewesen sei. Zwei öffentliche Brunnen stünden zur Verfügung, von denen Wasser geholt werden könne.⁶⁰⁰

Im August 1946 bezifferte das Wasserwerk die für einen umfassenden Wiederaufbau der gesamten Trinkwasserversorgung notwendige Summe mit rund 4,9 Millionen Schilling, davon allein 2,2 Millionen für die Baustelle in Mühlau.⁶⁰¹ Schon im Juli 1945 hatte der Leiter des Wasserwerkes Maass die ganze Anlage in Mühlau als Provisorium bezeichnete. Er bat dringend um Zement, weil „die schweren Verpölzungen derart angefault bzw. vermodert“ seien, „daß ständig größere Einbrüche erfolgen können und damit die Gefahr einer dauernden Verunreinigung des Trinkwassers besteht“. Zu dem Zeitpunkt waren nur einige Teile der Anlage fertig, darunter ein 330 m langer Sammelstollen, ein 80 m langer Seitenstollen, der zweite Seitenstollen war im Rohbau und die Hilfsrohrleitungen waren ungeschützt, weil nicht verbaut. Die während des Krieges notwendige polizeiliche Bewachung der offenen Leitungen müsse aufrecht bleiben, auch weil bei der Baustelle ein Sprengmittellager liege.⁶⁰² Die angesprochenen morschen Holzteile befanden sich im zweiten Seitenstollen, über den ein Gutachter schon im Feber 1945 harsch geurteilt hatte: „Heute nach 2 Jahren sind die Hölzer bereits vielfach angefault und ganz in Schimmelpilze eingehüllt. An einzelnen Stellen drängt sich der Lehm zwischen den Holzverschalungen durch und verunreinigt so das Wasser.“⁶⁰³ Ende Juni 1945 gingen die Arbeiten weiter, nun allerdings nur mehr mit einheimischen Arbeitern.⁶⁰⁴ Im August 1946 baten die Stadtwerke, der Baufirma Innerebner & Mayer die dringend notwendigen Materialien für den Weiterbau zu genehmigen.⁶⁰⁵ Die Arbeiten gingen nach Kriegsende zwar langsam und behindert durch fehlendes Baumaterial aber doch weiter und im Mai 1953 nahm das schon Anfang der 1930er Jahre geplante kombinierte E- und Wasserwerk schließlich den Betrieb auf.

⁵⁹⁹ Zwölf Haushalte an Vizebürgermeister, 22.2.1946. StAI, Abt. VI Bau 1946, Abschn. 20, Mp. Wasserversorgung Innsbruck u. Mühlauer Wasserfassung 153/20/VI/1946, Zl. 153/1308.

⁶⁰⁰ Stadtbauamt an Josef Findenig, 2.3.1946. Ebd., Zl. 153/964.

⁶⁰¹ Stadtwerke/Wasserwerk an Bürgermeister, 7.8.1946. StAI, Abt. VI Bau 1946, Abschn. 1, Zl. 2183.

⁶⁰² Stadtwerke/Wasserwerk, Ausbau der Mühlauer Wasserfassungsanlagen, 8.5.1945. StAI, Abt. VI Bau 1946, Abschn. 20, Mp. Wasserversorgung Innsbruck u. Mühlauer Wasserfassung 153/20/VI/1946, Zl. 1382/1945.

⁶⁰³ Otto Ampferer, Geologischer Bericht über die Notwendigkeit der Ausmauerung für den Bestand des Klammbach-Fensterstollens in der oberen Mühlauer Klamm bei Innsbruck, 4.2.1945. Ebd., Zl. 1382/1945.

⁶⁰⁴ Stadtwerke, Vertraulicher Jahresbericht 1945. StAI, ohne Sign.

⁶⁰⁵ Stadtwerke/Wasserwerk an Bürgermeister, 19.8.1946. StAI, Abt. VI Bau 1946, Abschn. 20, Mp. Wasserversorgung Innsbruck u. Mühlauer Wasserfassung 153/20/VI/1946, Zl. 153/4586/1946.

Die Gärtnerei lief im Getriebe der Stadtwerke nebenher mit, weil sie nicht derart kriegswichtige und jetzt friedenswichtige Produkte erzeugte wie die anderen Werke. Bei Kriegsende verließen die meisten Arbeitskräfte – ZwangsarbeiterInnen aus dem Osten – die Arbeitsstelle. Im Laufe des Sommers 1945 wies das Arbeitsamt politisch belastete Nationalsozialisten zu, die das Arbeiten im Freien jedoch selten gewohnt waren.⁶⁰⁶ Wichtig war die Gärtnerei in den ersten Nachkriegsjahren nicht wegen des Blumenschmuckes oder der Pflege der öffentlichen Gartenanlagen, sondern weil sie, wie schon nach dem Ersten Weltkrieg, Gemüsepflanzen aufzog und an Private für ihre Schrebergärten verkaufte. 1946 waren es immerhin rund 825.000 Gemüsepflanzen.⁶⁰⁷ Die Nordkettenbahn, die allein touristischen Zwecken diente, war vom 4. Mai bis zum 7. Juli 1945 von der US-Armee beschlagnahmt.⁶⁰⁸

Jahre dauerte es, bis das Hochhaus am Bismarckplatz das Gesicht erhielt, das es heute noch zeigt. Am 24. Juli 1945 stellte der neue EWI-Direktor Albin Croce beim Stadtbauamt einen Antrag auf Ausnahme vom Bauverbot,⁶⁰⁹ um den beschädigten Turm des Hochhauses provisorisch reparieren zu können. Bis auf das EWI waren alle anderen Abteilungen und Firmen, die vor der Zerstörung das Haus besiedelt hatten, ausgezogen, die Zentralverwaltung beispielsweise ins Berufstätigenheim am Haydnplatz, die TIWAG oder die Firma Siemens zum Teil in die Schule Mariahilf oder die Schule in der Gilmstraße. Bis Herbst müsste wenigstens die Verwaltung der Stadtwerke wieder ins Hochhaus übersiedeln, sie brauche mindestens vier Stockwerke. Kosten würde das 436.000 RM, dauern dürfte es etwa ein Jahr; die Reparatur von drei Stockwerken und das Aufsetzen eines Notdaches käme auf rund 280.000 RM.⁶¹⁰ Bedenken erhob das Arbeitsamt, das nach wie vor für die Lenkung der Arbeitskräfte zuständig war, weil fast alle Baufirmen bei Sofortmaßnahmen eingesetzt waren.⁶¹¹ Das EWI bestand auf einer Sanierung, weil nach dem Urteil von Fachleuten „die noch stehenden Oberteile des Turmes baufällig“ seien und dringend abgetragen werden müssten. Der Riss durch die Südmauer wirke „als Gleitfläche und besteht die Gefahr, daß die südwestliche Ecke wegbricht“.⁶¹²

Ende September 1945 erließ das Stadtbauamt endlich einen positiven Bescheid und verlangte „den im Stadtbilde störenden, dachlosen Baukörper und die ortsfremde Fassadenausbildung abzuändern“. Die Renovierung der Fassade verbot es, die störenden Reklameaufschriften und Dachbuchstaben seien aber zu entfernen.⁶¹³ Mit der provisorischen Renovierung fiel die charakteristische, nach Norden ausgerichtet gewesene Dachterrasse, die schon von Bomben zerstört worden war, endgültig weg (siehe Abb. 23 und 46). Abbildungen 51 und 52 zeigen das teils schon wieder aufgebaute Hochhaus. Nicht nur die Terrasse war verschwunden, sondern auch das Flachdach.

Das Flachdach habe wegfallen müssen, erklärte im August 1948 das Stadtbauamt, weil die dafür notwendigen Baustoffe nicht zu erhalten gewesen wären. Von April 1948 an verhandelten die Stadtwerke mit der Stadtverwaltung, welche Form der Turm des Hochhauses nach einer kompletten Renovierung haben sollte. Die Stadtwerke wollten eine Aufstockung um

⁶⁰⁶ Stadtwerke, Vertraulicher Jahresbericht 1945. StAI, ohne Sign.

⁶⁰⁷ Die Stadtwerke Innsbruck, in: *Amtsblatt der Landeshauptstadt Innsbruck*, Nr. 3, 15.3.1947, 1–3, hier: 3.

⁶⁰⁸ Stadtwerke, Vertraulicher Jahresbericht 1945. StAI, ohne Sign.

⁶⁰⁹ Die NS-Vorschriften im Bauwesen, wie die Kontingentierung oder eben die Anträge auf Ausnahme vom Bauverbot, blieben noch jahrelang aufrecht, um die Wiederaufbaumaßnahmen etwas koordinieren und den Mangel an Baumaterial verwalten und nach Dringlichkeit zuweisen zu können.

⁶¹⁰ EWI/Croce an Stadtbauamt, 24.7.1945; Antrag auf Ausnahme vom Bauverbot, 31.7.1945. StAI, Abt. VI Bau 1962, Abschn. 11, Mp. Salurner Straße 11 Stadtwerke Innsbruck 3560/11/VI/1962, Zl. 2085/1054/1945.

⁶¹¹ Arbeitsamt Innsbruck an Bürgermeister, 11.8.1945. Ebd.

⁶¹² EWI an Stadtbauamt, 17.9.1945. Ebd.

⁶¹³ Stadtbauamt, Bescheid, 26.9.1945. Ebd.

ein Stockwerk, um ein Kaffeehaus unterzubringen, der technisch-künstlerische Beirat (bestehend aus sechs Personen, darunter zwei Architekten) war dagegen und blieb bei seiner ablehnenden Haltung.⁶¹⁴



Abb. 51: Das Hochhaus Richtung Osten, 1945. StAI, Ph/A-7/245.

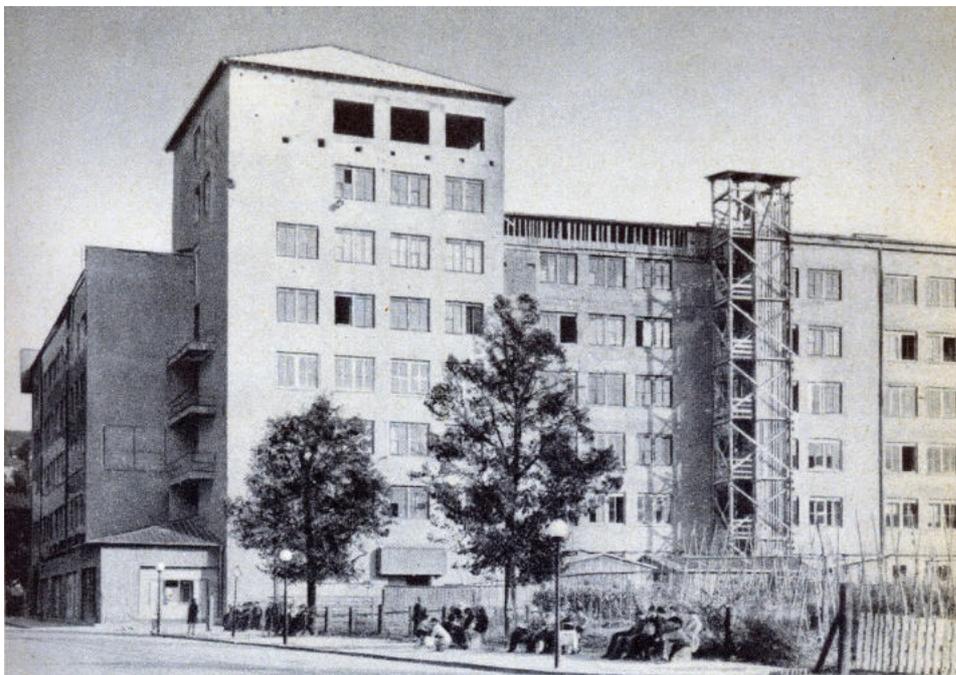


Abb. 52: Das reparierte Hochhaus als Titelbild des Jahresberichtes 1945. Stadtwerke, Jahresbericht 1945. StAI, ohne Sign.

⁶¹⁴ Stadtbaudirektor an Bürgermeister, 10.8.1948. Ebd., Zl. 224/3936/1948.

Ohne politische Querschüsse lief das Genehmigungsverfahren nicht ab. Die Stadt musste das Projekt, weil die Bausumme eine bestimmte Höhe überschritt, dem Landesbeirat vorlegen. In diesem stimmte die Mehrheit für den Ausbau des sechsten und siebten Stockwerkes, lehnte aber eine Aufstockung um ein achttes ab. Besonders vehement kritisierten die Vertreter der Bezirkshauptmannschaften den Aufbau, der nicht der Beseitigung der Wohnungsnot diene. Hintergrund war, dass die Stadt Innsbruck 1947 gegen Wohnungsneubauten auf dem Land protestiert hatte, weil immer noch Baustoffmangel herrsche. Der Verwendungszweck habe den Landesbeirat nicht zu interessieren, entgegnete das Stadtbauamt. Es protestierte auch der Architekt Lois Welzenbacher, und zwar gegen das Giebeldach. 1947 habe er sich beim Stadtbauamt wegen der Verletzung seines Urheberrechtes beklagt, weil „man an seiner Bauschöpfung ohne sein Zutun wesentliche Veränderungen vornehme“. Der Stadtbaudirektor Herbert Reiter warf ihm vor, „daß dieser ausgesprochene Industriebau einen bewußten Gegensatz zu den nur 150 m entfernten Bauwerken der alten Palaststraße der Stadt Innsbruck bildet, der sich durch die Gestaltung des neuen Landhausplatzes noch steigern“ werde.⁶¹⁵ Der Widerstand des städtischen Baudirektors war vermutlich mit dafür verantwortlich, dass die Stadtwerke auf die Expertise Welzenbachers verzichteten.

Für die Stadtwerke arbeitete hingegen Architekt Otto Mayr, übrigens ÖVP-Gemeinderat und Mitglied des Verwaltungsausschusses, der seinen Kollegen Clemens Holzmeister um ein Gutachten über seinen Entwurf bat. Holzmeister, der ja 1926/27 ein Konkurrent Welzenbachers gewesen war, äußerte sich lobend über Mayrs Vorstellungen. Städtebaulich sei eine Aufstockung zu begrüßen, setze sie doch dem „langweiligen und bisher unbetonten, südlichen Stadtteil von Innsbruck eine willkommene Stadtkrone“ auf. Architektonisch verleihe sie dem „bisher unausgesprochenem Turmcharakter des Hochhauses“ eine dem Gebäude würdige Dominanz. Die Stadt erhalte durch ein Kaffeehaus in der Höhe „endlich die Möglichkeit, das einzigartige Panorama der Stadt dem Einheimischen und dem Fremden in der bequemsten und bekömmlichsten Weise zuzuführen“. Als Material für das Dach schlug Holzmeister Kupferblech vor, das als Art Wiederholung des in der Altstadt verwendeten Materials wirken könne. Die vorgeschlagene Dachgestaltung lobte er als „eine würdige, lebendige und repräsentative Form“.⁶¹⁶

Der Beirat war immer noch nicht zufrieden und forderte, den Architekten Welzenbacher zu hören.⁶¹⁷ Im November 1948 stimmte der Gemeinderat der Aufstockung schließlich zu. Am 2. Juli 1949 fand dann die feierliche Eröffnung des Kaffeehauses im achten Stock statt. Innsbruck verfüge damit, wie das *Amtsblatt* schwärmte, über eine Sehenswürdigkeit,

„wie sie kaum eine andere mitteleuropäische Stadt aufzuweisen hat; einen etwa 250 Gäste fassenden Kaffeehaussaal, vornehmst und doch der österreichischen Gemütlichkeit entsprechend eingerichtet, mit einer vollständigen Rundschau auf Innsbrucks weltberühmten Bergkranz.“

Im sechsten Stock waren ein Restaurant und eine Konditorei entstanden, im siebten Stock eine Bar, die Musikunterhaltung bot.⁶¹⁸ Seit 1948/49 präsentiert sich das Hochhaus mit einem mittlerweile grün patinierten Kupferdach. Entfernt wurden bei der umfassenden Renovierung nicht nur die Terrasse, sondern auch die nach Norden ausgerichtet gewesenen drei Balkonreihen (siehe Abb. 23).

⁶¹⁵ Stadtbaudirektor an Bürgermeister, 7.6.1948. Ebd., Zl. 224/2980/1948.

⁶¹⁶ Clemens Holzmeister, Gutachten, 30.8.1948. Ebd., 224/5029/1948.

⁶¹⁷ Stadtbaudirektor an Stadtwerke, 13.9.1948. Ebd.

⁶¹⁸ Das Hochhaus-Stadtcafé, in: *Amtsblatt der Landeshauptstadt Innsbruck*, Nr. 8, August 1949, 4–6, hier: 4.

3. Aus- und Eingliederungen

Zu den Kernbetrieben Gas-, Wasser- und E-Werke waren in der NS-Zeit weitere angegliederte Betriebe gekommen, darunter die ehemalige sozialdemokratische Genossenschaft ETAB, von der Stadt in eine GmbH umgewandelt und den Stadtwerken unterstellt.

In der Sitzung am 2. Mai 1946 debattierte der Innsbrucker Stadtrat die Frage, wem die ETAB nun gehöre und wie eine Rückgabe an sozialdemokratische Organisationen aussehen könne, weil SPÖ-Mitglieder ihren Anspruch schon angemeldet hatten. Rechtlich sei die Lage unklar, meinte Stadtrat Franz Greiter, der vorschlug, bis zu einer Klärung die ETAB weiterhin von Wilfried Egger und Otto Klupp verwalten zu lassen.⁶¹⁹ Klupp war sozialdemokratischer Genossenschaftler, im Dezember 1938 der NSDAP beigetreten und bis Feber 1945 Geschäftsführer der Tiroler Konsumgenossenschaft gewesen.⁶²⁰ Offiziell war die ETAB ganz legal an die Stadt Innsbruck verkauft worden, wobei sich das NS-Regime immer darum bemüht hatte, Rechtsgeschäften den Anschein von Legalität zu verleihen.

In der Sitzung des Gemeinderates am 6. Juni 1946 forderte die SPÖ offiziell die Rückgabe der ETAB.⁶²¹ Die Bundes-SPÖ richtete für all ihre Rückstellungsforderungen den Restitutionsfonds der sozialdemokratischen Organisationen ein, die Fraktion sozialdemokratischer GewerkschafterInnen im Österreichischen Gewerkschaftsbund den für das Vermögen der ehemaligen Freien Gewerkschaften. Beide Fonds übernahmen in der Folge auch alle Rückstellungsangelegenheiten in Tirol, damit auch den um die ETAB. Die Angelegenheit war durchaus kompliziert, denn die ETAB hatte ihr Gesellschaftsform geändert und während der NS-Zeit Rechtsgeschäfte getätigt. Zudem fehlte es an rechtlichen Grundlagen, denn erst ab dem Feber 1947 verabschiedete der Nationalrat Rückstellungsgesetze.⁶²²

Bis zur offiziellen Rückgabe der ETAB im November 1949 befasste sich der Stadtrat wiederholt mit der Angelegenheit. Im September 1947 bejahte er grundsätzlich die Frage, ob die Gesellschaft rückzustellen sei, mit Ja und beauftragte Bürgermeister Melzer mit den vorbereitenden Maßnahmen.⁶²³ Im Juli 1948 beschloss der Stadtrat eine Treuhandgesellschaft damit zu betrauen, die gegenseitigen Ansprüche herauszurechnen.⁶²⁴ Ende Dezember 1948 teilte der Bürgermeister mit, der Restitutionsfonds der Freien Gewerkschaften biete einen Vergleich an.⁶²⁵ Bis November 1949 spießte es sich noch am Geld, nämlich der Frage, wie der von der Stadt geleistete Verkaufspreis und die in den Folgejahren erzielten Gewinne gegenseitig aufzurechnen seien. Die ÖVP-Stadträte beharrten darauf, die Erträge nicht herauszugeben und beriefen sich auf eine Entscheidung des Obersten Gerichtshofes; die SPÖ-Stadträte erblickten darin eine „Unfreundlichkeit, zumal sie einer Reihe von Rückstellungsansprüchen der Kirche zugestimmt“ hätten.⁶²⁶

Mit Datum 7. November 1949 schloss die Stadt Innsbruck mit den beiden Restitutionsfonds und der Allgemeinen österreichischen Konsumgenossenschaft einen Rückstellungsvergleich, wonach sie ihre Anteile in der Höhe von 600.000 Schilling rückwirkend mit 31. Dezember 1947 an die beiden Fonds übertrug.⁶²⁷ Die beiden Fonds übertrugen ihre gesamten

⁶¹⁹ Sitzung des Stadtrates, 2.5.1946. StAI, Stadtrats-Niederschriften 1946.

⁶²⁰ StAI, NS-Registrierungsakt Otto Klupp.

⁶²¹ Sitzung des Gemeinderates, 6.6.1946. StAI, Gemeinderats-Protokolle 1946.

⁶²² Das für die ETAB bestimmende war das Bundesgesetz vom 6. Februar 1947 über die Rückgabe des Vermögens aufgelöster und verbotener demokratischer Organisationen. BGBl. 55/1947.

⁶²³ Sitzung des Stadtrates, 12.9.1947. StAI, Stadtrats-Niederschriften 1947.

⁶²⁴ Sitzung des Stadtrates, 15.7.1948. StAI, Stadtrats-Niederschriften 1948.

⁶²⁵ Sitzung des Stadtrates, 30.12.1948. Ebd.

⁶²⁶ Sitzung des Stadtrates, 23.6.1949. StAI, Stadtrats-Niederschriften 1949.

⁶²⁷ Rückgabevergleich, 7.11.1940. StAI, Karton Rückstellungen ab 1946, C-J Sonderfaszikel, Buchstabe E.

Anteile an die Allgemeine österreichische Konsumgenossenschaft, die künftig als alleinige Besitzerin die Geschicke der ETAB verantwortete.⁶²⁸

Die ETAB war im November/Dezember 1949 endgültig aus der Verwaltung der Stadtwerke ausgeschieden. Mittlerweile waren aber neue Betriebe hinzugekommen. Mit Wirkung 1. Mai 1947 übernahmen sie das Kammerkino in der Wilhelm-Greil-Straße 23, das ebenso wie die ETAB auf eine bewegte Vergangenheit verweisen konnte. Bis zum „Anschluss“ gehörte das Kino der Freiwilligen Rettungsgesellschaft, die mit Subventionen das Haus gekauft und das Kino betrieben hatte. Im März 1938 ging die Rettungsgesellschaft im Deutschen Roten Kreuz (DRK) auf, der Verein selbst wurde aufgelöst. Das DRK wollte weder das mit Hypotheken über 500.000 RM belastete Haus übernehmen noch das Kino weiterführen, so dass die Stadt einspringen musste. Der Ertrag des Kinos sollte einerseits die laufenden Auslagen decken, andererseits dem DRK zufließen. Die Stadt verpachtete das Kino an Wilhelm Laviat, einen pensionierten städtischen Oberrechnungsrat, der die Geschicke des Kinos schon zuvor begleitet hatte.⁶²⁹ Laviat war nämlich seit 1908 Mitglied der Freiwilligen Rettungsgesellschaft, hatte sich dann im Juni 1932 der NSDAP angeschlossen, dafür die Nummer 1.080.824 erhalten. Für die Partei saß er im Höttinger Gemeinderat. In den Märztagen 1938 beteiligte er sich an Hausdurchsuchungen bei politischen Gegnern.⁶³⁰ Als ausgewiesener und überzeugter Nationalsozialist bot er die Gewähr dafür, das Kino im NS-Sinne zu führen. Seinen Posten verlor er in den Maitagen 1945.

Die Stadt sah sich nun wieder mit der Frage konfrontiert, wie es mit dem Kino, dessen Betrieb nicht zu den öffentlichen Aufgaben zählte, verfahren sollte. Im Oktober 1946 diskutierte der Stadtrat die Frage und entschied, das Kino aus der Hoheitsverwaltung auszuschneiden und mit Rechtswirksamkeit 1. Mai 1947 an die Stadtwerke zu übergeben.⁶³¹ Wenige Informationen liegen über die Innsbrucker Hotel AG vor, deren Geschäftszweck der Neubau von Hotels in Innsbruck war. Die Verwaltung lag in den Händen der Stadtwerke.⁶³²

Was die Stadt Innsbruck nicht auf sich beruhen lassen konnte und wollte, war der 1938 zwangsweise erfolgte Verkauf der TIWAG-Aktien. Um ihren Besitz entspannen sich mit dem Eigentümer AEW, die als reichsdeutsche Firma der Beschlagnahme verfiel, und dem Land Tirol, das nach dem zweiten Verstaatlichungsgesetz 1947 neuer Eigentümer war, jahrelange Auseinandersetzungen, die Mitte der 1950er Jahre mit einem Vergleich endeten. Die Stadt hatte zwar 1938 ihre Aktien abgeben müssen, sie hatte aber nicht auf das im Hauptvertrag von 1924 festgeschriebene Heimfallsrecht verzichtet, was ab den späten 1970er Jahren zu ebenfalls jahrelangen Verhandlungen führte. Beide Fragen verdienten wegen ihrer komplizierten rechtlichen und politischen Verästelungen ein eigenes Forschungsprojekt.⁶³³ Da sie außerdem den Auftrag dieser Studie sprengten, sei hier nur in aller Kürze das Ergebnis der Auseinandersetzungen mitgeteilt. Sie endeten für die Stadt Innsbruck jeweils mit viel Geld, das sie von der TIWAG für den Verzicht auf ihre Rechte erhielt.

⁶²⁸ Michael Svehla, Die ETAB-Brotfabrik in den Jahren 1945 bis 1999, in: „Mehr als Brot!“, 87–117 (vorläufig).

⁶²⁹ Oberbürgermeister Denz an Reichsfilmkammer Berlin, 4.11.1939. StAI, Karton Stadt 1940–1944.

⁶³⁰ StAI, NS-Registrierungsakt Wilhelm Laviat.

⁶³¹ Amtsvermerk, 4.10.1946; Stadtratsbeschluss vom 2. Mai 1947. StAI, Akten MD 1946, G.-A. S-, Zl. 2835.

⁶³² Statistisches Handbuch, 205.

⁶³³ Unterlagen zu beiden Fragen sind reichlich schon im Stadtarchiv vorhanden: StAI, TIWAG-Bestand; Karton Rückstellungen ab 1946, C-J Sonderfaszikel, Buchstabe I/J; Sonderfaszikel MD, Sign. 92 (vier Kartons über das Heimfallsrecht), Sign. 94 (ein Faszikel mit Akten aus den 1930er Jahren). Akten im Landesarchiv und in dem der TIWAG dürften weitere Aspekte erhellen.

Zusammenfassende Bemerkungen

An der Wende vom 19. zum 20. Jahrhundert gelangten das private Gaswerk und das private E-Werk in den Besitz der Stadt Innsbruck, die damit die Energieversorgung kommunalisierte, nach ihren Wünschen ausbaute und lenkte. Die beiden Betriebe und das zweite E-Werk an der Sill unterstellte sie den Licht- und Kraftwerken, die bis 1938 zwar relativ unabhängig agierten, sich den politischen, wirtschaftlichen und sozialen Umbrüchen der unruhigen Jahre bis nach dem Zweiten Weltkrieg aber nicht entziehen konnten. Die Licht- und Kraftwerke legten ein Netz von Leitungen über die Stadt und versorgten den wachsenden Energiebedarf der Bevölkerung. Mit dem Hochhaus am Bismarckplatz errichteten sie für ihre Verwaltung ein dominantes Gebäude im Stadtzentrum. 1919 kaufte die Stadt den Achensee und gründete 1923/24 die TIWAG, die in enger Anbindung an die Licht- und Kraftwerke Strom produzierte und bis Deutschland exportierte.

Die Wasserversorgung war nur teils kommunalisiert, deckte nicht das gesamte Stadtgebiet ab und unterstand bis zur NS-Zeit dem Stadtbauamt. Der Personennahverkehr war überhaupt privat organisiert und von Aktiengesellschaften betrieben, die in einem schwierigen Verhältnis mit der Stadt lebten, weil sich private Profitinteressen und öffentliche Aufgaben nicht zufriedenstellend vereinbaren ließen.

Der „Anschluss“ an das nationalsozialistische Deutsche Reich im März 1938 veränderte die Organisationsstruktur der Stadt radikal. Das Regime fasste die Energie- und Wasserversorgung, die Gärtnerei, die Nordkettenbahn und die angekauften Verkehrsbetriebe in den Stadtwerken zusammen, die sich zudem um die Geschäfte der ehemals sozialdemokratischen ETAB kümmerten. Mit den Stadtwerken entstand ein Komplex, der bestimmte Aufgaben kommunalisierte und monopolisierte. Die NS-Stadtführung entfernte politische Gegner aus den Betrieben, besetzte hohe Positionen in den Stadtwerken mit verlässlichen Nationalsozialisten und sorgte mit ihrer Stellenbesetzungspolitik für die nationalsozialistische Durchdringung aller unterstellten Betriebe. Autoritär nach dem „Führerprinzip“ leitete der Generaldirektor zusammen mit den „Betriebsführern“ der einzelnen Unternehmen die Geschicke der Stadtwerke.

Umfangreiche Investitionen waren erforderlich, um die nach langen Krisenjahren marode Infrastruktur an die geänderten Verhältnisse anzupassen. Umliegende Ortschaften gemeindete die Stadt ein, neue Stadtteile für SüdtirolerInnen und die unter Wohnungsnot leidende Bevölkerung entstanden. Das Gaswerk durfte erstmals seit Jahren investieren und seine Anlagen ausbauen. Das Wasserwerk startete ab 1941/42 den lang verzögerten Ausbau der Anlagen am Müh-lauer Bach. Die großzügigen Planungen und Bauten erforderten einen enormen bürokratischen Aufwand, waren durch Baumaterialmangel beschränkt und vom Arbeitskräftemangel behindert. Kriegsgefangene, ZwangsarbeiterInnen und KZ-Häftlinge bauten an der Versorgung der Stadt mit Gas, Strom und Wasser mit.

Ab Dezember 1943 beschädigten und zerstörten Bomben große Teile der Infrastruktur der Stadtwerke, deren Zustand bei Kriegsende erbärmlich war. Das Personal unterlang innerhalb weniger Jahre einer dritten politischen Säuberung. Vertreter demokratischer Parteien ersetzten die Nationalsozialisten in der Führung der Stadtwerke, belastete Nationalsozialisten mussten die Stadtwerke verlassen. Großer Anstrengungen bedurfte es in den folgenden Jahren, die zerstörte Infrastruktur wieder aufzubauen und auf einen einer zivilisierten Stadt wie Innsbruck würdigen Standard zu heben.

An der grundsätzlichen Struktur der Stadtwerke hielt die demokratische Stadtführung fest. 1994 gründete sie die Innsbrucker Kommunalbetriebe AG und brachte in die neue Gesellschaft die bisherigen Versorgungsbetriebe ein. Erst 1998 folgten die Kanalisation und die Müllabfuhr, Bereiche, die bis dahin dem Stadtbauamt unterstellt gewesen waren.

Abkürzungsverzeichnis

AEW	Alpen-Elektrowerke AG
AG	Aktiengesellschaft
ASKÖ	Arbeitersportklub Österreichs
Co	Compagnie
DAF	Deutsche Arbeitsfront
DRK	Deutsches Rotes Kreuz
ETAB	Erste Tiroler Arbeiterbäckerei
EWI	Elektrizitätswerke Innsbruck
E-Werk	Elektrizitätswerk
Gestapo	Geheime Staatspolizei
GmbH	Gesellschaft mit beschränkter Haftung
GöC	Großeinkaufsgenossenschaft österreichischer Consumvereine
IKB	Innsbrucker Kommunalbetriebe
IVB	Innsbrucker Verkehrsbetriebe
NS-	nationalsozialistisch
NSDAP	Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei
NS-HAGO	NS-Handels- und Gewerbeorganisation
ÖVP	Österreichische Volkspartei
RAD	Reichsarbeitsdienst
RM	Reichsmark
SDAP	Sozialdemokratische Arbeiterpartei
SA	Sturmabteilung
SPÖ	Sozialistische Partei Österreichs
SS	Schutzstaffel
TIWAG	Tiroler Wasserkraftwerke AG
TN	Technische Nothilfe
uk	unabkömmlich
VIAG	Vereinigten Industrieunternehmen AG

Bibliographie

1. Quellen

1.1 Archivbestände

Innsbrucker Kommunalbetriebe/Archiv (IKB):

Mappe (Mp.) EWI Jahresbericht 1915–24
Mp. 1935 Strom im Überfluss
Mp. Geschichte des EWI
Mp. TIWAG
TIWAG Gründungsakte
Mp. Wasserleitungs-Verträge u. Akten
Mp. Wasserwerk

Innsbrucker Verkehrsbetriebe (IVB):

Personalabteilung, Dienstaufträge

Stadtarchiv Innsbruck (StAI):

Abt. I 1934, 1941
Abt. III 1946
Abt. IV 1939
Abt. VI Bau 1938–1946, 1962–1963
Adressbücher
Akten des Oberbürgermeisters 1942–1945
Akten Gruppe II 1929
Beiratsprotokolle 1934 1935/38
Berichte des obersten Rechnungshofes u. Korrespondenzen 1933
Entlassungen 1945 Alte Kämpfer
Cod-1204
Coml. 1899/3
Coml. 1906/7 und 8
Coml. 19. Jhd. Verträge
Dekrete 1938–1944
Gemeinderats-Protokolle 1946
Magistratsdirektion (MD) 1932–1941, 1945–1947
MD Akten ohne Zahl
Mühlauer Elektrizitäts- und Wasserwerke
NS-Registrierungsakten
Personalakt Wurmhöringer Otto
Präsidiale 1919
Prozess gegen die Penz-Platte
Ratsprotokolle 1884–1886
Ratsprotokolle 1919/1, 1924/25
Rückstellungen ab 1946
Sammel-A 264
Stadt 1940–1944
Stadtrats-Niederschriften 1946–1949
Stadtratsprotokolle 1923
TIWAG-Bestand
Unterlagen Anton Melzer 1945–1951
Stadtwerke, Vertrauliche Jahresberichte 1941–1947

Tiroler Landesarchiv (TLA):

Akten BH Innsbruck, Sign. 724
Amt der Tiroler Landesregierung (ATLR), Präsidium 1933, Rz XII 59, Karton 1217;
Präsidium 1934, Rz XII 57, Karton 1236
ATLR, Abt. VI, BH Innsbruck-Land, Gemeindeangelegenheiten 1934–1938
ATLR, Abt. VIII Staatspolizeiliche Akten 1945/46
Gaubeauftragter für die Bauwirtschaft (GB Bau)
Kommando der Schutzpolizei Innsbruck Luftschutzakten
Landesgericht als Volksgericht Innsbruck (LG als VG Ibk)
Reichsstatthalter (RStH) Dezernat Ia4
Reichsstatthalter Salzburg, Betriebe 1939–1945
Rückstellungskommission beim LG Innsbruck
Zunft- und Firmenarchiv ETAB

1.2 Internet

anno.onb.ac.at (Zeitschriftendatenbank)
ris.bka.gv.at (Gesetzessammlung)

1.3 Zeitungen

Amtsblatt der Landeshauptstadt/Gauhauptstadt Innsbruck
Innsbrucker Nachrichten
Roter Adler
Tiroler Anzeiger
Tiroler Tageszeitung
Volkszeitung

1.4 Gedruckte Quellen

Beschlüsse des Gemeinderathes der Landeshauptstadt Innsbruck im Jahre 1897, Innsbruck 1898. Tiroler Landesmuseum Ferdinandeum, Sign. W 14.230.

Die Ergebnisse der Volkszählung vom 31. Dezember 1910 in den im Reichsrathe vertretenen Königreichen und Ländern, hg. k. k. Statistische Zentralkommission, Wien 1912.

Die Ergebnisse der Volkszählung vom 31. December 1900 in den im Reichsrathe vertretenen Königreichen und Ländern, 2. Band 1. Heft, hg. k. k. Statistischen Central-Commission, Wien 1902.

Österreichisches Statistisches Handbuch für die Republik Österreich, hg. Bundesamt für Statistik, Bd. II/1921, Wien 1921; Bd. III/1923, Wien 1923, Bd. V/1924, Wien 1924.

Reiter Barbara, Erinnerungen und Gedanken Gen. Dir. Ing. Wilfried Egger, Innsbruck o. D. StAI, ohne Sign.

Städt. Gaswerk Innsbruck, Vertraulicher Technischer Generalbericht für 1934, Jän./Feb. 1935. IKB.

Städt. Gaswerk Innsbruck, Vertraulicher Generalbericht 1935. IKB

Städtische Verkehrssektion, Die Landeshauptstadt Innsbruck, Innsbruck o. D. (ca. 1930), 34 f. StAI, Sign. C-2531-D.

Stadtwerke Innsbruck, 60 Jahre Elektrizitätswerk Innsbruck, Innsbruck 1949.

TIWAG, Rechenschafts-Bericht, erstattet in der 14. ordentlichen Generalversammlung am 29. Juli 1938. StAI, Sign. P-280-1938.

TIWAG, Bericht, erstattet in der 15. ordentlichen Hauptversammlung am 28. Juni 1939. StAI, Sign. P-280-1939.

2. Literatur

Albrich Thomas/Gisinger Arno, Im Bombenkrieg. Tirol und Vorarlberg 1943–1945 (Innsbrucker Forschungen zur Zeitgeschichte Bd. 8), Innsbruck 1992.

Breit Johannes, Das Arbeitserziehungslager Innsbruck-Reichenau und die Nachkriegsjustiz, Innsbruck 2007.

Eller Karl, Die Erste Tiroler Arbeiterbäckerei, in: „Mehr als Brot!“ Die Geschichte der Ersten Tiroler Arbeiterbäckerei (ETAB), hg. Stadtarchiv/Stadtmuseum Innsbruck, Innsbruck, in Druck 2019/20, 67–71 (vorläufig).

Freund Florian/Perz Bertram, Die Zahlenentwicklung der ausländischen Zwangsarbeiter und Zwangsarbeiterinnen auf dem Gebiet der Republik Österreich 1939–1945, Gutachten im Auftrag der Historikerkommission der Republik Österreich, Wien, 24.01.2000.

Gehler Michael, „... ist auf einmal alles jetzt ‚Widerstandsbewegung‘ gewesen ...“ Keine „Stunde Null“ oder vom Anfang und Ende der Tiroler Resistance im Jahre 1945, in: Steininger Rolf/Pitscheider Sabine, Tirol und Vorarlberg in der NS-Zeit (Innsbrucker Forschungen zur Zeitgeschichte Bd. 19), Innsbruck–Wien–München–Bozen 2002, 403–424.

Gisinger Arno/Hütter Anton/Mayr Maria-Luise, Messerschmitthalle. Oradour, Katalog im Rahmen der Klangspuren. Tage Neuer Musik vom 14. bis 22.9.1995 in Schwaz, Schwaz 1995.

Hanisch Ernst, Der lange Schatten des Staates. Österreichische Gesellschaftsgeschichte im 20. Jahrhundert, Wien 2005.

Hye Franz Heinz, Trinkwasserversorgung von Innsbruck (Veröffentlichungen des Innsbrucker Stadtarchivs NF 20), Innsbruck 1993.

Karner Stefan/Ruggenthaler Peter, Kategorien der Zwangsarbeit und deren NS-rechtliche Grundlagen, in: Dies. (Hg.), Zwangsarbeit in der Land- und Forstwirtschaft auf dem Gebiet Österreichs 1939 bis 1945 (Veröffentlichungen der österreichischen Historikerkommission Bd. 26/2), Wien–München 2004.

Koller Elisa, SS-Unterscharführer Ing. Hermann Duxneuner, in: Albrich Thomas (Hg.), Die Täter des Judenpogroms 1938 in Innsbruck, Innsbruck–Wien 2016, 43–45.

Mattl Siegfried, Die Finanzdiktatur. Wirtschaftspolitik in Österreich 1933–1938, in: Tálos Emmerich/Neugebauer Wolfgang (Hg.), Austrofaschismus. Politik – Ökonomie – Kultur 1933–1938, Wien–Berlin ⁷2014.

Nautz Jürgen, Die CA-Krise 1931. Ein politischer Skandal?, in: Gehler Michael/Sickinger Hubert, Politische Affären und Skandale in Österreich. Von Mayerling bis Waldheim, Thaur–Wien–München 1996, 222–252.

Nussbaumer Josef, Die Nordkettenbahn im „Spiegelbild“ politischer und wirtschaftlicher Wechsellagen. Einige wirtschafts- und sozialhistorische Chiffren, in: Kubanda Roland (Hg.), Stadtflucht 10m/sec. Innsbruck und die Nordkettenbahn Beiträge zum 75-Jahr-Jubiläum (Veröffentlichungen des Innsbrucker Stadtarchivs NF 29), Innsbruck–Wien–München–Bozen 2003, 57–74-

Pawlowsky Verena/Leisch-Prost Edith/Klösch Christian, Vereine im Nationalsozialismus. Vermögenszug durch den Stillhaltekommissar für Vereine, Organisationen und Verbände und Aspekte der Restitution in Österreich nach 1945 (Veröffentlichungen der Österreichischen Historikerkommission Bd. 21/1), Wien–München 2004.

Pitscheider Sabine, Privat oder Stadt? Die Innsbrucker Verkehrsbetriebe und der öffentliche Personennahverkehr in Innsbruck 1941–1950 (Veröffentlichungen des Innsbrucker Stadtarchivs NF 64), Innsbruck 2019.

Pitscheider Sabine, Die Patscherkofelbahn 1924/25–1941, Studie, erstellt im Auftrag der Geschäftsführung der Patscherkofelbahn, September 2018.

Pitscheider Sabine, Kematen in Tirol in der NS-Zeit. Vom Bauerndorf zur Industriegemeinde (Studien zu Geschichte und Politik Bd. 19), Innsbruck–Wien–Bozen 2016.

Prinoth Gabriela, Die Elektrizitätswirtschaft Nord- und Osttirols von den Anfängen bis zum Jahre 1938, Diss. phil. Innsbruck 1983.

Sandgruber Roman, Ökonomie und Politik. Österreichische Wirtschaftsgeschichte vom Mittelalter bis zur Gegenwart, Wien ²2005.

Schafranek Hans, Söldner für den Anschluss. Die Österreichische Legion 1933–1938, Wien 2011.

Schönegger Josef, Innsbruck im historischen Kartenbild von den Anfängen bis 1904 (Veröffentlichungen des Innsbrucker Stadtarchivs NF Bd. 60/Veröffentlichungen des Tiroler Landesarchivs Bd. 21), Innsbruck 2018.

Schreiber Horst, Die Inszenierung des Nationalsozialismus als Umbruchs- und Aufbruchszeit in: Ders. (Hg.), 1938. Der Anschluss in den Bezirken Tirols (Veröffentlichungen des Innsbrucker Stadtarchivs NF 62/Studien zu Geschichte und Politik Bd. 21), Innsbruck–Wien–Bozen 2018, 285–307.

Schreiber Horst, Wirtschafts- und Sozialgeschichte der Nazizeit in Tirol (Geschichte & Ökonomie Bd. 3), Innsbruck 1994.

Schuster Walter/Weber Wolfgang (Hg.), Entnazifizierung im regionalen Vergleich, Linz 2004.

Statistisches Handbuch der Stadt Innsbruck mit statistischen Daten bis 31. Dezember 1946, hg. Statistisches Amt der Stadt Innsbruck, Innsbruck 1950.

Stiefel Dieter, Entnazifizierung in Österreich, Wien–München–Zürich 1981.

Svehla Michael, Die ETAB-Brotfabrik in den Jahren 1945 bis 1999, in: „Mehr als Brot!“ Die Geschichte der Ersten Tiroler Arbeiterbäckerei (ETAB), hg. Stadtarchiv/Stadtmuseum Innsbruck, Innsbruck, in Druck 2019/20, 87–117 (vorläufig).

Personenregister

- Albert Jakob 44
Altmann Philipp 29
Attlmayr Paul 60–62, 74, 82, 92, 104, 130 f.
Auer Josef 40
Bürckel Josef 75, 91
Christoph Edmund 71 f., 78, 86
Croce Albin 58, 64, 132, 138
Denz Egon 71, 75 f., 78–83, 87–90, 99
Dollfuß Engelbert 57, 77
Duxneuner Hermann 80, 83, 131 f.
Eder Anton 23, 90
Egger Hermann 129
Egger Wilfried 124 f., 132, 141
Egert Franz 64
Falk Heinrich 10, 27, 29
Fischböck Hans 88 f.
Fischer Franz 47 f., 53–55, 57–63
Födisch Karl-Heinz 92
Giselbrecht Vinzenz 92
Gold Ferdinand 82
Göring Hermann 88, 114
Graubart Margarethe 80, 128 f.
Graubart Richard 80, 128
Greil Wilhelm 6, 39, 43
Greiter Franz 59, 125, 141
Handler Anton 75, 82, 130
Heigl Peter Paul 10
Heller Erich 27
Hengster Johann 76
Hensler Emil 75, 132
Himmeler Heinrich 101
Hirnigel Hans 88
Hitler Adolf 70, 72 f., 91 f., 94
Hittmair Anton 128
Hofer Franz 61 f., 78 f., 89 f., 94
Hofer Franz sen. 88
Holzmeister Clemens 43 f., 140
Honomichl Josef 77
Idl Sebastian 57
Innerebner Karl (und Firma Innerebner & Mayer) 22, 107, 137
Kapferer Karl 15, 20, 33, 36, 42, 57
Kininger Anton 62, 80, 96, 104 f., 117
Klupp Otto 141
Kohl Vinzenz 61
Koller Peter 100
Ley Robert 94
Lorenzi Richard 83, 96
Lugger Alois 129
Maass Eugen 75, 105, 130, 132, 137
Martin Ernst 59 f., 62, 76 f., 94, 128, 132, 135
Maskus Johann Max 59, 64
Mayr Otto 140
Melzer Anton 64, 124 f., 141
Messner Hans 82, 130
Miller Fritz 64
Millonig Walter 78
Nicklas Franz 82 f., 129
Norer Siegfried 86
Öfner Josef 78
Orszag Johann 85–87
Parson Herbert 109
Penz Rudolf 77
Pircher Hans 22, 38 f., 41 f.
Plattner Max 91
Punt Friedrich 128
Rapoldi Martin 41, 43, 57
Reindl Josef 86
Reiter Herbert 140
Retter Josef 45
Riedinger Ludwig August 3, 5
Riehl Josef 22
Senn Eduard 65, 76, 132
Schiebäck Viktor 64
Schlegel Wolfram 77 f.
Schober Rudolf 59, 64
Schuler Anton 63
Schuster Konrad 93 f., 97, 122
Söllner Max 6, 58, 61, 74 f., 98 f., 130 f.
Steiner Robert 89 f.
Steinfelder Emil 86
Stettner Karl 128
Stippler Michael 117
Tomann Alfred 62
Tomaschek Johann 77
Töpfer Wilhelm 86 f.
Uffenheimer Gottfried 127
Untermüller Hans 57
Vrabetz Rolf 64
Wallnöfer Arnold 77 f.
Welzenbacher Lois 43 f., 140
Wilberger Josef 125, 127
Winkler Anton 20–22
Wurmhöringer Otto 78–83, 85, 87 f., 91, 93–99, 118, 122, 125, 127–130, 132
Zech Rudolf 41
Zoller Heinz 62
Zösmayr Bernhard 21, 54